



2023

Ziele für nachhaltige Entwicklung Sonderausgabe des Berichts



Vereinte
Nationen



Inhalt

	Vorwort	2
	Einleitung	3
	I. Ein Versprechen in Gefahr	4
	II. Die Alarmglocken läuten: Halbzeitbilanz für die Nachhaltigkeitsziele.	8
Ziel 1	Keine Armut	12
Ziel 2	Kein Hunger.....	14
Ziel 3	Gesundheit und Wohlergehen	16
Ziel 4	Hochwertige Bildung.....	20
Ziel 5	Geschlechtergleichheit.....	22
Ziel 6	Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	24
Ziel 7	Bezahlbare und saubere Energie	26
Ziel 8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum.....	28
Ziel 9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	30
Ziel 10	Weniger Ungleichheiten	32
Ziel 11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	34
Ziel 12	Verantwortung bei Konsum und Produktion.....	36
Ziel 13	Klimamaßnahmen	38
Ziel 14	Leben unter Wasser	40
Ziel 15	Leben an Land	42
Ziel 16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	44
Ziel 17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	46
	III. Durchbruch zu einer besseren Zukunft für alle	48
	IV. Ausblick in die Zukunft: Auf dem Weg zu einem Rettungsplan für die Menschen und die Erde.....	57
	Grafische Übersicht.....	58
	Hinweise für Leserinnen und Leser	75



Ziele für nachhaltige Entwicklung Bericht **2023**: Sonderausgabe

Auf dem Weg zu
einem Rettungsplan für
die Menschen und die Erde

Vorwort

Diese Sonderausgabe des Fortschrittsberichts zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung macht deutlich, dass wir zur Halbzeit der Agenda 2030 über die Hälfte der Weltbevölkerung zurücklassen. Bei mehr als 50 Prozent der Zielvorgaben der Nachhaltigkeitsziele wurden nur geringe und unzureichende Fortschritte erzielt; bei 30 Prozent ist es gar zu einem Stillstand oder zu Rückschritten gekommen. Dazu gehören zentrale Zielvorgaben in den Bereichen Armut, Hunger und Klima. Wenn wir jetzt nicht handeln, könnte die Agenda 2030 zum Epitaph einer Welt werden, die es einmal hätte geben können.

Die COVID-19-Pandemie und die Dreifachkrise aus Klimawandel, dem Verlust der biologischen Vielfalt und Umweltverschmutzung haben verheerende und weit in die Zukunft reichende Auswirkungen. Weiter verstärkt wurden diese durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine, in dessen Folge Lebensmittel und Energie sowie der Zugang zu Finanzmitteln teurer geworden sind. Dadurch ist eine globale Krise bei den Lebenshaltungskosten entstanden, die Milliarden Menschen spüren.

Die Entwicklungsländer leiden am meisten darunter, dass wir als Gemeinschaft nicht ausreichend in die Ziele für nachhaltige Entwicklung investieren. Viele stehen vor einem enormen Finanzierungsdefizit und werden von Schulden erdrückt. Jedes dritte Land steht vor einem hohen Risiko, seine Schulden nicht mehr bedienen zu können.

Die entwickelten Länder verfolgten während der Pandemie eine expansive Finanz- und Geldpolitik und sind im Großen und Ganzen wieder auf den vor der Pandemie beschrittenen Wachstumspfad zurückgekehrt. Dazu waren die Entwicklungsländer hingegen nicht in der Lage, unter anderem weil ihnen der Währungsverfall drohte. Die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) liegen weit unter dem seit Langem geltenden Zielwert von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE). Hinzu kommt, dass die Zinssätze an den Finanzmärkten für die Entwicklungsländer üblicherweise bis zu achtmal höher liegen als für die entwickelten Länder.

Auch die Klimafinanzierung bleibt weit hinter den Zusagen zurück, und die entwickelten Länder stellen die ab 2020 versprochenen 100 Milliarden US-Dollar (USD) pro Jahr bislang nicht bereit.

Zugleich werden den gefährdeten Ländern mit mittlerem Einkommen Schuldenerleichterungen und Finanzierungen zu Vorzugsbedingungen verwehrt, und der Gemeinsame Rahmen der G20 zum Umgang mit Schulden erfüllt seine Funktion einfach nicht.

Die Nachhaltigkeitsziele sind der universell vereinbarte Fahrplan zur Überwindung wirtschaftlicher und geopolitischer Gräben, zum Wiederaufbau von Vertrauen und zur Wiederherstellung der Solidarität. Bleiben Fortschritte aus, werden sich die bestehenden Ungleichheiten weiter verschärfen, was das Risiko einer fragmentierten Welt der zwei Geschwindigkeiten erhöht. Kein Land kann sich ein Scheitern der Agenda 2030 leisten.

Mit diesem Bericht wird Alarm geschlagen und ein Plan zur Rettung der Menschen und unseres Planeten gefordert. Ich hoffe, dass das Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung im September diesem Rettungsplan zustimmen und er den Rückhalt einer globalen Allianz haben wird, in deren Rahmen alle beteiligten Parteien im Sinne der Nachhaltigkeitsziele handeln und ihre Maßnahmen beschleunigen.

In erster Linie muss die internationale Gemeinschaft den von uns vorgeschlagenen Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele vorantreiben, um die erschwingliche Langzeitfinanzierung für alle Länder mit entsprechendem Bedarf auszubauen.

Dieser Stimulus umfasst drei Handlungsfelder: eine massiv erhöhte Entwicklungsfinanzierung, ermöglicht durch ein verändertes Geschäftsmodell der multilateralen Entwicklungsbanken, eine neue Schuldeninitiative, durch die kurzfristige Schulden gegen längerfristige Instrumente zu niedrigeren Zinssätzen ausgetauscht werden könnten, und die Ausweitung der Notfallfinanzierung auf alle notleidenden Länder. Er lässt sich im Rahmen der derzeitigen Vorschriften verwirklichen und wird sofortige Investitionen in grundlegende Dienste, saubere Energie und den digitalen Wandel ermöglichen.

Um jedoch gegen die tieferen Ursachen der verheerenden Lage anzugehen, müssen wir unsere überholte, dysfunktionale und ungerechte internationale Finanzarchitektur von Grund auf reformieren. Wir brauchen dringend Finanzinstitutionen, die ihren Aufgaben gerecht werden, die gewährleisten, dass alle von der Globalisierung profitieren, und die ihr Mandat erfüllen, indem sie ein Sicherheitsnetz für alle Länder spannen, die schwierige Zeiten durchlaufen.

Kurz gesagt, wir brauchen einen neuen Bretton-Woods-Moment. Die Mitsprache und Vertretung der Entwicklungsländer in den globalen Entscheidungsorganen und -prozessen sollte verhältnismäßig sein. Das Wohl der Menschen und unseres Planeten sollte bei wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen im Vordergrund stehen. Die Regierungen und der Privatsektor sollten die Volkswirtschaften auf kohlenstoffarme und krisenfeste Wachstumsmodelle umstellen.

In diesem Bericht werden ambitionierte nationale Fortschrittskriterien für die Beseitigung der Armut und die Verringerung der Ungleichheit gefordert, mit einem Schwerpunkt auf folgenden Schlüsselbereichen: Ausweitung des Sozialschutzes und menschenwürdige Arbeitsplätze, Bewältigung der Krise im Bildungswesen, Bekämpfung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sowie Verbesserung der digitalen Inklusion. Diese Veränderungen müssen durch gestärkte nationale Institutionen, erhöhte Rechenschaftspflicht, wirksame Regulierungsrahmen sowie eine stärkere digitale Infrastruktur und höhere Datenkapazitäten unterstützt werden.

All dies erfordert eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit und Unterstützung für das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen. Vor allem jedoch bedeutet es, dass auf dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung im September und auf dem Zukunftsgipfel im nächsten Jahr ambitionierte, durchgreifende und entschiedene Maßnahmen beschlossen werden müssen.

Wir müssen jetzt der Wahrheit ins Auge sehen und uns den Problemen stellen. Gemeinsam können wir es schaffen, dass wieder Grund zur Hoffnung besteht. Ich fordere alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, das Jahr 2023 zu dem Moment zu machen, in dem wir die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen drastisch beschleunigen, um für alle Menschen eine Zukunft mit mehr Frieden und Wohlstand herbeizuführen.



António Guterres
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Einleitung

Wir leben heute in einer Zeit der Krisenhäufung. Konflikte, der Klimawandel, die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie und andere globale Herausforderungen gefährden die hart erarbeiteten Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele.

Zwar haben wir die schlimmste Zeit der COVID-19-Pandemie anscheinend überstanden, doch die Welt ächzt noch immer unter ihren Folgen. Die Erholung verläuft langsam, ungleichmäßig und unvollständig. Weltweit hat es durch die Pandemie erhebliche Rückschläge bei den Ergebnissen im Gesundheitsbereich gegeben. Impfungen bei Kindern waren so stark rückläufig wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr, und die Zahl der Tuberkulose- und Malaria-Todesfälle ist im Vergleich zum Stand von vor der Pandemie gestiegen. COVID-19 hat sich auch verheerend auf das Bildungswesen ausgewirkt und in vier von fünf der 104 untersuchten Länder zu Lernrückständen geführt. Die Folgen für die Wirtschaft sind nicht weniger gravierend. Durch die Pandemie wurden drei Jahrzehnte stetiger Fortschritte bei der Armutsbekämpfung unterbrochen, und die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen stieg zum ersten Mal seit einer Generation wieder an. Außerdem hat die Pandemie dazu geführt, dass die Ungleichheit zwischen den Ländern so stark zugenommen hat wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr.

Im Mai 2023 lag die Zahl der durch die verheerenden Folgen von Kriegen, Konflikten und Menschenrechtsverletzungen vertriebenen Menschen bei erschreckenden 110 Millionen. Davon waren 35 Millionen Flüchtlinge. Das sind die höchsten je verzeichneten Zahlen. Im Jahr 2022 starben weltweit fast 7.000 Menschen während der Migration, wobei die Zahl der Todesfälle in verschiedenen Regionen wieder den Stand von vor der Pandemie erreichte und in vielen Fällen sogar höher lag.

Mit dem weiteren Anstieg der Treibhausgasemissionen verschärft sich auch die Klimakrise. In seinem jüngsten Bericht kommt der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen zu dem Schluss, dass die Erdtemperatur bereits 1,1 °C über dem vorindustriellen Niveau liegt und bis 2035 voraussichtlich den Kipppunkt von 1,5 °C erreichen oder überschreiten wird. Katastrophale und sich verschärfende Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und Naturbrände sind viel zu häufig geworden. Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht Hunderte Millionen Menschen, die in Küstengebieten leben. Darüber hinaus erlebt die Welt derzeit das größte Artensterben seit dem Zeitalter der Dinosaurier, und die Ozeane waren 2021 durch über 17 Millionen Tonnen Plastikmüll verschmutzt, wobei sich diese Menge laut Prognosen bis 2040 verdoppeln oder gar verdreifachen könnte.

Die Entwicklungsländer leiden nach der Pandemie unter einem nie dagewesenen Anstieg ihrer Auslandsverschuldung. Diese Situation wird durch die Inflation, steigende Zinssätze, Handelsspannungen und eingeschränkte Kapazitäten der Staatshaushalte noch verschärft. Die globale Ordnungspolitik und die internationalen Finanzinstitutionen müssen dringend reformiert werden, damit sie ihre Funktionen erfüllen und für die Zukunft gerüstet sind. Dafür bedarf es einer verstärkten Mitsprache und Mitarbeit der Entwicklungsländer.

Diese Sonderausgabe des Berichts über die Ziele für nachhaltige Entwicklung erinnert uns daran, dass noch viel zu tun ist. Aus ihrer umfassenden Bewertung der weltweiten Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen ergibt sich ein ernüchterndes Bild. Doch der Bericht macht auch Hoffnung, indem er die bisherigen Fortschritte und das Potenzial für weitere Erfolge aufzeigt.

Die vor uns liegende Aufgabe ist gewaltig, aber nicht unmöglich zu bewältigen. Da uns nur noch sieben Jahre bleiben, um einen tiefgreifenden Wandel herbeizuführen, müssen die Verantwortlichen in der Politik und die öffentlichen Institutionen alle Interessenträger für die Nachhaltigkeitsziele mobilisieren, ihre Zusammenarbeit stärken und zugleich Vertrauen

und Rechenschaftspflicht aufbauen. Maßnahmen wie etwa innovative Regulierungsrahmen, die privatwirtschaftliche Steuerungsmodelle an den Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung ausrichten, könnten bedeutende Veränderungen in Gang setzen, sofern sie früh genug erfolgen.

Das im September stattfindende Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung wird ein entscheidender Moment sein, in dem die Mitgliedstaaten Maßnahmen anstoßen und sich erneut zu den Nachhaltigkeitszielen bekennen müssen. Es wird außerdem uns allen – den Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und anderen Interessengruppen – Gelegenheit bieten, für dringliche, ambitionierte und konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele einzutreten.

Die Agenda 2030 ist nach wie vor das klarste Handlungskonzept für die wichtigsten Bestrebungen der Menschheit. Wenn einmal die Geschichte des einundzwanzigsten Jahrhunderts geschrieben wird, werden die Verantwortlichen in der Politik danach beurteilt werden, ob es ihnen gelungen ist, dieses Konzept in die Tat umzusetzen. Im September 2015, als die Staats- und Regierungsoberhäupter der Welt zusammenkamen, um die Nachhaltigkeitsziele zu verabschieden, erklärten sie: „Die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten liegt in unseren Händen“. Heute, da die Hälfte der vorgesehenen Zeit abgelaufen ist, sind diese Worte wahrer denn je. Es liegt nun in unserer aller Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Ziele für nachhaltige Entwicklung vollständig und rechtzeitig erreicht werden.

LI Junhua

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

I. Ein Versprechen in Gefahr

Niemanden zurücklassen – in diesem bestimmenden Prinzip der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung schlägt sich das gemeinsame Versprechen aller Länder nieder, zusammenzuarbeiten, um die Rechte und das Wohlergehen aller Menschen auf einem gesunden und florierenden Planeten zu wahren. Auf halber Strecke bis 2030 ist dieses Versprechen jedoch in Gefahr. Die Nachhaltigkeitsziele verschwinden im Rückspiegel, ebenso wie die Hoffnung und die Rechte der heutigen und kommenden Generationen. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel, was unsere Entschlossenheit, unsere Solidarität, unsere Finanzierung und unser Handeln betrifft, um die Welt auf einen besseren Weg zu bringen. Und wir brauchen ihn jetzt.

Wir können Besseres leisten, und in Zeiten großer Herausforderungen ist dies der Menschheit stets gelungen. Nun ist erneut ein solcher Zeitpunkt gekommen. Das für September 2023 geplante Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung muss eine wahre Wende einleiten, indem es Impulse für die politische Entschlossenheit und die Durchbrüche setzt, die unsere Welt so dringend braucht, die im Kern des internationalen Finanzsystems bestehenden historischen Ungerechtigkeiten korrigiert, um den besonders verwundbaren Ländern und Menschen eine faire Chance auf eine bessere Zukunft zu geben, und einen Rettungsplan für die Menschen und den Planeten vorlegt.

A. Umsetzung der Verpflichtungen: Wo stehen wir auf halber Strecke bis 2030?



Sollten die derzeitigen Trends anhalten, werden auch 2030 noch 575 Millionen Menschen in extremer Armut leben, und nur etwa jedes dritte Land wird die Zielvorgabe, die nationale Armutsquote zu halbieren, erfüllen. Schockierenderweise ist der Hunger in der Welt wieder so groß wie seit 2005 nicht mehr, und die Nahrungsmittelpreise verharren in mehr Ländern als im Zeitraum 2015-2019 auf hohem Niveau. Bei dem derzeitigen Tempo wird es noch 286 Jahre dauern, das Geschlechtergefälle im Rechtsschutz zu überwinden und diskriminierende Gesetze zu beseitigen. Im Bildungsbereich werden 2030 infolge jahrelanger Minderinvestitionen und Lernverluste etwa 84 Millionen Kinder überhaupt keine Schule besuchen und 300 Millionen Kinder oder Jugendliche nach Abschluss der Schule weder Lese- noch Schreibkenntnisse haben.

Wenn es jemals einen eindrucksvollen Beleg für die Kurzsichtigkeit unserer vorherrschenden wirtschaftlichen und politischen Systeme gab, dann ist es das Anheizen des Krieges gegen die Natur. Das kurze Zeitfenster, in dem sich die Chance bietet, den Anstieg der Erdtemperatur auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu verhindern und Klimagerechtigkeit für die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Menschen, Gemeinschaften und Länder zu gewährleisten, schließt sich schnell. Die CO₂-Konzentration steigt weiter und ist auf einem Stand wie seit 2 Millionen Jahren nicht mehr. Hält das derzeitige Fortschritts tempo an, werden erneuerbare Energiequellen auch 2030 nur einen Bruchteil unseres Energiebedarfs decken, etwa 660 Millionen Menschen nach wie vor keinen Strom haben und knapp 2 Milliarden Menschen zum Kochen weiterhin auf umweltschädliche Brennstoffe und Technologien angewiesen sein. Unser Leben und unsere Gesundheit hängen in hohem Maße von der Natur ab, und dennoch könnte es weitere 25 Jahre dauern, die Entwaldung zu beenden, während zahllose Arten weltweit vom Aussterben bedroht sind.

Die mangelnden Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen sind allgegenwärtig, doch trifft unser kollektives Versagen die Entwicklungsländer und die ärmsten und verwundbarsten Menschen der Welt ganz offensichtlich am stärksten. Dies ist eine unmittelbare Folge jahrhundertalter globaler Ungerechtigkeiten, die auch heute noch andauern. Aufgrund der sich gegenseitig verstärkenden Auswirkungen von Klimawandel, COVID-19 und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit haben viele Entwicklungsländer weniger Möglichkeiten und noch weniger Ressourcen, die Ziele zu verwirklichen.

Nachdem die Nachhaltigkeitsziele angenommen wurden, ließen erste Bemühungen positive Trends erkennen. Extreme Armut und Kindersterblichkeit gingen weiter zurück. Der Kampf gegen Krankheiten wie HIV und Hepatitis verzeichnete Fortschritte. Bei einigen Zielvorgaben für die Geschlechtergleichstellung gab es positive Ergebnisse. Der Stromzugang in den ärmsten Ländern verbesserte sich, und der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix stieg. Weltweit war die Arbeitslosigkeit so niedrig wie seit der Zeit vor der Finanzkrise 2008 nicht mehr. Der Anteil der unter Schutz stehenden Gewässer innerhalb der nationalen Hoheitsbereiche hatte sich innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt. Heute ist jedoch klar, dass zu viele dieser Fortschritte brüchig waren und sich meist zu langsam einstellten. In den vergangenen drei Jahren wurden die bereits stockenden Fortschritte durch die Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19), den Krieg in der Ukraine und klimabedingte Katastrophen weiter beeinträchtigt.

Es ist an der Zeit, Alarm zu schlagen. Auf halber Strecke bis 2030 sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung stark gefährdet. Nach einer vorläufigen Bewertung der rund 140 Zielvorgaben, für die Daten vorliegen, sind wir nur bei etwa 12 Prozent auf Kurs, bei mehr als der Hälfte trotz gewisser Fortschritte mäßig oder stark vom Kurs abgekommen und bei etwa 30 Prozent entweder nicht vorangekommen oder hinter das Basisjahr 2015 zurückgefallen.

B. Durchbruch zu einer besseren Zukunft für alle

Wir können nicht einfach immer wieder das Gleiche tun und ein anderes Ergebnis erwarten. Wir können nicht an einem moralisch bankrotten Finanzsystem festhalten und von den Entwicklungsländern erwarten, Zielvorgaben zu erreichen, die die entwickelten Länder mit weitaus weniger Sachzwängen erreicht haben. Wie es in der Agenda 2030 heißt, könnte diese Generation die erste sein, der es gelingt, die Armut zu beseitigen – und die letzte mit der Chance, unseren Planeten zu retten. Dieses gemeinsame Ziel ist nach wie vor in greifbarer Nähe, doch erfordert es beispiellose Anstrengungen der einzelnen Regierungen, ein neuerliches Zielbewusstsein in der internationalen

Gemeinschaft und ein globales Bündnis für Maßnahmen zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung, das Unternehmen, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft, junge Menschen, lokale Behörden und andere einschließt. Aus diesem Grund müssen wir im September zusammenkommen, um einen Rettungsplan für die Menschen und die Erde vorzulegen.

Aufbauend auf den Erkenntnissen im Weltbericht über nachhaltige Entwicklung und den seit 2015 gewonnenen Erfahrungen lege ich in diesem Bericht eine Reihe dringender Maßnahmen in fünf Schlüsselbereichen zur Prüfung durch die Mitgliedstaaten dar.



Dringende Maßnahmen in fünf Schlüsselbereichen

1

Die Staats- und Regierungsoberhäupter sollten sich in den nächsten sieben Jahren erneut zu rascheren, anhaltenden und transformativen Maßnahmen auf nationaler wie internationaler Ebene verpflichten, um das in den Nachhaltigkeitszielen verankerte Versprechen einzulösen.

2

Die Regierungen sollten konkrete, integrierte und gezielte Politikkonzepte und Maßnahmen zur Beseitigung der Armut, zur Verringerung der Ungleichheit und zur Beendigung des Krieges gegen die Natur mit besonderem Schwerpunkt auf der Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen und der Stärkung der verwundbarsten Menschen vorantreiben.

3

Die Regierungen sollten die Kapazitäten, die Rechenschaftspflicht und die öffentlichen Institutionen auf nationaler und subnationaler Ebene zugunsten rascherer Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen stärken.

4

Die internationale Gemeinschaft sollte sich auf dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung erneut verpflichten, die Aktionsagenda von Addis Abeba umzusetzen und die Ressourcen und Investitionen zu mobilisieren, die die Entwicklungsländer, insbesondere Länder in besonderen Situationen und Situationen akuter Verwundbarkeit, zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele benötigen.

5

Die Mitgliedstaaten sollten die weitere Stärkung des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen erleichtern und die Fähigkeit des multilateralen Systems steigern, neue Herausforderungen anzugehen sowie seit 2015 im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen aufgetretene Lücken und Schwachstellen in der internationalen Architektur zu beseitigen.

Erstens sollten sich die Staats- und Regierungsoberhäupter in den nächsten sieben Jahren erneut zu rascheren, anhaltenden und transformativen Maßnahmen auf nationaler wie internationaler Ebene verpflichten, um das in den Nachhaltigkeitszielen verankerte Versprechen einzulösen.

Dies erfordert stärkeren sozialen Zusammenhalt, um Würde, Chancen und Rechte für alle zu sichern, und zugleich ein Umsteuern der Wirtschaft durch grüne und digitale Übergänge hin zu einem resilienten, mit den Zielen des Übereinkommens von Paris vereinbaren Pfad, um den Anstieg der Erdtemperatur auf 1,5 °C zu begrenzen. Dies erfordert auch eine für unsere Generation einmalige Verpflichtung, das internationale Finanz- und Wirtschaftssystem zu überarbeiten und an den Problemen von heute statt denen der 1940er-Jahre auszurichten, sowie eine beispiellose Zusammenarbeit innerhalb der G20 und Unterstützung aller Entwicklungsländer zur Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen und dem Klima.

Die Mitgliedstaaten sollten eine ambitionierte, zukunftsweisende politische Erklärung annehmen und auf dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung globale und nationale Verpflichtungen für einen Wandel im Sinne der Ziele vorlegen.

Zweitens sollten die Regierungen konkrete, integrierte und gezielte Politiken und Maßnahmen zur Beendigung der Armut, der Ungleichheit und des Krieges gegen die Natur vorantreiben und dabei besonders die Rechte von Frauen und Mädchen fördern und die verwundbarsten Menschen stärken.

Dies bedeutet, die Verpflichtung, niemanden zurückzulassen, durch größeren sozialen Basisschutz und Zugang zu grundlegenden Diensten zu erfüllen, Arbeitsmöglichkeiten in der Pflege-, der digitalen und der grünen Wirtschaft zu schaffen, die tiefe Bildungskrise dringend in Angriff zu nehmen, die Geschlechtergleichstellung durch digitale Technologien zur Überwindung des Geschlechtergefälles stärker zu fördern, die Inklusion der durch Krisen vertriebenen Menschen zu unterstützen und gegen die Ausgrenzung marginalisierter Gruppen, etwa Menschen mit Behinderungen, vorzugehen.

Die Führungsverantwortlichen sollten gemäß der Agenda zur Beschleunigung von Klimamaßnahmen faire erneuerbare Energien fördern und Klimagerechtigkeit für die Hauptbetroffenen der Klimakrise gewährleisten. Auch müssen sie den Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal umsetzen, katastrophenbedingte Risiken weiter senken sowie integrierte und nachhaltige Nahrungsmittel-, Wasser- und Sanitärsysteme aufbauen und zugleich das Recht auf eine gesunde Umwelt für alle Menschen verwirklichen.

Drittens sollten die Regierungen die Kapazitäten, die Rechenschaftspflicht und die öffentlichen Institutionen auf nationaler und subnationaler Ebene zugunsten rascherer Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen stärken.

Die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele muss ins Zentrum der nationalen Planung, Aufsichtsmechanismen und Staatshaushalte rücken. Hohe Investitionen sind nötig, um die Kapazitäten des öffentlichen Sektors und eine geeignete digitale Infrastruktur aufzubauen. Lokale und subnationale Regierungen müssen zur lokalen Umsetzung der Ziele befugt und dabei unterstützt werden. Es bedarf eines wirksamen Regulierungsrahmens, um privatwirtschaftliche Steuerungsmodelle an den Zielen der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Neue Impulse sind nötig, um die Datendividende abzuschöpfen, und die Überwachung, Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele muss auf ein höheres Niveau gehoben werden, auch durch die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Raums und durch Öffentlichkeitsbeteiligung an Politik und Entscheidungen.

Viertens sollte sich die internationale Gemeinschaft, damit die Entwicklungsländer entsprechende Ergebnisse erzielen können, im September erneut verpflichten, die Aktionsagenda von Addis Abeba umzusetzen und die für die Entwicklungsländer, insbesondere Länder in besonderen Situationen und Situationen akuter Verwundbarkeit, zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele nötigen Ressourcen und Investitionen zu mobilisieren.

Die Mitgliedstaaten sollten bis 2030 einen Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele von jährlich 500 Mrd. USD billigen und bereitstellen. Dies erfordert folgende Sofortmaßnahmen: a) die Bekämpfung hoher Kreditkosten und

steigender Überschuldungsrisiken, u. a. durch die Umwandlung kurzfristiger, hochverzinslicher Kredite in langfristige (länger als 30 Jahre) Schulden zu niedrigeren Zinssätzen, b) eine massive Aufstockung erschwinglicher Langzeitfinanzierung für die Entwicklung, insbesondere über multilaterale Entwicklungsbanken, die Umleitung von Sonderziehungsrechten und die Ausrichtung aller Finanzierungsströme an den Zielen und c) die Aufstockung der Notfallfinanzierung auf alle Länder mit entsprechendem Bedarf.

Die Mitgliedstaaten sollten die Notwendigkeit tiefer Reformen der internationalen Finanzarchitektur durch einen neuen Bretton-Woods-Moment anerkennen und umsetzen, u. a. durch verstärkte Mitsprache und Mitarbeit der Entwicklungsländer in den Lenkungsstrukturen der internationalen Finanzinstitutionen. Nur so ist gesichert, dass die Finanzarchitektur allen Entwicklungsländern dient und ihnen die für eine auf erneuerbare Energien gestützte, klimaresiliente und inklusive Wirtschaft dringend benötigten Zuschüsse und langfristigen konzessionären Mittel bereitstellt. Dazu müssen die Erkenntnisse aus den jüngsten Maßnahmen zur Mobilisierung privater Finanzmittel herangezogen werden, auch durch die Überprüfung der Risikobereitschaft und der Kriterien der Ratingagenturen sowie eine Anpassung der Politik und Instrumente.

Schließlich sollten die Mitgliedstaaten die weitere Stärkung des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen erleichtern und das multilaterale System besser für neue Herausforderungen rüsten sowie seit 2015 im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen aufgetretene Lücken und Schwachstellen in der internationalen Architektur beseitigen.

Dieses Entwicklungssystem trägt weiter maßgeblich dazu bei, die Länder in ihren nationalen Ambitionen zu den Nachhaltigkeitszielen zu unterstützen. Dank der größten Reformen seit Jahrzehnten hat das System sein Angebot gegenüber 2015 stark ausgeweitet und wird dies weiter tun. Die Staaten sollten den Beitrag der Residierenden Koordinator(inn)en und der Landesteam der Vereinten Nationen weiter unterstützen und dazu den Finanzierungspakt einhalten, das System der residierenden Koordinatoren voll finanzieren und das Kapital des Gemeinsamen Fonds für die Nachhaltigkeitsziele erhöhen.

Viele der Vorschläge in Unserer Gemeinsamen Agenda fördern bereits die raschere Verwirklichung der Ziele. Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, beim Zukunftsgipfel auf den Zusagen und Vorgaben des Gipfeltreffens über die Ziele für nachhaltige Entwicklung aufzubauen, um Fortschritte in anderen für die weitere Verwirklichung der Ziele wichtigen Bereichen zu sichern, u. a. durch eine Reform der internationalen Architektur, über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinausgehende Messgrößen, stärkere digitale Zusammenarbeit, die engere Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse, die Umgestaltung des Bildungswesens, die Einrichtung einer Notfallplattform und die Förderung einer neuen Agenda für den Frieden. Auch gilt es, die Kapazitäten der Entwicklungsländer in Handel und Technologie zu stärken, die globalen Handelsregeln an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten und effizientere, wirksamere Mechanismen für Technologietransfer zu schaffen.

Die Geschichte lehrt uns, dass sich die schlimmste Not durch menschliche Entschlossenheit, Solidarität, Führungsstärke und Widerstandsfähigkeit überwinden lassen. Auf die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg folgten neue Formen der Solidarität und Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen und des Marshallplans. Parallel wurden globale Positionsbestimmungssysteme, der moderne Flugverkehr und die Satellitenkommunikation vorangebracht und Entkolonialisierungsprozesse beschleunigt. Maßnahmen zur Verhütung von weit verbreitetem Hunger und Hungertod in den 1960er-Jahren mobilisierten Investitionen in die Landwirtschaft und die grüne Revolution. Weitere Beispiele aus jüngerer Zeit sind die weltweiten Aktivitäten zur Bekämpfung von HIV/Aids und zum Teil auch die sprunghafte Zunahme von Maßnahmen und Gemeinschaftsinitiativen zur Rettung von Menschenleben und Existenzgrundlagen während der COVID-19-Pandemie.

Diese keineswegs selbstverständlichen Ergebnisse waren die Folge einer einzigartigen Kombination aus Zielbewusstsein, Solidarität, Kreativität und Technologie. In diesem Moment der Gefahr müssen wir ähnlich reagieren, wenn wir unser Versprechen von 2015 einlösen wollen.



II. Die Alarmglocken läuten: Halbzeitbilanz für die Nachhaltigkeitsziele

Auf halber Strecke zur Umsetzung der Agenda 2030 zeigt sich ein ernüchterndes Bild: Die Welt wird die meisten Ziele bis 2030 nicht erreichen. Trotz Fortschritten in gewissen Bereichen gibt es bei einem besorgniserregenden Teil der Zielvorgaben entweder nur schleppende Fortschritte oder gar Rückschritte.

Dieser Abschnitt des Berichts bietet ausgehend von den neuesten verfügbaren Daten und Schätzungen von mehr als 50 internationalen Organisationen einen umfassenden Überblick über die Fortschritte bei den einzelnen Zielen und eine ehrliche Bewertung. Anhand einer Betrachtung ausgewählter Zielvorgaben für jedes Ziel arbeiten wir sowohl Erfolge als auch Herausforderungen heraus und verweisen auf Bereiche mit dringendem Handlungsbedarf.

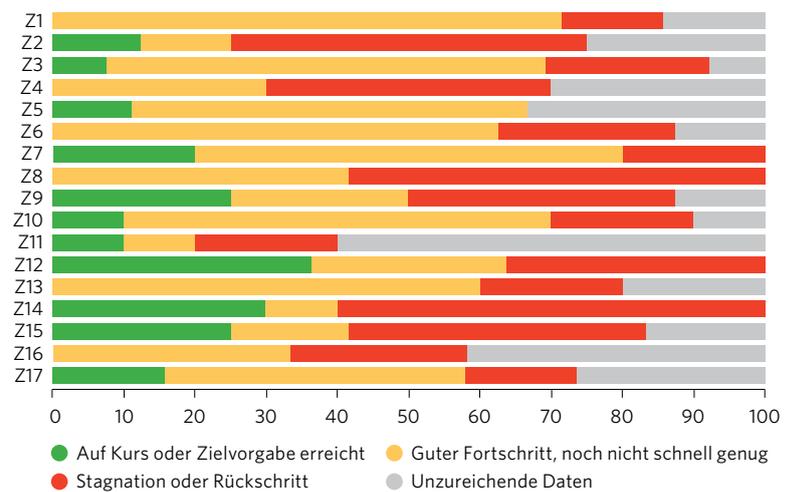
Aufgrund dieser Bewertung sehen wir uns gezwungen, die bestehenden Lücken anzuerkennen, und gefordert, unsere globalen Anstrengungen zu verstärken.

Zudem beleuchtet dieser Abschnitt die bemerkenswerten Ergebnisse bei der Verfügbarkeit von Daten für die Nachhaltigkeitsindikatoren und die proaktiven Maßnahmen der Daten- und Statistik-Fachwelt und veranschaulicht so die im Zeitverlauf erzielten Fortschritte. Dabei wird unterstrichen, wie wichtig Investitionen in Daten für raschere Fortschritte bei den Zielen sind. Indem wir das Potenzial von Daten nutzen, können wir wertvolle Einsichten gewinnen und wirksame Maßnahmen zur Verwirklichung der Agenda 2030 vorantreiben.

A. Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen: eine Bestandsaufnahme zur Halbzeit

Eine realitätsbezogene Überprüfung der Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen auf halber Strecke bis 2030 offenbart erhebliche Herausforderungen. Die jüngsten globalen Daten und Bewertungen der verantwortlichen Organisationen¹ zeichnen ein besorgniserregendes Bild: Von den etwa 140 evaluierten Zielvorgaben weicht die Hälfte mäßig oder stark vom gewünschten Kurs ab. Zudem sind bei mehr als 30 Prozent dieser Zielvorgaben keine Fortschritte oder, schlimmer noch, Rückschritte gegenüber dem Basisjahr 2015 zu erkennen. Diese Bewertung macht deutlich, dass die Anstrengungen dringend verstärkt werden müssen, um bei den Zielen auf Kurs zu bleiben und Fortschritte hin zu einer nachhaltigen Zukunft für alle zu erreichen.

Fortschrittsbewertung für die 17 Ziele auf der Grundlage der bewerteten Zielvorgaben – 2023 oder aktuellste Daten (in Prozent)

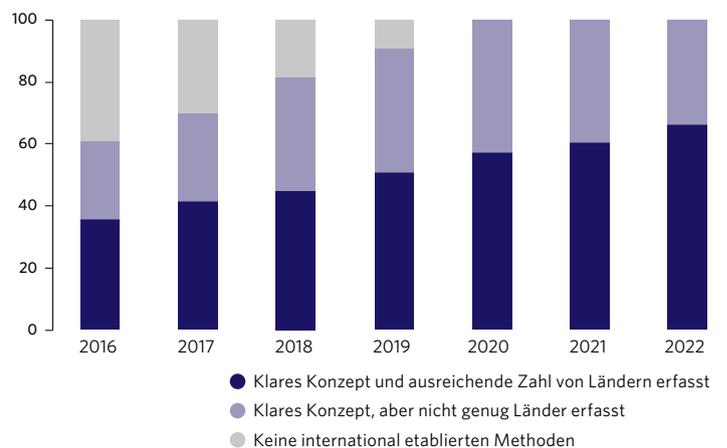


B. Daten zu den Nachhaltigkeitszielen und Überwachung der Ziele: eine bemerkenswerte Reise

Trotz der Herausforderungen bei der Beschaffung aktueller Daten für alle 169 Zielvorgaben sind heute wesentlich mehr international vergleichbare Daten verfügbar: Zwischen 2016 und 2023 stieg die Zahl der Indikatoren in der globalen Datenbank zu den Nachhaltigkeitszielen von 115 auf 225. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Datensätze in der Datenbank von 330.000 auf 2,7 Millionen (Stand von Mai 2023). In gerade einmal sieben Jahren erfuhr die globale Datenbank so eine erhebliche Erweiterung.

Auch die Methodik für die Indikatoren wurde erheblich weiterentwickelt. 2016 lagen besorgniserregenden 39 Prozent der Indikatoren keine international etablierten Methoden oder Standards zugrunde. Ende 2020 gab es für alle Indikatoren eine fest etablierte und international vereinbarte Methodik, die die Vergleichbarkeit, Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Nützlichkeit unserer Messungen gewährleistet. Dank der kontinuierlichen Verfeinerung und Harmonisierung der Methoden ist der Indikatorrahmen robuster geworden. Diese Erfolge in der Methodik bilden eine solide Grundlage für die Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele. Zudem stieg der Anteil der Indikatoren, die auf einem klaren Konzept beruhen und eine ausreichende Zahl von Ländern erfassen, zwischen 2016 und 2022 deutlich, und zwar von 36 auf 66 Prozent.

Anteil der globalen Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele nach Verfügbarkeit von Standards und nationalen Daten – 2016-2022 (in Prozent)



¹ Die globalen und regionalen Daten und Bewertungen für alle Zielvorgaben und Indikatoren, zu denen Informationen vorliegen, finden sich im statistischen Anhang unter <https://unstats.un.org/sdgs/>.

Zwar sind diese Erfolge durchaus zu würdigen, doch können wir nicht über die noch immer problematischen Lücken in unseren Daten hinwegsehen. Der geografische Erfassungsbereich, die Aktualität und die Aufschlüsselung sind nach wie vor Problembereiche. Bei mehreren Querschnittszielen, etwa Klimamaßnahmen (Ziel 13), Geschlechtergleichstellung (Ziel 5) und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (Ziel 16), kann seit 2015 weniger als die Hälfte der 193 Länder oder Hoheitsgebiete international vergleichbare Daten vorlegen. Diese harten Fakten machen erneut deutlich, dass wir der

Die nationalen Statistikämter sind stärker koordinierend tätig, jedoch halten die Herausforderungen an

Aufgrund des Bedarfs an Daten zu den Nachhaltigkeitszielen haben viele nationale Statistikämter (NSÄ) mehr Koordinierungsaufgaben oder Verantwortung innerhalb ihrer nationalen statistischen Systeme übernommen. In Kambodscha wurde das Nationale Statistikinstitut im Rahmen des neuen Statistikgesetzes von 2022 mit der Leitung der statistischen Datenerhebung und -analyse im Land beauftragt. Ebenso wurde die philippinische Statistikbehörde durch eine Resolution von 2016 als offizielle nationale Erfassungsstelle für die Nachhaltigkeitsindikatoren benannt, was ihre Bedeutung für die Fortschrittsverfolgung und -berichterstattung verdeutlicht.

In Finnland, Malaysia und Uganda leiten die NSÄ die nationale technische Arbeitsgruppe für Daten zu den Nachhaltigkeitszielen, erteilen dabei methodische Beratung und gewährleisten die Qualität der aus verschiedenen Quellen stammenden Daten. Im Vereinigten Königreich war das Nationale Statistikamt von Anfang an aktiv an der freiwilligen nationalen Überprüfung von 2019 beteiligt, indem es eine „datengesteuerte“ Berichterstattung unterstützte und ein Kapitel speziell zu Daten in den Bericht aufnahm.

Trotz aller Bemühungen stoßen die NSÄ weiter auf Schwierigkeiten, was ihre Fähigkeit zur Koordinierung innerhalb des nationalen Statistiksystems

Der Bedarf an Daten für die Agenda 2030 hat Innovationen freigesetzt

Der beispiellose Datenbedarf für die Agenda 2030 hat Dateninnovationen angestoßen. So werden Haushaltserhebungen, eine bewährte Datenquelle, im Sinne größerer Effizienz und Inklusivität nun mit modernen Technologien und inklusiven Ansätzen, etwa unter Verwendung telefonischer und webgestützter Erhebungsmethoden, durchgeführt. Dass die Auskunftgebenden durch mitgestaltende Beteiligung zur Datenerhebung beitragen können, hat die Qualität und Relevanz der beschafften Informationen weiter gesteigert. Zugleich haben sich nicht traditionelle Datenquellen wie Verwaltungsunterlagen, Satellitenbilder und bürgergenerierte Daten bei der Schließung von Datenlücken als wertvoll erwiesen. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Innovation betrifft die Zusammenführung mehrerer Datenquellen.

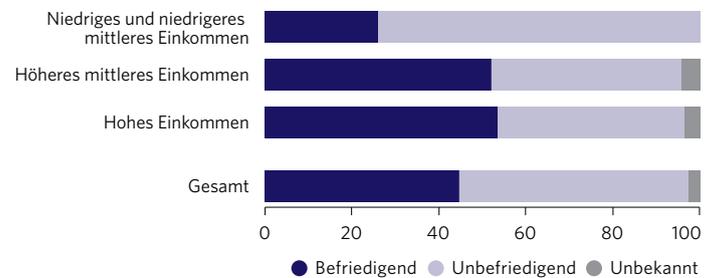
Ein Beispiel für diesen innovativen Denkansatz ist der statistische Gesamtplan Tansanias für den Zeitraum 2022-2026, dessen Schwerpunkt auf der Stärkung der Verwaltungsdatenquellen der Fachministerien und der Einbeziehung von Daten nichtstaatlicher Akteure liegt. Kolumbien nutzt die Möglichkeiten der Satellitenfotografie, um Nachhaltigkeitsindikatoren wie den Zugang zu ganzjährig befahrbaren Straßen zu überwachen, die mit herkömmlichen Datenquellen nur schwer zu messen sind. Kenia arbeitet in seinem nationalen Rahmen zur Datenqualitätssicherung, der entsprechende Grundsätze und Prozesse für die Überwachung der Nachhaltigkeitsziele enthält, mit bürgergenerierten Daten. Ghana hat Daten zivilgesellschaftlicher Organisationen weiterverwendet und in Politikkonzepten zum Thema Meeresmüll einfließen lassen, was zur Gestaltung der nationalen Politik im Bereich Küsten- und Meeresbewirtschaftung beitrug.

Aktualität und Aufschlüsselung sind wesentliche Bestandteile der Datenerstellung, die oft eine Integration von Daten aus mehreren Quellen erfordern. Mit Unterstützung der Initiative „Data for Now“ konnte Bangladesch durch den Abgleich von Satellitenbildern mit Haushaltserhebungsdaten

Gewinnung wesentlicher Informationen zu diesen kritischen Fragen mit ihrer so tiefgreifenden Wirkung auf unsere Zukunft und unseren Planeten Priorität einräumen müssen. Ein weiteres Problem ist die Aktualität der Daten: Die neuesten verfügbaren Daten beziehen sich zu weniger als 30 Prozent auf die Jahre 2022 und 2023, zu mehr als der Hälfte dagegen auf 2020 und 2021. Im Hinblick auf den Rettungsplan für die Menschen und die Erde, den wir auf dem Gipfeltreffen über die Nachhaltigkeitsziele vorlegen wollen, sind raschere Maßnahmen im Datenbereich unerlässlich.

betrifft. Nach einer 2021 durchgeführten Umfrage zur Umsetzung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung waren etwa 53 Prozent der NSÄ mit ihrer Koordinierungsrolle unzufrieden. Insbesondere in den Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen sahen 74 Prozent der NSÄ Verbesserungsbedarf. Unzureichende institutionelle Mechanismen, ineffiziente Kommunikationskanäle für den Informationsaustausch und mangelnde Anreize wurden als die drei größten Herausforderungen angeführt, die eine bessere Koordinierung verhindern.

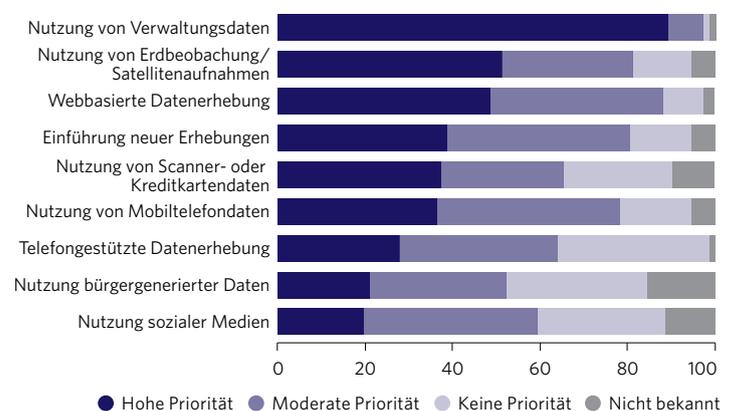
Fähigkeit der Nationale Statistikämter zur Koordinierung mit Partnern innerhalb des nationalen Statistiksystems – Juli 2021 (in Prozent)



Schätzungen zur Armut in kleineren geografischen Gebieten erstellen. Diese als „Small-Area-Methode“ bekannte Innovation wird bei der Messung verschiedener Nachhaltigkeitsindikatoren zu Sozialschutz, Gesundheit, Bildung und Beschäftigung immer wichtiger. Im Bemühen um eine bessere Integration und Interoperabilität von Daten fanden zudem konzertierte Anstrengungen zum Aufbau von Datenpartnerschaften und zur kohärenteren Gestaltung der staatlichen Politik statt.

Mit zunehmender Anerkennung der Bedeutung von Innovationen ist anhaltende Unterstützung unerlässlich. Fast 90 Prozent der NSÄ sahen die Nutzung von Verwaltungsdaten für den Kapazitätsaufbau als prioritär an. Zudem hatten ca. 50 Prozent der NSÄ an der Nutzung des Potenzials von Erdbeobachtung/Satellitenfotografie und webbasierten Methoden der Datenerhebung Interesse.

Prioritäten der nationalen Statistikämter in Bezug auf den Kapazitätsaufbau – Juli 2021 (in Prozent)



Durch den Aufbau wichtiger Partnerschaften sollen die Daten für die Entwicklung besser und inklusiver werden

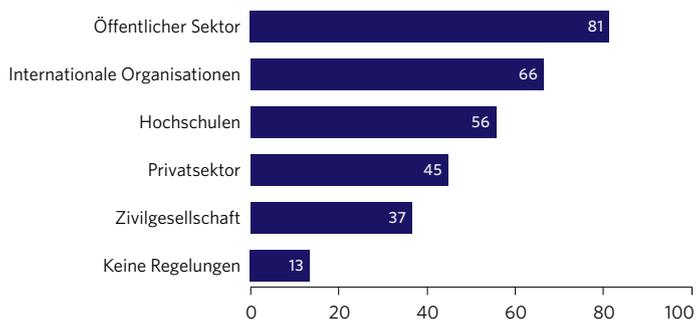
In Anbetracht der unterschiedlichen nationalen Kapazitäten in diesem Bereich sind sich die Länder darüber einig, wie wichtig ein „gesamtgesellschaftlicher“ Ansatz für die Deckung des Bedarfs an Daten und Statistiken zur Überwachung der ambitionierten Agenda 2030 ist. Aufgrund des Rahmens globaler Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele sahen sich die nationalen Statistikämter veranlasst, nationale und internationale Partnerschaften innerhalb wie außerhalb des nationalen Statistiksystems einzugehen.

Innerstaatlich förderte die Ausrichtung dieses Rahmens an den nationalen Politikprioritäten die Zusammenarbeit zwischen nationalen Statistikämtern und Fachministerien. In Kamerun, Mosambik und Uganda halten die Interessenträger regelmäßig gemeinsame Sitzungen über Daten zu den Nachhaltigkeitszielen ab, um nationale und subnationale Berichte zu den Zielen zu überprüfen und zu validieren. Brasilien hat eine nationale Kommission für die Nachhaltigkeitsziele unter Beteiligung verschiedener Interessenträger und des nationalen Statistikamts eingesetzt, die Aktionspläne zur Erstellung von Daten für jedes der 17 Ziele ausarbeiten soll. Die Teilnahme von mehr als 380 Organisationen an der freiwilligen nationalen Überprüfung im Vereinigten Königreich 2019 verdeutlichte das Bekenntnis zu Inklusivität.

Für die nationalen Statistikämter ist der öffentliche Sektor der wichtigste Partner, und 80 Prozent von ihnen haben institutionelle Regelungen mit anderen staatlichen Stellen getroffen. Häufig besteht auch eine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen: 66 Prozent der Länder melden derartige Partnerschaften. Hochschulen, der Privatsektor und zivilgesellschaftliche Organisationen sind mittlerweile ebenfalls wichtige Partner der nationalen Statistikämter. In 13 Prozent der Länder bestanden den Angaben zufolge jedoch keine Regelungen mit anderen Interessenträgern. Für die Zukunft wird es entscheidend wichtig sein, Partnerschaften mit verschiedensten Interessenträgern einzugehen, um die Datenüberwachung für die Nachhaltigkeitsziele weiter zu stärken.

Auch international hat die Überwachung der Nachhaltigkeitsziele eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessenträgern bewirkt. Die Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für

Anteil der nationalen Statistikämter, die eine institutionelle Regelung mit Interessenträgern getroffen haben (in Prozent)



die Nachhaltigkeitsziele, der die Entwicklung und Umsetzung des Rahmens globaler Indikatoren für die Ziele obliegt, hat die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessenträgern der Datenfachwelt auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene maßgeblich vorangebracht.

Mit Programmen wie der SDG16 Survey Initiative wurden Methoden für Bereiche gefördert, in denen es bisher keine amtlichen Statistiken gab, darunter Diskriminierung und Transparenz der Regierung. Der Zusammenschluss für die Nutzung von Verwaltungsdaten erleichtert den Austausch von Instrumenten und Erfahrungen und unterstützt die Länder so bei der Nutzung von Verwaltungsdaten für statistische Zwecke. Die Mitglieder der Sekretariatsübergreifenden Arbeitsgruppe für Haushaltserhebungen stellen im Wege der Zusammenarbeit koordinierte erhebungsbezogene Unterstützung für die Länder bereit. Zudem ist der unlängst im Auftrag der Statistischen Kommission eingesetzte Zusammenschluss für Bürgerbeiträge zu Daten bestrebt, die Kapazitäten von nationalen Statistikämtern, Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Nutzung bürgergenerierter Daten für die Nachhaltigkeitsziele zu stärken. Diese internationalen Kooperationen ermöglichen den Austausch innovativer Ansätze und bewährter Verfahren, dank deren die Länder Herausforderungen im Datenbereich überwinden und ihre Möglichkeiten zur Überwachung verstärken können.

Durch mehr Offenheit, Zugänglichkeit und eine effektive Nutzung hat sich die Wirkung von Daten erhöht

Die größere Offenheit, Zugänglichkeit und effektive Nutzung von Daten hat entscheidend dazu beigetragen, die Wirkung der Daten zu verbessern. Seit der Annahme der Agenda 2030 haben die Länder ihre amtliche Statistik erheblich geöffnet. Nach Angaben von Open Data Watch stieg der Median der Datenoffenheit unter 165 Ländern zwischen 2016 und 2022 von 38 auf 57. Ein Wert von 57 von 100 Punkten macht jedoch deutlich, dass die Datenoffenheit weiter verbessert werden muss. Ein wichtiger Schritt, den Wert bestehender Datenerhebungen zu steigern, ist die Verbreitung von Mikrodaten, die eingehendere Analysen ermöglicht, Transparenz und Rechenschaftsförderung fördert und die Zusammenarbeit begünstigt. Nicht einmal die Hälfte der Länder mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen verbreitet aus Erhebungen stammende Mikrodaten über nationale Erfassungsstellen.

Daten spielen bei der Politikgestaltung und der Förderung sinnvoller Veränderungen eine zentrale Rolle. In Chile etwa wurden durch die Zusammenführung von Daten aus Verwaltungsquellen und Haushaltserhebungen gewonnene Armutsschätzungen als Grundlage für die Mittelzuweisung an alle Kommunen herangezogen. In Moldau trugen die aus der Haushaltsbudgeterhebung stammenden Daten maßgeblich dazu bei, dass die Regierung den von der Energiekrise betroffenen Haushalten Kredite bereitstellen konnte. In Gambia führte die nationale Erhebung zu Ziel 16, die die Zufriedenheit der Bevölkerung mit staatlichen Diensten maß, dazu, dass der neu gewählte Präsident ein neues Ministerium zur Überwachung der öffentlichen Leistungserbringung einrichtete. Zudem haben bürgergenerierte Daten durch ihren bürgergetragenen Ansatz eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Erreichung von Ziel 16 gespielt und zu einer inklusiveren Gesellschaft und einer nachhaltigen Entwicklung beigetragen.

Für einen Rettungsplan für die Menschen und die Erde sind Investitionen in bessere Daten unverzichtbar

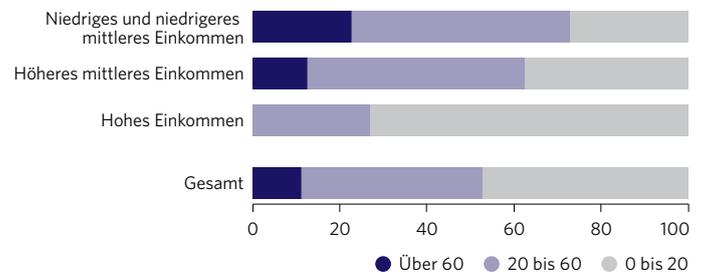
Angesichts der Mehrfachkrisen – Gesundheit, Ernährung, Energie und Klima – in den Ländern und ihres Bedarfs an besseren Daten zur Unterstützung der Politikgestaltung ist der Kapazitätsaufbau im Datenbereich dringender notwendig denn je. Von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus eine wirksame Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele und der Berichterstattung darüber.

Die nationalen Statistikämter stehen jedoch vor erheblichen Finanzierungslücken, insbesondere in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Etwa 23 Prozent dieser Ämter in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen haben gravierende Finanzierungsengpässe und bei ihren statistischen Programmen eine Finanzierungslücke von mehr als 60 Prozent. Bei etwa 50 Prozent der nationalen Statistikämter in dieser Gruppe fällt die Unterdeckung mit 20 bis 60 Prozent moderat aus. Vergleichsweise besser ist die Lage in den Ländern mit höherem mittlerem Einkommen, wo für etwa 13 Prozent der nationalen Statistikämter gravierende und für 50 Prozent moderate Finanzierungsengpässe bestehen. Diese Finanzierungsprobleme behindern den Aufbau leistungsfähiger Kapazitäten im Datenbereich erheblich und hemmen eine wirksame Fortschrittsüberwachung und Berichterstattung in Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele.

Auf die Finanzierungslücke im Datenbereich wurde in der unlängst veröffentlichten Erklärung von Hangzhou „Beschleunigung der Fortschritte bei der Umsetzung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur

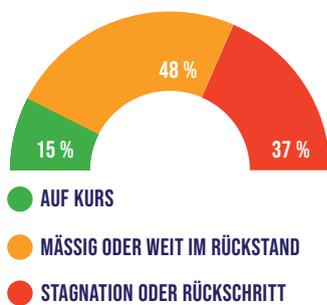
nachhaltigen Entwicklung“ mit der Forderung reagiert, „die Investitionen öffentlicher, privater und philanthropischer Akteure aus dem In- und Ausland in Daten und Statistiken dringend und stetig zu erhöhen und auszuweiten, um die statistischen Kapazitäten in Ländern mit niedrigem Einkommen und in fragilen Staaten zu stärken, Datenlücken für verwundbare Gruppen zu schließen und die Widerstandsfähigkeit der Länder vor dem aktuellen Hintergrund von Wirtschaftskrisen, Konflikten, Klimawandel und zunehmender Ernährungsunsicherheit zu steigern“.

Finanzierungslücke für das Arbeitsprogramm der nationalen Statistikämter nach Einkommensgruppen – Juli 2021 (in Prozent)



MIT DATEN SDG-FORTSCHRITTE VERFOLGEN

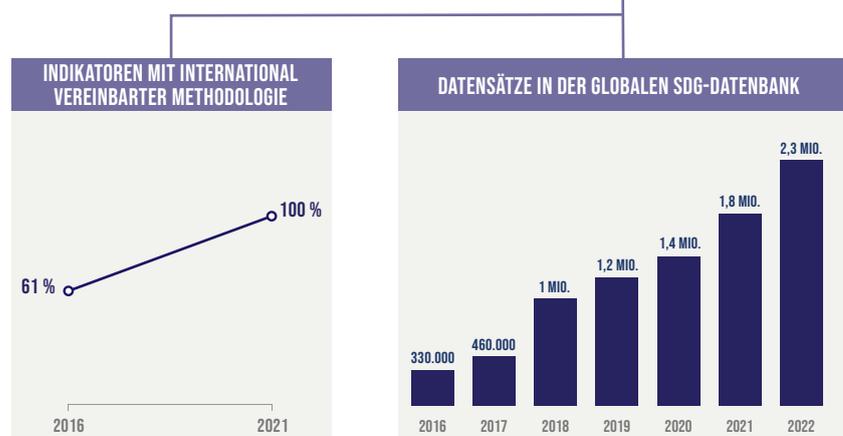
DIE HALBZEITBILANZ DER FORTSCHRITTE BEI DEN NACHHALTIGKEITSGIELEN (SDGs) IST BESORGNISERREGEND:



AUSGEHEND VON EINER BEWERTUNG DER SDG-ZIELVORGABEN MIT TRENDENDATEN



ERHEBLICHE FORTSCHRITTE BEI DER DATENERHEBUNG UND ÜBERWACHUNG DER SDGs



SCHLIESSEN DER LÜCKE FÜR BESSERE DATEN

NATIONALE STATISTIKÄMTER, DIE MIT IHRER KOORDINIERUNGSROLLE ZUFRIEDEN SIND



54%

HOHEINKOMMENS-LÄNDER

26%

LÄNDER MIT NIEDRIGEM UND NIEDRIGEREM MITTLEREM EINKOMMEN

LÄNDER, IN DENEN DIE FINANZIERUNGSLÜCKE IN IHREN STATISTIKPROGRAMMEN ÜBER 60% BETRÄGT



0%

HOHEINKOMMENS-LÄNDER

23%

LÄNDER MIT NIEDRIGEM UND NIEDRIGEREM MITTLEREM EINKOMMEN



Keine Armut

- Sollten die derzeitigen Trends anhalten, werden noch immer 575 Millionen Menschen in extremer Armut leben, und nur jedes dritte Land wird seine nationale Armutsquote bis 2030 halbieren.
- Trotz der Ausweitung des Sozialschutzes während der COVID-19-Krise sind über 4 Milliarden Menschen nach wie vor ohne jeglichen Schutz. Viele der schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen in der Welt, darunter junge und ältere Menschen, werden nicht von gesetzlichen Sozialschutzprogrammen erfasst.
- Der Anteil der Staatsausgaben für grundlegende Dienste wie Bildung, Gesundheit und Sozialschutz ist in den hochentwickelten Volkswirtschaften deutlich höher als in den Schwellen- und Entwicklungsländern.
- Für die Erfüllung der zentralen Aufgabe, die Armut zu beenden und niemanden zurückzulassen, sind erheblich mehr Maßnahmen und



Alltagsleben der Menschen im Slum Sujat Nagar in Dhaka, Bangladesch.

Investitionen zur Steigerung der wirtschaftlichen Chancen, Verbesserung der Bildung und Ausweitung des Sozialschutzes für alle, insbesondere für die am stärksten Ausgegrenzten, entscheidend wichtig.

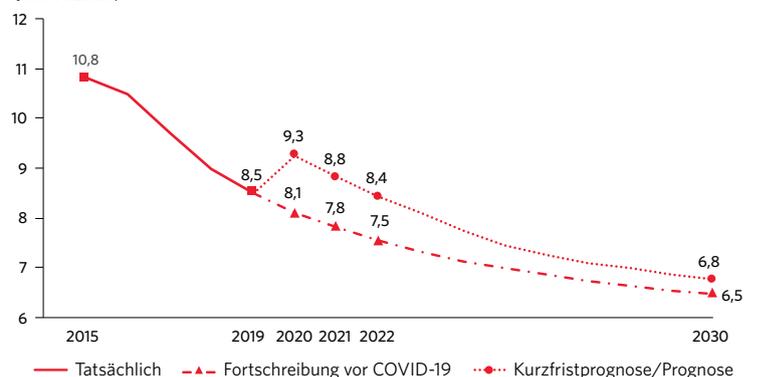
Aufgrund langsamer und ungleichmäßiger Fortschritte bei der Armutsminderung könnten bis 2030 Hunderte Millionen Menschen in extreme Armut abgleiten

Die extreme Armut, gegenwärtig definiert als der Anteil der Menschen, die mit weniger als 2,15 USD pro Tag (Kaufkraftparität von 2017) auskommen müssen, ist in den vergangenen Jahrzehnten beträchtlich gesunken. Durch COVID-19 kehrte sich dieser positive Trend allerdings um. Schon vor der Pandemie verlangsamte sich die Armutsminderung, während die extreme Armut zwischen 2015 und 2019 von 10,8 auf 8,4 Prozent zurückging. Zwischen 2015 und 2019 betrug die durchschnittliche jährliche Minderungsrate 0,54 Prozentpunkte und damit weniger als die Hälfte der zwischen 2000 und 2014 verzeichneten Rate von 1,28 Prozentpunkten. 2020 stieg die Zahl der Menschen in extremer Armut auf 724 Millionen, 90 Millionen mehr als nach den Prognosen vor der Pandemie, wodurch die Armutsminderung um etwa drei Jahre zurückgeworfen wurde.

Die Erholung von der Pandemie verläuft bislang schleppend und ungleichmäßig, wobei die extreme Armut zwischen 2020 und 2021 von 9,3 auf 8,8 Prozent sank. Etwa 41 Prozent der Länder mit niedrigem Einkommen gegenüber lediglich 13 Prozent der Länder der mittleren Einkommensgruppe (oberer Bereich) wiesen 2021 eine höhere Armutsquote als im Vorjahr auf. Der Konflikt in der Ukraine hat den Welthandel gestört und die Lebenshaltungskosten ansteigen lassen, was die Armen unverhältnismäßig stark betrifft. Auch der Klimawandel gefährdet die Armutsminderung erheblich. Kurzfristprognosen zufolge könnten Ende 2022 noch immer 8,4 Prozent der Weltbevölkerung, also bis zu 670 Millionen Menschen, in extremer Armut leben.

Sollten die derzeitigen Trends anhalten, werden bis 2030 schätzungsweise 7 Prozent der Weltbevölkerung – etwa 575 Millionen Menschen – in extremer Armut leben, die meisten davon in Afrika südlich der Sahara. Diese Prognose entspräche einem Rückgang der Armut um gerade einmal 30 Prozent.

Anteil der Weltbevölkerung, der von weniger als 2,15 USD am Tag lebt – tatsächliche Entwicklung 2015–2019 und Fortschreibung/Prognose 2020–2030 (in Prozent)



Sollten die derzeitigen Trends anhalten, wird nur jedes dritte Land seine nationale Armutsquote bis 2030 halbieren

Die nationale Armutsquote ist eine spezifische Messgröße für die wirtschaftlichen Bedingungen eines Landes, mit der Politikverantwortliche gezielte Interventionen und soziale Sicherheitsnetze gestalten können. 2020 verzeichneten 22 der 39 Länder, für die Daten vorlagen, einen Anstieg ihrer nationalen Armutsquote gegenüber dem Vorjahr. Angesichts der historischen Trends in 127 Ländern mit Daten wird bis 2030 nur jedes dritte Land seine Quote gegenüber 2015 halbieren können.

Armut ist eine komplexe und mehrdimensionale Herausforderung. Einige Länder haben zusätzlich nationale Indikatoren für mehrdimensionale Armut

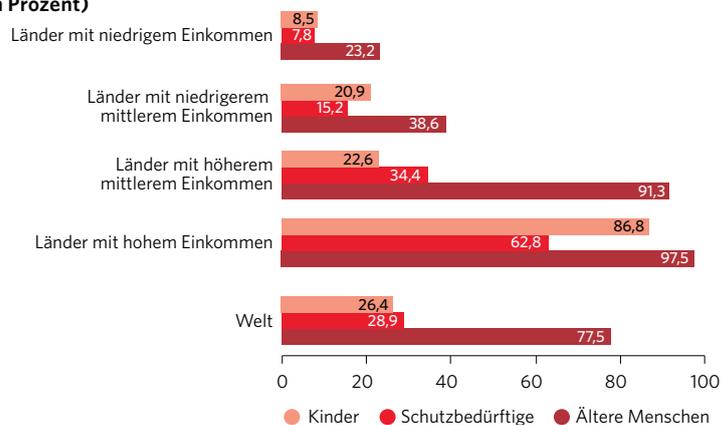
eingeführt, um andere Aspekte der Armut zu erfassen – etwa in Bezug auf Gesundheit, Beschäftigung, Bildung und Zugang zu grundlegenden Diensten – und zu zeigen, wie die Entbehrungen in den Haushalten über mehrere Ziele hinweg zusammenhängen. Trotz dieser Maßnahmen in einigen Ländern sind die Fortschritte bei der Minderung der mehrdimensionalen Armut auf nationaler Ebene bislang begrenzt. In Anbetracht dessen müssen Regierungen und Interessenträger gezielt an den zugrundeliegenden Faktoren ansetzen und Strategien zur Linderung der Entbehrungen über mehrere Dimensionen hinweg entwickeln.

Inmitten sich überschneidender Krisen sind die Reichweite von Sozialschutzprogrammen und die Ausgaben dafür nach wie vor gering

Die COVID-19-Pandemie hat verdeutlicht, wie wichtig Sozialschutzsysteme sind. 2020 bezogen jedoch de facto nur 47,9 Prozent der Weltbevölkerung wenigstens eine monetäre Sozialschutzleistung, ein leichter Anstieg gegenüber 2015 (45 Prozent). Weltweit erhielten lediglich 26,4 Prozent der Kinder unter 15 Jahren monetäre Sozialschutzleistungen gegenüber 77,5 Prozent bei älteren Menschen. In einkommensschwachen Ländern wurden derartige Leistungen allerdings nur 23,2 Prozent der älteren Menschen im Ruhestandsalter zuteil. Ebenso hatten weltweit nur 28,9 Prozent der als schutzbedürftig eingestuften Personen – alle Kinder sowie Erwachsene und ältere Menschen, die nicht von beitragspflichtigen Programmen erfasst sind – Zugang zu beitragsunabhängigen Geldleistungen.

Darüber hinaus sind die nationalen Ausgaben für den Sozialschutz von Kindern und älteren Menschen nach wie vor gering: Länder der mittleren Einkommensgruppe (oberer Bereich) gaben 2020 nur 0,5 Prozent bzw. 1,4 Prozent des BIP aus, Länder der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich) dagegen 0,1 Prozent bzw. 0,8 Prozent. Zur Bewältigung der Krise bei den Lebenshaltungskosten kündigten 105 Länder und Hoheitsgebiete zwischen Februar 2022 und Februar 2023 nahezu 350 Sozialschutzmaßnahmen an. Allerdings waren diese zu mehr als 80 Prozent kurzfristig angelegt, und bei etwa 47 Prozent handelte es sich um allgemeine Einkommensunterstützung für arme und schutzbedürftige Menschen, insbesondere Kinder, Familien und ältere Menschen. Um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, müssen die Länder den nationalen Gegebenheiten entsprechende universelle und nachhaltige Sozialschutzsysteme für alle einführen.

Anteil der Kinder, Schutzbedürftigen und älteren Menschen, die monetäre Sozialschutzleistungen erhalten, nach Einkommensstand des Landes – 2020 (in Prozent)



Die hochentwickelten Volkswirtschaften, die Schwellenländer und die Entwicklungsländer haben allesamt den Anteil ihrer Staatsausgaben für grundlegende Dienste erhöht

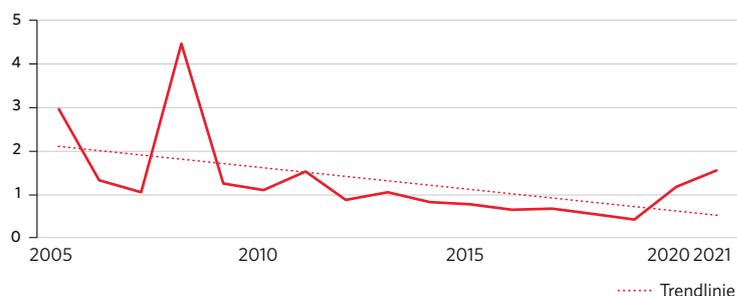
Der Anteil der Staatsausgaben für grundlegende Dienste, darunter Bildung, Gesundheit und Sozialschutz, ist in den letzten zwei Jahrzehnten gestiegen. 2021 entfielen darauf weltweit etwa 53 Prozent der gesamten Staatsausgaben und damit mehr als 2015 (47 Prozent). In den hochentwickelten Volkswirtschaften lag dieser Anteil bei 62 Prozent, in den Schwellen- und Entwicklungsländern bei 44 Prozent. Dieser Abstand ist mit etwa 20 Prozentpunkten seit Jahren vergleichsweise stabil. Betrachtet man die

verschiedenen Komponenten grundlegender Dienste, so waren die Sozialausgaben in den hochentwickelten Volkswirtschaften im Durchschnitt 17 Prozentpunkte höher als in den Schwellen- und Entwicklungsländern, zum Teil weil dort mehr Menschen rentenversichert sind. Geringer war das Gefälle bei den Gesundheitsausgaben, die in den hochentwickelten Volkswirtschaften im Durchschnitt 6 Prozentpunkte über den Werten der Schwellen- und Entwicklungsländer lagen.

Weltweit betreffen Katastrophen mehr Menschen, fordern jedoch weniger Todesopfer

Zur Halbzeit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Sendai-Rahmens für Katastrophenvorsorge geht die katastrophenbedingte Sterblichkeit allmählich zurück. Die durchschnittliche jährliche Zahl der Katastrophen zugeschriebenen Todesfälle oder Vermissten je 100.000 Einwohner/-innen ist weltweit stetig gesunken, und zwar von 1,64 im Zeitraum 2005-2015 auf 0,86 im Zeitraum 2012-2021. In absoluten Zahlen meldeten die Länder in diesem Zeitraum durchschnittlich 44.616 katastrophenbedingte Todesfälle pro Jahr. Die am wenigsten entwickelten Länder, kleinen Inselentwicklungsländer und Binnenentwicklungsländer, die katastrophenanfälliger sind, verzeichneten in diesem Zeitraum allerdings Sterblichkeitsraten von 1,24, 2,80 bzw. 1,85. Trotz des Rückgangs der weltweiten katastrophenbedingten Sterblichkeit ist die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen je 100.000 Einwohner/-innen von 1.198 im Zeitraum 2005-2015 auf 2.113 im Zeitraum 2012-2021 gestiegen (ohne Fälle im Zusammenhang mit COVID-19). Zwischen 2015 und 2021 betrafen Katastrophen jährlich im Durchschnitt nicht weniger als 151 Millionen Menschen weltweit.

Katastrophenbedingte Sterblichkeitsrate (ohne COVID-19-Todesfälle) – 2005-2021 (Todesfälle je 100.000 Menschen)





Kein Hunger

- Die Zahl der von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen steigt seit 2015, und durch die Pandemie, Konflikte, den Klimawandel und wachsende Ungleichheit hat sich die Situation noch verschärft. 2022 litten etwa 9,2 Prozent der Weltbevölkerung unter chronischem Hunger, was etwa 735 Millionen Menschen entspricht – 122 Millionen mehr als 2019. Schätzungsweise 29,6 Prozent der Weltbevölkerung – 2,4 Milliarden Menschen – waren von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen, hatten also keinen Zugang zu ausreichender Nahrung. Das sind 391 Millionen Menschen mehr als 2019; eine erschreckende Entwicklung.
- Trotz weltweiter Bemühungen waren 2022 schätzungsweise 45 Millionen Kinder unter 5 Jahren ausgezehrt, 148 Millionen wachstumsgehemmt und 37 Millionen übergewichtig. Um die Ernährungsziele für 2030 zu erreichen, ist ein grundlegender Kurswechsel erforderlich.
- Zur vollständigen Beseitigung des Hungers bis 2030 sind dringend koordinierte Maßnahmen und Politiklösungen geboten, um tief verwurzelte



Kinder in der Gemeinde Santeng, Bezirk Tongu (Ghana) freuen sich über ein Porridge aus Fonio, einer heimischen, von den Frauen in der Region angebauten dürreresistenten Hirsesorte.

Ungleichheiten anzugehen, Nahrungsmittelsysteme umzugestalten, in nachhaltige landwirtschaftliche Methoden zu investieren und die Auswirkungen von Konflikten und der Pandemie auf die weltweite Ernährung und Ernährungssicherheit zu verringern und zu mildern.

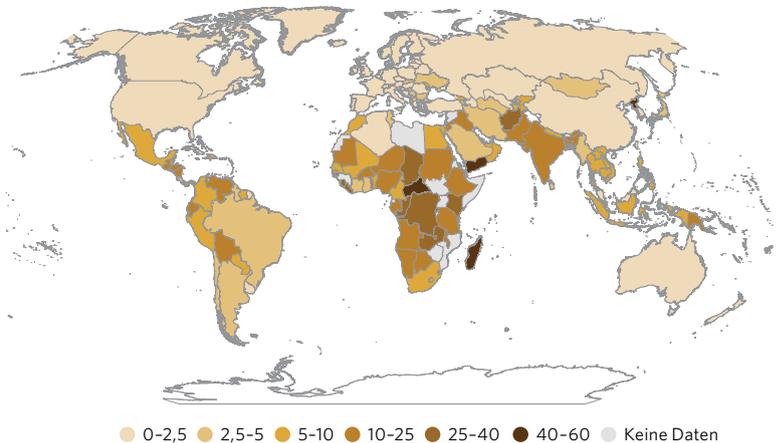
Angesichts der Krisenhäufung sind dringend gemeinsame globale Anstrengungen zur Bekämpfung des Hungers und zur Sicherung der Ernährung vonnöten

2022 blieb die Prävalenz von Unterernährung im Vergleich zu 2021 unverändert, nachdem sie 2020 pandemiebedingt deutlich und 2021 etwas langsamer gestiegen war. Unter chronischem Hunger litten 2022 9,2 Prozent der Weltbevölkerung, d. h. 735 Millionen Menschen – 122 Millionen mehr als 2019, als der Anteil bei 7,9 Prozent lag. Darüber hinaus waren schätzungsweise 2,4 Milliarden Menschen, also 29,6 Prozent der Weltbevölkerung, von mäßiger bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen, hatten also keinen regelmäßigen Zugang zu angemessener Nahrung. Zwar ist der Anteil der Hunger leidenden Bevölkerung in Afrika höher als in anderen Regionen, doch lebt die Mehrheit der Hungernden in Asien. Prognosen zufolge werden 2030 weltweit mehr als 600 Millionen Menschen von Hunger betroffen sein, was die enorme Herausforderung verdeutlicht, das Ziel „Kein Hunger“ zu erreichen.

Die globalen Trends bei der Prävalenz von Hunger und Ernährungssicherheit sind Ausdruck des Zusammenspiels zweier gegensätzlicher Kräfte. Einerseits hat die Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit zu höheren Einkommen und einem besseren Zugang zu Nahrungsmitteln geführt. Andererseits hat die Inflation der Nahrungsmittelpreise die Einkommensgewinne wieder aufgezehrt und den Zugang zu Nahrungsmitteln erschwert. Je nach Region wirkten diese Kräfte jedoch unterschiedlich. In Westasien, der Karibik und

allen Subregionen Afrikas nimmt der Hunger weiter zu. Dagegen hat sich in den meisten Subregionen Asiens und Lateinamerikas die Ernährungssicherheit verbessert.

Prävalenz von Unterernährung – 2020-2022 (Durchschnitt) (in Prozent)



Die Agrarhilfe und die öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft sind trotz der sich verschärfenden weltweiten Nahrungsmittelkrise rückläufig

Investitionen in die Landwirtschaft sind entscheidend wichtig für die Steigerung von Effizienz, Produktivität und Einkommenswachstum sowie für die Bekämpfung von Armut und Hunger. Zwar erreichten die öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft 2021 während der Pandemie nominal ein Rekordhoch von 700 Milliarden USD, doch fielen sie im Verhältnis zum Beitrag des Sektors zum BIP (gemessen durch den Agrarorientierungs-Index – AOI) zwischen 2020 und 2021 von einem Wert von 0,50 auf 0,45. Dieser Rückgang war in allen Regionen mit Ausnahme Europas und Nordamerikas zu beobachten, wo die Regierungen Konjunkturpakete historischen Ausmaßes

schnürten. Am stärksten fiel der AOI in Lateinamerika und der Karibik, und zwar von 0,33 im Jahr 2015 auf 0,21 im Jahr 2021.

Zwischen 2015 und 2021 stieg die Agrarhilfe für die Entwicklungsländer insgesamt von 12,8 auf 14,2 Milliarden USD (zu konstanten Preisen von 2021) und damit um 14,6 Prozent. 2020 schnellte diese Hilfe gegenüber dem Vorjahr um nahezu 18 Prozent nach oben, zum Teil aufgrund von Besorgnissen rund um die Ernährungssicherheit während der Pandemie. 2021 ging sie allerdings um 15 Prozent und damit wieder auf einen ähnlichen Stand wie vor der Pandemie zurück.

Trotz Fortschritten sind Kinder und Frauen weltweit weiterhin durch Fehlernährung gefährdet

Kinder, die von Fehlernährung – etwa in Form von Wachstumshemmung (zu klein für ihr Alter), Auszehrung (zu leicht für ihre Größe), Mikronährstoffmangel und Übergewicht – betroffen sind, tragen ein erhöhtes Risiko von Wachstums- und Entwicklungsstörungen. Trotz Fortschritten in bestimmten Regionen ist Fehlernährung bei Kindern nach wie vor ein weltweites, durch die anhaltende Nahrungsmittel- und Ernährungskrise noch verschärftes Problem, von dem Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen am stärksten betroffen sind.

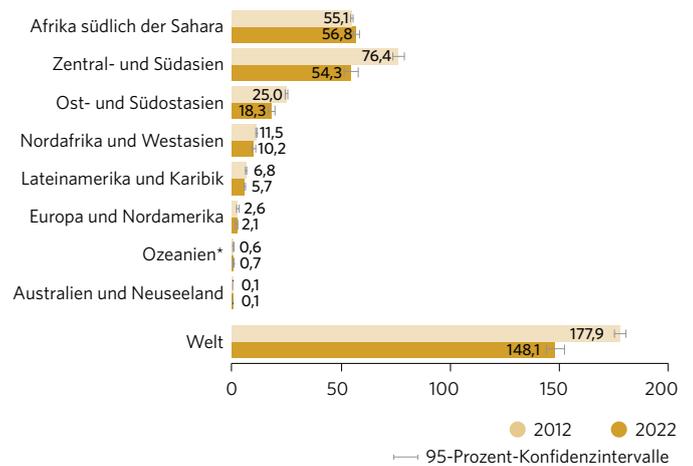
2022 waren 22,3 Prozent der Kinder unter 5 Jahren (148 Millionen) und damit weniger als 2012 (26,3 Prozent) wachstumsgehemmt. Zwar sank die Zahl der Länder mit einer hohen Prävalenz von Wachstumshemmung (mindestens 30 Prozent) zwischen 2012 und 2022 von 47 auf 28, doch ist keine Region hinsichtlich der Zielvorgabe, die Zahl der wachstumsgehemmten Kinder bis 2030 zu halbieren, auf Kurs. Sollten die derzeitigen Trends anhalten, werden 2030 noch immer schätzungsweise 128,5 Millionen Kinder unter Wachstumshemmung leiden. Um die globale Zielvorgabe zu erreichen, muss der jährliche Rückgang das 2,2-Fache der derzeitigen Rate betragen.

Durch Krankheiten und nährstoffarme Ernährung bedingte Auszehrung setzt Kinder unmittelbar der Gefahr von Magerkeit, Immunschwäche, Entwicklungsverzögerungen und Tod aus. 2022 litten 6,8 Prozent (oder 45 Millionen) der Kinder unter 5 Jahren unter Auszehrung, während es 2010 noch 7,7 Prozent waren. Zugleich waren 5,6 Prozent (oder 37 Millionen) übergewichtig. Die weltweite Prävalenz von übergewichtigen Kindern verharrt seit 2012 bei etwa 5,5 Prozent, weshalb mehr getan werden muss, um das für 2030 vorgegebene Ziel von 3 Prozent zu erreichen.

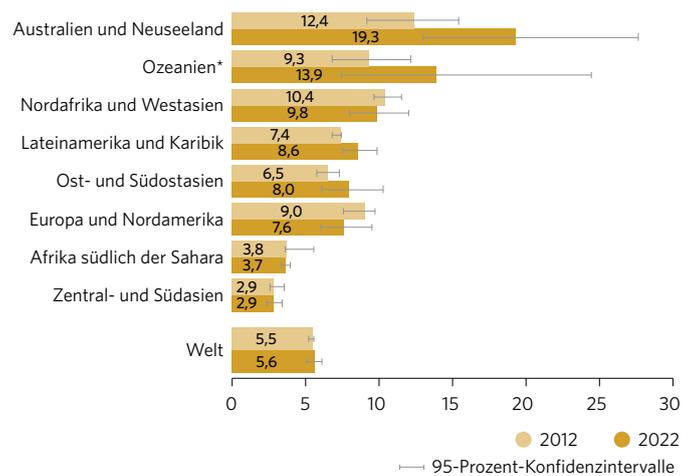
Höchst beunruhigend ist zudem die Prävalenz von Anämie bei Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, die seit 2000 bei rund 30 Prozent stagniert. Anämie bei Frauen ist ein Risikofaktor für schwangerschaftsbedingte und perinatale Komplikationen. Umso wichtiger ist es daher, dieses Problem zugunsten der Gesundheit und Ernährung von Frauen wie Kindern anzugehen.

Zur Prävention aller Formen von Fehlernährung gilt es, die angemessene Ernährung von Müttern zu gewährleisten, optimales Stillen zu fördern, im frühen Kindesalter nahrhafte, vielfältige und sichere Nahrungsmittel bereitzustellen und ein gesundes Umfeld mit grundlegender Gesundheits-, Wasser-, Hygiene- und Sanitärversorgung und Möglichkeiten für sichere körperliche Betätigung zu schaffen. Um Fehlernährung bei Kindern und Müttern zu verringern, ist eine Abstimmung zwischen Ernährung, Gesundheit und Sozialschutz notwendig – insbesondere in den am stärksten betroffenen Regionen.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung – 2012 und 2022 (in Millionen)



Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Übergewicht – 2012 und 2022 (in Prozent)

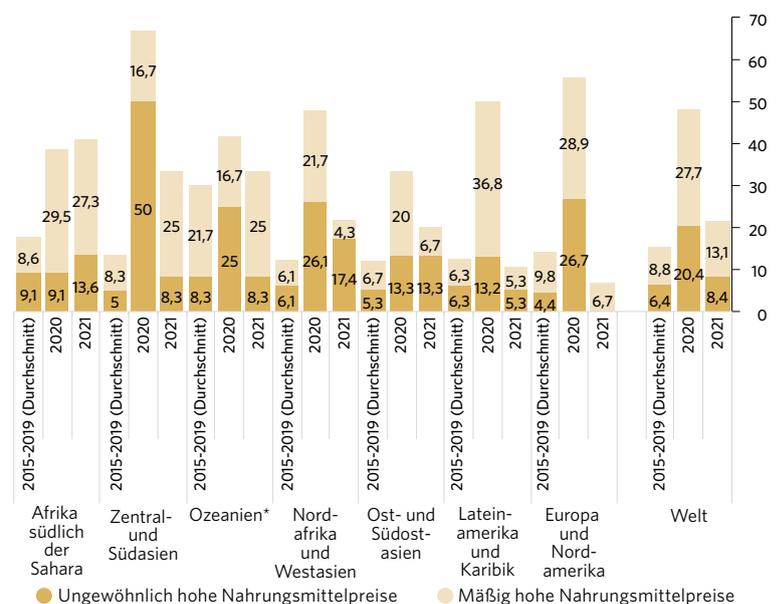


*ohne Australien und Neuseeland

Wenngleich der Anteil der Länder mit hohen Nahrungsmittelpreisen 2021 zurückging, liegt er nach wie vor über dem Durchschnitt von 2015-2019

Weltweit sank der Anteil der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen zwischen 2020 und 2021 von 48,1 auf 21,5 Prozent. Trotz dieses deutlichen Rückgangs lag der Wert für 2021 noch immer über dem im Zeitraum 2015-2019 verzeichneten Durchschnitt von 15,2 Prozent. Verantwortlich für die anhaltenden Preissteigerungen waren Faktoren wie eine höhere Nachfrage, steigende Kosten für Betriebsmittel (Energie und Düngemittel) und Transportkosten, Unterbrechungen der Versorgungskette und Änderungen in der Handelspolitik. Zugleich wurde der Preisdruck durch inländische Faktoren wie ungünstige Witterungsbedingungen, Währungsabwertungen, politische Instabilität und Produktionsausfälle verstärkt. In Afrika südlich der Sahara und den am wenigsten entwickelten Ländern erhöhte sich der Anteil der Länder mit hohen Nahrungsmittelpreisen 2021 im zweiten Jahr in Folge (auf 40,9 bzw. 34,1 Prozent). In diesen Regionen sorgten eine Verschlechterung der Sicherheitslage, makroökonomische Probleme und eine hohe Abhängigkeit von importierten Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln für zusätzliche Herausforderungen.

Anteil der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen – 2015-2019 (Durchschnitt), 2020 und 2021 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

- Die globale Gesundheit hat sich in den letzten Jahren in gewissem Umfang verbessert. So haben 146 von 200 Ländern oder Hoheitsgebieten die Zielvorgabe zur Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren bereits erreicht oder sind auf dem besten Weg dahin. Dank einer wirksamen HIV-Behandlung sind aidsbedingte Todesfälle seit 2010 weltweit um 52 Prozent gesunken, und in 47 Ländern wurde mindestens eine vernachlässigte Tropenkrankheit eliminiert.
- In anderen Bereichen, etwa bei der Senkung der Müttersterblichkeit und der Ausweitung der allgemeinen Gesundheitsversorgung, waren die Fortschritte jedoch unzureichend. Weltweit starben 2020 jeden Tag etwa 800 Frauen an den Folgen von Schwangerschaft oder Geburt. 381 Millionen Menschen wurden 2019 aufgrund von Gesundheitsausgaben aus eigener Tasche erstmals oder weiter in extreme Armut gedrängt.
- Die COVID-19-Pandemie und anhaltende Krisen standen Fortschritten bei Ziel 3 im Wege. Impfungen bei Kindern waren so stark rückläufig wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr, und die Zahl der Tuberkulose- und Malaria-Todesfälle ist im Vergleich zum Vor-Pandemie-Stand gestiegen.



Die neun Monate alte Sofia bei einer Schutzimpfung und Vorsorgeuntersuchung mit ihrer Mutter in einer Klinik in Bolivien.

- Zur Bewältigung dieser Rückschläge und langjähriger Defizite in der Gesundheitsversorgung sind verstärkte Investitionen in die Gesundheitssysteme erforderlich, um die Länder bei der Erholung zu unterstützen und ihre Resilienz gegenüber künftigen Gesundheitsgefahren zu steigern.

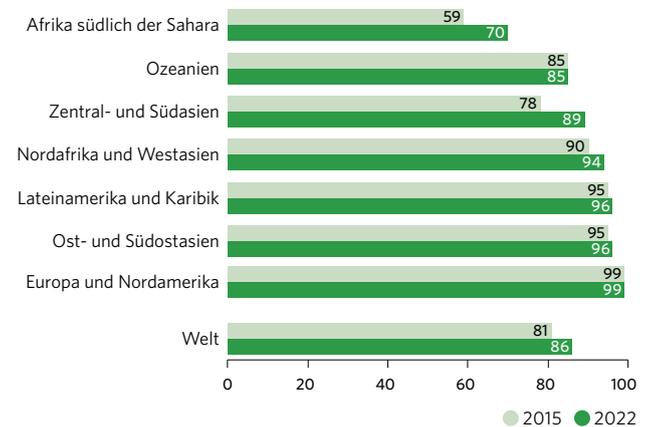
Aufgrund stockender Fortschritte bei der Senkung der Müttersterblichkeit stirbt alle zwei Minuten eine Frau an vermeidbaren Ursachen

Die weltweite Müttersterblichkeitsrate sank zwischen 2015 und 2020 leicht, und zwar von 227 auf 223 Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten. Dieser Wert ist mehr als dreimal so hoch wie das für 2030 vorgegebene Ziel von 70, d. h. jeden Tag starben etwa 800 Frauen, also alle zwei Minuten eine, an vermeidbaren, mit Schwangerschaft und Geburt verbundenen Ursachen. Im Zeitraum 2016-2020 lag die durchschnittliche jährliche Minderungsrate weltweit bei etwa Null und damit deutlich unter dem zwischen 2000 und 2015 erzielten Wert von 2,7 Prozent.

2020 entfielen etwa 70 Prozent der Todesfälle bei Müttern auf Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Zentral- und Südasiens mit knapp 17 Prozent. 15-jährige Mädchen in Afrika südlich der Sahara hatten das höchste Lebenszeitrisiko (1 zu 40), das etwa 400 Mal höher als das ihrer Altersgenossinnen in Australien und Neuseeland lag. Zwischen 2016 und 2020 fiel die Müttersterblichkeitsrate in den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern deutlich, und zwar um jährlich durchschnittlich 2,8 bzw. 3,0 Prozent, in den kleinen Inselentwicklungsländern dagegen nur um 1,2 Prozent.

Der Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten stieg zwischen 2015 und 2022 weltweit von 81 auf 86 Prozent, doch ist der Zugang in vielen Ländern nach wie vor begrenzt, insbesondere in Afrika südlich der Sahara und Südasiens, wo die Sterblichkeitsraten am höchsten sind. Allerdings verzeichnete Afrika südlich der Sahara in diesem Zeitraum mit einem Anstieg von 59 auf 70 Prozent das schnellste Wachstum.

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten – 2015 und 2022 (in Prozent)



Weitere Fortschritte bei der reproduktiven Gesundheit dank sinkender Geburtenraten bei Jugendlichen und eines besseren Zugangs zu Verhütungsmitteln

Mittlerweile können mehr Frauen und Mädchen auf bessere Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zugreifen. Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15-49 Jahre), deren Bedarf an Familienplanung durch moderne Methoden gedeckt wird, ist zwischen 2015 und 2023 leicht gestiegen, nämlich von 76,5 auf 77,6 Prozent, und wird bis 2030 voraussichtlich 78,2 Prozent erreichen. In Afrika südlich der Sahara erhöhte sich dieser Anteil im genannten Zeitraum am stärksten (von 51,6 auf 57,4 Prozent) und dürfte bis 2030 auf 62,1 Prozent ansteigen.

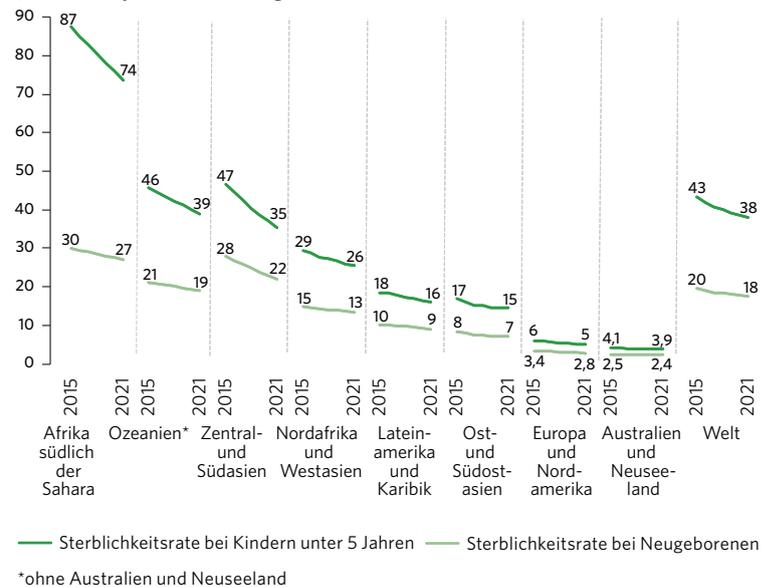
Die globale Geburtenrate bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren lag 2023 bei 41,3 Geburten je 1.000 Mädchen, ein Rückgang gegenüber 2015 (47,2 Geburten). Auch die globale Geburtenrate bei Jugendlichen im Alter von 10 bis 14 Jahren, die erstmals im Rahmen der globalen Überwachung der Ziele erfasst wurde, sank zwischen 2015 und 2023 von 1,8 auf 1,5 Geburten je 1.000 Mädchen. Den stärksten Rückgang für den Zeitraum 2015-2023 meldeten Lateinamerika und die Karibik: von 67,3 Geburten je 1.000 Mädchen (15-19 Jahre) auf 51,4 bzw. von 3,3 Geburten je 1.000 Mädchen (10-14 Jahre) auf 2,3.

Die Kindersterblichkeitsraten gehen weltweit deutlich zurück, doch bestehen nach wie vor Herausforderungen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten konnte die Kindersterblichkeit erheblich verringert werden. Zwischen 2015 und 2021 sank die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren weltweit um 12 Prozent, nämlich von 43 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten auf 38. Darüber hinaus fiel die globale Neugeborenensterblichkeit von 20 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten auf 18 und damit um etwa 10 Prozent. Trotz dieser Fortschritte starben 2021 noch immer 5 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag – gegenüber 6,1 Millionen 2015. Nahezu die Hälfte (2,3 Millionen) starb während der ersten 28 Lebenstage. Die Kindersterblichkeit ging zwar in allen Regionen zurück, ist jedoch in Afrika südlich der Sahara weiter am höchsten. Hier starb 2021 jedes 14. Kind vor seinem fünften Geburtstag (74 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten), was dem 2001, also vor zwei Jahrzehnten, verzeichneten globalen Durchschnittswert entspricht.

Bis 2021 hatten 133 Länder die Zielvorgabe zur Sterblichkeit bei unter 5-Jährigen bereits erreicht, und 13 weitere dürften dies bei einer Fortsetzung der derzeitigen Trends bis 2030 ebenfalls schaffen. Zur Erfüllung der Zielvorgabe bis 2030 sind jedoch in 54 Ländern, davon fast 75 Prozent in Afrika südlich der Sahara, raschere Fortschritte erforderlich. Sollten diese Länder die Zielvorgabe erreichen, ließen sich zwischen 2022 und 2030 nahezu 10 Millionen Todesfälle bei Kindern unter 5 Jahren vermeiden. Zugleich müssen mehr als 60 Länder in Bezug auf die Zielvorgabe für Neugeborene schneller vorankommen.

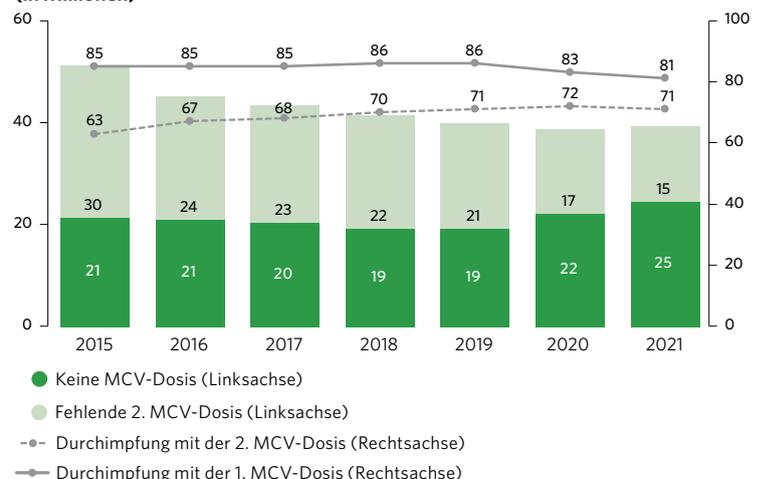
Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren und Neugeborenen – 2015-2021 (Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten)



Infolge des alarmierenden Rückgangs bei Kinderimpfungen sind Millionen von Kindern durch verheerende, aber vermeidbare Krankheiten gefährdet

Der Anteil der Kinder, die drei Dosen des DTP3-Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten erhalten haben, – ein Marker für die Durchimpfung innerhalb eines Landes und länderübergreifend – fiel zwischen 2019 und 2021 um 5 Prozentpunkte auf gerade einmal 81 Prozent. Dies war der größte anhaltende Rückgang bei Kinderimpfungen seit etwa 30 Jahren. Somit versäumten allein 2021 25 Millionen Kinder eine oder mehrere Dosen DTP im Rahmen von Routineimpfungen, also 2 Millionen mehr als 2020 und 6 Millionen mehr als 2019, was verdeutlicht, dass immer mehr Kinder durch verheerende, aber vermeidbare Krankheiten gefährdet sind. 2021 erhielten nur 70 Prozent der Kinder zwei Dosen des Impfstoffs gegen Masern, eine hochansteckende Krankheit. Dies lag weit unter der für die Verhinderung von Ausbrüchen erforderlichen Durchimpfungsrate von 95 Prozent der Bevölkerung. Die Durchimpfung mit der ersten Dosis des Impfstoffs gegen das humane Papillomavirus (HPV), das gravierende Folgen für die Gesundheit von Frauen und Mädchen weltweit hat, erreichte 2021 lediglich 15 Prozent, obwohl die ersten Impfstoffe bereits vor über 15 Jahren zugelassen wurden.

Durchimpfung mit Masern-Lebendimpfstoff (MCV) – 2015-2021 (in Prozent) und geschätzte Zahl der Kinder ohne vollständige MCV-Impfung – 2015-2021 (in Millionen)



Zusammenfallende Krisen haben die Welt hinsichtlich der Zielvorgaben für HIV, Malaria und Tuberkulose vom Kurs abgebracht

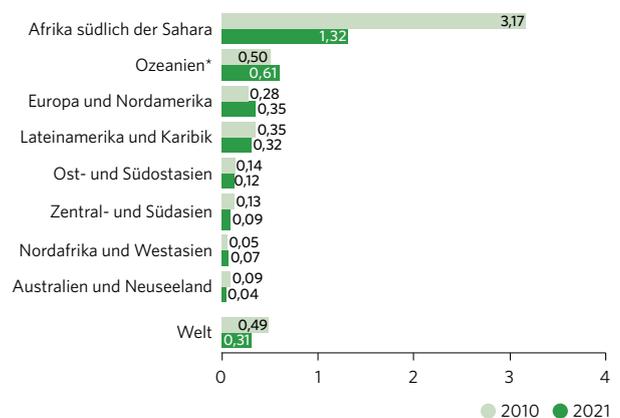
HIV/Aids: 2021 infizierten sich weltweit schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen neu mit dem humanen Immundefektvirus (HIV), fast ein Drittel weniger als 2010. Eine wirksame HIV-Behandlung ermöglichte zwischen 2010 und 2021 zudem die Verringerung aidsbedingter Todesfälle von 1,4 Millionen weltweit auf 650.000 und damit um 52 Prozent. In Afrika südlich der Sahara, der Region mit der größten HIV-Belastung, ist die Zahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen seit 2010 um 44 Prozent gesunken. Allerdings fiel der Rückgang bei Männern wesentlich stärker aus als bei Frauen. Kinder hatten gegenüber Erwachsenen weniger Zugang zu einer Behandlung. Die genannten und andere für wichtige Risikogruppen bestehende Ungleichheiten hemmen den Fortschritt bei der Beendigung von Aids. Darüber hinaus nehmen Neuinfektionen in einigen Regionen zu, und die Welt ist in Bezug auf die Zielvorgabe von weniger als 370.000 Neuinfektionen bis 2025 nicht mehr auf Kurs.

Tuberkulose (TB): Die COVID-19-Pandemie hat den Zugang zur TB-Diagnose und -Behandlung in vielen Ländern stark beeinträchtigt, wodurch die TB-bedingte Krankheitslast weltweit gestiegen ist. 2021 erkrankten an TB schätzungsweise 10,6 Millionen Menschen und damit mehr als 2020 (10,1 Millionen). Im selben Zeitraum stieg auch die TB-Inzidenz um 3,6 Prozent, womit der in den beiden Jahrzehnten zuvor beobachtete Rückgang von jährlich 2 Prozent umgekehrt wurde. 2021 starben schätzungsweise 1,6 Millionen Menschen an TB, ein Anstieg um 14,1 Prozent gegenüber 2020. Damit erhöhte sich die Zahl der TB-Todesfälle erstmals seit fast zwei Jahrzehnten. Zwischen 2015 und 2021 betrug der Netto-Rückgang der TB-Inzidenz und -Todesfälle 10 bzw. 5,9 Prozent, also nur ein Fünftel bzw. ein Zehntel der bis zum Meilenstein 2025 der WHO-Endspielstrategie für TB erforderlichen Wegstrecke.

Malaria: 2021 forderte Malaria weltweit schätzungsweise 619.000 Menschenleben, verglichen mit 625.000 im Jahr 2020 und 568.000 im Jahr 2019. Die Gesamtzahl der Malariafälle in der Welt stieg 2021 auf 247 Millionen und damit auf höhere Werte als 2020 (245 Millionen) und 2019 (232 Millionen). Trotz der Beeinträchtigungen durch COVID-19 entsprachen die Präventions-, Diagnose- und Behandlungsangebote in den von Malaria betroffenen Ländern in aller Welt weitgehend dem Vor-Pandemie-Stand. 2021 erreichten 128 Millionen insektizidbehandelte Netze ihren Bestimmungsort, ebenso wie 223 Millionen Malaria-Schnelldiagnostiktests und 242 Millionen Artemisinin-basierte Kombinationstherapien. Zu viele Menschen mit hohem Malariarisiko können jedoch noch immer nicht auf die zur Verhütung, Erkennung und Behandlung der Krankheit benötigten Dienste zugreifen, und bei der Beendigung der Malaria bis 2030 geht es nur unzureichend voran. Zusätzlich zu den pandemiebedingten Beeinträchtigungen drohen konvergierende humanitäre Krisen, Finanzierungsengpässe, schwache Überwachungssysteme und die nachlassende Wirksamkeit wichtiger Mittel zur Malariabekämpfung die globalen Maßnahmen gegen die Krankheit zu untergraben, insbesondere in Afrika.

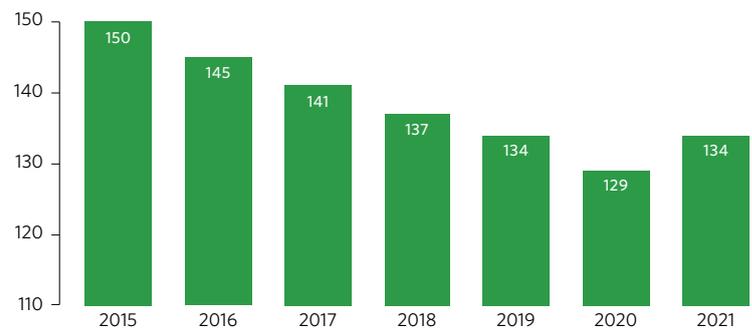
Vernachlässigte Tropenkrankheiten: 1,65 Milliarden Menschen benötigten 2021 eine Massen- oder Einzelbehandlung und -betreuung wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten; 25 Prozent weniger als 2010 (2,19 Milliarden). Bis Dezember 2022 hatten 47 Länder und Hoheitsgebiete mindestens eine vernachlässigte Tropenkrankheit eliminiert. In den am wenigsten entwickelten Ländern bedurften 2021 46 Prozent der Bevölkerung einer derartigen Behandlung und Betreuung, während es 2010 noch 79 Prozent waren.

HIV-Inzidenz – 2010 und 2021 (neue Fälle je 1.000 nicht infizierter Erwachsener zwischen 15 und 49 Jahren)

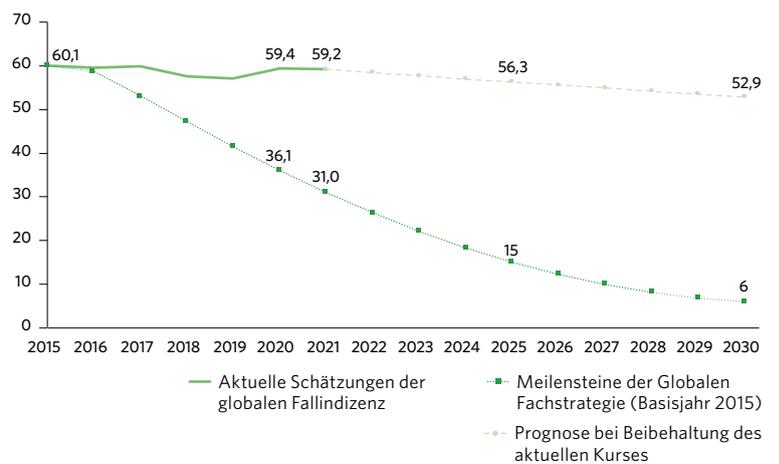


*ohne Australien und Neuseeland

Tuberkulose-Inzidenz – 2015–2021 (neue Fälle je 100.000 Menschen)



Zwei Fortschrittsszenarien für die globale Malaria-Inzidenz: Beibehaltung des aktuellen Kurses und Erreichung der Zielvorgaben der Globalen Fachstrategie der WHO – 2015–2030 (neue Fälle je 100.000 Menschen)



Im Gefolge der Pandemie haben sich die Fortschritte bei der allgemeinen Gesundheitsversorgung verlangsamt, finanzielle Härten dagegen zugenommen

Die allgemeine Gesundheitsversorgung soll sicherstellen, dass alle Menschen auch in finanzieller Bedrängnis Zugang zu hochwertigen Gesundheitsdiensten haben. Zwar konnte die Versorgung dank der Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie HIV, TB und Malaria zwischen 2000 und 2015 erheblich ausgeweitet werden, doch haben sich die Fortschritte seither verlangsamt. Der Erfassungsindex für allgemeine Gesundheitsversorgung stieg zwischen 2015 und 2021 um nur drei Punkte auf 68. Zugleich wurden bei den Komponenten der allgemeinen Gesundheitsversorgung, die nichtübertragbare Krankheiten, die Kapazitäten der Gesundheitsdienste und den Zugang dazu betreffen, kaum oder überhaupt keine Fortschritte erzielt.

Finanzielle Härten stellen weiter eine große Herausforderung dar. Der Anteil derjenigen, die mehr als 10 Prozent ihres Haushaltsbudgets in Form von Eigenleistungen für Gesundheit aufwenden, verschlechterte sich zwischen 2000 und 2019 von 12,6 auf 13,5 Prozent (d.h. etwa 1 Milliarde Menschen). Darüber hinaus wurden 2019 4,9 Prozent der Weltbevölkerung (rund

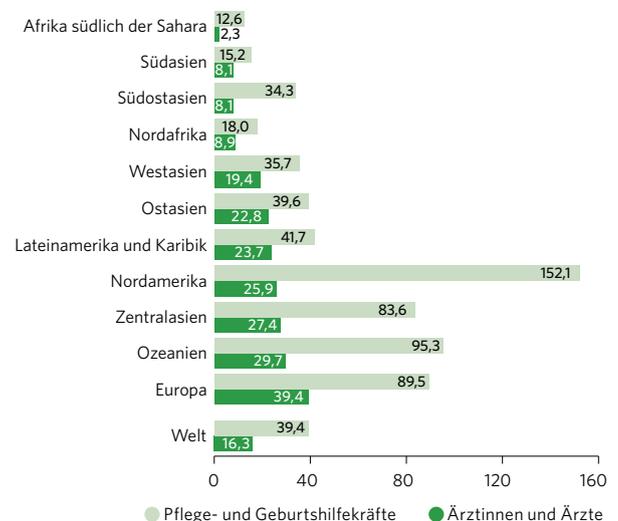
381 Millionen Menschen) durch Gesundheitsausgaben aus eigener Tasche erstmals oder noch weiter in extreme Armut gedrängt.

Die verfügbaren Daten deuten auf eine pandemiebedingte Verschlechterung bei der allgemeinen Gesundheitsversorgung hin, die mit einem rückläufigen Erfassungsindex auf subregionaler und nationaler Ebene sowie einer gestörten Bereitstellung grundlegender Gesundheitsdienste einhergeht. COVID-19 bewirkte zudem einen stärkeren Verzicht auf Versorgungsleistungen und größere finanzielle Härten aufgrund hoher und ruinöser Ausgaben aus eigener Tasche. Eine raschere Ausweitung grundlegender Gesundheitsdienste, insbesondere in Gebieten mit minimalen Fortschritten, ist für die Förderung der allgemeinen Gesundheitsversorgung entscheidend wichtig. Eine proaktive Politik ist erforderlich, um finanzielle Härten abzubauen, die Mittel für das öffentliche Gesundheitswesen aufzustocken, den Versicherungsschutz für Arzneimittel auszuweiten und Zuzahlungen für Arme abzuschaftern.

Weltweit hat das Gesundheitswesen mehr Beschäftigte, doch ist ihre Zahl in den Regionen mit der höchsten Krankheitslast weiter niedrig

Nach einer Studie von 2020 wurde der für 2030 prognostizierte weltweite Fehlbestand an Gesundheitskräften von 18 auf 10 Millionen reduziert. Trotz eines weltweiten Anstiegs der Gesamtzahl der Beschäftigten, die Gesundheitsdienstleistungen erbringen, ist ihr Anteil in den Regionen mit der höchsten Krankheitslast nach wie vor am geringsten. Zwischen 2014 und 2021 wies Afrika südlich der Sahara mit nur 2,3 Ärztinnen oder Ärzten und 12,6 Pflege- und Geburtshilfekräften je 10.000 Menschen weiterhin die geringste Dichte an Gesundheitspersonal auf. Demgegenüber verzeichnete Europa die höchste Ärztedichte mit 39,4 je 10.000 Menschen, Nordamerika dagegen den größten Anteil an Pflege- und Geburtshilfekräften mit 152,1 je 10.000 Menschen. Selbst bei einer angemessen erscheinenden Dichte auf nationaler Ebene besteht weiter ein Gefälle zwischen ländlichen, abgelegenen, subnationalen und schwer zugänglichen Gebieten im Vergleich zu Hauptstädten und städtischen Zentren.

Dichte ausgewählter Gesundheitsfachkräfte – 2014–2021 (je 10.000 Menschen)



Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit für grundlegende Gesundheitsversorgung hat sich pandemiebedingt seit 2015 verdoppelt

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) aller Geber für grundlegende Gesundheitsversorgung hat sich zwischen 2015 und 2021 real verdoppelt, und zwar von 10,2 (zu konstanten Preisen von 2021) auf 20,4 Milliarden USD. Etwa 2,7 Milliarden USD wurden für die gesundheitliche Basisversorgung, 2,4 Milliarden USD für die Malariaabwehr und 2,0 Milliarden USD für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten ausgegeben. Nahezu 40 Prozent dieses Gesamtbetrags erbrachten Deutschland, die Vereinigten Staaten, der Globale Fonds und die Globale

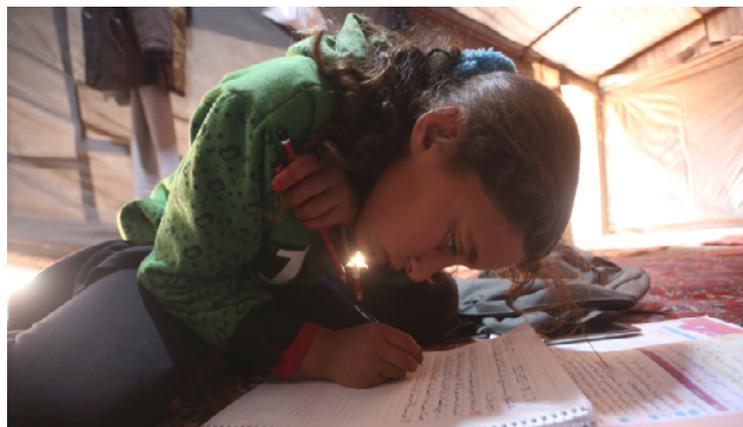
Allianz für Impfstoffe und Immunisierung. Mit insgesamt 9,6 Milliarden USD entfiel der größte Anteil der ODA für grundlegende Gesundheitsversorgung 2021 auf die Bekämpfung von COVID-19, davon 6,3 Milliarden USD für Impfstoffspenden. Nach vorläufigen Daten für 2022 wurden im Rahmen des ODA-Gesamtvolumens 11,2 Milliarden USD für COVID-19-bezogene Maßnahmen aufgewandt², 45 Prozent weniger als 2021. Impfstoffspenden machten 1,53 Milliarden USD aus; ein Rückgang um real 74 Prozent gegenüber 2021.

² Die Zahlen zu den COVID-19-bezogenen Aktivitäten für 2022 sind vorläufig und unvollständig, da mehrere Geber noch mit der Erhebung detaillierter Angaben, insbesondere sektorbezogener Daten, befasst sind.



Hochwertige Bildung

- Schon vor der Pandemie waren die Fortschritte im Hinblick auf eine hochwertige Bildung langsamer als nötig, doch hatte COVID-19 verheerende Auswirkungen auf das Bildungswesen und sorgte in 80 Prozent der 104 untersuchten Länder für Lernausfälle.
- Ohne Zusatzmaßnahmen wird nur jedes sechste Land das Ziel eines Sekundarschulabschlusses für alle bis 2030 erreichen, etwa 84 Millionen Kinder und Jugendliche werden auch dann noch keine Schule besuchen, und etwa 300 Millionen Schülerinnen und Schüler werden nicht über die für den späteren Erfolg im Leben notwendigen Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen verfügen.
- Im Hinblick auf die nationalen Referenzwerte für Ziel 4, die nicht so ambitioniert wie die ursprünglichen Vorgaben sind, beträgt die jährliche Finanzierungslücke in den 79 Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen noch immer durchschnittlich 97 Milliarden USD.



Maria (9 Jahre) folgt einer zuvor aufgezeichneten Unterrichtsstunde auf dem Handy ihres Vaters im Lager für Binnenvertriebene in Kili (Syrien). Eine Plattform für virtuelles Lernen sichert die Schulbildung für junge Vertriebene und Flüchtlingskinder.

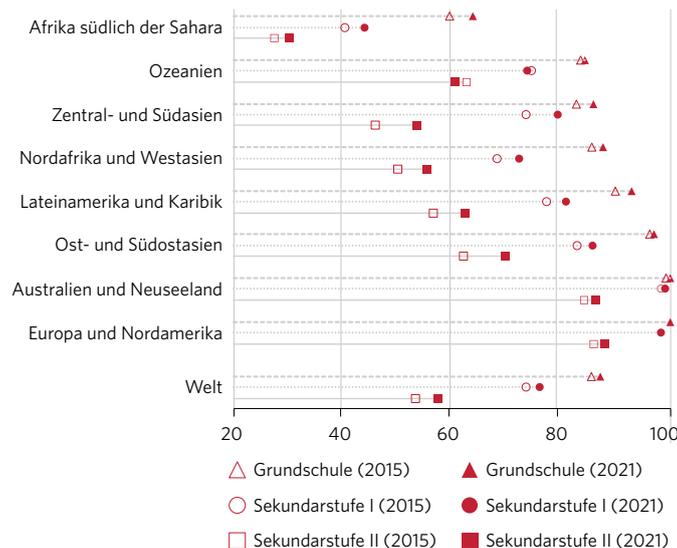
- Zur Verwirklichung von Ziel 4 muss die Bildungsfinanzierung zu einer nationalen Investitionspriorität erhoben werden. Unerlässlich sind zudem Maßnahmen wie die Einführung einer kostenlosen obligatorischen Bildung, die Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte, die Verbesserung der schulischen Basisinfrastruktur und das Bekenntnis zum digitalen Wandel.

Die Zahl der Grund- und Sekundarschulabschlüsse steigt, jedoch viel zu langsam und ungleichmäßig

Zwischen 2015 und 2021 stieg der Anteil der Schulabschlüsse in der Grundschule weltweit von 85 auf 87 Prozent, in der Sekundarstufe I von 74 auf 77 Prozent und in der Sekundarstufe II von 53 auf 58 Prozent. Dieser Anstieg verlief jedoch deutlich langsamer als im Zeitraum 2000-2015. In den meisten Regionen erreicht die Grundschulabschlussquote knapp 90 Prozent oder mehr, außer in Afrika südlich der Sahara, wo weniger als zwei Drittel der Kinder die Grundschule abschließen. In ärmeren Regionen haben mangelhafte Lernergebnisse hohe Abbruchquoten und verspätete Abschlüsse zur Folge. In Afrika südlich der Sahara besuchen zwar 80 Prozent der Kinder im Grundschulalter die Schule, doch nur 62 Prozent schließen sie rechtzeitig ab. Auch wirtschaftliche Belastungen wie Ausgaben für Bücher und Uniformen sowie Opportunitätskosten tragen zu einer unvollständigen Schulbildung bei.

Seit 2019 stellen die UNESCO-Mitgliedstaaten im Rahmen eines nationalen Benchmarking-Prozesses zu Ziel 4 nationale Zielvorgaben für Bildung auf. Wenngleich ein Sekundarschulabschluss für alle angestrebt wird, plant – ausgehend von den nationalen Zielvorgaben – nur jedes sechste Land, dieses Ziel bis 2030 zu erreichen. Selbst bei einer Erfüllung der Zielvorgaben werden auch 2030 noch schätzungsweise 84 Millionen Kinder und Jugendliche keine Schule besuchen.

Schulabschlussquote nach Bildungsgrad – 2015 und 2021 (in Prozent)



Lückenhafte Daten lassen enttäuschende Fortschritte bei der Verbesserung der Lesefähigkeit in der Grundschule erkennen

2015 besaßen etwa 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Grundstufe und der Sekundarstufe I eine Mindestkompetenz im Lesen. Für eine allgemeine Mindest-Lernkompetenz bis 2030 ist jedoch eine durchschnittliche jährliche Verbesserung von etwa 2,7 Prozentpunkten erforderlich. Trotz positiver Ergebnisse zwischen 2000 und 2019 waren die Fortschritte minimal und wesentlich geringer als nötig. Nach Trenddaten für 34 Prozent der Kinder weltweit hat sich die Lesefähigkeit am Ende der Grundschule um jährlich 0,39 Prozentpunkte, also um weniger als ein Siebtel des erforderlichen Werts, verbessert. Umfassende Trenddaten zur vollständigen Fortschrittsbewertung liegen allerdings nicht vor. Für eine wirksame Überwachung ist es unerlässlich, die nationalen und länderübergreifenden Bewertungen zu verbessern.

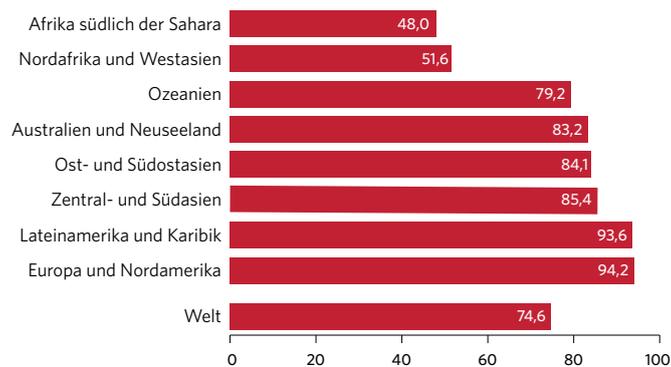
Die Pandemie wirkte sich verheerend auf das Lernen aus. Lernausfälle aufgrund pandemiebedingter Schulschließungen wurden in 80 Prozent der

104 betrachteten Länder dokumentiert. Eine Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung jüngerer Datums ergab eine nachlassende Lesekompetenz in 21 von 32 Ländern mit vergleichbaren Daten für den Zeitraum 2016-2021. Elternberichten zufolge hatten zudem zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler aufgrund längerer Abwesenheiten Lernrückstände. Aus einer weiteren Studie in sieben Hocheinkommensländern geht hervor, dass die COVID-19-bedingten Lernverluste bei achtwöchigen Schulschließungen 30 Prozent des Lernfortschritts eines Schuljahrs in Mathematik und 35 Prozent im Lesen betrug. Entsprechend den nationalen Zielvorgaben für Bildung soll der prozentuale Anteil der Schülerinnen und Schüler, die bis zum Ende der Grundschule elementare Kenntnisse im Lesen erwerben, bis 2030 gegenüber 2015 von 51 auf 67 Prozent steigen. Schätzungsweise 300 Millionen Kinder und Jugendliche werden jedoch auch 2030 keine Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen besitzen.

Der Zugang zu frühkindlicher Bildung hat sich verbessert, seit 2015 jedoch langsamer

Frühkindliche Bildung fördert die Schulreife von Kindern und verbessert ihre künftigen Lernerfahrungen. 2020 nahmen drei von vier Kindern weltweit ein Jahr vor dem offiziellen Einschulungsalter an organisiertem Lernen teil, wobei die Fortschritte seit 2015 stagnieren. Pandemiebedingt ließ die Teilnahme an der Vorschulbildung vorübergehend nach, und 30 von 52 Ländern, für die Daten für 2021 oder später vorliegen, verzeichneten Rückgänge. In Afrika südlich der Sahara sowie in Nordafrika und Westasien nahm 2020 nur die Hälfte der Kinder ein Jahr vor dem offiziellen Einschulungsalter an organisiertem Lernen teil. Die Quote der Teilnahme von Kindern im Alter von 36 bis 59 Monaten an frühkindlicher Bildung betrug in 61 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen im Durchschnitt 37 Prozent. Dabei unterschieden sich städtische und ländliche Gebiete um 16 sowie das reichste und das ärmste Quintil um 34 Prozentpunkte. 2020 bot nur die Hälfte der 187 Länder und Gebiete mit Daten eine kostenlose Vorschulbildung an, und in fast drei Vierteln der 215 Länder und Gebiete mit Daten war die Vorschulbildung nicht obligatorisch. Werden die Schulgebühren nicht abgeschafft, könnte sich die Ungleichheit verfestigen. Etwa 40 Prozent der Länder haben keine Geschlechterparität erreicht.

Quote der Teilnahme an organisiertem Lernen (ein Jahr vor dem offiziellen Einschulungsalter) – 2020 (in Prozent)

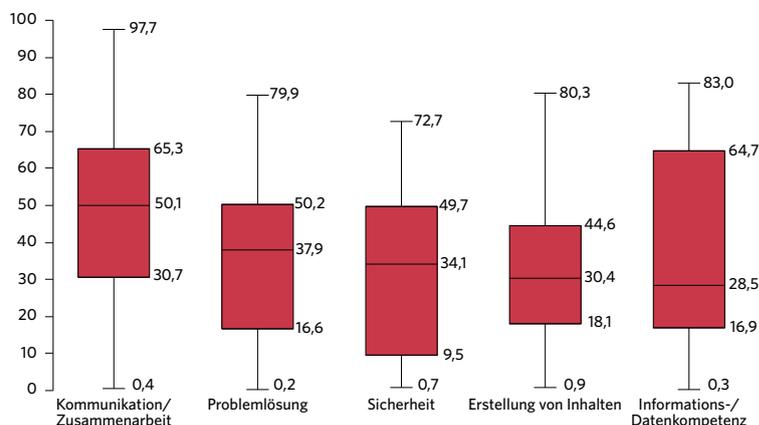


Anmerkung: Die Daten für Ost- und Südostasien sind von 2019.

Geringe digitale Kompetenzen hemmen Fortschritte auf dem Weg zu einer universellen und sinnvollen Vernetzung

Geringe Kompetenzen in Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sind ein großes Hindernis für die Verwirklichung einer universellen und sinnvollen Vernetzung. Daten zu digitalen Kompetenzen sind begrenzt, nur in 78 Ländern verfügbar und betreffen selten alle fünf Kompetenzkategorien (Kommunikation/Zusammenarbeit, Problemlösung, Sicherheit, Erstellung von Inhalten und Informations-/Datenkompetenz). Zwar nutzen 86 Prozent der Menschen in den Ländern mit Daten das Internet, doch mangelt es vielen an der nötigen digitalen Kompetenz, um umfassenden Gebrauch davon zu machen oder die damit verbundenen Gefahren zu vermeiden. Am meisten verbreitet sind Fähigkeiten im Bereich Kommunikation und Zusammenarbeit, gefolgt von Problemlösung, Sicherheit und Erstellung von Inhalten. Die Informations-/Datenkompetenz ist je nach Land sehr unterschiedlich. Von den 74 Ländern, die Daten zu mindestens drei Kompetenzbereichen vorlegten, meldeten nur fünf Durchschnittswerte von über 75 Prozent in mehreren Bereichen.

Anteil der Jugendlichen und Erwachsenen mit Kompetenzen in IKT, nach Art der Kompetenzen – 2019–2021



Anmerkung: Die Balken veranschaulichen das 25., 50. und 75. Perzentil aller Länderwerte. Die untere und die obere Linie bilden das Minimum und das Maximum (ohne Ausreißer) ab.

Die schulische Basisinfrastruktur ist je nach Region sehr verschieden und längst nicht überall vorhanden

Der Zugang zu einer schulischen Basisausstattung ist für ein sicheres und förderliches Lernumfeld unerlässlich, doch fehlt es in einer von vier Grundschulen weltweit an grundlegenden Diensten wie Strom, Wasser, Sanitärversorgung und Gelegenheiten zum Händewaschen. Noch weniger Zugang, nämlich im Durchschnitt in nicht einmal jeder zweiten Grundschule, besteht zu Computern, dem Internet und behinderungsgerechten Einrichtungen. Besser ist der Zugang in den Schulen der Sekundarstufe I und II. Die Regionen mit dem geringsten Zugang zu Basiseinrichtungen sind Zentral- und Südasien, Afrika südlich der Sahara sowie Lateinamerika und die Karibik. Allerdings gab es gewisse Fortschritte: In den Grundschulen hat sich der Stromzugang seit 2012 um über 10 Prozentpunkte erhöht. Auch der Zugang zu den für die Teilnahme marginalisierter Schülerinnen und Schüler

unentbehrlichen Computern und behinderungsgerechten Einrichtungen hat sich um nahezu 5 Prozentpunkte verbessert.

Zudem ist eine angemessene Infrastruktur wichtig für die Eindämmung der Übertragung von COVID-19 und die Gewährleistung einer sicheren Bildung. Anfang 2021 verfügten weniger als 10 Prozent der Niedrigeinkommensländer nach eigenen Angaben über Seife, sauberes Wasser, Masken sowie Sanitär- und Hygieneeinrichtungen in ausreichendem Umfang für die Sicherheit aller Lernenden und Mitarbeitenden, verglichen mit 96 Prozent in Hocheinkommensländern. Investitionen und die Überwachung der Infrastruktur sollten zur politischen Priorität erhoben werden, damit sich die Ungleichheiten nicht weiter verfestigen.

Viele Lehrkräfte besitzen noch immer nicht die erforderlichen pädagogischen Qualifikationen

Dass alle Lehrkräfte über die für ihren Beruf erforderlichen Mindestqualifikationen verfügen, ist für eine hochwertige Bildung entscheidend wichtig. 2020 waren jedoch noch immer mehr als 14 Prozent der Lehrkräfte nicht entsprechend den nationalen Normen qualifiziert, mit erheblichen Unterschieden je nach Land und Region. Am größten ist die Herausforderung in Afrika südlich der Sahara, der Region mit dem niedrigsten Anteil an

ausgebildeten Lehrkräften in der Vorschul- (60 Prozent), Grundschul- (69 Prozent) und Sekundarschulbildung (61 Prozent). Die COVID-19-Pandemie hat das Bildungswesen stark erschüttert und sich in den meisten Ländern auf die Lehrkräfte ausgewirkt. Um den Zugang aufrechtzuerhalten, mussten sich die Lehrkräfte neue pädagogische Konzepte und Methoden aneignen, für die sie oft nicht gerüstet waren.



Geschlechtergleichheit

- Bis 2030 sind es nur noch sieben Jahre, und lediglich 15,4 Prozent der Indikatoren für Ziel 5, für die Daten vorliegen, sind „auf Kurs“, 61,5 Prozent sind mäßig weit und 23,1 Prozent weit oder sehr weit von den Zielvorgaben entfernt.
- In vielen Bereichen sind die Fortschritte zu langsam. Beim aktuellen Tempo wird es schätzungsweise 300 Jahre dauern, Kinderheirat zu beenden, 286 Jahre, Lücken im Rechtsschutz zu schließen und diskriminierende Gesetze zu beseitigen, 140 Jahre, Frauen gleiche Vertretung in betrieblichen Macht- und Führungspositionen zu verschaffen, und 47 Jahre, eine gleiche Vertretung in nationalen Parlamenten zu erreichen.
- Der Abbau systemischer Hindernisse für die Verwirklichung von Ziel 5 erfordert politische Führungskompetenz, Investitionen und umfassende Politikreformen. Die Geschlechtergleichstellung ist ein Querschnittsziel



Frauen aus verschiedenen sozialen Organisationen bei einem Marsch gegen geschlechtsspezifische Gewalt in Quito (Ecuador).

und muss im Mittelpunkt der nationalen Politik, Haushalte und Institutionen stehen.

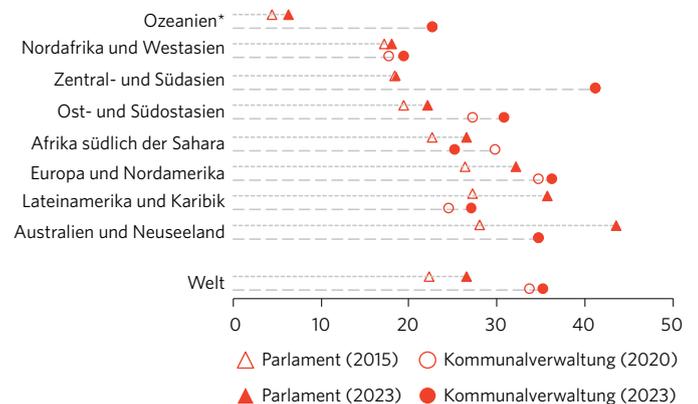
Bei der Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen und ihrer politischen Vertretung geht es nur schleppend voran

Zum 1. Januar 2023 erreichte der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten (Unterhäuser und Einkammerparlamente) weltweit 26,5 Prozent, womit er sich gegenüber 2015 leicht, nämlich um 4,2 Prozentpunkte, verbesserte, allerdings im Jahresdurchschnitt nur um 0,5 Punkte. Auf lokaler Ebene besetzten Frauen 2023 35,5 Prozent der Sitze in den Kommunalverwaltungen und damit mehr als 2020 (33,9 Prozent). Sollten die derzeitigen Trends anhalten, wird es in den nationalen Parlamenten mehr als vier und auf lokaler Ebene drei Jahrzehnte dauern, das Geschlechtergefälle zu überwinden. Gesetzliche Quotenregelungen haben Wirkung gezeigt: In Ländern mit Quoten waren Frauen in den Parlamentswahlen von 2022 im Durchschnitt mit 30,9 Prozent vertreten, in Ländern ohne Quoten dagegen mit 21,2 Prozent. Quoten fördern auch die Vertretung von Frauen in Kommunalverwaltungen, die im Durchschnitt um sieben Prozentpunkte höher lag.

Weltweit stellten Frauen 2021 nahezu 40 Prozent aller Beschäftigten, hatten jedoch nur 28,2 Prozent der Führungspositionen inne. Die Stärkung ihrer Vertretung in diesen Positionen schreitet nur langsam voran, und seit 2015 erhöhte sich ihr Anteil um lediglich 1,0 Prozentpunkte. Bei diesem Tempo würde die Geschlechterparität in Führungspositionen erst in über 140 Jahren erreicht. In allen Regionen liegt die Vertretung von Frauen in Führungspositionen weiter unter ihrem Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Die größten Fortschritte erzielte Afrika südlich der Sahara 2021 mit einem Anstieg auf

38,2 Prozent. Demgegenüber verzeichnen Nordafrika und Westasien sowie Zentral- und Südasien mit etwa 15 Prozent den geringsten Anteil von Frauen in Führungspositionen, was mit den niedrigen Beschäftigungsquoten von Frauen in diesen Regionen zusammenhängt.

Sitzanteil der Frauen in nationalen Parlamenten und Kommunalverwaltungen (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland.

Nahezu die Hälfte der verheirateten Frauen hat keine Entscheidungsmacht über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechenden Rechte

Wie Daten aus 68 Ländern für den Zeitraum 2007-2022 zeigen, sind nur 56 Prozent der verheirateten oder in einer vergleichbaren Verbindung lebenden Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in der Lage, Entscheidungen über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechenden Rechte zu treffen. Die Werte sind je nach Region verschieden und reichen von 37 Prozent in Afrika südlich der Sahara bis zu über 80 Prozent in einigen Ländern Europas, Lateinamerikas und der Karibik. Während 89 Prozent der Frauen nach eigenem Ermessen Verhütungsmittel verwenden können, mangelt es jeder vierten Frau an gesundheitlicher Selbstbestimmung oder der Freiheit, sich sexuell zu verweigern.

In etwa 76 Prozent der 115 untersuchten Länder wird der uneingeschränkte und gleichberechtigte Zugang zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und entsprechenden Rechten durch unterstützende Gesetze und Vorschriften garantiert. Der Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, Information und Aufklärung wird weiter durch das Fehlen positiver oder das Vorhandensein negativer Gesetze behindert, insbesondere in Bezug auf Abtreibung, den Impfstoff gegen das humane Papillomavirus (HPV) und Sexualerziehung. Wichtige Komponenten der Förderung von Gesetzen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und zu entsprechenden Rechten sind Haushaltsmittelzuweisungen, fachliche Beratung, die Ausbildung von Gesundheitskräften und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Die Gewalt durch Intimpartner konnte in den letzten zwei Jahrzehnten nur unzureichend verringert werden

Trotz wachsender Sensibilisierung und Erkenntnisse zu wirksamen Präventionsstrategien in aller Welt waren die Fortschritte bei der Verringerung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den letzten zwei Jahrzehnten unzureichend. Weltweit hatten im Jahr 2000 35 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren im Laufe ihres Lebens körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen männlichen Partner erfahren, 16 Prozent davon innerhalb der vorangegangenen 12 Monate. Bis 2018 gingen diese Werte bei der Lebenszeitprävalenz auf 31 Prozent und bei der 12-Monats-Prävalenz auf 13 Prozent zurück. Vorhandene Daten legen jedoch nahe, dass die Gewalt gegen Frauen durch die Pandemie verschärft wurde. Ohne gezielte Investitionen in breitere Präventionsprogramme, eine wirksame Politik und Unterstützungsdienste zur Bekämpfung von Gewalt werden die Länder das Ziel der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen bis 2030 nicht erreichen.

Diskriminierende Gesetze und Rechtsschutzlücken bestehen in wesentlichen Aspekten fort und verwehren Frauen weltweit ihre Menschenrechte

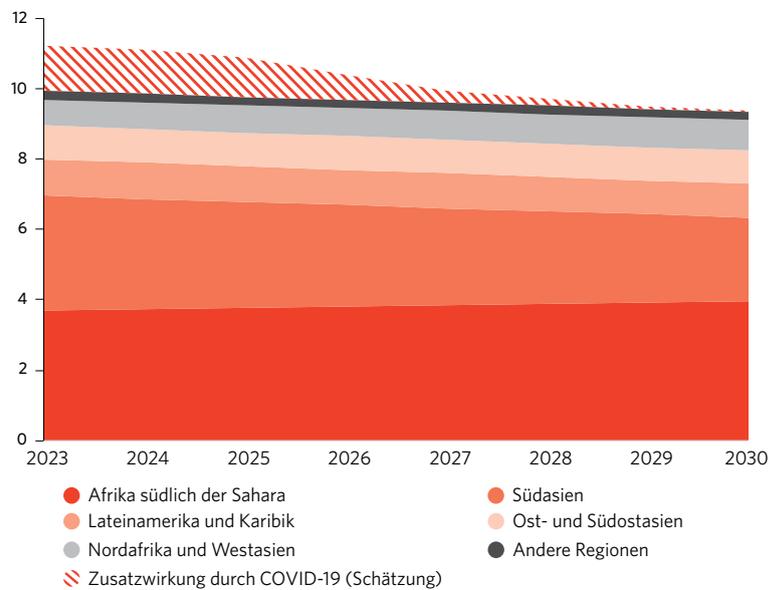
Daten für 2022 aus 119 Ländern zeigen, dass diskriminierende Gesetze und Rechtsschutzlücken Frauen die volle Wahrnehmung ihrer Menschenrechte weiter erschweren. In erschreckenden 55 Prozent der Länder ist die direkte und indirekte Diskriminierung von Frauen gesetzlich nicht ausdrücklich verboten, und in 60 Prozent der Länder fehlen Gesetze, die Vergewaltigung auf der Basis des Prinzips der Einwilligung definieren. Weitere 45 Prozent schreiben keine Entgeltgleichheit für gleichwertige Arbeit vor, während in mehr als einem Drittel der Länder kein Anspruch auf Mutterschaftsurlaub gemäß den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) besteht. In Bezug auf Ehe und Familie haben Frauen in nahezu einem Viertel der Länder keine gleichen Rechte bei Eheschließung und Scheidung, und in knapp drei Vierteln der Länder liegt das Mindestalter für Eheschließungen für Frauen wie Männer nicht ausnahmslos bei 18 Jahren. Beim aktuellen Veränderungstempo könnten bis zur Beseitigung von Rechtsschutzlücken und diskriminierenden Gesetzen bis zu 286 Jahre vergehen.

Die jüngsten Fortschritte bei den Bemühungen um die Beendigung der Kinderheirat sind in Gefahr

Heute wird jede fünfte junge Frau (19 Prozent) vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet, während es vor 25 Jahren noch jede vierte (25 Prozent) war. Länder wie Äthiopien, Bangladesch, Indien, die Malediven und Ruanda erzielten bemerkenswerte Fortschritte. In Gebieten Afrikas südlich der Sahara, in denen Kinderheirat besonders häufig ist, waren die Fortschritte dagegen gering, und in Lateinamerika und der Karibik stagnieren die Zahlen. Zudem sind Fortschritte für Mädchen aus den reichsten Haushalten noch immer viel wahrscheinlicher als für Mädchen aus den ärmsten Haushalten.

Beim derzeitigen Tempo ist die Welt noch mindestens 300 Jahre von der Beendigung der Kinderheirat entfernt, und auch 2030 noch werden mehr als 9 Millionen Mädchen verheiratet werden. Zusätzliche, mit der COVID-19-Pandemie, Konflikten und den Folgen des Klimawandels verbundene Herausforderungen könnten die Fortschritte weiter hemmen. Allein durch die Auswirkungen der Pandemie dürften bis 2030 weitere 10 Millionen Mädchen Opfer von Kinderheirat werden.

Voraussichtliche Zahl verheirateter Mädchen unter 18 Jahren pro Jahr – Prognosen 2023–2030 (in Millionen)



Anmerkung: „Andere Regionen“ umfasst Europa, Nordamerika, Zentralasien und Ozeanien.

Das Eigentum von Frauen an Agrarflächen und der Schutz ihrer Landrechte sind nach wie vor gering

Nach Daten aus 46 Ländern für 2009–2020 haben viele in der Landwirtschaft tätige Frauen und Männer keine Eigentums- und/oder sicheren Nutzungs- und Besitzrechte an landwirtschaftlichen Flächen. In einem Drittel dieser Länder verfügen weniger als 50 Prozent der Frauen und Männer über Eigentum oder sichere Rechte an Grund und Boden. In fast der Hälfte dieser Länder liegt der Eigentumsanteil bei Männern mindestens doppelt so hoch wie bei Frauen. Hinsichtlich des Rechtsrahmens sind die Landrechte in knapp 60 Prozent der 71 Bericht erstattenden Länder von Frauen überhaupt nicht oder kaum geschützt. In allen Regionen gibt es jedoch positive Beispiele für

die Förderung der Landrechte von Frauen auf gesetzlichem oder politischem Weg, insbesondere in Bezug auf eheliches Vermögen und Erbschaft. Darüber hinaus stehen in 51 Prozent der 41 Länder, in denen das Gewohnheitsrecht oder gewohnheitsrechtliche Landbesitz- und -nutzungsrechte gesetzlich anerkannt sind, die Landrechte von Frauen ausdrücklich unter Schutz. Viele sehen zudem verbindliche Quoten zur Gewährleistung der Vertretung von Frauen in Einrichtungen der Landbewirtschaftung und -verwaltung vor. Dennoch bedarf es einer Stärkung des Schutzes, der Politik und der Rechtsdurchsetzung, um die Landrechte von Frauen zu wahren.

Ein eigenes Mobiltelefon kann Frauen wirksam stärken, doch in vielen Regionen ist die Geschlechterparität noch immer nicht erreicht

Ein eigenes Mobiltelefon ist erwiesenermaßen ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Frauen, denn so können sie Verbindung zu anderen Menschen halten und auf Informationen und Dienstleistungen zugreifen. 2022 besaßen weltweit 73 Prozent der Bevölkerung im Alter von mindestens 10 Jahren ein Mobiltelefon, während es 2019 noch 67 Prozent waren. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen ein Mobiltelefon besitzen, um 12 Prozent

geringer als bei Männern, ein Unterschied, der seit 2019 nahezu unverändert ist. Je nach Region bestehen erhebliche Unterschiede, und die Geschlechterparität ist in Regionen mit hohem und mittlerem Einkommen weitgehend oder fast, in Regionen mit niedrigerem Einkommen dagegen noch lange nicht erreicht. Doppelt so groß (etwa 25 Prozent) ist das Geschlechtergefälle in Zentral- und Südasiens sowie in Afrika südlich der Sahara.

Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

- Trotz großer Fortschritte haben Milliarden Menschen noch immer keinen Zugang zu sicherer Trinkwasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung. Im Hinblick auf die allgemeine Versorgung bis 2030 muss das aktuelle globale Fortschritts-tempo erheblich gesteigert werden: bei Trinkwasser um das Sechsfache, im Sanitärbereich um das Fünffache und bei der Hygiene um das Dreifache.
- Die Wassernutzungseffizienz stieg um 9 Prozent, doch geben Wasserstress und Wasserknappheit in vielen Teilen der Welt nach wie vor Grund zur Besorgnis. 2020 lebten 2,4 Milliarden Menschen in Ländern mit Wasserstress. Durch Konflikte und den Klimawandel werden diese Herausforderungen noch verschärft.
- Wichtige Strategien, um bei Ziel 6 wieder auf Kurs zu kommen, sind die Erhöhung der sektorweiten Investitionen und Kapazitäten, die Förderung



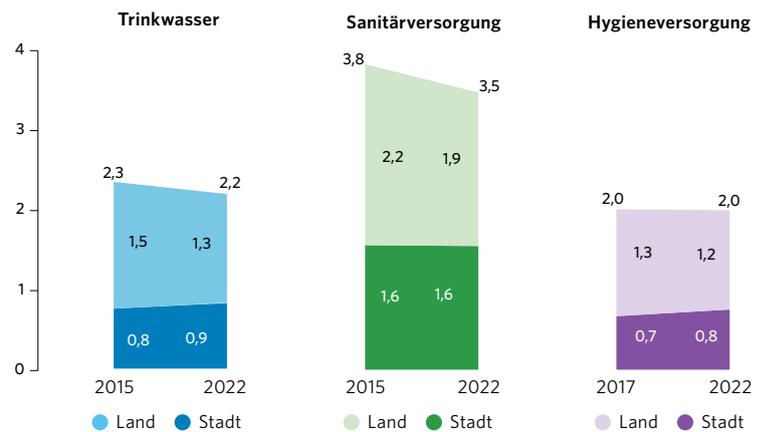
Im dürregeplagten Somalia versorgt Fatma die Zicklein ihrer Familie mit Wasser aus einem neu angelegten Brunnen mit solarbetriebener Pumpanlage.

von Innovationen und evidenzbasierten Maßnahmen, die Vertiefung der sektorübergreifenden Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen allen Interessenträgern sowie ein stärker integrierter und ganzheitlicher Ansatz für die Wasserbewirtschaftung.

Auf dem Land verbesserte sich der Zugang zu Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene deutlich, stagnierte oder verschlechterte sich jedoch in den Städten

Zwischen 2015 und 2022 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung von 69 auf 73 Prozent, zu einer sicher verwalteten Sanitärversorgung von 49 auf 57 Prozent und zu einer einfachen Hygieneversorgung von 67 auf 75 Prozent. Dank dieser Fortschritte haben weitere 687 Millionen, 911 Millionen bzw. 637 Millionen Menschen Zugang zu diesen grundlegenden Diensten. Zugleich sank die Zahl der Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichten, von 715 auf 419 Millionen. Dennoch hatten 2022 2,2 Milliarden Menschen noch immer keine sicher verwaltete und 703 Millionen davon keine einfache Trinkwasserversorgung, 3,5 Milliarden Menschen keine sicher verwaltete und 1,5 Milliarden davon keine einfache Sanitärversorgung sowie 2 Milliarden Menschen zu Hause keine einfache und 653 Millionen davon überhaupt keine Gelegenheit zum Händewaschen mit Wasser und Seife. Afrika südlich der Sahara liegt am weitesten zurück. Während sich der Zugang der ländlichen Bevölkerung in diesem Zeitraum verbesserte, blieb er für die städtische Bevölkerung weitgehend gleich oder verschlechterte sich. Um die allgemeine Versorgung bis 2030 zu erreichen, müsste das aktuelle Fortschritts-tempo um das Drei- bis Sechsfache gesteigert werden.

Weltweite Stadt- und Landbevölkerung ohne sicher verwaltetes Trinkwasser, sicher verwaltete Sanitärversorgung und einfache Hygieneversorgung – 2015/17-2022 (in Milliarden)

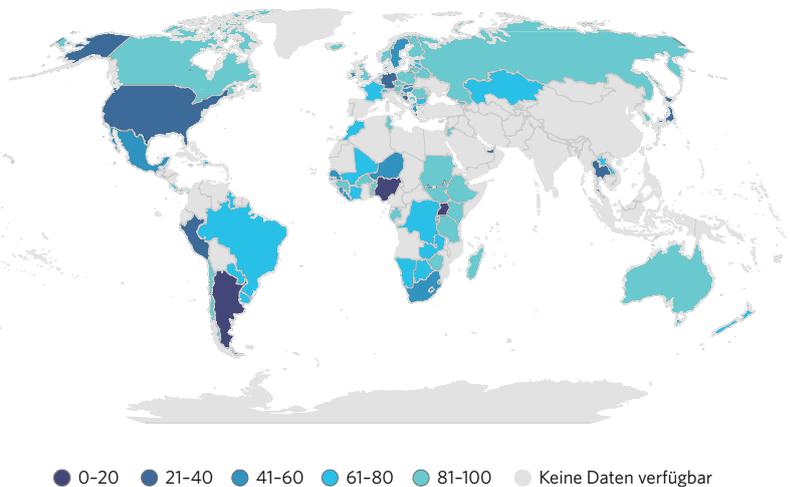


In Ländern mit robuster Überwachung steigt die Wasserqualität, doch gibt es noch immer viele unbekannte Faktoren

Hinsichtlich des Ziels, den Anteil unbehandelten Abwassers bis 2030 zu halbieren, sind die Fortschritte begrenzt. Nach Daten aus 140 Ländern und Hoheitsgebieten wurden 2022 etwa 58 Prozent der Haushaltsabwässer sicher behandelt. Viele Länder führen jedoch keine Abwasserstatistiken, und die Berichterstattung ist gering, vor allem bei industriellen Quellen.

Daten aus dem Zeitraum 2017-2020 lassen für 60 Prozent der bewerteten Gewässer in 97 Ländern eine gute Wasserqualität erkennen. Länder mit robusten Überwachungssystemen verzeichneten positive Trends bei der Wasserqualität: Von den sowohl 2017 als auch 2020 Bericht erstattenden Ländern waren 44 Prozent auf Kurs. Datenmangel stellt jedoch eine Gefahr für mehr als 3 Milliarden Menschen dar, die in Gebieten leben, in denen die Qualität des Süßwassers unbekannt ist. Die Landwirtschaft und unbehandelte Abwässer sind große Bedrohungen für die Wasserqualität, da die gemessenen Stickstoff- und Phosphorwerte häufig über den zulässigen Werten liegen. Die landwirtschaftliche Praxis und die Abwasserbehandlung müssen verbessert werden, insbesondere in Regionen mit hohem Bevölkerungswachstum.

Anteil der Gewässer mit guter Wasserqualität – 2017-2020 (in Prozent)



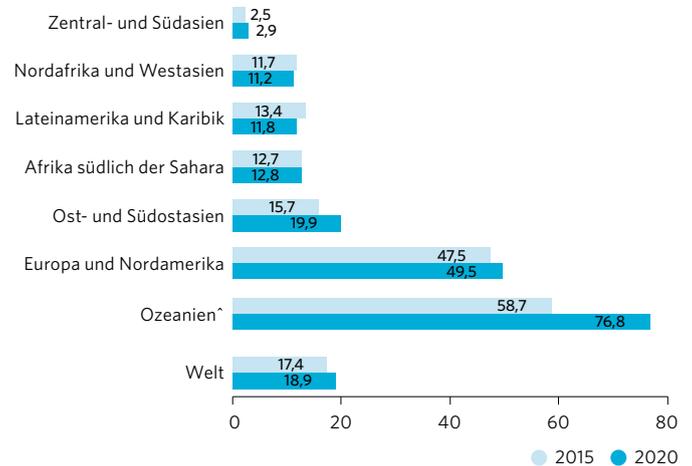
Die Wassernutzungseffizienz hat sich verbessert, insbesondere in der Landwirtschaft, doch der in mehreren Gebieten zunehmende Wasserstress gibt Grund zur Besorgnis

Obwohl der globale Wasserstress (Süßwasserentnahme im Verhältnis zu den gesamten erneuerbaren Süßwasserressourcen) 2020 mit 18,2 Prozent weiter auf einem sicheren Stand war, sind die regionalen Unterschiede groß. In Zentral- und Südasien ist der Wasserstress mit über 75 Prozent hoch, in Nordafrika mit über 100 Prozent kritisch. In der Region Nordafrika und Westasien stieg er zwischen 2015 und 2020 um besorgniserregende 18 Prozent. 2020 lebten etwa 2,4 Milliarden Menschen in Ländern mit Wasserstress, davon fast 800 Millionen in Ländern mit hohem und kritisch hohem Wasserstress.

Ein Weg zur Verringerung von Wasserstress ist eine höhere Wassernutzungseffizienz. Diese stieg zwischen 2015 und 2020 weltweit um 9 Prozent, nämlich von 17,4 auf 18,9 USD/m³, mit Werten von unter 3 USD/m³ in landwirtschaftlich geprägten Volkswirtschaften bis zu über 50 USD/m³ in hoch industrialisierten oder dienstleistungsorientierten Volkswirtschaften. Den stärksten Anstieg gegenüber 2015 verzeichnete der Agrarsektor (20 Prozent), verglichen mit der Industrie und dem Dienstleistungssektor (13 bzw. 0,3 Prozent). Eine höhere Wassernutzungseffizienz erfordert eine effizientere Bewässerung, ein besseres Agrarmanagement, die Beseitigung von

Leckagen in den Verteilungsnetzen und die Optimierung der Kühlprozesse in der Industrie und der Energiewirtschaft.

Wassernutzungseffizienz – 2015 und 2020 (in USD/m³)

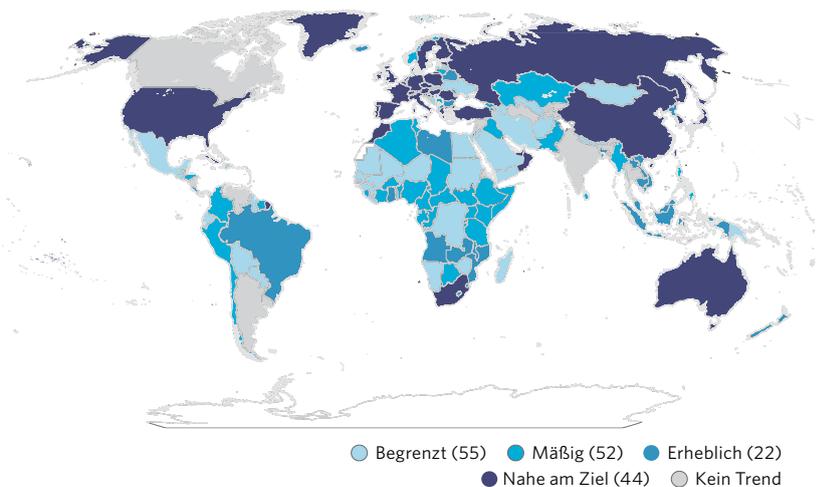


Anmerkung: Ozeanien* enthält nur Daten aus Australien, Neuseeland und Fidschi.

Eine bessere Wasserbewirtschaftung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist unverzichtbar für die Stärkung der Krisenfestigkeit

Da es an sektorübergreifender Koordinierung in Wasserfragen und operativen Vereinbarungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in diesem Bereich mangelt, ist die Erfüllung der Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung, was Klima, Ernährung, Energie, Gesundheit, Leben an Land und unter Wasser sowie Frieden betrifft, gefährdet. Trotz weltweiter Fortschritte bei der integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen zwischen 2017 und 2020 und eines Anstiegs der Gesamtbewertung von 49 auf 54 von 100 ist die Zielvorgabe 6,5, bis 2030 auf allen Ebenen eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen umzusetzen, in weiter Ferne. Erfreulicherweise haben 44 Länder die Zielvorgabe fast erreicht, und 22 Länder haben bewiesen, dass echte und rasche Fortschritte möglich sind, doch 107 Länder müssen ihre Maßnahmen dringend beschleunigen. In nur 32 von 153 Ländern, die sich Flüsse, Seen und Grundwasserleiter teilen, sind mindestens 90 Prozent der grenzüberschreitenden Gewässer durch operative Vereinbarungen erfasst, was nahelegt, dass deutlich mehr getan werden muss, um bis 2030 alle gemeinsamen Flüsse, Seen und Grundwasserleiter zu erfassen. Die Welt muss alle Aspekte der Wasserbewirtschaftung ebenso wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorantreiben, um ihre Krisenfestigkeit – auch in Bezug auf Klima, Gesundheit und Armut – zu erhöhen.

Fortschritte bei der Umsetzung einer integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen – 2017-2020



Anmerkung: Zahl der Länder je Fortschrittsniveau in Klammern.

Nachlassende öffentliche Entwicklungszusammenarbeit für den Wassersektor gibt Anlass zur Sorge

Die im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) geleisteten Zahlungen für den Wassersektor gingen zwischen 2015 und 2021 von 9,6 auf 8,1 Milliarden USD und damit um 15 Prozent zurück. Zugleich sanken auch die insgesamt abgegebenen ODA-Zusagen für den Wassersektor, und zwar von 11,2 auf 9,8 Milliarden USD bzw. um 12 Prozent. Seit ihrem Höchststand von 13,5 Milliarden USD 2017 gehen die Zusagen jedes Jahr zurück. Seit 2015 erhielt Afrika südlich der Sahara alljährlich den größten Anteil der ODA-Zahlungen für den Wassersektor mit 28 Prozent oder mehr, doch waren die Zahlungen von 2019 bis 2021 in allen Regionen (nach der Einteilung für die Nachhaltigkeitsziele) rückläufig. Darüber hinaus ist die Ausrichtung der Geber an den nationalen Plänen für den Wassersektor nach wie vor gering: Nur 29 Prozent der Länder meldeten 2021 eine starke Ausrichtung.

Schwindende Feuchtgebietsökosysteme und -arten machen breit angelegte Schutz- und Wiederherstellungsmaßnahmen zwingend notwendig

Wasserökosysteme liefern sauberes Wasser, regulieren Überschwemmungen und Dürren und fördern die Artenvielfalt. Sie sind jedoch zahlreichen Bedrohungen wie Umweltverschmutzung, Klimawandel und Übernutzung ausgesetzt. Weltweit verändert sich die Ausdehnung von Oberflächengewässern, etwa Seen, Flüssen und Stauseen, rasant, und in 20 Prozent aller Flussbecken lag die Schwankungsbreite des Oberflächenwassers in den vergangenen fünf Jahren über der natürlichen. In den letzten drei Jahrhunderten schwanden Feuchtgebietsökosysteme um besorgniserregende 85 Prozent, hauptsächlich durch Entwässerung und Flächenumwandlung. Seit 1970 sind von Binnenfeuchtgebieten abhängige Arten um erschreckende 81 Prozent und damit stärker als auf andere Biome angewiesene Arten zurückgegangen, und immer mehr Arten sind vom Aussterben bedroht. Dem Schutz und der Wiederherstellung von Feuchtgebieten in großem Umfang muss unbedingt Vorrang eingeräumt werden.



Bezahlbare und saubere Energie

- Die Welt nähert sich den Zielvorgaben in Bezug auf nachhaltige Energie weiter an – allerdings nicht schnell genug. Beim derzeitigen Tempo werden 2030 immer noch rund 660 Mio. Menschen keinen Stromzugang haben und knapp 2 Milliarden Menschen weiterhin auf umweltschädliche Kochbrennstoffe und -technologien angewiesen sein.
- Erneuerbare Energiequellen decken fast 30 Prozent des Energieverbrauchs im Elektrizitätssektor, doch in den Sektoren Wärme und Verkehr bestehen nach wie vor Herausforderungen. In den Entwicklungsländern wächst die Infrastruktur für erneuerbare Energien jährlich um 9,6 Prozent, doch gehen die internationalen Finanzströme für saubere Energie trotz des enormen Bedarfs weiter zurück.
- Um bis 2030 den Zugang zu Energie für alle zu sichern, müssen wir die Elektrifizierung beschleunigen, mehr in erneuerbare Energien investieren,



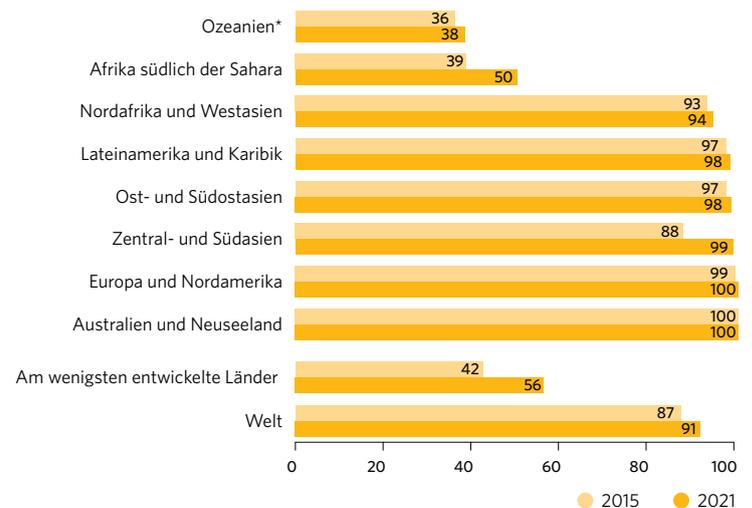
Frauen in Libanon installieren Sonnenkollektoren; Teil einer Initiative zur Stärkung von Frauen im Sektor für erneuerbare Energien, die Kompetenzen für wirtschaftliche Selbständigkeit in Krisen- und Pandemiezeiten vermittelt.

die Energieeffizienz verbessern und förderliche Maßnahmen und Regulierungsrahmen schaffen.

Mehr Menschen denn je haben Stromzugang, bei schleppenden Fortschritten in den am wenigsten entwickelten Ländern

Die weltweite Stromzugangsrate stieg zwischen 2015 und 2021 von 87 auf 91 Prozent, womit weitere 800 Millionen Menschen mit Strom versorgt wurden. Jedoch hatten 2021 weiterhin 675 Millionen Menschen keinen Zugang zu Strom, die meisten von ihnen in den am wenigsten entwickelten Ländern. Trotz der steten Fortschritte in den vergangenen sechs Jahren bedeutet die jährliche Zuwachsrate von 0,6 Prozentpunkten zwischen 2019 und 2021 einen Rückschritt gegenüber den 2015-2019 erzielten 0,8 Prozentpunkten. In Afrika südlich der Sahara bleibt infolge des Bevölkerungswachstums die Zahl der Menschen ohne Stromzugang seit 2010 hartnäckig unverändert, sodass dort 2021 noch immer 567 Millionen keinen Zugang hatten. Die Elektrifizierung kann den Bildungsgrad positiv beeinflussen, die Gesundheitsversorgung verbessern, die landwirtschaftliche Entwicklung unterstützen, die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verringern, den Klimaschutz stärken, Geschäftschancen eröffnen und Arbeitsplätze schaffen. Hält das derzeitige Tempo jedoch an, werden im Jahr 2030 noch immer rund 660 Millionen Menschen ohne Strom auskommen müssen. Um das Ruder herumzuwerfen und den allgemeinen Zugang bis 2030 zu verwirklichen, muss die Zugangsrate zwischen 2021 und 2030 jährlich um 1 Prozentpunkt steigen.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom – 2015 und 2021 (in Prozent)

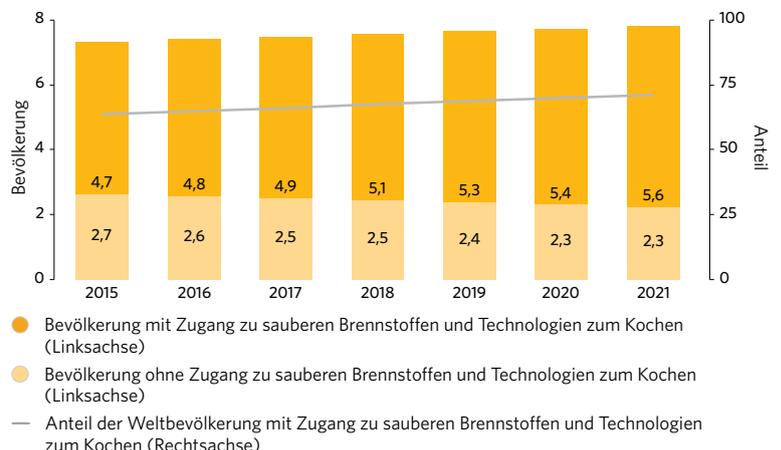


* ohne Australien und Neuseeland

Beim derzeitigen Fortschrittstempo wird 2030 immer noch ein Viertel der Weltbevölkerung unsichere und ineffiziente Kochsysteme verwenden

Noch 2021 verwendeten rund 2,3 Milliarden Menschen – also 29 Prozent der Weltbevölkerung – weiterhin ineffiziente und umweltschädliche Kochsysteme, womit sie ihre Gesundheit gefährdeten, ihre Lebenschancen einschränkten und das Klima und die Umwelt schädigten. Von 2015 bis 2021 stieg der Anteil der Menschen mit Zugang zu sauberen Kochbrennstoffen und -technologien um nur 7 Prozentpunkte. Dabei machte Südostasien allerdings beträchtliche und stete Fortschritte, sodass dort 2021 rund drei Viertel der Bevölkerung Zugang hatten – ein Anstieg um 14 Prozentpunkte gegenüber 2015. Dagegen bildete Afrika südlich der Sahara mit den geringsten Zugangsdaten das Schlusslicht; dort konnten die Fortschritte bei der sauberen Kochtechnologie mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten, sodass 2021 insgesamt 0,9 Milliarden Menschen ohne Zugang blieben. Sollte die aktuelle Tendenz anhalten, werden bis 2030 nur 77 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu sauberen Kochmethoden haben und somit fast 1,9 Milliarden Menschen zurückgelassen werden, davon 1,1 Milliarden in Afrika südlich der Sahara.

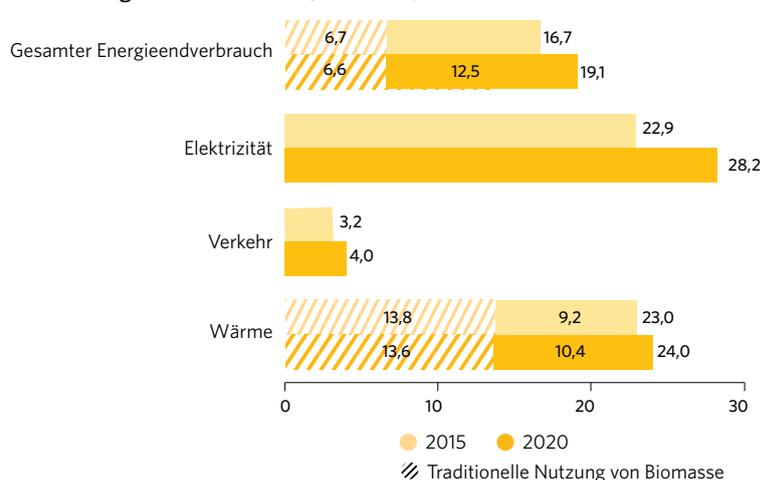
Absolute Zahl der Menschen mit Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen sowie deren Anteil an der Weltbevölkerung – 2015-2021 (in Milliarden bzw. Prozent)



Die Nutzung erneuerbarer Energien nimmt im Elektrizitätssektor zu, bleibt in den Sektoren Wärme und Verkehr hingegen beschränkt

2020 machten erneuerbare Energiequellen weltweit 19,1 Prozent des gesamten Energieendverbrauchs aus. Das ist ein Anstieg um 2,4 Prozentpunkte seit 2015. Im selben Zeitraum stieg der Gesamtverbrauch an erneuerbaren Energien um 16 Prozent. Die traditionelle Nutzung von Biomasse – etwa die Verwendung von Brennholz für offene Kochvorrichtungen oder Kamine – lag 2020 noch immer bei mehr als einem Drittel der Gesamtnutzung erneuerbarer Energien. Moderne erneuerbare Energiequellen sind aber allmählich auf dem Vormarsch: Ihr Anteil am gesamten Energieendverbrauch stieg von 10 Prozent (2015) auf 12,5 Prozent (2020). Der Elektrizitätssektor weist mit 28,2 Prozent (2020) den höchsten Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieendverbrauch auf. Die Fortschritte in den Sektoren Wärme und Verkehr waren demgegenüber in den vergangenen zehn Jahren begrenzt, da die steigende Nachfrage den Einsatz erneuerbarer Energien überflügelte. Um die Zielvorgaben von Ziel 7 und diejenigen des Übereinkommens von Paris einzuhalten, bedarf es anhaltender politischer Impulse mit dem Ziel, sowohl den Einsatz erneuerbarer Energien und die Energieeinsparung in allen Sektoren auszubauen als auch öffentliche und private Investitionen zu mobilisieren, insbesondere in den Entwicklungsländern.

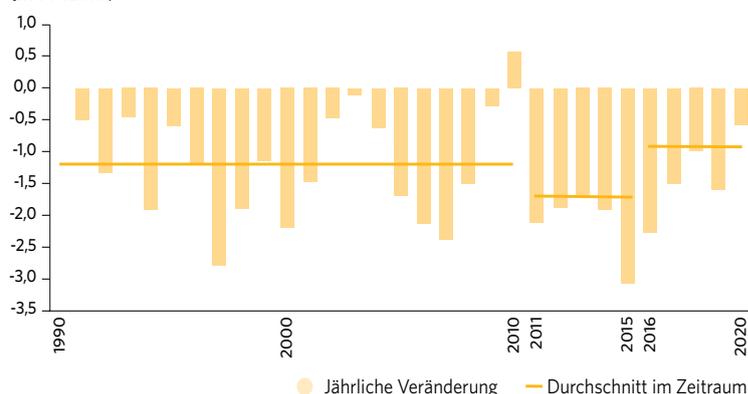
Anteil der erneuerbaren Energien am Energieendverbrauch und nach Endnutzung – 2015 und 2020 (in Prozent)



Ein starker Wiederaufschwung ist erforderlich, um die Zielvorgaben im Bereich der Energieeffizienz zu erreichen

Die globale Primärenergieintensität, definiert als das Verhältnis des gesamten Energieverbrauchs je BIP-Einheit – also die verbrauchte Menge an Energie je neu geschaffener Wohlfahrtseinheit –, stieg zwischen 2015 und 2020 von 4,96 auf 4,63 Megajoule pro USD (Kaufkraftparität von 2017) – eine durchschnittliche jährliche Verbesserungsrate von 1,4 Prozent. Dies liegt deutlich unter den 2,6 Prozent, die erforderlich sind, um die Zielvorgabe 7.3 zu erreichen, die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz bis 2030 gegenüber dem Ausgangswert der Jahre 1990-2010 zu verdoppeln. Im Jahr 2020 ging die Steigerungsrate infolge der COVID-19-Krise auf 0,6 Prozent zurück. Das war der niedrigste Zuwachs seit der globalen Finanzkrise. Es ist davon auszugehen, dass sich die Energieintensität 2022 wieder schneller verbessern wird. Um die verlorene Zeit aufzuholen, muss die Energieintensität bis 2030 nun allerdings um durchschnittlich 3,4 Prozent pro Jahr verbessert werden. Bei Verlagerung der politischen Priorität auf die Energieeffizienz und mit Hilfe höherer Investitionen kann es der Welt gelingen, die Zielvorgaben im Bereich Energie und Klima zu erreichen.

Jährliche Veränderung der globalen Primärenergieintensität – 1990-2020 (in Prozent)



Die internationale öffentliche Finanzierung für saubere Energie in den Entwicklungsländern geht weiter zurück

Die internationalen öffentlichen Finanzströme zur Förderung sauberer Energie in den Entwicklungsländern zeigen einen Abwärtstrend, der bereits vor der COVID-19-Pandemie einsetzte und im Laufe des Jahres 2021 anhielt. 2021 lagen sie mit 10,8 Mrd. USD um fast 12 Prozent unter dem Wert von 2020. Dies war 35 Prozent weniger als der Mittelwert des Jahrzehnts von 2010 bis 2019 und weniger als die Hälfte des 2017 erreichten Spitzenwerts von 26,4 Mrd. USD. 2021 verlagerte sich der Schwerpunkt der Finanzströme innerhalb der Technologien von der Wasserkraft hin zur Sonnenenergie, wobei 43 Prozent auf letztere entfielen, sonstige erneuerbare Energien 33 Prozent der vergebenen Mittel auf sich vereinten und die niedrigste Zahl der Finanzierungszusagen der Wasserkraft (16 Prozent) sowie der Windenergie und geothermischer Energie (zusammen 8 Prozent) zugute kam. Dieser Abwärtstrend gefährdet die Chancen, die Energieziele zu verwirklichen, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer.

Erneuerbare Energien legen in den Entwicklungsländern derzeit stark zu, doch die am wenigsten entwickelten Länder fallen zurück

2021 wurden in den Entwicklungsländern Rekordkapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien von 268 Watt pro Kopf installiert, und dies nach zwei Jahrzehnten steten Wachstums, das durchweg über dem Bevölkerungswachstum lag. Im Zeitraum 2016-2021 betrug das kumulative Jahreswachstum bei den erneuerbaren Energien in den Entwicklungsländern 9,6 Prozent, während es 2010-2015 noch 8,6 Prozent waren. Doch trotz dieses positiven und beschleunigten Wachstums laufen die Entwicklungsländer Gefahr, die Zielvorgabe 7.b der Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu verfehlen, während die bedürftigsten Länder zurückgelassen werden. Für den Zeitraum 2016-2021 lag das Jahreswachstum in den kleinen Inselentwicklungsländern mit 8,5 Prozent, den am wenigsten entwickelten Ländern mit 5,5 Prozent und den Binnenentwicklungsländern mit 3,8 Prozent deutlich unter dem kumulativen Wert. Bei den aktuellen Zuwächsen bräuchten die am wenigsten entwickelten Länder 40 Jahre, die Binnenentwicklungsländer 25 Jahre und die kleinen Inselentwicklungsländer 13 Jahre, um die von den Entwicklungsländern 2021 erzielten Kapazitäten zu erreichen. Zur Schließung dieser Lücken sind passgenaue politische Maßnahmen und Investitionen erforderlich, um eine gerechte und klimaverträgliche Energiewende zu gewährleisten.

Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

- Die Weltwirtschaft ist durch eine Vielzahl von Krisen ernstlich bedroht. Laut Prognosen wird sich der Zuwachs des globalen realen Pro-Kopf-BIP 2023 verlangsamen. Die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen drängen immer mehr Arbeitskräfte in die informelle Beschäftigung.
- Mit der beginnenden wirtschaftlichen Erholung ist die Arbeitslosenquote weltweit merklich gesunken. Doch bei Jugendlichen ist sie nach wie vor weit höher als bei Erwachsenen, was für anhaltende Schwierigkeiten bei der Sicherung von Beschäftigungschancen für junge Menschen spricht.
- Die Pandemie hat die Inanspruchnahme digitaler Dienste beschleunigt und den Zugang zu Finanzmitteln verändert. 2021 verfügten weltweit 76 Prozent der Erwachsenen über Konten bei Banken oder beaufsichtigten Finanzinstituten, während es 2014 noch 62 Prozent waren.



Anisa, die sich beruflich um die Reparatur von Elektrogeräten für Frauen kümmert, repariert in ihrer Handy- und Computerwerkstatt in Jemen einen Laptop.

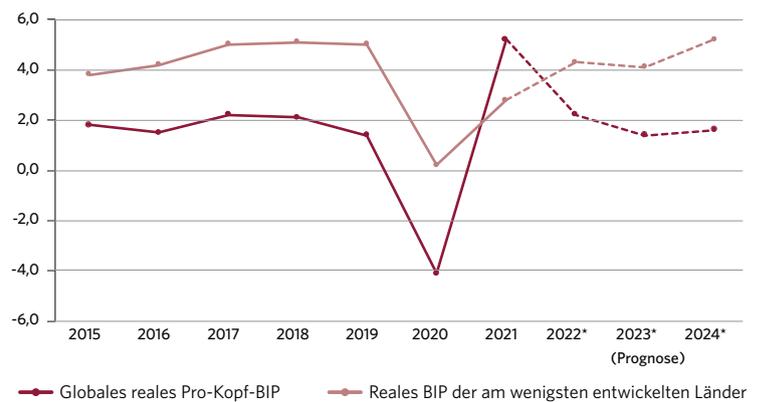
- Die Erreichung von Ziel 8 erfordert eine umfassende Reform des Finanzsystems, um der wachsenden Schulden, der wirtschaftlichen Unsicherheit und der Handelsspannungen Herr zu werden und zugleich eine gerechte Entlohnung und menschenwürdige Arbeit für junge Menschen zu fördern.

Die Erholung der Weltwirtschaft schreitet nur langsam voran

Die Weltwirtschaft kämpft mit hartnäckiger Inflation, steigenden Zinsen und vermehrten Unsicherheitsfaktoren. Das globale reale Pro-Kopf-BIP stieg zwischen 2015 und 2019 im Durchschnitt um jährlich 1,8 Prozent, doch 2020 kam es infolge der COVID-19-Pandemie zu einem drastischen Rückgang um 4,1 Prozent. Es zog 2021 mit soliden 5,2 Prozent erneut an, um 2022 mit nur 2,2 Prozent wieder langsamer zu steigen. Schätzungen zufolge wird das Wachstum mit 1,4 Prozent 2023 nochmals gedämpft ausfallen, gefolgt von einem bescheidenen Zuwachs von 1,6 Prozent für 2024.

In den am wenigsten entwickelten Ländern ging der jährliche Zuwachs des realen BIP von 5 Prozent im Jahr 2019 auf nur noch 0,2 Prozent 2020 zurück, bevor 2021 mit 2,8 Prozent Zuwachs eine Erholung eintrat. Es ist davon auszugehen, dass das Wachstum wieder an Fahrt gewinnt, wobei für 2022 mit einem Anstieg auf 4,3 Prozent und für die Jahre 2023 und 2024 mit 4,1 Prozent bzw. 5,2 Prozent gerechnet wird. Diese Zuwachsraten liegen jedoch nach wie vor unter der Zielvorgabe von 7 Prozent.

Jährlicher Zuwachs des globalen realen Pro-Kopf-BIP und jährlicher Zuwachs des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern – 2015–2024 (in Prozent)

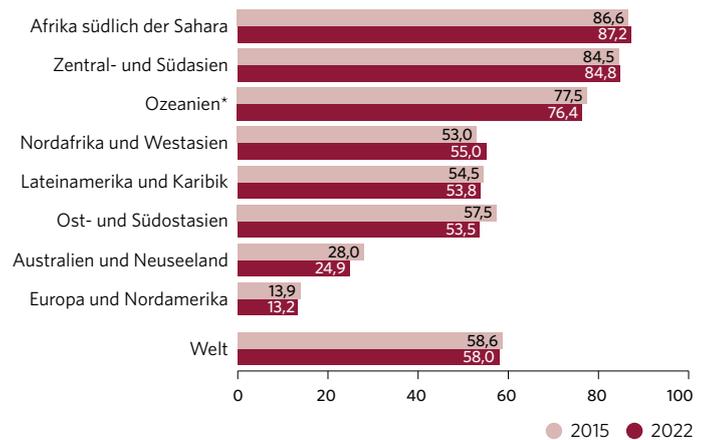


Die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen drängen immer mehr Arbeitskräfte in die informelle Beschäftigung

Vor der Pandemie war die Inzidenz der informellen Beschäftigung mit 57,8 Prozent 2019 gegenüber 58,6 Prozent 2015 leicht rückläufig. Doch Ausgangssperren und Eindämmungsmaßnahmen gegen COVID-19 führten zu unverhältnismäßig hohen Arbeitsplatzverlusten bei den informell Erwerbstätigen, insbesondere bei Frauen. Die anschließende Konjunkturerholung lief im Wesentlichen über die informelle Beschäftigung, die 2022 einen leichten Anstieg auf 58 Prozent verzeichnete. Dies entspricht rund 2 Mrd. Arbeitskräften in prekären Arbeitsverhältnissen ohne Sozialschutz.

Besonders erschreckend war die Lage in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo die informelle Beschäftigung 2022 bei 89,7 Prozent lag, ohne dass sich seit 2015 etwas gebessert hätte. Auch Afrika südlich der Sahara sowie Zentral- und Südasiens wiesen mit 87,2 bzw. 84,8 Prozent hohe Anteile informeller Beschäftigung auf. Frauen erging es während des Aufschwungs am Arbeitsmarkt schlechter als Männern, da von den geschaffenen Stellen für Frauen vier Fünftel informell waren, für Männer hingegen nur zwei Drittel.

Anteil informeller Beschäftigung – 2015 und 2022 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

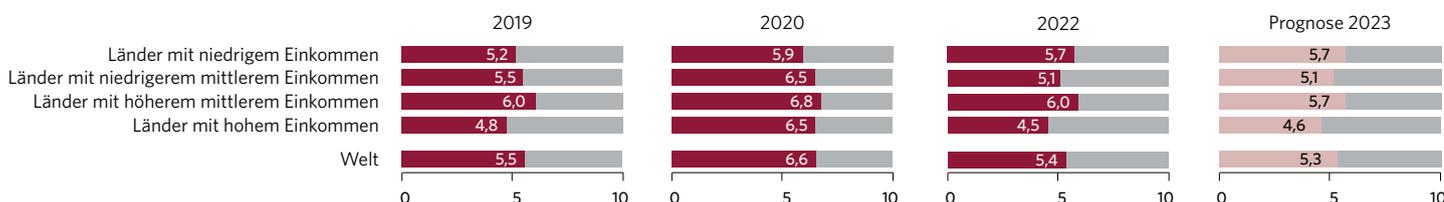
Die weltweite Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich unter den Stand vor der Pandemie sinken, doch die Herausforderungen in den Ländern mit niedrigem Einkommen bleiben bestehen

Die globale Arbeitslosenquote sank deutlich und lag 2022 bei 5,4 Prozent gegenüber dem 2020 erreichten Höchststand von 6,6 Prozent, während die Volkswirtschaften sich vom Schock der COVID-19-Pandemie zu erholen begannen. Diese Quote lag unter dem vor der Pandemie (2019) erreichten Stand von 5,5 Prozent. Schätzungen zufolge waren 2022 weltweit 192 Millionen Menschen arbeitslos. Prognosen zufolge soll die weltweite Arbeitslosigkeit 2023 weiter auf 5,3 Prozent sinken, was 191 Millionen arbeitslosen Menschen entspricht. Damit zeigen sich die Arbeitsmärkte in den Hoch-einkommensländern angesichts des Konjunkturrückgangs unerwartet

widerstandsfähig. In den Ländern mit niedrigem Einkommen hingegen wird ein derartiger Rückgang für 2023 nicht erwartet.

Frauen und Jugendliche auf den Arbeitsmärkten waren von der Pandemie unverhältnismäßig stark betroffen. Bei den Frauen machte sich die Erholung sowohl bei der Beschäftigung als auch bei der Erwerbsbeteiligung stärker bemerkbar als bei den Männern. Dagegen haben junge Menschen im Alter von 15-24 Jahren bei der Suche nach menschenwürdiger Arbeit nach wie vor große Schwierigkeiten, und die weltweite Arbeitslosenrate ist unter ihnen weit höher als unter Erwachsenen (25 Jahre und älter).

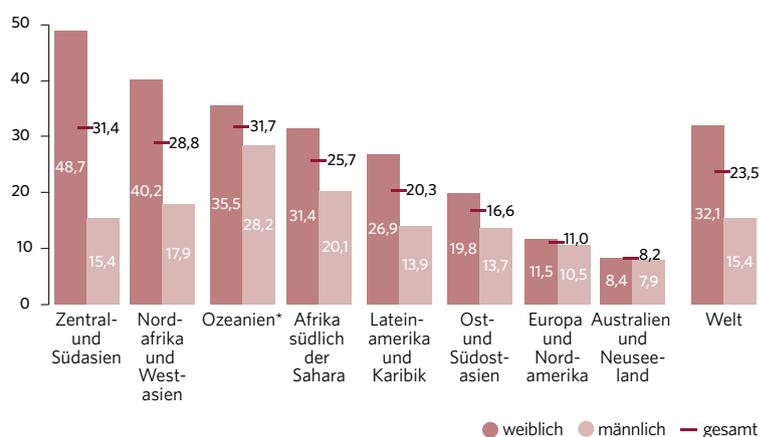
Arbeitslosenquoten für 2019, 2020, 2022 und Prognose für 2023 (in Prozent)



Junge Frauen befinden sich im Vergleich zu jungen Männern mehr als doppelt so häufig weder in Erwerbstätigkeit noch in Bildung oder Ausbildung

Weltweit befanden sich 2022 fast ein Viertel aller jungen Menschen (23,5 Prozent oder 289 Millionen) weder in Erwerbstätigkeit noch in Bildung oder Ausbildung. Damit liegt der Anteil zwar leicht unter dem Höchststand von 2020, jedoch immer noch höher als vor der Pandemie und auch über dem Basiswert von 22,2 Prozent (2015). Am trostlosesten ist die Lage im regionalen Vergleich für junge Menschen in Zentral- und Südasiens sowie in Nordafrika und Westasien, wo sich 31,4 bzw. 28,8 Prozent von ihnen nicht in Erwerbstätigkeit, Bildung oder Ausbildung befinden. Unterdessen gab es in Afrika südlich der Sahara zwischen 2015 und 2022 den höchsten Anstieg; dort sind nun mehr als ein Viertel der jungen Menschen weder erwerbstätig noch nehmen sie an Bildungs- oder Ausbildungsgängen teil.

Anteil der Jugendlichen, die weder eine allgemeine oder berufliche Bildung durchlaufen noch erwerbstätig sind, nach Geschlecht – 2022 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Besorgniserregend ist, dass junge Frauen 2022 mit 32,1 Prozent mehr als doppelt so häufig wie junge Männer (15,4 Prozent) keiner Erwerbstätigkeit, Bildung oder Ausbildung nachgingen. Die Bemühungen, die Ausfallquote für Bildung, Erwerbstätigkeit oder Ausbildung insbesondere bei jungen Frauen zu senken, müssen verstärkt werden, um den langfristigen Folgen für ihr Wirtschaftspotenzial und ihre Zukunftschancen entgegenzuwirken.

Der Tourismus spürt den Aufschwung, ist jedoch vom Stand von vor der Pandemie noch weit entfernt

Der Tourismussektor wurde von der COVID-19-Pandemie hart getroffen. Der Anteil des Tourismus am globalen BIP hat sich 2020 infolge der Pandemie nahezu halbiert. Nach einem leichten Aufwärtstrend von 6 Prozent im Jahr 2021 lag der Beitrag des Sektors zum globalen BIP bei 2,5 Prozent. Dies lässt zwar erkennen, dass der Tourismus sich auf dem Weg der Besserung befindet, doch verharrt er deutlich unterhalb seines BIP-Anteils von 4,2 Prozent vor der Pandemie (2019). Aufschwung und wirtschaftlicher Beitrag des Tourismussektors fielen je nach Region unterschiedlich aus und waren stark beeinflusst von verbleibenden Reisebeschränkungen und dem Aufkommen von Inlandstourismus. Mit Stand von 2021 erbrachte der Tourismus in Lateinamerika und der Karibik (5,9 Prozent), Nordafrika und Westasien (5,2 Prozent) sowie Europa und Nordamerika (2,2 Prozent) einen höheren Wirtschaftsbeitrag als in Afrika südlich der Sahara (1,2 Prozent) und Zentral- und Südasiens (0,4 Prozent).

COVID-19 hat die Akzeptanz digitaler Lösungen weiter erhöht und den Zugang zur Finanzwelt grundlegend verändert

Die beschleunigte Einführung digitaler Lösungen, auch beflügelt durch die COVID-19-Pandemie, verändert den Zugang zur Finanzwelt. 2021 hatten 76 Prozent der Erwachsenen weltweit ein Konto bei einer Bank oder einer beaufsichtigten Finanzinstitution, etwa einer Kreditgenossenschaft, einer Mikrofinanzinstitution oder einem Anbieter mobiler Gelddienstleistungen, und damit deutlich mehr als 2014 (62 Prozent). Beim Voranschreiten der finanziellen Inklusion spielt die Technologie eine zentrale Rolle, wie am deutlichen Anstieg der Zahl mobiler Geldkonten von 4 Prozent (2017) auf 10 Prozent (2021) zu sehen ist. Neue Chancen, die Menschen ohne Bankkonto zu erreichen, eröffnen sich unter anderem durch die Nutzung digitaler Zahlungen, beispielsweise Direkttransfers von Sozialleistungen oder Lohnzahlungen, aber auch durch interoperable Zahlungsnetzwerke und Telekommunikationsinfrastruktur. Während der COVID-19-Krise eröffneten 39 Prozent der Erwachsenen in Volkswirtschaften mit niedrigem und mittlerem Einkommen ihr erstes Konto bei einer Finanzinstitution mit dem konkreten Ziel, Lohn- und Gehaltszahlungen oder staatliche Leistungen zu erhalten.

Industrie, Innovation und Infrastruktur

- Die Erholung der Verarbeitungsindustrie von der COVID-19-Pandemie ist nach wie vor unvollständig und ungleichmäßig. Das globale Wachstum dieser Industrie sank von 7,4 Prozent 2021 auf 3,3 Prozent 2022. Die Fortschritte in den am wenigsten entwickelten Ländern reichen längst nicht, um die Zielvorgabe zu erreichen, den Anteil der Verarbeitungsindustrie am BIP bis 2030 zu verdoppeln. Branchen mit mittlerem und hohem Technisierungsgrad erzielten jedoch robuste Wachstumsraten.
- Mit Stand von 2022 lebten 95 Prozent der Weltbevölkerung in Reichweite eines mobilen Breitbandnetzes, doch manche Gebiete sind immer noch unterversorgt.
- Die weltweiten CO₂-Emissionen aus Verbrennungsprozessen zur Stromgewinnung und aus Industrieprozessen stiegen um 0,9 Prozent auf ein neues historisches Hoch von 36,8 Mrd. Tonnen. Damit stiegen sie weit weniger als das globale BIP – eine Rückkehr zu einem zehnjährigen Trend der Entkopplung von Emissionen und Wirtschaftswachstum.



Arbeiter in Bhutan installieren Druckleitungen, die mit neuer und klimaresilienter Technologie nachgerüstet wurden. Das neue Bewässerungssystem wird 24 Dörfer und mehr als 5 km² Agrarland versorgen und so der Wasserknappheit in Phangyul entgegenwirken.

- Um Ziel 9 bis 2030 zu erreichen, ist es unerlässlich, dass wir die am wenigsten entwickelten Länder unterstützen, in hochentwickelte Technologien investieren, den CO₂-Ausstoß senken und den Zugang zu mobilem Breitband ausweiten.

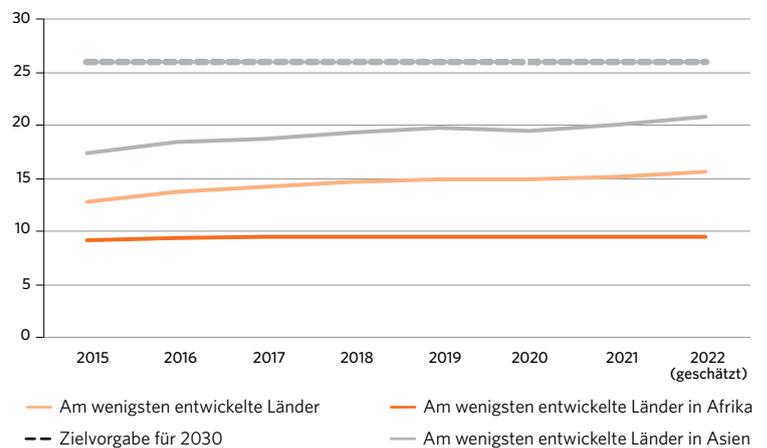
Die am wenigsten entwickelten Länder haben Schwierigkeiten, das Ziel für die Verarbeitungsindustrie bis 2030 zu erreichen

Das globale Wachstum der Verarbeitungsindustrie zog nach der COVID-19-Pandemie mit einer Rate von 7,4 Prozent im Jahr 2021 zunächst wieder an, verlangsamte sich aber 2022 auf geschätzt 3,3 Prozent. Dies lag hauptsächlich an der hohen Inflation, den Energiepreisschocks, anhaltenden Engpässen bei der Versorgung mit Rohstoffen und Zwischenprodukten sowie der weltweiten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. 2021 erreichte die Beschäftigung in der globalen Verarbeitungsindustrie wieder den Stand von vor der Pandemie. Doch weltweit nahm der Anteil der Beschäftigung in der Verarbeitungsindustrie im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung weiter ab und fiel zwischen 2015 und 2021 von 14,3 Prozent auf 13,6 Prozent.

Dennoch nahm die weltweite industrielle Wertschöpfung pro Kopf zu und stieg zwischen 2015 und 2022 von 1.646 USD (konstante Preise von 2015) auf 1.879 USD. In Europa und Nordamerika erreichte sie 2022 mit 5.093 USD einen historischen Höchststand, während sie in den am wenigsten entwickelten Ländern bei 159 USD lag. Auch wenn der Anteil des verarbeitenden Gewerbes im Verhältnis zum BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern zwischen 2015 und 2022 von 12,1 Prozent auf 14,0 Prozent stieg, reicht das nicht, um die Zielvorgabe eines verdoppelten Anteils bis 2030 zu erreichen. Während die am wenigsten entwickelten

Länder in Asien erhebliche Fortschritte erzielt haben, müssten die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika ihren Kurs ändern und deutlich schneller vorankommen, um die Zielvorgabe bis 2030 zu erreichen.

Anteil der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes am BIP, am wenigsten entwickelte Länder – 2015-2022 (in Prozent)

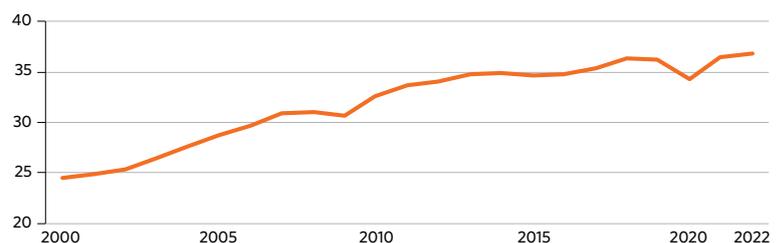


Das Wirtschaftswachstum lag höher als der Anstieg der CO₂-Emissionen, auch dank der Nutzung sauberer Technologien und einer geringeren industriellen Produktion

2022 stiegen die weltweiten CO₂-Emissionen durch Verbrennungsprozesse zur Stromgewinnung und aus Industrieprozessen um 0,9 Prozent auf ein Rekordhoch von 36,8 Mrd. Tonnen. Nach einem Rückgang um mehr als 5 Prozent im Pandemiejahr 2020 stiegen sie 2021 um mehr als 6 Prozent und lagen damit über dem Stand von vor der Pandemie, auch dank wirtschaftlicher Anreizpakete und einer erhöhten Kohlenachfrage. In den hochentwickelten Volkswirtschaften verlief die Erholung schneller. Dort erreichten die Emissionen der Luftfahrt 85 Prozent der Werte von 2019, in den Schwellen- und Entwicklungsländern dagegen nur 73 Prozent. Der CO₂-Anstieg 2022 lag weit unter dem Wachstum des globalen BIP von 3,2 Prozent, womit an den zehnjährigen, durch den deutlichen Aufschwung 2021 unterbrochenen Trend der Entkopplung von Emissionen und Wirtschaftswachstum angeknüpft wurde. Die verstärkte Nutzung von Technologien für saubere Energie, etwa erneuerbare Energien, Elektrofahrzeuge und Wärmepumpen, sowie

eine geringere Industrieproduktion, besonders in China und Europa, halfen, zusätzliche Emissionen zu verhindern, wodurch die weltweiten Emissionen weniger stark stiegen als erwartet.

Weltweite CO₂-Emissionen aus Verbrennungsprozessen zur Stromgewinnung und aus Industrieprozessen – 2000-2022 (in Milliarden Tonnen)

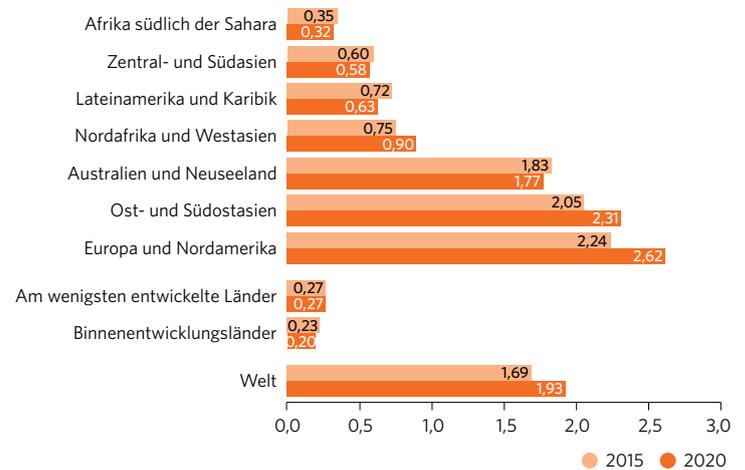


Die weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigen, insbesondere seit der Pandemie, doch in den am wenigsten entwickelten Ländern sind sie nach wie vor zu niedrig

Die weltweiten Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Verhältnis zum BIP stiegen zwischen 2015 und 2020 von 1,69 auf 1,93 Prozent. Zu dem signifikanten Anstieg 2020 kam es vor allem durch höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie ein stark gesunkenes BIP. Allerdings gab es gewaltige regionale Unterschiede. Europa und Nordamerika sowie Ost- und Südostasien gaben 2020 mit 2,62 Prozent bzw. 2,31 Prozent ihres BIP am meisten für Forschung und Entwicklung aus. Dennoch gaben viele Regionen 2020 immer noch weniger als 1 Prozent ihres BIP für diesen Bereich aus, wie etwa Afrika südlich der Sahara mit 0,32 Prozent oder Nordafrika und Westasien mit 0,90 Prozent. Im selben Zeitraum investierten die am wenigsten entwickelten Länder und die Binnenentwicklungsländer rund 0,27 Prozent bzw. 0,20 Prozent ihres BIP in Forschung und Entwicklung.

Die Zahl der weltweit in der Forschung tätigen Menschen je 1 Mio. Einwohner stieg von 1.022 (2010) auf 1.160 (2015) und 1.342 (2020), doch waren 2020 unter ihnen nur 31,2 Prozent Frauen. Damit Innovationen für die Erholung nach der Pandemie und die nachhaltige Entwicklung genutzt werden können, sind wirkungsvolle Maßnahmen zur Ankurbelung der Investitionen in Forschung und Entwicklung und zur Erhöhung der Zahl an Forschenden entscheidend wichtig, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Verhältnis zum BIP – 2015 und 2020 (in Prozent)



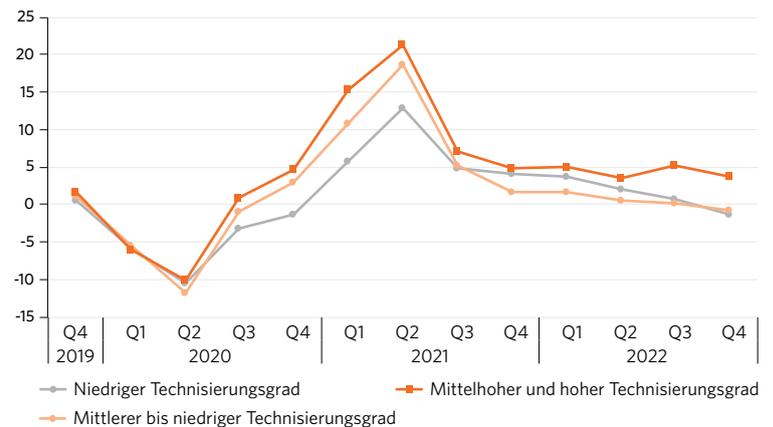
Anmerkung: Für Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) liegen keine ausreichenden Daten vor, um einen regionalen Gesamtwert zu berechnen.

Starkes Wachstum in Branchen mit mittelhohem und hohem Technisierungsgrad, globaler Abschwung in der Verarbeitungsindustrie

Während die Verarbeitungsindustrie 2022 weltweit insgesamt langsamer wuchs, waren Branchen mit mittelhohem und hohem Technisierungsgrad infolge der Erholung im Automobilssektor und einer durchweg hohen Produktion von Computern, Elektronik und optischen Erzeugnissen sowie elektrischen Geräten weiter robust. Die Produktion grundlegender Pharmazeutika erlitt jedoch 2022 erstmals Einbußen, da sich der Sektor an die Situation nach COVID-19 anpassen musste und es Engpässe bei essenziellen Vorprodukten gab.

In Afrika südlich der Sahara und in den am wenigsten entwickelten Ländern blieb der Anteil von Branchen mit mittelhohem und hohem Technisierungsgrad an der Produktion des gesamten verarbeitenden Gewerbes 2020 mit 21,7 Prozent bzw. 10,6 Prozent niedrig, verglichen mit 47,7 Prozent in Europa und Nordamerika und 47,1 Prozent in Ostasien. Ein Übergang zu Mittel- und Hochtechnologiesektoren verspricht nicht nur ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, sondern trägt auch zum grünen Wachstum bei, da die damit verbundenen Tätigkeiten generell weniger energie- und emissionsintensiv sind.

Produktionswachstum der weltweiten Verarbeitungsindustrie im Jahresvergleich, nach Technologie – viertes Quartal 2019 bis viertes Quartal 2022 (in Prozent)

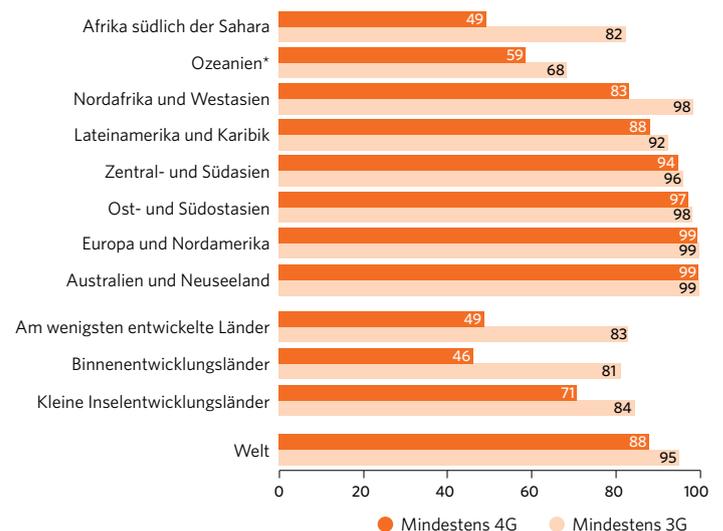


Mehr als 95 Prozent der Menschen weltweit haben Zugang zu mobilem Breitband (mindestens 3G), doch das letzte Stück bis zur Anbindung aller erweist sich als schwierig

2022 lebten 95 Prozent der Weltbevölkerung in Reichweite eines mobilen Breitbandsignals (3G oder höher); ein deutlicher Anstieg gegenüber 78 Prozent im Jahr 2015. Doch die Anbindung der verbleibenden 5 Prozent ist mit Herausforderungen verbunden. In Afrika südlich der Sahara sind 18 Prozent nicht abgedeckt, in Ozeanien 32 Prozent.

Zwischen 2015 und 2022 verdoppelte sich der Anteil der Weltbevölkerung mit Anschluss an das 4G-Netz auf 88 Prozent, doch der Zuwachs hat sich verlangsamt. Aktuell sind in den meisten Regionen über 90 Prozent der Menschen angebunden. Nur Lateinamerika und die Karibik, Nordafrika und Westasien, Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) sowie Afrika südlich der Sahara liegen noch unterhalb dieses Schwellenwerts. 2021 waren laut vorläufigen Daten 19 Prozent der Weltbevölkerung an ein 5G-Netz angebunden. Viele Länder schaffen frühere Netzgenerationen allmählich ab und führen effizientere und 5G-kompatible Netze ein. Doch anderswo, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen, sind 2G- und 3G-Netze noch immer weit verbreitet und es bestehen Hindernisse für die Einführung von 5G, wie etwa hohe Infrastrukturkosten, hohe Gerätekosten und regulatorische und Akzeptanzbeschränkungen.

Anteil der Bevölkerung, der durch ein Mobilfunknetz abgedeckt ist – 2022 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Weniger Ungleichheiten

- In den meisten Ländern waren die Einkommen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung vor der Pandemie schneller gestiegen als im nationalen Durchschnitt. Neue, aber uneindeutige Erkenntnisse legen jedoch nahe, dass COVID-19 diesen positiven Trend der rückläufigen Ungleichheit innerhalb der Länder ausgebremst haben könnte. Die Pandemie hat auch dazu geführt, dass die Ungleichheit zwischen den Ländern so stark zugenommen hat wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr.
- Weltweit ist jedem sechsten Menschen schon Diskriminierung widerfahren, wobei Frauen und Menschen mit Behinderungen unverhältnismäßig stark betroffen sind.
- 2022 gab es so viele Flüchtlinge wie nie zuvor (34,6 Millionen Menschen). Mit beinahe 7.000 registrierten Todesfällen weltweit war 2022 auch ein tödliches Jahr für Migrantinnen und Migranten.
- Um die Ungleichheit sowohl in als auch zwischen den Ländern zu reduzieren, bedarf es einer gerechten Ressourcenverteilung, Investitionen in



Migrantinnen und Migranten durchqueren den gefährlichen Dschungel von Darién zwischen Kolumbien und Panama. Die Zahl der Kinder auf dieser Route war 2023 in den ersten beiden Monaten siebenmal so hoch wie 2022.

Bildung und berufliche Qualifizierung, der Umsetzung von Sozialschutzmaßnahmen, der Bekämpfung von Diskriminierung, der Unterstützung marginalisierter Gruppen und der Förderung internationaler Zusammenarbeit für faire Handels- und Finanzsysteme.

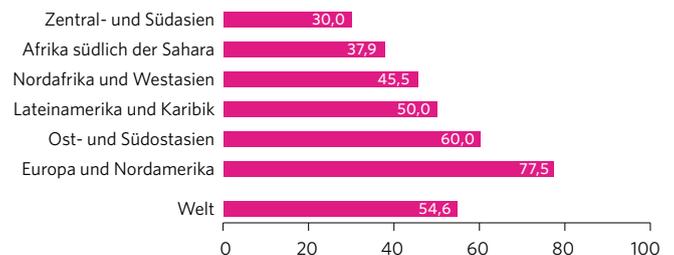
In den meisten Ländern war der Wohlstand besser verteilt, doch die Pandemie hat diese Fortschritte womöglich teilweise aufgehoben

In über der Hälfte der Länder mit Daten für 2009-2022 sind die Einkommen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung schneller gestiegen als im nationalen Durchschnitt. Doch der Anteil der Länder mit besser verteiltem Wohlstand war in Regionen mit hohem und mittlerem Einkommen höher als in fragilen Regionen mit niedrigem Einkommen. In mehr als drei Vierteln der Länder in Europa und Nordamerika und in sechs von zehn Ländern in Ost- und Südostasien stiegen die Einkommen der ärmsten 40 Prozent schneller als im nationalen Durchschnitt. In Zentral- und Südasiens sowie in Afrika südlich der Sahara stiegen die Einkommen der ärmsten 40 Prozent jedoch nur in 30-38 Prozent der Länder überdurchschnittlich schnell.

Für die Zeit nach 2019 gibt es bisher nur wenige und uneindeutige Daten. In zwei Dritteln der 50 Länder, für die Daten vorliegen, lag der Einkommenszuwachs der ärmsten 40 Prozent über dem nationalen Durchschnitt. Dies geht jedoch hauptsächlich auf Europa und Nordamerika zurück, wo mehr Daten zur Verfügung stehen und wo umfangreiche Transferprogramme

die wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 am unteren Ende der Einkommensverteilung abgefedert haben. Nach neuen Erkenntnissen könnte die Ungleichheit innerhalb der Länder infolge der Pandemie zugenommen haben; Erhebungen von 2021 zeigen, dass ärmere Haushalte im Vergleich zu reicheren etwas stärker von Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten betroffen waren.

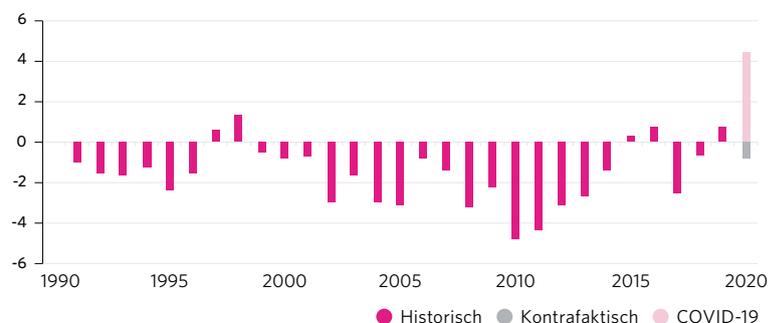
Anteil der Länder, in denen die Einkommen der ärmsten 40 Prozent stärker gestiegen sind als im nationalen Durchschnitt – 2009-2022 (in Prozent)



Die Pandemie bedingte die in drei Jahrzehnten stärkste Zunahme der Einkommensungleichheit zwischen den Ländern

In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Einkommen in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen denen in den reicheren Ländern angenähert. Insgesamt sind die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern im Zeitraum 1990-2019 um 37 Prozent zurückgegangen. In jüngster Zeit hat sich diese Angleichung jedoch deutlich verlangsamt. Im Durchschnitt nahm die Ungleichheit zwischen den Ländern in den letzten fünf Jahren vor der Pandemie um 0,3 Prozent pro Jahr ab und damit um deutlich weniger als 1991-2014 (durchschnittlich 1,8 Prozent pro Jahr). Und obwohl in nur 5 der 29 Jahre vor der Pandemie weltweit eine gestiegene Ungleichheit zwischen den Ländern zu verzeichnen war, verursachte COVID-19 nach Schätzungen der Weltbank die stärkste Zunahme in drei Jahrzehnten.³ Entgegen dem vor der Pandemie vorhergesagten Rückgang um 0,8 Prozent dürfte die Ungleichheit zwischen den Ländern im Zeitraum 2019-2020 um 4,4 Prozent gestiegen sein.

Veränderung der Ungleichheit zwischen den Ländern – 1990-2020 (in Prozent)



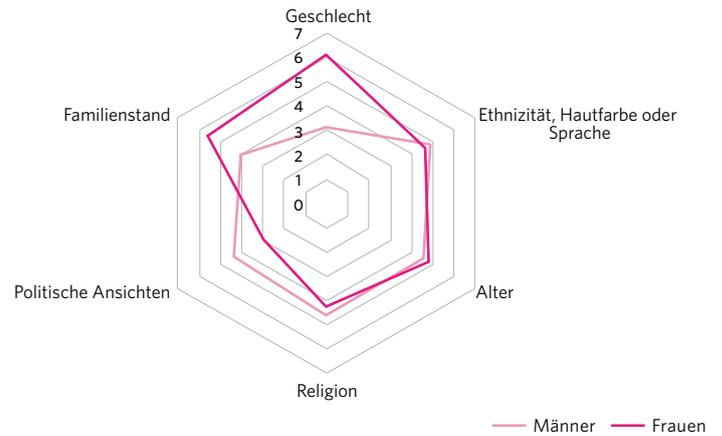
Anmerkung: Die jährliche Veränderung der Ungleichheit zwischen den Ländern wird anhand der mittleren logarithmierten Abweichung gemessen.

³ Mahler, Daniel G., Nishant Yonzan und Christoph Lakner, „The Impact of COVID-19 on Global Inequality and Poverty.“ Policy Research Working Paper, Nr. 10198 (Washington, Weltbank 2022).

Rassistische Diskriminierung ist eine der am weitesten verbreiteten Formen von Diskriminierung weltweit

Nach den neuesten verfügbaren Daten erfährt beinahe jeder sechste Mensch weltweit aus verschiedenen Gründen Diskriminierung. Zu den häufigsten Formen gehört für Frauen wie für Männer rassistische Diskriminierung aus Gründen der Ethnizität, Hautfarbe oder Sprache. Diskriminierung aufgrund von Alter und Religion, auch wenn sie etwas weniger häufig ist, betrifft Frauen und Männer ebenfalls ungefähr gleich stark. Frauen melden doppelt so häufig wie Männer Fälle von Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts und werden auch beinahe doppelt so häufig wie Männer aufgrund ihres Familienstands diskriminiert. Menschen mit Behinderungen werden ebenfalls stark diskriminiert: Ein Drittel dieser Menschen berichtet von derartigen Erfahrungen; eine doppelt so hohe Rate wie bei Menschen ohne Behinderungen.

Anteil der von Diskriminierung betroffenen Menschen an der Gesamtbevölkerung nach ausgewählten Diskriminierungsgründen und Geschlecht – 2015-2022 (in Prozent)

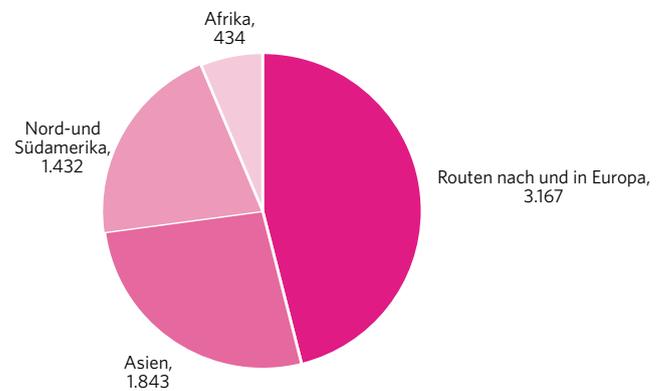


Da weltweit immer mehr Menschen entlang Migrationsrouten ihr Leben verlieren, muss umgehend gehandelt werden, um Migration sicher zu machen

Laut dem Projekt „Missing Migrants“ der Internationalen Organisation für Migration wurden seit 2014 weltweit 56.216 Todesfälle auf Migrationsrouten registriert, davon 6.876 im Jahr 2022 und 2.091 bis Mitte Juni 2023. Mit Ausnahme des Jahres 2020 wurden zwischen 2014 und 2022 jedes Jahr mehr als 5.000 migrationsbedingte Todesfälle dokumentiert.

2022 starben mindestens 3.167 Menschen auf See- und Landrouten nach und durch Europa. Das war mehr als die Hälfte der weltweit in diesem Jahr registrierten Todesfälle von Migrantinnen und Migranten. Auch in Nord- und Südamerika und in Asien war 2022 das tödlichste Jahr seit Beginn der Datenerhebung; dort kamen 1.432 bzw. 1.843 Menschen während der Migration ums Leben. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Zahl der Todesfälle von Migrantinnen und Migranten weltweit seit 2015 nicht genug gesenkt werden konnte. Nach einem Rückgang im ersten Pandemiejahr sind die Zahlen inzwischen wieder auf dem Stand von vor der Pandemie und in vielen Fällen sogar darüber.

Zahl der Todesfälle während der Migration, nach Region – 2022

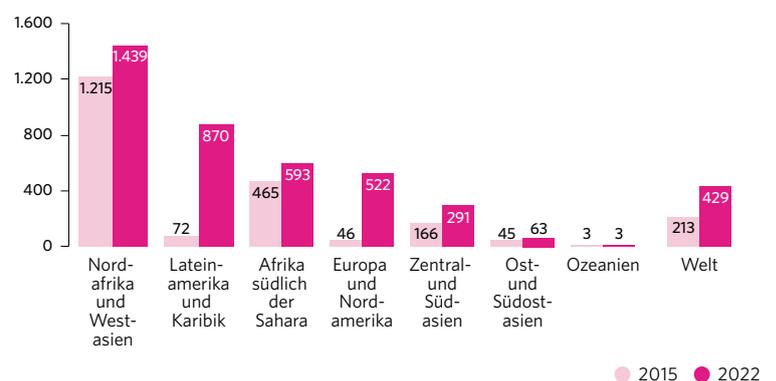


Anmerkung: Die Regionen entsprechen den von der Internationalen Organisation für Migration verwendeten Definitionen.

Angesichts zunehmender Krisen flieht eine Rekordzahl an Menschen aus ihren Heimatländern

Seit mehr als einem Jahrzehnt steigt die weltweite Zahl der Flüchtlinge jedes Jahr; Ende 2022 erreichte sie 34,6 Millionen, die höchste jemals registrierte Zahl. Dies bedeutet, dass 429 von 100.000 oder 1 von 233 Menschen infolge von Krieg, Konflikten, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen oder schweren Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung aus ihrem Heimatland geflohen sind. Das ist ein Anstieg um mehr als 100 Prozent im Vergleich zu 2015. Insgesamt kamen 52 Prozent aller Flüchtlinge und anderen Menschen, die internationalen Schutz benötigten, aus nur drei Ländern: der Arabischen Republik Syrien (6,5 Millionen), der Ukraine (5,7 Millionen) und Afghanistan (5,7 Millionen). Ende 2022 waren etwa 41 Prozent aller Flüchtlinge Kinder, 51 Prozent waren Frauen und Mädchen. Weltweit fanden 76 Prozent der Flüchtlinge und anderen Menschen, die internationalen Schutz benötigten, Aufnahme in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen; 20 Prozent der Gesamtzahl dieser Menschen erhielten Asyl in den am wenigsten entwickelten Ländern.

Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung, nach Herkunftsregion – 2015 und 2022 (je 100.000 Menschen in der Herkunftsregion)



Nachhaltige Städte und Gemeinden

- Derzeit lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, und 2050 dürften es 70 Prozent sein. Schätzungen zufolge leben derzeit 1,1 Milliarden Menschen in Slums oder einem slum-ähnlichen Umfeld in Städten. In den kommenden 30 Jahren sollen weitere 2 Milliarden Menschen dazukommen.
- Nur die Hälfte der globalen Stadtbevölkerung hatte 2022 bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Städte sind nach wie vor von ungeplanter Ausdehnung, Luftverunreinigung und begrenzt vorhandenen öffentlichen Freiflächen geprägt.
- Seit 2015 hat sich die Zahl der Länder, die über nationale und lokale Strategien zur Katastrophenvorsorge verfügen, verdoppelt.
- Um Ziel 11 zu erreichen, muss ein Schwerpunkt auf die Umsetzung inklusiver, resilienterer und nachhaltiger Stadtentwicklungskonzepte gelegt



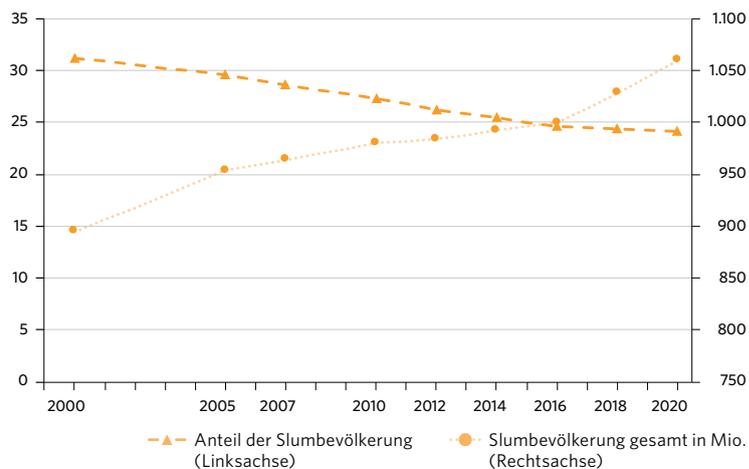
Ein im Bau befindlicher U-Bahn-Tunnel in Lima (Peru), der zu einem sichereren und nachhaltigeren Verkehrssystem beitragen soll.

werden, die dem Zugang zu grundlegenden Diensten, erschwinglichem Wohnraum, effizienten Verkehrsmitteln und Grünflächen für alle Priorität einräumen.

In kleineren und mittleren Städten in vielen Regionen wächst die Slumbevölkerung schneller als in Großstädten

Im November 2022 erreichte die Weltbevölkerung die 8-Milliarden-Marke, wobei mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Menschen in städtischen Gebieten lebt. Bis 2050 soll ihr Anteil auf 70 Prozent steigen. Dieses städtische Wachstum findet überwiegend in Kleinstädten und Ortschaften mittlerer Größe statt, was Ungleichheiten und städtische Armut noch verstärkt. Während der Anteil der in Slums lebenden Stadtbevölkerung zwischen 2014 und 2020 leicht sank (von 25,4 auf 24,2 Prozent), steigt die absolute Zahl der Slumbewohnerinnen und -bewohner mit zunehmender Verstädterung weiter an. 2020 lebten etwa 1,1 Mrd. Menschen in Städten in Slums oder einem slum-ähnlichem Umfeld. In den kommenden 30 Jahren wird ein Zuzug von 2 Mrd. Menschen – rund 183.000 pro Tag – in derartige Siedlungen erwartet; vorwiegend in den Entwicklungsländern. Heute finden sich 85 Prozent der in Slums lebenden Menschen in drei Regionen: Zentral- und Südasiens (359 Mio.), Ost- und Südasiens (306 Mio.) und Afrika südlich der Sahara (230 Mio.). Das rasche Wachstum der Slumbevölkerung ist ein Ausdruck der Wohnungskrise und unterstreicht den Bedarf an einem breit gefächerten Wohnungsangebot, einer ausgewogenen Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und grundlegenden Diensten, um den vielfältigen Bedürfnissen der Stadtbevölkerung gerecht zu werden.

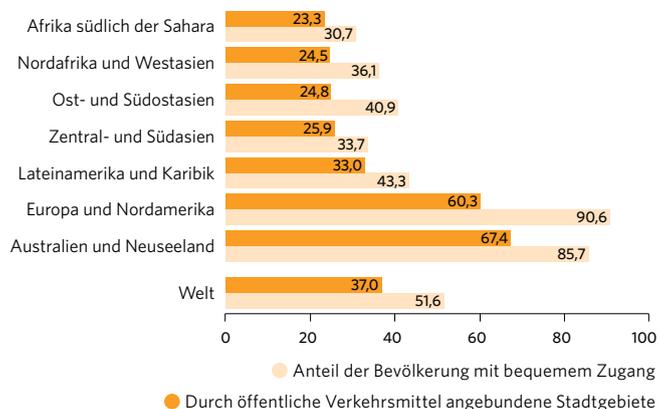
Anteil der weltweit in Slums lebenden Stadtbevölkerung (in Prozent) und Slumbevölkerung gesamt (in Millionen) – 2000-2020



Die Nachfrage nach städtischen Verkehrsmitteln wächst weiter exponentiell, insbesondere in den Entwicklungsländern

Qualität und Verfügbarkeit der Verkehrsinfrastruktur variieren sehr stark je nach Land und Region wie auch innerhalb einzelner Städte. In den entwickelten Ländern verfügen die Menschen häufig über mehr als nur eine Beförderungsmöglichkeit, wobei die Angebote nicht immer ausgewogen verteilt oder umweltverträglich sind. Doch in den Entwicklungsländern, wo etwa einer Milliarde Menschen noch immer keine wetterfesten Straßen zur Verfügung stehen, steigt der Bedarf an Personen- und Gütermobilität jährlich exponentiell. Laut Daten aus dem Jahr 2022 haben nur 51,6 Prozent der globalen Stadtbevölkerung bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, wobei es erhebliche regionale Unterschiede gibt. Städte und einzelne Länder, insbesondere unter den Entwicklungsländern, müssen noch viel tun, um sichere, erschwingliche, barrierefreie und nachhaltige Verkehrssysteme zu entwickeln. Städte überall müssen motorisierte Verkehrssysteme und den Fuß- und Radverkehr dringend mit Hilfe langfristiger und nachhaltiger Mobilitätspläne, gezielter Infrastrukturinvestitionen und der Umsetzung von Politikvorgaben integrieren.

Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel und Bevölkerungsanteil mit bequemem Zugang in städtischen Gebieten – 2022 (in Prozent)

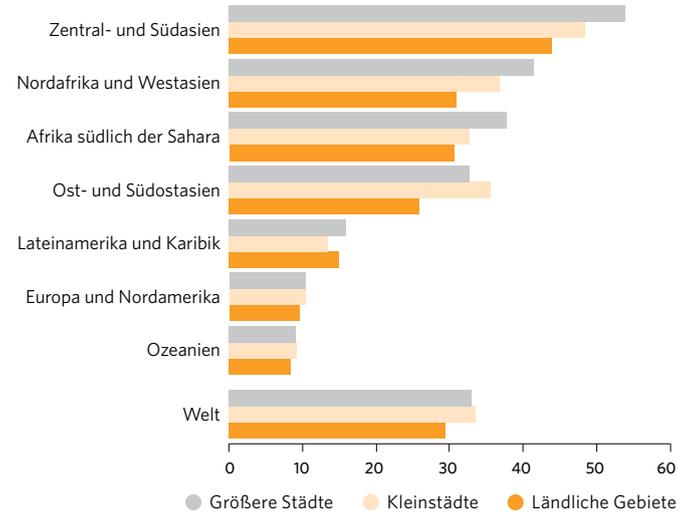


Anmerkung: Nach Daten für 1.507 Städte in 126 Ländern.

Luftverunreinigung ist nicht nur ein Großstadtphänomen, sondern betrifft auch Kleinstädte und ländliche Gegenden

Weltweit gesehen verbessert sich die Luftqualität, was vor allem an den in den Hocheinkommensländern erzielten Fortschritten liegt. In den kleinen Inselentwicklungsländern hingegen stagniert sie oder verschlechtert sich, wengleich die Werte unter dem globalen Durchschnitt liegen. Hinzu kommt, dass die Luftverunreinigung in diesen Ländern nur eingeschränkt oder gar nicht überwacht wird. Unter den 117 Ländern, die Daten zur Luftverunreinigung in Städten melden, sind Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen nur zu 42 Prozent vertreten, kleine Inselentwicklungsländer machen gerade einmal 3 Prozent aus. Obwohl Konzepte zur Verminderung der Luftverunreinigung typischerweise Großstädte im Visier haben, sollte auch die Luftqualität in Kleinstädten und ländlichen Gebieten bedacht werden. Im Jahr 2019 wiesen Kleinstädte in Ost- und Südostasien, einer Region, in der ein erheblicher Anteil der Weltbevölkerung lebt, eine schlechtere Luftqualität auf als größere Städte. Die Bekämpfung der Luftverunreinigung erfordert einen Perspektivwechsel und die Einsicht, dass es sich nicht allein um ein Problem der Städte handelt. Obgleich der städtische Raum weiterhin eine wichtige Rolle spielt, ist ein umfassender Ansatz unverzichtbar, der auch Kleinstädte und ländliche Gebiete in den Blick nimmt, um Luftverunreinigung wirksam zu bekämpfen.

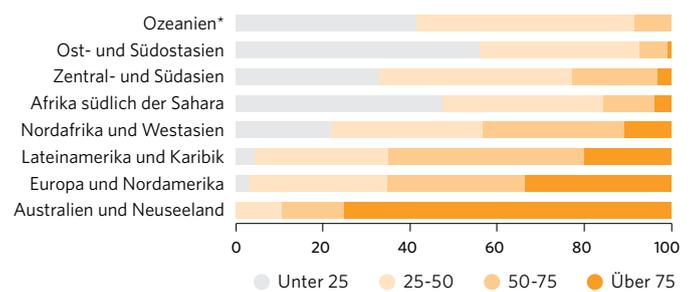
Konzentration von Feinstaubpartikeln (PM_{2,5}) in größeren Städten, Kleinstädten und ländlichen Gebieten, gewichtet nach Bevölkerung – 2019 (in Mikrogramm je Kubikmeter)



Die Bereitstellung öffentlicher Freiflächen und der Zugang zu ihnen bleiben in allen Regionen gering, mit negativen Auswirkungen auf die Qualität städtischen Lebens

Öffentliche Räume fördern die Inklusion, den sozialen Zusammenhalt und die Produktivität von Städten. Daten von 2020 aus 1.072 Städten belegen jedoch, dass mehr als drei Viertel der Städte weniger als 20 Prozent ihrer Fläche als öffentliche Freiflächen und Straßen ausgewiesen haben. Damit bleiben sie hinter der Zielvorgabe von 45-50 Prozent zurück, von denen 15-25 Prozent auf öffentliche Freiflächen und 30-35 Prozent auf Straßen und Gehwege entfallen sollen. Im Durchschnitt entfielen 2020 nur 3,2 Prozent der Stadtfläche auf öffentliche Freiflächen; etwa viermal weniger als auf Straßen. Diese Zahlen variieren jedoch sehr stark von Region zu Region, wobei in stärker entwickelten Regionen ein höherer Anteil der Stadtflächen auf Straßen und Freiflächen entfällt als in Entwicklungsländern. Zudem hat in Ländern in entwickelten Regionen ein höherer Bevölkerungsanteil bequemen Zugang zu öffentlichen Freiflächen.

Anteil der Städte je Region, in denen die Bevölkerung innerhalb von 400 Metern Fußweg öffentliche Freiflächen erreicht – 2020 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

In den meisten Städten schreitet die ungeplante Ausdehnung schneller voran als das Bevölkerungswachstum, mit negativen Auswirkungen für die Nachhaltigkeit

Über einen Zeitraum von 30 Jahren erhobene Daten aus 681 Städten belegen, dass die räumliche Ausdehnung der Städte weltweit rascher vorstatten geht als der Bevölkerungszuwachs. Im Zeitraum 1990-2000 lag die Flächenverbrauchsrate weltweit bei durchschnittlich 2,9 Prozent, das Bevölkerungswachstum im Durchschnitt bei 2,3 Prozent. Im Zeitraum 2000-2010 lagen diese Werte bei niedrigeren 2,0 beziehungsweise 1,6 Prozent, gefolgt von einem weiteren Rückgang auf 1,5 beziehungsweise 1,2 Prozent im Zeitraum 2010-2020. Der stete allgemeine Rückgang sowohl der Bevölkerungswachstumsrate als auch der Flächenverbrauchsrate ließ sich in allen Regionen mit Ausnahme Nordafrikas und Westasiens beobachten, die beide im Zeitraum 2000-2010 ein höheres Bevölkerungswachstum verzeichneten als 1990-2000. Die festgestellte Ausdehnung führt dazu, dass Städte im Laufe ihrer Expansion an Dichte verlieren, doch ihr ungeplanter Verlauf wirkt sich negativ auf die Nachhaltigkeit der Stadtentwicklung aus.

Seit 2015 geben wesentlich mehr nationale Regierungen und Kommunalverwaltungen an, über eine Strategie zur Katastrophenvorsorge zu verfügen

Die Zahl der Länder mit nationalen Katastrophenvorsorgestrategien hat sich zwischen 2015 und Ende 2022 von 55 auf 126 erhöht. Ein wesentlicher Aspekt dieser Strategien ist es, die Kohärenz und die Einhaltung politischer Vorgaben zu fördern, insbesondere im Hinblick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Übereinkommen von Paris. 118 Länder geben in diesem Zusammenhang an, über ein gewisses Maß an Politikkohärenz zu verfügen. Neben den Maßnahmen auf nationaler Ebene werden weltweit auch von Kommunalverwaltungen vermehrt lokale Strategien zur Katastrophenvorsorge ausgearbeitet und umgesetzt, die sich an den nationalen Strategien orientieren. Ende 2022 gaben insgesamt 102 Länder an, Kommunalverwaltungen mit derartigen Strategien erfasst zu haben; eine erhebliche Steigerung gegenüber 51 Ländern im Jahr 2015. In diesen Ländern verfügen im Durchschnitt 72 Prozent der Kommunalverwaltungen über lokale Katastrophenvorsorgestrategien.

Verantwortung bei Konsum und Produktion

- Der Material-Fußabdruck pro Kopf liegt in Ländern mit hohem Einkommen zehnmal so hoch wie in Ländern mit niedrigem Einkommen. Auch das Ziel, die Verschwendung und die Verluste von Nahrungsmitteln pro Kopf bis 2030 zu halbieren, liegt in weiter Ferne.
- Weltweite Krisen haben zur Wiederaufnahme der Subventionen für fossile Brennstoffe geführt, die 2021 fast doppelt so hoch lagen wie 2020.
- Die Berichterstattung über unternehmerische Nachhaltigkeit und über Regelungen für die öffentliche Beschaffung hat zugenommen, doch beim nachhaltigen Konsum und der Beobachtung des nachhaltigen Tourismus ist sie zurückgegangen.
- Verantwortung bei Konsum und Produktion muss ein fester Bestandteil der Erholung von der Pandemie und der Pläne zur beschleunigten



Arbeiter sortieren Plastik in einer Aufbereitungsanlage in Côte d'Ivoire. Plastikmüll bedroht die Küsten und Lagunen, die Fischerei und den Tourismus des Landes. Das Wirtschaftsmodell für Kunststoffe muss vollständig umgestaltet werden, um diese Krise zu bewältigen.

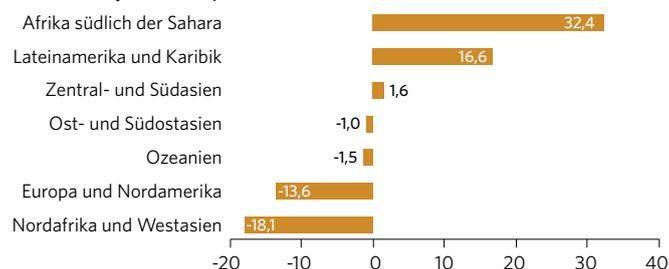
Erreichung der Nachhaltigkeitsziele sein. Es ist sehr wichtig, Politikkonzepte umzusetzen, die einen Wandel hin zu nachhaltigen Verfahren unterstützen und die Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz entkoppeln.

Regionale Ungleichheiten beim Material-Fußabdruck unterstreichen Konsumunterschiede

Zwischen 2000 und 2019 stieg der weltweite Inlandsmaterialverbrauch (IMV) – die Rohstoffmenge, die in einem Land direkt für Produktionsprozesse eingesetzt wird – um 66 Prozent und verdreifachte sich gegenüber den 1970er-Jahren auf 95,1 Mrd. Tonnen. 2019 lag der Material-Fußabdruck – die Menge abgebauter Rohstoffe, die zur Deckung der Endnachfrage eines Landes eingesetzt wird – bei 95,9 Mrd. Tonnen. Die Gesamtvolumina sind weltweit ähnlich, doch Vergleiche offenbaren regional unterschiedliche Umweltauswirkungen. In Nordafrika und Westasien sowie in Europa und Nordamerika übertraf der Material-Fußabdruck den IMV 2019 um 18 bzw. 14 Prozent. Dagegen unterschreitet der Material-Fußabdruck den IMV in Lateinamerika und der Karibik sowie in Afrika südlich der Sahara um 17 bzw. 32 Prozent. Diese Unterschiede zeigen die Disparitäten bei Verantwortlichkeiten und Konsum zwischen import- und exportorientierten Ländern sowie ganz allgemein zwischen Ländern mit hohem und Ländern mit niedrigem Einkommen. In Hoheinkommensländern liegt der Material-Fußabdruck pro Kopf zehnmal so hoch wie in Niedrigeinkommensländern. Daher sind Nachhaltigkeitsmaßnahmen und ein verstärktes Bewusstsein unerlässlich, um

bis 2030 eine effiziente und nachhaltige Bewirtschaftung begrenzter und ungleich erschlossener natürlicher Ressourcen sicherzustellen.

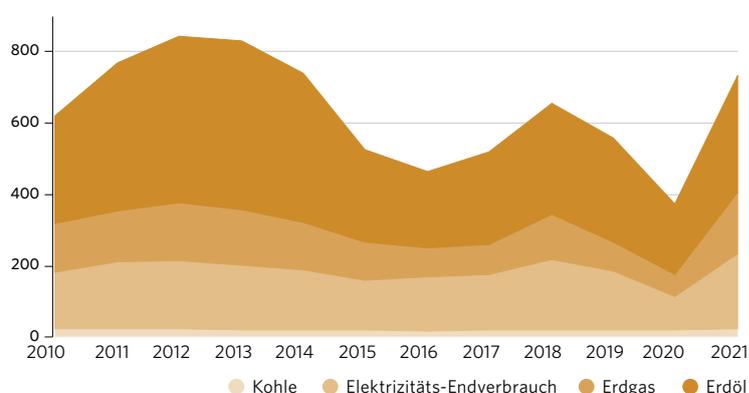
Ausmaß, in dem der Inlandsmaterialverbrauch den Material-Fußabdruck überschreitet – 2019 (in Prozent)



Trotz Forderungen nach einem schrittweisen Abbau sind die Subventionen für fossile Brennstoffe wieder so hoch wie 2014

Subventionen für fossile Brennstoffe führen zu Verzerrungen auf den Energiemärkten, behindern den Umstieg auf umweltverträglichere und nachhaltigere Alternativen und untergraben die Maßnahmen gegen den Klimawandel. Globale Daten zeigen für 2021 einen Wiederanstieg dieser Subventionen. 2021 subventionierten die Regierungen Kohle, Erdöl und Erdgas mit etwa 732 Mrd. USD, beinahe der doppelten Summe wie 2020 (375 Mrd. USD). Dies war hauptsächlich dem Wiederanstieg der 2020 zunächst gesunkenen Energiepreise zuzuschreiben, durch den die Subventionen wieder den Stand von 2014 erreichten. Leider dürfte die 2022 durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine ausgelöste weltweite Energiekrise zu einem weiteren Anstieg der Subventionen für fossile Brennstoffe führen. Es ist zu hoffen, dass dies nur kurzfristige Maßnahmen sind, mit denen die Verbraucherinnen und Verbraucher vor den Folgen der Krise geschützt werden sollen. Viele Regierungen bemühen sich nun um längerfristige Lösungen. Manche haben vor, die Erdöl- und Erdgasversorgung auszubauen oder zu diversifizieren, andere treiben verstärkt strukturelle Veränderungen voran.

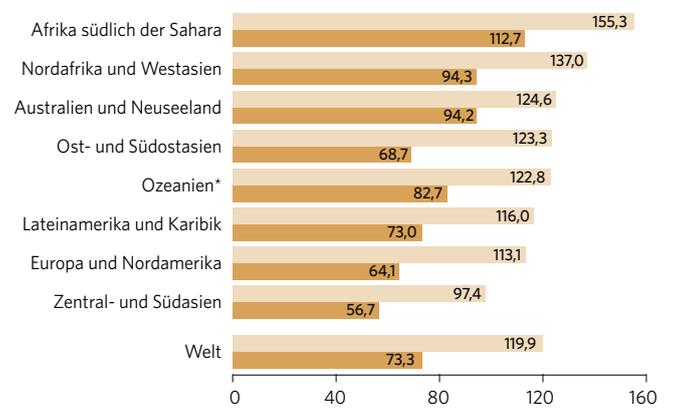
Globale Schätzungen der Subventionen für fossile Brennstoffe nach Brennstoffart – 2010-2021 (in Milliarden USD zum Nominalwert)



Trotz der weltweiten Zunahme des Hungers sind Nahrungsmittelverschwendung und -verluste enorm und ungleich verteilt

2021 litten 828 Millionen Menschen Hunger. Dennoch gingen weltweit 13,2 Prozent der Nahrungsmittel entlang der Lieferkette zwischen Ernte und Endverbrauch verloren. Dies ist gegenüber 2016 kaum eine Veränderung und bleibt hinter der Zielvorgabe einer deutlichen Reduzierung der Nachernteverluste von Nahrungsmitteln bis 2030 zurück. Zusätzlich werden 17 Prozent der Nahrungsmittel in Haushalten, in der Gastronomie und im Einzelhandel verschwendet. 2019 war das eine erschütternde Menge von 931 Millionen Tonnen oder 120 kg pro Kopf. In Afrika südlich der Sahara sind die Nahrungsmittelverluste mit 20 Prozent am höchsten, verglichen mit 9 Prozent in Europa und Nordamerika. Während es bei den Nahrungsmittelverlusten regionale Unterschiede gibt, insbesondere zwischen Regionen mit hohem und jenen mit niedrigem Einkommen, ist die Pro-Kopf-Verschwendung in Haushalten in allen regionalen Gruppen ähnlich, weshalb in allen Ländern gehandelt werden muss. Obwohl es so wichtig ist, Nahrungsmittelverluste und -verschwendung zu verringern, gibt es dazu noch immer kaum Daten. Maßnahmen gegen die Verluste und die Verschwendung sind dringend notwendig, und es bedarf gezielter und datengestützter Strategien sowie Investitionen in Technologie, Infrastruktur, Bildung und Überwachung.

Geschätzte Nahrungsmittelverluste gesamt und Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf in Haushalten – 2019 (in kg)



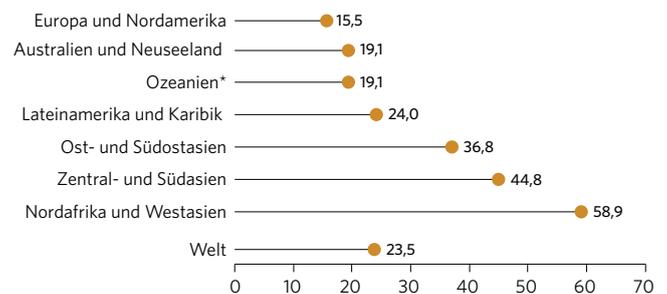
● Nahrungsmittelverluste gesamt ● Nahrungsmittelverschwendung in Haushalten

*ohne Australien und Neuseeland

Große wie kleine Unternehmen berichten zunehmend über ihre Bemühungen um mehr Nachhaltigkeit

Immer mehr Unternehmen erstellen Nachhaltigkeitsberichte: 2021 veröffentlichten rund 70 Prozent der erfassten Unternehmen derartige Berichte – ein dreimal so hoher Anteil wie 2016. In Südostasien und Zentralamerika nahm diese Berichterstattung zwischen 2020 und 2021 am stärksten zu. Das höchste Berichtsaufkommen gab es in Ostasien, Europa und Nordamerika. Während große Unternehmen bei dieser Art von Berichterstattung weiter führend sind, legen vermehrt auch kleine und mittlere Unternehmen solche Informationen offen (Zunahme um 37 bzw. 34 Prozent zwischen 2020 und 2021). Am ehesten legen Unternehmen ihre Strategien in Bezug auf Wasser und Energie, CO₂-Emissionen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie die Diversität ihrer Vorstände offen. Sie beschreiben weiter, was sie zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele tun, doch nur 10 Prozent legen Berichte zu allen 17 Zielen vor. Insgesamt ist die Entwicklung hin zu einer besseren Nachhaltigkeitsberichterstattung positiv zu bewerten, denn sie ist Ausdruck eines branchenübergreifend zunehmenden Bewusstseins dafür, dass nachhaltige Verfahren in allen Branchen vorrangig sein müssen.

Anstieg der Zahl der Unternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte veröffentlichen – zwischen 2020 und 2021 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Die globale Zusammenarbeit zugunsten von Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion nimmt zu, während die Berichterstattung abnimmt

Die multilaterale und interessenträgerübergreifende Zusammenarbeit beim nachhaltigen Konsum hat seit 2015 zugenommen und in zahlreichen Ländern wissenschaftlich fundierte, transformative Strategien angeregt. Zwischen 2019 und 2022 meldeten 62 Länder und die Europäische Union 485 Politikinstrumente, mit denen sie den Übergang hin zu Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion unterstützten, wobei zunehmende Verbindungen zu weltweiten Umweltverpflichtungen in Bezug auf Klima, Biodiversität, Verschmutzung, Müll und Sektoren mit hohem Schadenspotenzial festzustellen sind. Zugleich geht die Berichterstattung seit 2019 jährlich um durchschnittlich 30 Prozent zurück und lässt auch weiterhin große regionale Ungleichgewichte erkennen: Mehr als 50 Prozent der Politikinstrumente werden aus Europa und Zentralasien gemeldet. Dennoch verabschiedete die internationale Gemeinschaft 2022 drei ambitionierte Übereinkommen, darunter der Implementierungsplan von Scharm esch-Scheich für einen neuen globalen Klimapakt, der Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal und die Resolution 5/14 der Umweltversammlung der Vereinten Nationen über die Beendigung der Verschmutzung durch Kunststoffe. Diese Übereinkommen unterstreichen, dass eine Umstellung auf nachhaltigere, zirkuläre Konsum- und Produktionsmuster notwendig ist.

Trotz zunehmender Berichterstattung über das öffentliche Beschaffungswesen geht die Beobachtung des nachhaltigen Tourismus zurück

Die öffentliche Beschaffung ist ein Schlüsselfaktor in der Wirtschaft jedes Landes und macht durchschnittlich 13-20 Prozent des BIP aus. Die Regierungen können ihre Kaufkraft einsetzen, um Märkte hin zu grüneren, innovativeren Produkten und Dienstleistungen zu lenken, und so die nachhaltige Entwicklung fördern. 2022 berichteten 67 nationale Regierungen dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen über die Umsetzung von Regelungen und Aktionsplänen im Bereich der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, ein Anstieg um 50 Prozent im Vergleich zu 2020. Dennoch zeigen die Daten, dass 2020 und 2021 deutlich weniger Länder Instrumente zur Beobachtung der Auswirkungen des nachhaltigen Tourismus auf die Entwicklung umsetzten, was in erster Linie an der unterbrochenen Statistikerstellung aufgrund der COVID-19-Pandemie lag. Obwohl der Tourismus zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung lokaler Kultur und lokaler Produkte beiträgt, ist eine nachhaltige Steuerung seiner Entwicklung unerlässlich, um seinen Wert zu schützen. Die Länder müssen die Beobachtung nachhaltiger Verfahrensweisen in diesem Sektor im Rahmen ihrer Erholung zu einer Priorität machen und einen wirtschaftlich tragfähigen und ökologisch nachhaltigen Tourismus sicherstellen.

- Angesichts der sich abzeichnenden Klimakatastrophe sind die derzeit geplanten Klimamaßnahmen vom Tempo und Umfang her völlig unzureichend, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen. Immer häufigere und intensivere extreme Wetterereignisse wirken sich bereits auf alle Regionen der Erde aus. Der Temperaturanstieg wird diese Gefahren weiter verschärfen und so eine ernsthafte Bedrohung darstellen.
- Wie der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) betont, sind einschneidende, rasche und nachhaltige Reduktionen bei den Treibhausgasemissionen in allen Sektoren ab sofort und während des gesamten Jahrzehnts unerlässlich. Um die Erderwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, müssen die Emissionen bereits jetzt sinken und bis 2030, also in nur sieben Jahren, um fast die Hälfte reduziert werden.
- Dringende und transformative Maßnahmen über reine Pläne und Versprechen hinaus sind entscheidend wichtig. Es gilt, ambitionierter zu denken, die gesamte Wirtschaft einzubeziehen, zu einer klimaresilienten



Zwei Männer auf dem Weg durch ein Hochwassergebiet in Pakistan. Sintflutartiger Monsunregen brachte das Fünffache der im Durchschnitt der letzten 30 Jahre gemessenen Regenmenge. Extremwetterereignisse sind infolge des Klimawandels wahrscheinlicher geworden.

Entwicklung überzugehen und zugleich einen klaren Weg zu Netto-Null-Emissionen aufzuzeigen. Die Zeit wird knapp, und wir müssen sofort handeln, um katastrophale Folgen zu vermeiden und kommenden Generationen eine nachhaltige Zukunft zu ermöglichen.

Die Treibhausgasemissionen müssen weltweit dringend gesenkt werden, um den bei 1,5 °C drohenden Kipppunkt abzuwenden

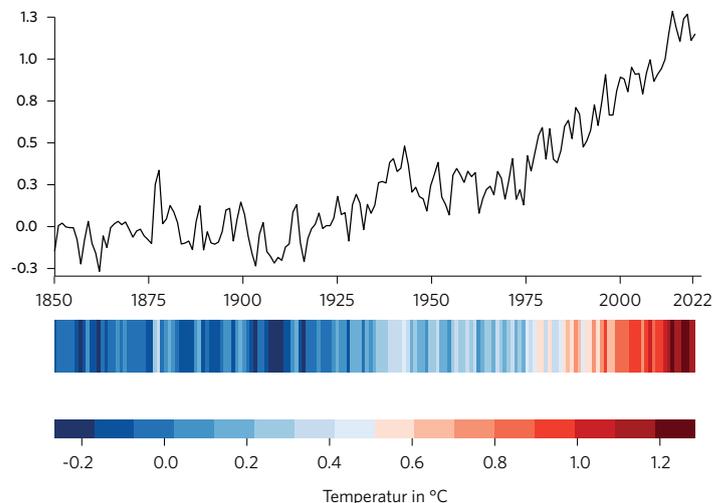
In seinem jüngsten Synthesebericht stellt der IPCC unmissverständlich fest, dass menschliche Aktivitäten, insbesondere die Verbrennung fossiler Brennstoffe, die nicht nachhaltige Energie- und Flächennutzung sowie die untragbaren Konsum- und Produktionsmuster, die seit über einem Jahrhundert andauern, eine globale Erwärmung um 1,1 °C über dem vorindustriellen Niveau verursacht haben. Dadurch haben extreme Wetter- und Klimaereignisse in allen Regionen sprunghaft zugenommen, die den Klimawandel nun täglich sichtbar machen. Verwundbare Gemeinschaften sind unverhältnismäßig stark betroffen, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Im Zeitraum 2010-2020 war die durch Überschwemmungen, Dürren und Stürme bedingte Sterblichkeit in stark gefährdeten Regionen, in denen etwa 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen leben, 15-mal höher als in Regionen mit sehr geringer Gefährdung. Die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels haben erhebliche Schäden und zunehmend irreparable Verluste an Ökosystemen und Menschenleben verursacht und unter anderem für Nahrungsengpässe, den Verlust von Wohnraum und Infrastruktur sowie Bevölkerungsmigration gesorgt. Mit weiteren Temperaturerhöhungen werden diese Extremereignisse sich verschlimmern und schwieriger zu bewältigen sein. Zudem nimmt die Wirksamkeit von Anpassungsmaßnahmen mit verstärkter Erwärmung ab.

Der jüngste vom Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) erstellte Synthesebericht über national festgelegte Beiträge kommt zu dem Schluss, dass die kombinierten Klimazusagen der 193 Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris bis 2030 einen leichten Rückgang (0,3 Prozent) der Treibhausgasemissionen gegenüber 2019 bewirken werden. Damit wird die vom IPCC für den 1,5 °C-Pfad geforderte Emissionsminderung um 43 Prozent jedoch deutlich verfehlt, und die Welt würde auf eine unhaltbare potenzielle Erwärmung um etwa 2,5 °C bis zum Jahrhundertende zusteuern.

Ohne stärkeres politisches Handeln über Sektoren hinweg dürfte die Welt bis 2035 die kritische Schwelle von 1,5 °C überschreiten, so die Warnung des IPCC. Wie lebenswert die Welt für heutige und künftige Generationen

sein wird, hängt von den Entscheidungen ab, die wir heute treffen. Zur Eindämmung des Klimawandels sind rasche, einschneidende und nachhaltige Reduktionen bei den Treibhausgasemissionen in allen Sektoren ab sofort unumgänglich. Dies erfordert ein globales Vorgehen zugunsten einer klimaresilienten Entwicklung, beschleunigte Anpassungs- und Abschwächungsmaßnahmen und die Nutzung von Synergien zwischen den Nachhaltigkeitszielen. Mehr Finanzmittel, politische Entschlossenheit, eine koordinierte Politik, internationale Zusammenarbeit, ein verantwortungsvoller Umgang mit Ökosystemen und inklusives staatliches Handeln sind für wirksame und gerechte Klimamaßnahmen allesamt dringend erforderlich.

Globale Jahresmitteltemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau (Durchschnitt 1850-1900) – 1850-2022 (in Grad Celsius)



Quelle: Die Abbildung und Klimastreifen stammen aus dem Bericht State of the Global Climate 2022 der Weltorganisation für Meteorologie, in dem die folgenden sechs internationalen Temperaturdatensätze kombiniert wurden: HadCRUT.5.0.1.0 (UK Met Office), NOAA GlobalTemp v5 (USA), NASA GISTEMP v4 (USA), Berkeley Earth (USA), ERA5 (ECMWF) und JRA-55 (Japan).

Bisher bleiben Informationen zum globalen Klimawandel hinter der Nachfrage unter Jugendlichen zurück

Jugendliche in aller Welt fordern Klimamaßnahmen und eine umfassende und hochwertige Klimabildung, damit sie für eine grünere Zukunft gerüstet sind. Fast alle Länder (94 Prozent) geben an, dass die Aufklärung über den Klimawandel Bestandteil ihrer Lehrpläne ist. Die Fakten ergeben jedoch ein anderes Bild. Eine Analyse der nationalen Rahmenlehrpläne in 100 Ländern zeigt, dass der Klimawandel in fast der Hälfte (47 Prozent) nicht einmal erwähnt wird. Zwar sind sich 95 Prozent der Lehrkräfte bewusst, wie wichtig es ist, die Schwere des Klimawandels im Unterricht zu vermitteln, doch kann

nur etwa ein Drittel seine Auswirkungen in ihrer Region tatsächlich erklären. Zudem können 70 Prozent der Jugendlichen den Klimawandel bestenfalls in Grundzügen beschreiben. Jeder fünfte Jugendliche hält sich aufgrund seiner Bildung nicht für den Klimawandel gewappnet und wünscht in Anbetracht der Komplexität des Themas mehr Informationen. Jugendliche benötigen eine interdisziplinäre, handlungsorientierte Bildung, die sowohl global relevant als auch auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten ist, sowie eine angemessene Unterstützung durch die Lehrkräfte.

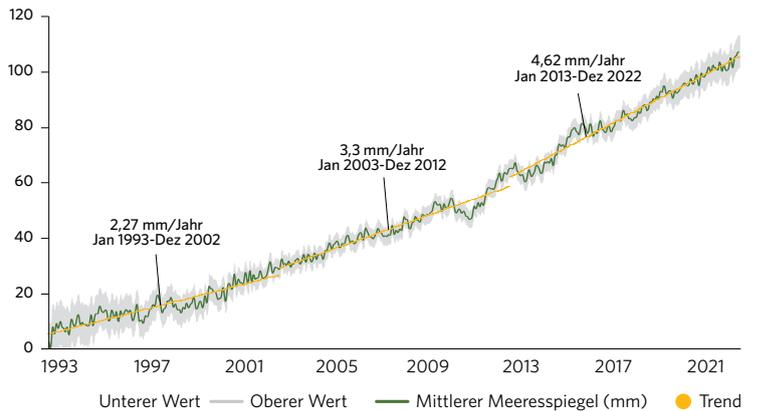
Der Anstieg des Meeresspiegels auf Rekordwerte ist eine ernsthafte Bedrohung für Hunderte Millionen Menschen

Treibhausgaskonzentrationen auf Rekordniveau treiben die Erdtemperatur in die Höhe und binden Wärme, die zu etwa 90 Prozent von den Ozeanen aufgenommen wird. Dies führt zu einem Anstieg des Meeresspiegels infolge von Eisverlust an Land, Abschmelzen von Gletschern und Eisschilden und Wärmeausdehnung. Nach Angaben der Weltorganisation für Meteorologie ist der Meeresspiegel im globalen Durchschnitt seit 1900 schneller angestiegen als in jedem anderen Jahrhundert in den letzten 3.000 Jahren. 2022 setzte sich der Anstieg fort und erreichte den höchsten Stand seit Beginn der Satellitenmessungen 1993. Zudem hat sich die globale mittlere Anstiegsrate zwischen dem Zeitraum 1993-2002 und dem Zeitraum 2013-2022 von 2,27 auf 4,62 mm pro Jahr verdoppelt.

Selbst bei einer Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C wird der Meeresspiegel im kommenden Jahrhundert voraussichtlich weiter ansteigen und Gemeinschaften in aller Welt erheblich gefährden. Kleine Inselentwicklungsländer und tiefliegende städtische Gebiete sind besonders gefährdet und gravierenden Risiken in Bezug auf Küstenökosysteme und Ökosystemleistungen, Wirtschaft, Existenzgrundlagen, Gesundheit und Wohlergehen ausgesetzt. Etwa 900 Millionen Menschen leben in tiefliegenden Küstengebieten. Das sind zehn Prozent der Menschen dieser Erde. Aufgrund der Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs und anderer Klimafolgen sind Menschen in Ländern wie Fidschi, Vanuatu, den Salomonen und andernorts bereits zur

Umsiedlung gezwungen. Tuvalu will sogar eine digitale Version schaffen, die Wahrzeichen der Insel nachbildet und ihre Geschichte und Kultur bewahrt, bevor sie dem steigenden Meeresspiegel zum Opfer fällt.

Globaler mittlerer Meeresspiegel – 1993-2022 (in Millimetern)



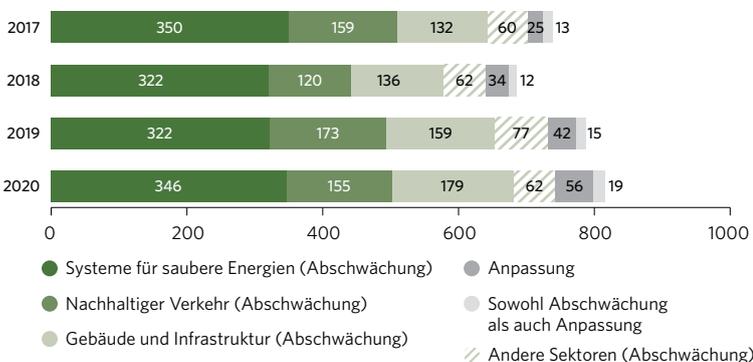
Anmerkung: Auf der Grundlage von Satellitenmessungen.

Quelle: Laboratoire d'Etudes en Géophysique et Océanographie Spatiales (LEGOS); Altimetriedaten der AVISO-Website (www.aviso.altimetry.fr). Dem Bericht State of the Global Climate 2022 der Weltorganisation für Meteorologie entnommen.

Das Ziel der entwickelten Länder, jährlich 100 Milliarden USD für die Klimafinanzierung bereitzustellen, ist noch nicht erreicht

Klimafinanzierung ist für die Bewältigung der Klimakrise entscheidend. Nach Angaben des UNFCCC betrug sie global im Zeitraum 2019-2020 durchschnittlich 803 Milliarden USD jährlich und damit 12 Prozent mehr als 2017-2018. Grund für dieses Wachstum sind zunehmende Klimamaßnahmen in Gebäuden, bei der Infrastruktur und im Verkehr sowie mehr Anpassungsfinanzierung. Trotz des Anstiegs im letzten Jahrzehnt reicht die Klimafinanzierung nicht für die Begrenzung der Erwärmung aus. Zudem sind die Finanzmittel ungleichmäßig auf die Regionen verteilt. Darüber hinaus fiel die Finanzierung im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen 2020 höher aus als die Klimafinanzierung für Anpassung und Abschwächung.

Globale Klimafinanzierung nach Sektoren – 2017-2020 (in Milliarden USD)



Quelle: UNFCCC. 2022. *Summary and recommendations by the Standing Committee on Finance: Fifth Biennial Assessment and Overview of Climate Finance Flows*, Bonn: UNFCCC.

Nach einer jüngeren UNFCCC-Analyse benötigen die Entwicklungsländer bis 2030 nahezu 6 Billionen USD, um ihre national festgelegten Beiträge einzuhalten. Nach Schätzungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen könnte bis 2030 allein die Anpassung bis zu 330 Milliarden USD pro Jahr kosten.

Die Zusage der entwickelten Länder, ab 2020 und bis 2025 jährlich 100 Milliarden USD an Klimafinanzierung aufzubringen, wurde bislang nicht eingehalten. Laut einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung betrug die von den entwickelten Ländern für die Entwicklungsländer bereitgestellte und mobilisierte Klimafinanzierung 2020 insgesamt 83,3 Milliarden USD und lag damit um 4 Prozent höher als 2019, jedoch noch immer unter der Zielvorgabe. Zudem erfolgte diese Klimafinanzierung zwischen 2016 und 2020 zu mehr als 70 Prozent in Form von Darlehen.

Die Einrichtung des Fonds zum Ausgleich von Verlusten und Schäden auf der 2022 abgehaltenen UN-Klimakonferenz (COP 27), der die von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffenen Länder finanziell unterstützen soll, ist der jüngste Schritt zur Verbesserung der Kanäle für die Bereitstellung finanzieller Hilfe bei der Bewältigung der Klimaproblematik. Die Umstrukturierung der Systeme zur Bereitstellung von Klimafinanzierung und die für 2024 geplante Formulierung eines neuen Ziels für die Klimafinanzierung sind die nächsten Meilensteine, die für die künftige quantitative wie qualitative Steigerung der Klimafinanzierung dringend erreicht werden müssen.

- Das Meer befindet sich in einem Ausnahmezustand, da es durch zunehmende Eutrophierung, Versauerung, Meeresschwärzung und die Verschmutzung durch Kunststoffe immer stärker belastet wird. Zudem hält der alarmierende Trend der Überfischung an und hat schon zur Erschöpfung mehr als eines Drittels der weltweiten Fischbestände geführt.
- Zwar gibt es Fortschritte bei der Ausweitung von Meeresschutzgebieten, der Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei, dem Verbot von Fischereisubventionen und der Unterstützung der Kleinfischerei, doch geht all das weder schnell noch weit genug, um Ziel 14 zu erreichen.
- Nur schnelles und koordiniertes weltweites Handeln kann eine Umkehr bewirken. Dies erfordert mehr Finanzmittel für die Meereswissenschaft, verstärkte Erhaltungsmaßnahmen, die Förderung natur- und ökosystemgestützter Lösungen, die Untersuchung der übergeordneten



Eine ältere Frau pflanzt Mangroven in Timor-Leste. Mangroven befestigen die Ufer, bieten natürlichen Schutz vor Erosion, fangen Sturmfluten ab und schützen so ortsansässige Gemeinschaften und deren Existenzgrundlagen.

Zusammenhänge und der Auswirkungen der vom Menschen verursachten Belastungen sowie ein dringendes Umsteuern beim Klimawandel, um das größte Ökosystem unseres Planeten zu retten.

Die Bürgerwissenschaft wirft ein Licht auf das Ausmaß der Plastikverschmutzung in den Ozeanen

Plastik ist die schädlichste Art von Meeresmüll. 2021 verstopften mehr als 17 Mio. Tonnen davon die Ozeane; bis 2040 soll sich diese Menge verdoppeln oder gar verdreifachen. Die Plastikproduktion hat sich in den letzten 40 Jahren vervierfacht, während die Recyclingquoten weiter unter 10 Prozent liegen. In der Folge ist Plastikmüll in sämtlichen Meereslebensräumen allgegenwärtig, auch im fragilen Eis des Arktischen Ozeans. Ein bewährter Ansatz, um das Ausmaß dieser Umweltkrise zu erfassen, besteht darin, die Dichte von Plastikmüll an Stränden zu messen. Bürgerwissenschaftliche Initiativen nutzen Daten, die bei Strandsäuberungsaktionen von Ehrenamtlichen gesammelt wurden, und liefern so wichtige qualitative und quantitative Erkenntnisse, mit denen sich Überwachungslücken schließen lassen. In den letzten zehn Jahren sind immer mehr dieser Initiativen zum Thema Meeresmüll entstanden. Viele von ihnen nutzen Mobiltelefon-Anwendungen, um Daten zu sammeln und online zu veröffentlichen. Auch werden aktuell standardisierte Verfahren und verbesserte Überwachungssysteme entwickelt, um die globalen Anstrengungen auszuweiten, dieses dringliche Problem zu bewältigen.

Auswahl bürgerwissenschaftlicher Strandmüll-Initiativen – 2023 (Reichweite, Häufigkeit und Datenerhebungsmethode)

	Reichweite	Häufigkeit	Datenerhebungsmethode
National Oceanic and Atmospheric Administration Marine Debris Monitoring and Assessment Project (MDMAP)	Westküste der USA, weltweit	●	
Marine Debris Tracker (aus MDMAP ausgegliedert)	Weltweit	●	
Trash Information and Data for Education and Solution (TIDES) und die App „Clean Swell“ der Organisation Ocean Conservancy	Weltweit	●	
Coastal Observation and Seabird Survey Team - Marine Debris	Vereinigte Staaten	●	
Australian Marine Debris Initiative Database	Pazifik, Ozeanien	●	
App „Marine LitterWatch“ der Europäischen Umweltagentur	Europäische Gewässer	●	

Jährliche Säuberungsaktionen
 Monatliche Erhebungen
 Laufende Säuberungsaktionen
 Handy-App
 Datenblätter

Anmerkung: „Laufende Säuberungsaktionen“ werden von Ehrenamtlichen ad hoc vorgenommen.

Küsteneutrophierung: eine zunehmende Bedrohung für Meeresökosysteme und meeresnahe Gemeinschaften

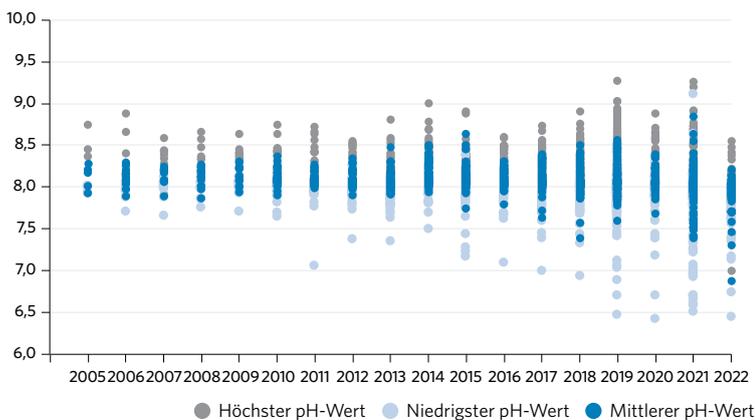
Aus der Landwirtschaft, Aquakultur und Abwasserentsorgung gelangen Nährstoffe in Küstengebiete und verursachen eine weitreichende Küsteneutrophierung und großflächige Algenblüten. Diese Algenblüten führen unter anderem zu Sauerstoffverknappung, schädigen die Meeresfauna, kontaminieren Meeresfrüchte und zerstören Seegras und Korallenriffe. Die Folgen für die Gesundheit mariner Ökosysteme, örtliche Gemeinwesen, Fischereibetriebe und den Tourismus sind gravierend. Satellitenaufnahmen zeigen für 2022 weltweit eine tendenziell zunehmende Küsteneutrophierung (im Vergleich zum Ausgangswert der Jahre 2000-2004), die jedoch nicht ganz das Ausmaß der letzten Jahre erreicht. Durchweg hoch waren die Werte im Arabischen Meer, wo Algenblüten in den Jahren 2018 bis 2022 Fischereibetriebe, den Tourismus und Entsalzungsanlagen gefährdeten, insbesondere im Spätwinter und beginnenden Frühjahr.

Beobachtungen zufolge haben Krustentiere, etwa Krebse und Hummer, bereits das Meer verlassen, um sich zu retten – ein unübersehbares Zeichen für einen Ozean, dem die Luft ausgeht. Anfang 2023 verließen bei einem solchen Exodus in Südafrika rund 5 Tonne einer bedrohten Hummer-Art ihre Gewässer, sodass die ohnehin mehr schlecht als recht vom Fischfang lebenden Menschen einen Notfallplan für ihre Wiederansiedlung erstellten. Zwar können Algenblüten auch durch natürliche Prozesse entstehen, beispielsweise durch den Tiefenaufstieg nährstoffreichen Wassers oder durch strömungsarme Gewässer, doch sind Eingriffe des Menschen der Hauptfaktor für ihre zunehmende Häufigkeit, Dauer und Ausbreitung. Verstärkt durch die Herausforderung des Klimawandels und seiner komplexen Wechselwirkungen mit der Meeresschwärzung, dürften sich die Folgen der Eutrophierung für die Küstengemeinden noch verschlimmern.

Die Ozeanversauerung muss weltweit stärker überwacht werden, um die anhaltende Krise einzudämmen

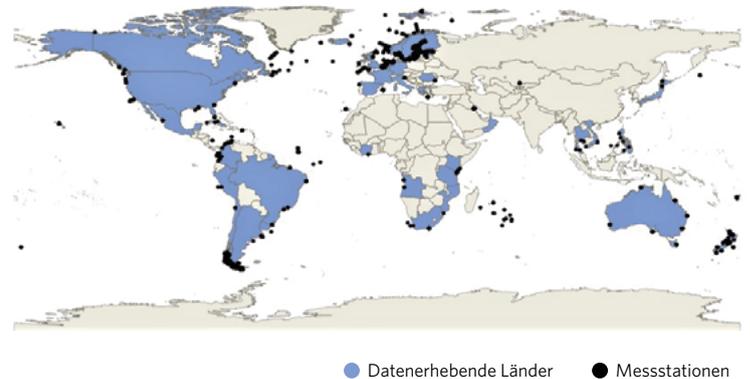
Während die Treibhausgasemissionen steigen, absorbieren die Ozeane im Stillen ein Viertel der jährlich ausgestoßenen CO_2 -Menge. Dies mindert zwar die Auswirkungen des Klimawandels auf unseren Planeten, fordert jedoch hohen Preis, was den sorgsam ausbalancierten Säuregehalt des Ozeans anbelangt, und schädigt so Organismen und Ökosysteme. Langzeitmessungen auf offenem Meer haben im Verlauf der letzten 20 bis 30 Jahre ein stetes Absinken des pH-Wertes verzeichnet, das weitreichende Folgen hat. Mit einem aktuellen durchschnittlichen pH-Wert von 8,1 ist das Meerwasser rund 30 Prozent saurer als zu vorindustriellen Zeiten, und die Veränderung geht rasch weiter. Die Versauerung der Ozeane gefährdet das Überleben der Meeresfauna, durchtrennt das Nahrungsnetz und untergräbt die lebenswichtigen Leistungen des Meeres und damit unsere eigene Ernährungssicherheit. Überdies schwächt und zerstört dieses Phänomen Korallen und andere Naturgebilde, die die Küsten schützen, schädigt Lebensräume und gefährdet Fischerei, Aquakultur und Tourismus. Durch die zunehmende Versauerung kann das Meer außerdem weniger CO_2 absorbieren und den Klimawandel weniger abschwächen.

Oberflächen-pH-Werte, errechnet anhand der Daten repräsentativer Messstationen – 2005-2022 (pH gesamt)



Die Zahl der Messstationen, die weltweit Daten zur Versauerung der Ozeane übermitteln, hat sich in den letzten Jahren von 178 Stationen (2021) auf 539 (2023) verdreifacht. Dadurch sind genauere Erkenntnisse möglich. Dennoch bleibt die Datenerfassung in den Küstengebieten Asiens und Afrikas sowie in den offenen Gewässern des Südatlantiks, des Pazifiks, des Indischen Ozeans und des Südpolarmeers lückenhaft. Ein steter Ausbau der Kapazitäten für die Messung der Ozeanversauerung und die Weitergabe entsprechender Daten, insbesondere in den Gebieten, in denen bislang zu wenige Proben genommen werden, ist unerlässlich, um die lokalen, regionalen und globalen Auswirkungen dieses Phänomens zu mindern.

Mess-Standorte zur Erfassung der Karbonat-Chemie an der Meeresoberfläche – 2023 (datenerhebende Länder und Messstationen)



Trotz Verbesserungen muss die globale Kooperation verstärkt werden, um die illegale Fischerei an den Haken zu kriegen

Weltweit stammt etwa jeder fünfte gefangene Fisch aus illegaler, ungemeldeter und unregulierter Fischerei. Diese rechtswidrige Praxis ist eine der größten Bedrohungen für die marinen Ökosysteme und für Fischereigemeinschaften, sie verzerrt den Wettbewerb, schadet den in der rechtmäßigen Fischerei tätigen Menschen, zerstört Meeresökosysteme und vereitelt die Bemühungen, die biologische Vielfalt der Meere zu erhalten und Fischbestände nachhaltig zu bewirtschaften. Die daraus entstehenden jährlichen Verluste belaufen sich Schätzungen zufolge auf 11 bis 26 Millionen Tonnen Fisch mit einem Marktwert von bis zu 23 Milliarden USD.

Illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei ist in allen Arten von Fischereibetrieben anzutreffen und findet nicht nur in nationalen Hoheitsgewässern statt, sondern auch auf Hoher See. Ein zentrales Instrument zu ihrer Bekämpfung ist das Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen. Die Zahl seiner Unterzeichner hat sich seit 2016 auf 75 (Stand von Mai 2023) verdreifacht und umfasst auch die Europäische Union, sodass ihm de facto 101 Staaten und 60 Prozent der Hafenstaaten angehören. Zwischen 2018 und 2022 gab es auf globaler Ebene einige Fortschritte bei der Durchführung von Übereinkünften zur Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei. Dennoch bedarf es neben weiteren konzertierten Anstrengungen zur Gewährleistung einer stärkeren Zusammenarbeit aller Akteure „vom Fang bis zum Filet“ auch mehr Transparenz und der stärkeren Einhaltung des internationalen Rechtsrahmens sowie wirkungsvoller Rechtsvorschriften und stärkerer Überwachung und Rechtsdurchsetzung.

Gezeitenwende: Die neuesten Meeresübereinkommen geben Grund zur Hoffnung für den Schutz der Ozeane

In letzter Zeit hat sich die Weltgemeinschaft mit einer Reihe von Übereinkünften erneut entschlossen gezeigt, destruktive Muster zu bekämpfen, die den Zustand der Ozeane beeinträchtigen. Im März 2023 wurde nach fast zwei Jahrzehnte währenden Verhandlungen ein historisches Übereinkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt der Meere in internationalen Gewässern geschlossen; der sogenannte Hochseevertrag. Da die Hochseegebiete zwei Drittel der Weltmeere ausmachen, wird dieser Vertrag nach seiner Ratifizierung durch die einzelnen Länder lebenswichtigen Schutz vor Verschmutzung, Überfischung und der Zerstörung von Lebensräumen in diesen kritischen Gebieten schaffen. Ein weiterer Meilenstein wurde im März 2022 erreicht, als die Mitgliedstaaten eine Resolution über die Beendigung der Verschmutzung durch Kunststoffe, auch in der Meeresumwelt, billigten, mit dem Ziel, bis 2024 eine rechtsverbindliche internationale Übereinkunft zu schließen. Die Annahme des Übereinkommens der Welthandelsorganisation über Fischereisubventionen im Juni 2022 diente insoweit der Nachhaltigkeit der Ozeane, als schädliche Fischereisubventionen untersagt wurden, die zur Erschöpfung der globalen Fischbestände beitragen. Zudem verpflichteten sich auf der Ozeankonferenz der Vereinten Nationen im Juni 2022 mehr als 100 Mitgliedstaaten freiwillig, bis 2030 mindestens 30 Prozent der Weltmeere in Form von Meeresschutzgebieten zu erhalten oder zu schützen und andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmaßnahmen umzusetzen. Diese kollektiven Anstrengungen zeugen von einer erneuerten Entschlossenheit, unsere Ozeane wiederzubeleben und eine nachhaltige Zukunft für Meeresökosysteme und meeresnahe Gemeinschaften weltweit zu sichern.

- Die Landökosysteme sind für die Aufrechterhaltung menschlichen Lebens unerlässlich, tragen über 50 Prozent zum globalen BIP bei und beinhalten vielfältige kulturelle, spirituelle und wirtschaftliche Werte.
- Die Welt erlebt jedoch eine Dreifachkrise aus Klimawandel, Verschmutzung und dem Verlust an biologischer Vielfalt. Die gewaltige Zunahme von Waldverlust, Bodendegradation und Artensterben stellt eine schwere Bedrohung für die Erde und die Menschen dar.
- Die nachhaltige Waldbewirtschaftung, die Ausweisung von Schutzgebieten und die Akzeptanz nationaler Biodiversitätswerte und der Naturkapitalbilanzierung kommen voran, aber nur mäßig. Der unlängst angenommene Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal liefert neue Impulse für Ziel 15 und legt vier ergebnisorientierte, bis 2050 zu erreichende Statusziele und 23 bis 2030 zu erreichende Handlungsziele fest.



Dorfbewohner(innen) im ostchinesischen Bezirk Yunhe lassen die Landwirtschaft an Berghängen mit Öko-Methoden wieder aufleben, ziehen Tourismus aus aller Welt an und erhalten für die Wiederherstellung ihres Ökosystems Anerkennung als Ökotourismus-Ziel der Spitzenklasse.

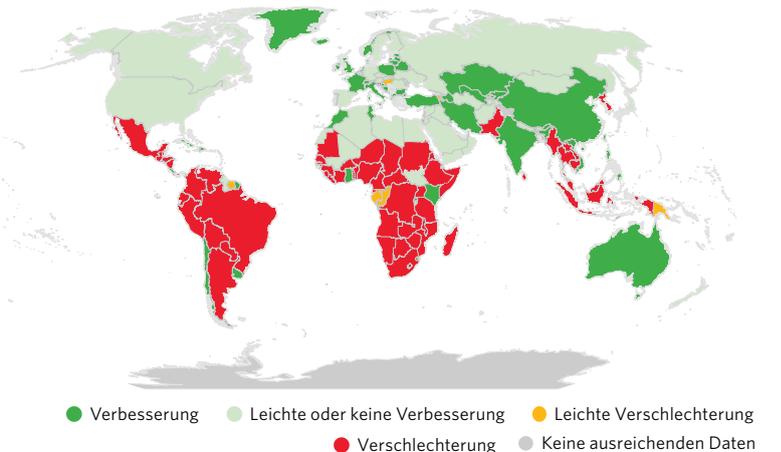
- Um Ziel 15 zu erreichen, bedarf es eines grundlegenden Wandels der Beziehung des Menschen zur Natur, rascherer Maßnahmen gegen die tieferen Ursachen dieser miteinander verbundenen Krisen und eine größere Anerkennung des unschätzbaren Wertes der Natur.

Entwaldung und Walddegradation sind nach wie vor erhebliche globale Bedrohungen

Wälder zählen zu den größten Kohlenstoffsenken der Erde und sind Horte biologischer Vielfalt, unentbehrlich für die Abschwächung des Klimawandels und die Bereitstellung wesentlicher Güter, Dienste und Lebensgrundlagen. Doch in den letzten zwei Jahrzehnten sind fast 100 Millionen Hektar Nettowaldfläche verloren gegangen. Die Waldbedeckung schrumpfte zwischen 2000 und 2020 von 31,9 Prozent (4,2 Milliarden Hektar) auf 31,2 Prozent (4,1 Milliarden Hektar). Die Erweiterung von Agrarflächen ist die direkte Ursache von fast 90 Prozent der globalen Entwaldung (dabei machen Anbauflächen 49,6 Prozent aus, Weideflächen 38,5 Prozent). Allein die Gewinnung von Palmöl war im Zeitraum 2000-2018 für 7 Prozent der globalen Entwaldung verantwortlich.

Die Landwirtschaft verschlang zwischen 2015 und 2020 große Waldflächen in etlichen Ländern Lateinamerikas, der Karibik, Afrikas südlich der Sahara und Südasiens. Viele Länder in Asien, Europa und Nordamerika wiederum bewahrten im gleichen Zeitraum ihre Waldgebiete oder vergrößerten sie sogar. Globale und regionale Bemühungen zur Erhaltung der Waldökosysteme und ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Funktionen sind unerlässlich, insbesondere in den Entwicklungsländern und den Tropen.

Entwicklung der Waldfläche im Verhältnis zur gesamten Landfläche – 2015-2020



Anmerkung: Trendkategorien beruhen auf folgenden Schwellenwerten der kumulativen jährlichen Wachstumsrate (CAGR) im Zeitraum 2015-2020: Verbesserung: CAGR > 0,001; leichte oder keine Verbesserung: $-0,0005 \leq \text{CAGR} \leq 0,001$; leichte Verschlechterung: $-0,001 \leq \text{CAGR} < -0,0005$; Verschlechterung: CAGR < -0,001.

Trotz Bemühungen um mehr Mittel für die Erhaltung der Artenvielfalt bleibt ein Finanzierungsdefizit

Um den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen und umzukehren, bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes mit regulatorischen und freiwilligen Maßnahmen; zugleich müssen finanzielle Mittel für die Biodiversität mobilisiert und bereitgestellt werden. Wirtschaftsinstrumente spielen eine entscheidende Rolle bei der Setzung von Anreizen für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt – und können dazu dienen, Mittel zu mobilisieren und die Biodiversität als sektorübergreifende Aufgabe zu definieren. Sie umfassen politische Maßnahmen wie etwa biodiversitätsbezogene Steuern, Gebühren und Abgaben, positive Subventionen, Zahlungen für Ökosystemleistungen und Biodiversitäts-Offsets. Die ODA ist eine weitere Finanzierungsquelle für die Biodiversität.

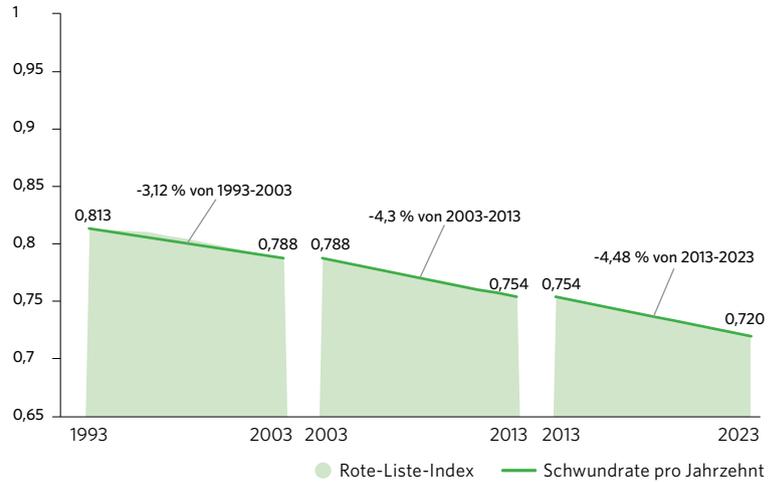
Berichten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge erbrachten 234 biodiversitätsbezogene Steuern in 62 Ländern zwischen 2017 und 2019 jährlich 8,9 Milliarden USD, Zahlungen für Umweltdienste in 10 Ländern 10,1 Milliarden USD pro Jahr. 2021 stieg die ODA zugunsten der Biodiversität um 26,2 Prozent, von 7,7 Milliarden USD 2020 auf 9,8 Milliarden USD (konstante Preise von 2021). Zuzuschreiben ist dieser Anstieg internationalen Verpflichtungen wie dem Aichi-Ziel für Entwicklungsfinanzierung, dem durch die COVID-19-Pandemie erhellten Zusammenhang zwischen Infektionskrankheiten und Ökosystemzerstörung sowie den parallelen Maßnahmen gegen Klimawandel und Artensterben. Trotz Fortschritten fehlen weiter Mittel für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Umso notwendiger ist es, die Nutzung und Reichweite von Wirtschaftsinstrumenten deutlich auszuweiten, um die Biodiversität zu schützen.

Das Risiko des Artensterbens ist seit 1993 mit jedem Jahrzehnt gestiegen

Pflanzen- und Tierarten sind für uns lebenswichtig: Nicht nur bestäuben sie ein Drittel aller Nutzpflanzen weltweit, sie liefern auch Heilmittel und bieten wirtschaftliche Chancen. Trotz dieser großen Bedeutung erleben wir derzeit das größte Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier. Zerstörte Lebensräume, invasive Arten, Raubbau, illegaler Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen, Umweltverschmutzung und Klimawandel treiben diese Krise voran. Der Rote-Liste-Index, der das Aussterberisiko für verschiedene Arten von Säugetieren, Vögeln, Amphibien, Korallen und Palmfarnen misst, hat sich seit 1993 um etwa 11 Prozent verschlechtert, wobei sich die Verluste mit jedem Jahrzehnt beschleunigen. Zentral- und Südasiens, Ost- und Südostasien sowie Ozeanien weisen die schnellsten Verluste auf.

Gutachten aus dem Jahr 2022 zufolge sind 21 Prozent der Reptilienarten bedroht, darunter der markante Komodowaran in Indonesien, von hohem Wert für den Ökotourismus, jedoch gefährdet durch Klimawandel und Entwaldung. Ausgehend von der Roten Liste der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur sind etwa 1 Million Arten weltweit potenziell vom Aussterben bedroht. Dringendes Handeln ist geboten, um diese möglichen Verluste abzuwenden, da sie unumkehrbare und tiefgreifende Folgen für die Natur hätten und das menschliche Wohlergehen ernstlich bedrohen würden.

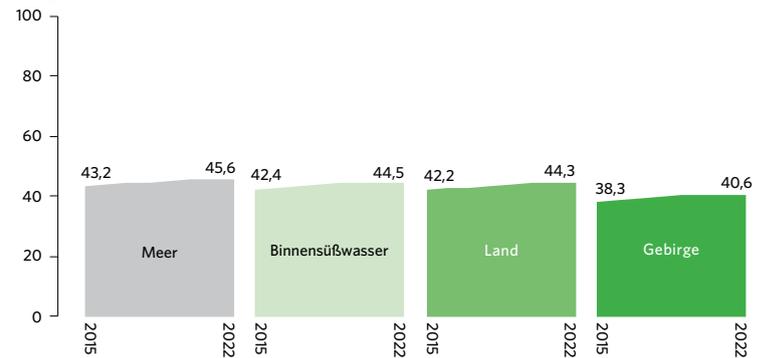
Artenschwund nach dem Rote-Liste-Index (nach Jahrzehnt) – 1993-2023 (Rote-Liste-Index und Schwundrate)



Der positive Trend bei der Ausweisung von Schutzgebieten in für die Biodiversität besonders wichtigen Gebieten stagniert weitgehend

Für die Biodiversität besonders wichtige Gebiete (KBA) – von außergewöhnlicher Bedeutung für Arten und Ökosysteme – sind entscheidend für den Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung. Weltweit gibt es über 16.000 derartiger Gebiete. Seit 2000 hat sich der durchschnittliche Anteil der KBA, die als Schutzgebiete für Meeres-, Land-, Süßwasser- und Gebirgsökosysteme ausgewiesen sind, nahezu verdoppelt. Doch seit 2015 stagnieren die Fortschritte weitgehend, und das Wachstum verläuft regional uneinheitlich. In Europa und Nordamerika sind mehr als die Hälfte der KBA als Schutzgebiete ausgewiesen, in Zentralasien, Südasiens, Westasien, Nordafrika und Ozeanien ist der Anteil dagegen relativ gering. Der unlängst verabschiedete Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal stellt eine neue politische Verpflichtung dar und regt zur vermehrten Ausweisung von KBA als Schutzgebiete an, um die bedeutsamsten natürlichen Lebensräume unseres Planeten zu schützen.

Mittlerer Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeres-, Binnensüßwasser-, Land- und Gebirgsflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind – 2015-2022 (in Prozent)



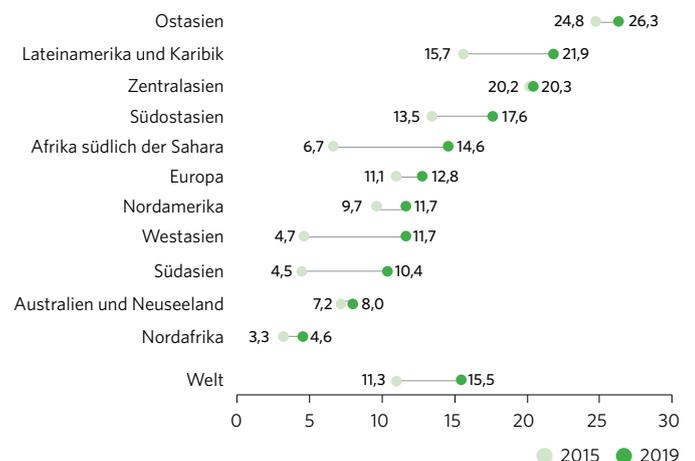
Die alarmierenden Trends bei der Bodendegradation gebieten dringendes Handeln, damit die Erde gesunden kann

Zwischen 2015 und 2019 wurden jährlich mindestens 100 Millionen Hektar gesunden und ertragreichen Bodens geschädigt und damit die Ernährungs- und Wassersicherheit weltweit beeinträchtigt. Dieser Verlust entspricht der zweifachen Fläche Grönlands und wirkt sich auf das Leben von etwa 1,3 Milliarden Menschen aus, die unmittelbar von der Bodendegradation betroffen sind. Menschliche Aktivitäten wie Verstädterung, Entwaldung und die Umwandlung von Grasland sind in Verbindung mit dem Klimawandel direkte Ursachen der weltweiten Bodendegradation. Auch demografische und wirtschaftliche Trends, lückenhafte Lenkungsstrukturen sowie Defizite in Technologien und Investitionen tragen mittelbar dazu bei.

In Afrika südlich der Sahara, Westasien, Lateinamerika und der Karibik verläuft die Bodendegradation deutlich schneller als im globalen Durchschnitt. Beim derzeitigen Verlauf werden bis 2030 insgesamt 1,5 Milliarden Hektar Land saniert werden müssen, um zu einer bodendegradationsneutralen Welt zu gelangen. Alternativ ließe sich mit einem sofortigen Stopp der Bodendegradation und einer beschleunigten Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen zur Sanierung von 1 Milliarde Hektar das Neutralitätsziel übertreffen. Die Sanierung von Landflächen und Ökosystemen bietet kosteneffiziente Lösungen zum Umgang mit dem Klimawandel, dem Verlust an Biodiversität, der Ernährungs- und Wassersicherheit und den Auswirkungen von Katastrophen. Dafür müssen Regierungen, Unternehmen und Gemeinschaften

zusammenarbeiten, um Naturflächen zu bewahren, die naturfreundliche Nahrungsmittelproduktion auszuweiten und Grünflächen in Städten sowie grüne Infrastrukturen und Lieferketten zu entwickeln.

Anteil der geschädigten Landflächen – 2015 und 2019 (in Prozent)



Anmerkung: Bei Regionen und Subregionen sind unter Umständen nicht alle Länder erfasst.

Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

- Anhaltende und neu entstehende gewaltsame Konflikte in allen Teilen der Welt blockieren den globalen Weg des Friedens und die Verwirklichung von Ziel 16. 2022 gab es bei der Zahl konfliktbedingter Todesfälle von Zivilpersonen einen bestürzenden Anstieg um mehr als 50 Prozent, vor allem durch den Krieg in der Ukraine.
- Ende 2022 lag die Zahl der weltweit Vertriebenen bei 108,4 Millionen Menschen – 19 Millionen mehr als noch Ende 2021 und zweieinhalb Mal so viele wie ein Jahrzehnt zuvor.
- 2021 erreichte die Zahl vorsätzlicher Tötungen weltweit den höchsten Stand der vergangenen beiden Jahrzehnte.
- Durch strukturelle Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten und neue menschenrechtliche Herausforderungen rückt das Ideal friedlicher und inklusiver Gesellschaften in weitere Ferne denn je. Um Ziel 16 bis 2030



Shukri, das jüngste Mitglied des ersten nur aus Frauen bestehenden Medienteams „Bilan Media“ in Somalia, bei Filmaufnahmen in Mogadischu inmitten täglich drohender gezielter Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten.

zu erreichen, muss Vertrauen zurückgewonnen und die Fähigkeit der Institutionen gestärkt werden, Gerechtigkeit für alle zu sichern und einen friedlichen Übergang zur nachhaltigen Entwicklung zu ermöglichen.

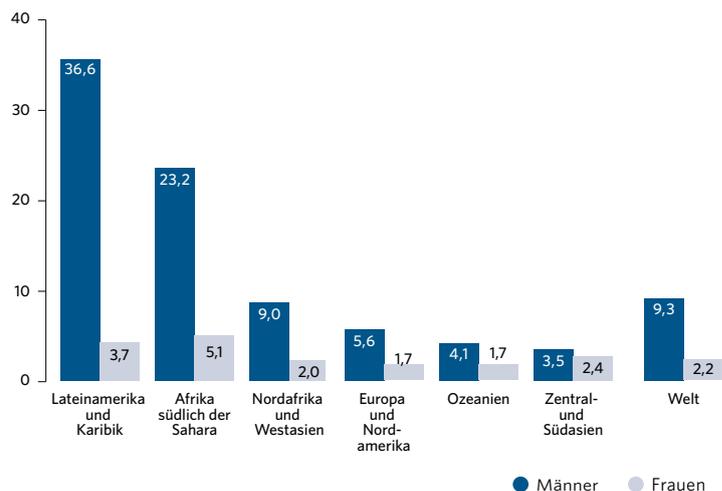
Die Zahl der Tötungen weltweit erreicht ein 20-Jahres-Hoch, und Bandengewalt und soziopolitische Gewalt eskalieren

Vorsätzliche Tötungen führen weltweit zu mehr Todesopfern als Konflikte und terroristische Anschläge zusammen. Für 2021 wurden rund 458.000 vorsätzliche Tötungen erfasst, die höchste Zahl der letzten beiden Jahrzehnte. Der merkliche Anstieg der Tötungen 2021 geht teilweise auf die wirtschaftlichen Nachwirkungen der COVID-bedingten Beschränkungen zurück, teilweise auf eskalierende Banden- und soziopolitische Gewalt in einer Reihe von Ländern. Bei Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums lag die Tötungsrate 2021 bei 5,8 je 100.000 Menschen und damit nur leicht unterhalb der Rate von 5,9 je 100.000 im Jahr 2015. Selbst wenn sich 2021 nicht auf künftige Trends auswirkt, wird die Tötungsrate nach den auf 2015-2020 beruhenden Prognosen bis 2030 um nur 24 Prozent gegenüber 2015 sinken, was von der Zielvorgabe einer Halbierung des Stands von 2015 weit entfernt ist.

2021 waren 81 Prozent der Tötungsoffer weltweit Männer und Jungen; ihr Anteil lag damit viermal so hoch wie derjenige von Frauen und Mädchen. In Regionen mit hohem Gesamtaufkommen an tödlicher Gewalt, wie etwa Lateinamerika und der Karibik und Afrika südlich der Sahara, liegt der Anteil männlicher Tötungsoffer höher als in anderen Regionen. Zusätzlich zeigen

Daten aus 101 Ländern, dass 9 von 10 der Verdächtigen in Fällen vorsätzlicher Tötungen Männer oder Jungen sind.

Tötungsrate nach Geschlecht des Opfers – 2021 (Todesfälle je 100.000 Menschen)

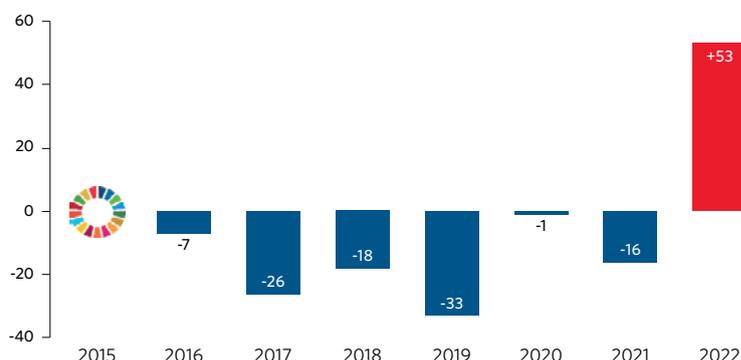


Die Zahl der zivilen Todesopfer in Konflikten ist beispiellos gestiegen – zum ersten Mal seit der Annahme der Agenda 2030

Die Zahl der zivilen Todesopfer, die direkt auf die 12 tödlichsten Konflikte weltweit zurückgehen, stieg zwischen 2015 und 2022 um 53 Prozent; dies war der erste Anstieg seit der Annahme der Agenda 2030 im Jahr 2015. Mindestens 16.988 Zivilpersonen wurden getötet, davon ein Fünftel Frauen. Der Einsatz schwerer Waffen und explosiver Kampfmittel, unter anderem in unterschiedslosen und unverhältnismäßigen Angriffen, stieg von 13 Prozent (2021) auf 39 Prozent (2022), was auf eine veränderte Konfliktodynamik hindeutet. Afrika südlich der Sahara und Europa verzeichneten 90 Prozent dieser Todesfälle, wobei allein 40 Prozent auf die Ukraine entfielen. Neben Afrika südlich der Sahara, wo die Zahl konfliktbedingter Todesopfer um 23 Prozent stieg, wurden auch andere Teile der Welt Schauplatz zunehmender tödlicher Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung. Diese schockierenden Zahlen verlangen ein neuerliches entschlossenes Eintreten der Weltgemeinschaft für Frieden und Sicherheit, verbunden mit der dringlichen Aufforderung an alle konfliktbeteiligten Parteien, das humanitäre Völkerrecht

und die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten, um das Leben von Zivilpersonen, insbesondere Kindern und Frauen, zu schützen.

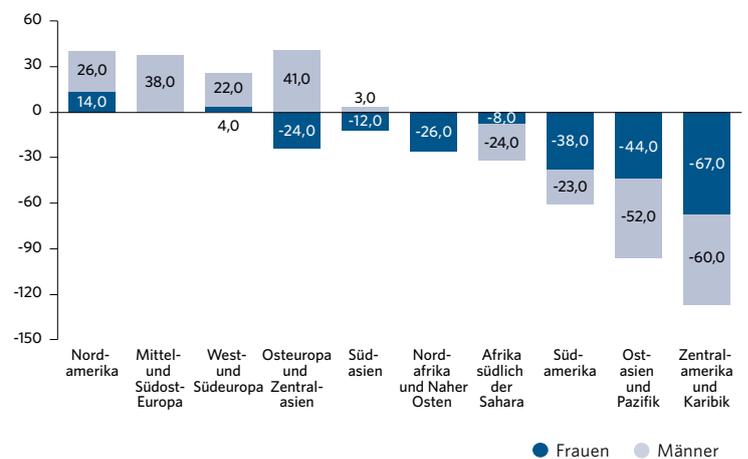
Veränderung der Zahl dokumentierter konfliktbezogener Todesfälle von Zivilpersonen – 2015-2022 (in Prozent)



Geringere Erfolge bei der Ermittlung der Opfer von Menschenhandel in Krisenzeiten machen neue Methoden zur Verfolgung und Bekämpfung dieses verdeckten Verbrechens notwendig

Menschenhandel ist ein verdecktes Verbrechen. Die verfügbaren Daten erfassen lediglich die Zahl der bereits ermittelten Opfer; viele weitere bleiben für die Behörden unsichtbar und erhalten keinerlei Unterstützung. Zwischen 2017 und 2020 wurden nach Daten aus 141 Ländern 187.915 Opfer von Menschenhandel ermittelt. Außerdem sank 2020 die Zahl der weltweit ermittelten Opfer gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent; der erste Rückgang seit 20 Jahren. Dies lässt sich den Präventivmaßnahmen gegen COVID-19 zuschreiben, die die Dynamik der Ausbeutung veränderten und die Bekämpfung des Menschenhandels erschwerten. So zeichnet sich ab, dass zwischen 2019 und 2020 24 Prozent weniger Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ermittelt wurden. Dies geht darauf zurück, dass Opfer an besser verborgenen und gefährlicheren Orten ausgebeutet wurden. Da die Zahl der ermittelten Opfer sinken dürfte, muss mehr getan werden, um der tatsächlichen Prävalenz des Verbrechens Rechnung zu tragen. In einigen Mitgliedstaaten gab es vielversprechende Ergebnisse bei der Erprobung und Umsetzung neuer Methoden für die Prävalenzschätzung im Bereich des Menschenhandels.

Veränderung der Zahl der ermittelten Opfer von Menschenhandel nach Geschlecht, je 100.000 Menschen – Vergleich 2019 und 2020 (in Prozent)



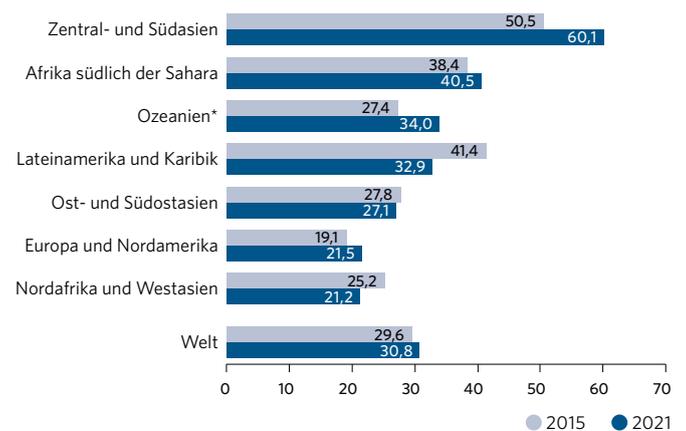
Die weltweit steigende Gefangenenzahl führt zu überbelegten Haftanstalten und Sorge angesichts des Anteils der ohne Urteil Inhaftierten

Der Zugang zur Justiz ist ein grundlegendes Menschenrecht. Daher muss die Zahl der ohne Urteil Inhaftierten unbedingt reduziert werden. Nach einem steten Anstieg von 2015 bis 2019 ging 2020 die Zahl der Gefangenen weltweit bedingt durch COVID-19 erstmals zurück. 2021 stieg sie erneut an – auf insgesamt 11,2 Millionen Menschen, von denen sich rund ein Drittel (3,4 Millionen) in Untersuchungshaft befand. In Zentral- und Süd-asien ist der Anteil ohne Urteil Inhaftierter am höchsten (60 Prozent), in Nordafrika und West-asien am niedrigsten (21 Prozent). Während ihr Gesamtanteil 2015-2021 bei rund 30 Prozent verharrte, stieg der Anteil der Untersuchungs- und der noch nicht verurteilten Gefangenen in Ozeanien und ging in Lateinamerika und der Karibik zurück.

Obwohl die Kapazitäten der Haftanstalten von 2015 bis 2021 um 19 Prozent erweitert wurden, besteht das Überbelegungsproblem fort. Fast die Hälfte aller Länder mit einschlägigen Daten (46 von 96) gaben an, ihre Haftanstalten bei mehr als 100 Prozent der nominellen Kapazität betreiben zu müssen; 18 Prozent lagen bei über 150 Prozent Auslastung. Die Überbelegung hat Folgen für die Gesundheit und das Überleben der Inhaftierten. Aus den Daten geht hervor, dass die Länder angemessenen Raum und ausreichende Ressourcen für Inhaftierte bereitstellen müssen, um ihre Wiedereingliederung zu

fördern, die Rückfälligkeit zu verringern und das Wohl der Gefangenen sowie der Gesellschaft zu gewährleisten.

Ohne Urteil Inhaftierte im Verhältnis zur gesamten Gefängnisbevölkerung – 2015 und 2021 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Der Drogenhandel generiert illegale Finanzströme in Milliardenhöhe, begünstigt Korruption und zieht Ressourcen von anderen Zwecken ab

Illegale Finanzströme schüren Korruption und leiten Erträge aus Straftaten in legale wie illegale Wirtschaftstätigkeiten. Der Drogenhandel ist eine wesentliche Quelle ein- und ausgehender illegaler Finanzströme, insbesondere in Ländern mit grenzüberschreitendem Drogenverkehr. Neueren Schätzungen zufolge erzielten allein mexikanische Drogenkartelle zwischen 2015 und 2018 einen jährlichen Zufluss illegaler Finanzströme in Höhe von durchschnittlich 12,1 Milliarden USD, was dem Wert der Agrarexporte Mexikos entspricht. Auch in Afghanistan, Kolumbien, Myanmar und Peru gab es illegale Finanzströme in Milliardenhöhe aus dem Kokain- und Opiathandel. Der Opiathandel in Asien erzeugt Übertragungseffekte, die zum Abfluss illegaler Finanzströme in die Nachbarländer führen. Den Wert dieser illegalen Finanzströme zu erfassen, ist unerlässlich, um die Beweggründe für illegale Aktivitäten zu verstehen und wirksame Gegenstrategien zu entwickeln.

Die Zahl junger Parlamentsabgeordneter ist nach wie vor niedrig, und nur wenige bekleiden Führungspositionen

In allen Regionen der Welt mit Ausnahme Europas sind Menschen unter 45 Jahren im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Landesbevölkerung in den Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Zwar liegt das wahlfähige Alter für Abgeordnete im Durchschnitt bei 23 Jahren, doch der Anteil der Parlamentsabgeordneten im Alter von 30 Jahren und darunter stagniert seit fünf Jahren bei Werten von 2 bis 2,6 Prozent. Während das Medianalter von Parlamentsmitgliedern weltweit bei knapp über 30 Jahren liegt, ist das durchschnittliche Alter 51 Jahre. Junge Parlamentsmitglieder haben nur in begrenztem Umfang Führungspositionen inne. Weniger als 9 Prozent sind Parlamentspräsidentin oder -präsident, nur 17,4 Prozent Ausschussvorsitzende. Um mehr junge Menschen in die Parlamente zu bringen, müssen neben anderen Maßnahmen Quoten eingeführt oder das wahlfähige Alter gesenkt werden.

Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

- Infolge der COVID-19-Pandemie werden die Entwicklungsländer aktuell von einem unerwartet hohen Anstieg der Auslandsverschuldung geplagt, noch verstärkt durch Herausforderungen wie Rekordinflation, rasant steigende Zinssätze, konkurrierende Prioritäten und eingeschränkte Haushaltskapazitäten, wodurch der Bedarf an Schuldenerleichterungen und Finanzhilfen noch dringlicher erscheint.
- Zwar erreicht die ODA mit ihren Mittelflüssen weiterhin Rekordhöhen, doch geht der Anstieg im Jahr 2022 in erster Linie auf die Ausgaben für Flüchtlinge in den Geberländern sowie auf Hilfen für die Ukraine zurück.
- Trotz einer 65-prozentigen Ausweitung des Internetzugangs seit 2015 haben sich die Fortschritte bei der Überwindung der digitalen Spaltung nach der Pandemie verlangsamt. Es bedarf anhaltender Bemühungen, um einen gleichberechtigten Internetzugang für alle sicherzustellen.
- Geopolitische Spannungen und ein wiedererstarkter Nationalismus hemmen die internationale Zusammenarbeit und Abstimmung; dies



Ein Wandgemälde von Eduardo Kobra am Sitz der Vereinten Nationen in New York, Schenkung der Ständigen Vertretung Brasiliens, versinnbildlicht die nachhaltige Entwicklung: Bedürfnisse der Jetztzeit erfüllen, ohne die Lebenschancen künftiger Generationen auf der Erde zu gefährden.

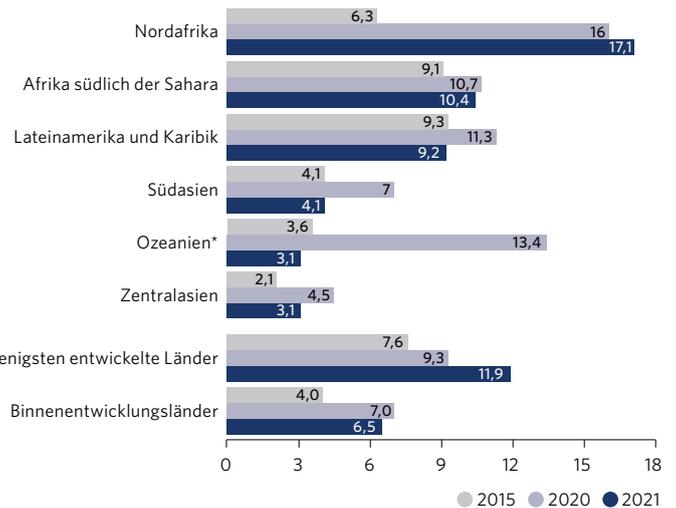
unterstreicht die Bedeutung eines kollektiv verstärkten Handelns, damit die Entwicklungsländer die erforderlichen Finanzmittel und Technologien erhalten, um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu beschleunigen.

Viele Entwicklungsländer stehen infolge der Pandemie vor einer Schuldenkrise

Während der Pandemie erreichte die Verschuldung vieler Länder einen Höchststand – eine mögliche Gefahr für das Wirtschaftswachstum. Die gesamte Auslandsverschuldung der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen lag 2021 bei 9 Billionen USD und damit um 5,6 Prozent höher als 2020. Dieser Anstieg wurde in erster Linie durch einen Anstieg der kurzfristigen Schulden ausgelöst. In fast 70 Prozent der am wenigsten entwickelten Länder und Binnenentwicklungsländer lag das Verhältnis von Schuldendienst zu Exporten 2021 höher als 2015.

Überdies verschärften Herausforderungen wie hohe Inflation, konkurrierende Prioritäten und steigende Kreditkosten das Überschuldungsrisiko. Mit Stand von November 2022 war mehr als die Hälfte (37 von 69) der ärmsten Länder der Welt einem hohen Überschuldungsrisiko ausgesetzt oder bereits überschuldet. Unterdessen bestand in einem Viertel der Länder mit mittlerem Einkommen, in denen die Mehrzahl der in extremer Armut lebenden Menschen beheimatet ist, ein beträchtliches Risiko einer Haushaltskrise. Einige Länder, in denen der Schuldendienst nicht mehr tragfähig ist, haben sich bereits für eine Umstrukturierung der Staatsschulden entschieden, andere sind nach wie vor gefährdet.

Anteil des Schuldendienstes an den Erlösen aus Güter- und Dienstleistungsexporten – 2015, 2020 und 2021 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Trotz weltweiter Handelssteigerungen in Rekordhöhe stagniert der Exportanteil der am wenigsten entwickelten Länder und ist weit von der Zielvorgabe entfernt

Schon 2019 gingen die Exporte von Waren und Dienstleistungen zurück, doch 2020 folgte ein Rückgang, der mit der Rezession von 2009 vergleichbar war. Mit der allmählichen Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen stiegen die globalen Exporte rasant um 24,8 Prozent (2021) beziehungsweise 12,3 Prozent (2022). 2022 erreichte der Welthandel ein Rekordvolumen von 32 Billionen USD. Der Warenhandel machte dabei rund 25 Billionen USD aus (ein Anstieg um rund 11,5 Prozent gegenüber 2021), während der Dienstleistungshandel sich auf rund 7 Billionen USD belief (und damit im Vergleich zu 2021 um rund 15,3 Prozent anstieg). Die Welthandelsaussichten für 2023 erscheinen jedoch gedämpft, was auf die sich verschlechternden Wirtschaftsbedingungen zurückzuführen ist.

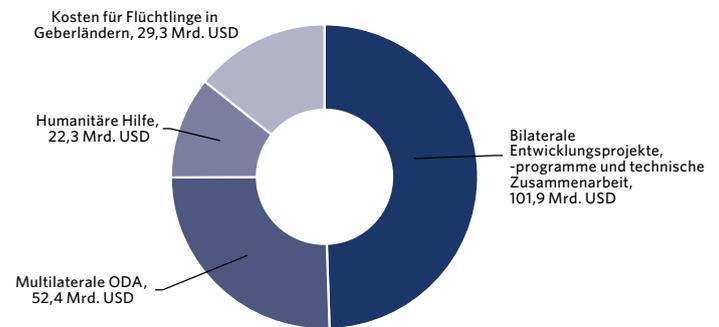
Der Anteil der Exporte aus den am wenigsten entwickelten Ländern am weltweiten Warenhandel betrug 2022 lediglich 1,1 Prozent, eine Steigerung von nur 0,07 Prozentpunkten gegenüber 2021. Die Zielvorgabe, den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder bis 2020 gegenüber den 2011 erzielten 1,02 Prozent zu verdoppeln, wurde daher verfehlt. Demgegenüber verzeichnete die Gesamtheit aller Entwicklungsländer mit Erreichen der Marke von 45,3 Prozent im Jahr 2022 einen Anstieg ihres Anteils am globalen Warenhandel um 4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2016. Dieser Aufwärtstrend hat sich in den vergangenen sechs Jahren verstetigt.

Die ODA stieg 2022 aufgrund der Ausgaben für Flüchtlinge in den Geberländern und der Hilfen für die Ukraine sprunghaft an

Im Jahr 2022 lag die Netto-ODA der Mitgliedsländer des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit (DAC) bei 206 Milliarden USD (laufender Preis) und damit real um 15,3 Prozent höher als 2021.⁴ Damit überstieg die ODA im vierten Jahr in Folge ihre jeweilige Rekordmarke; zugleich war dies das Jahr mit einer der höchsten jemals erzielten Zuwachsraten. Die gesamte ODA als Anteil des Bruttonationaleinkommens (BNE) blieb jedoch 2022 mit 0,37 Prozent weiterhin unter der Zielvorgabe von 0,7 Prozent.

Der Anstieg war in erster Linie auf die Inlandsausgaben für Flüchtlinge und die Hilfen für die Ukraine zurückzuführen. Die Kosten für Flüchtlinge in den Geberländern beliefen sich 2022 auf 29,3 Milliarden USD und machten damit 14,2 Prozent der gesamten ODA der DAC-Mitgliedsländer aus. Die der Ukraine gewährte Netto-ODA betrug 16,1 Milliarden USD und damit 7,8 Prozent der Gesamt-ODA. Nach ersten Schätzungen gaben die DAC-Länder insgesamt 11,2 Milliarden USD für Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 aus, 45 Prozent weniger als 2021. Die bilaterale Netto-ODA für afrikanische Länder ging gegenüber 2021 um real 7,4 Prozent zurück.

Zusammensetzung der Netto-ODA, vorläufige Daten – 2022 (in USD zum Gegenwartswert)

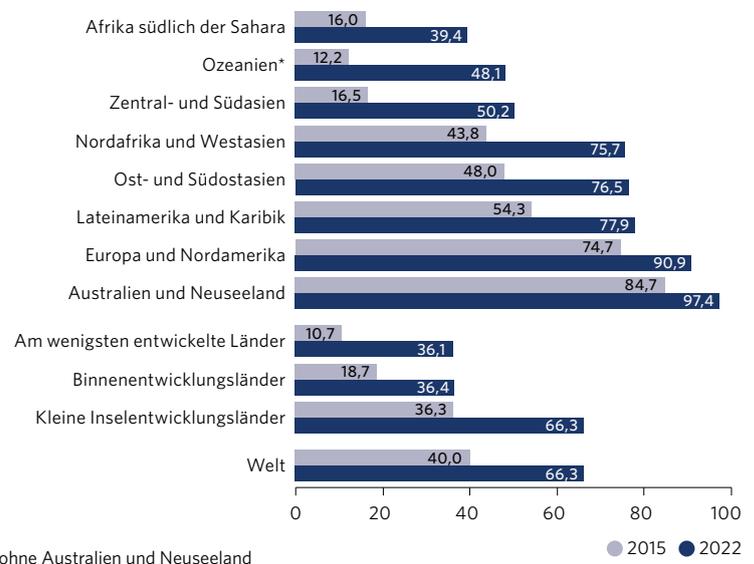


Zwei Drittel der Weltbevölkerung nutzen das Internet, doch halten Geschlechterdisparitäten und Lücken bei der Anbindung an

2022 nutzten Schätzungen zufolge 5,3 Milliarden Menschen (66 Prozent der Weltbevölkerung) das Internet. Dies ist ein beträchtlicher Anstieg um 65 Prozent gegenüber dem für 2015 ermittelten Anteil von 40 Prozent. Die Zuwachsrate lag um 6,1 Prozent höher als 2021, jedoch weit unter dem 11-Prozent-Anstieg während der Anfangsphase der COVID-19-Pandemie 2019-2020. Dennoch haben nach wie vor 2,7 Milliarden Menschen keinen Internetanschluss; es bleibt also sehr viel zu tun, um die Zielvorgabe der universellen Vernetzung bis 2030 zu erreichen. Insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern, in denen nur 36 Prozent der Bevölkerung das Internet nutzen können, ist dies immer noch eine Herausforderung.

Weltweit nutzen 69 Prozent der Männer das Internet, hingegen nur 63 Prozent der Frauen. Damit lag 2022 die Zahl der männlichen Nutzer um 259 Millionen über der weiblichen.

Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer – 2015 und 2022 (in Prozent)



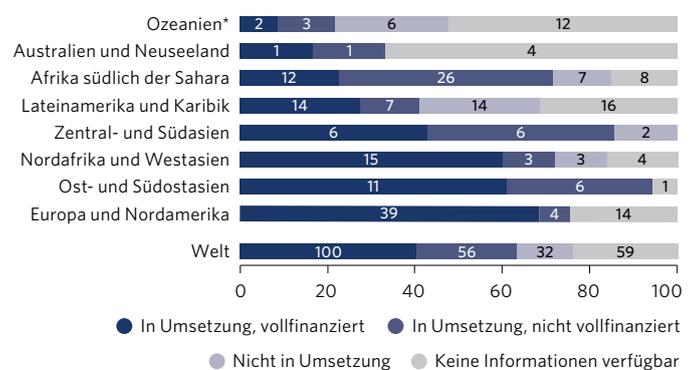
Die Welt braucht aktuellere, ausführlichere und genauere Daten zur Bewältigung einer Vielzahl von Krisen, doch die Finanzmittel für Daten und Statistik werden immer knapper

Die internationalen Mittel für Daten und Statistiken beliefen sich 2020 auf nur 541 Millionen USD, also über 100 Millionen USD weniger als 2019 und 138 Millionen USD weniger als 2018. Zwischen 2018 und 2020 sanken die ODA-Mittel für Daten um mehr als 20 Prozent. Der Rückgang der Finanzmittel für Statistiken dürfte die schwächsten Länder unverhältnismäßig stark treffen. Zwar stieg die internationale Finanzierung 2021 den Daten zufolge erneut auf etwa 693 Millionen USD, doch war dies im Wesentlichen auf einen Geber zurückzuführen. Die insgesamt bereitgestellten Mittel konnten den wachsenden Bedarf an zusätzlichen und besseren Daten nicht decken. Die Länder stehen noch immer vor anhaltenden Problemen, statistische Aktivitäten in alle Bereiche zu integrieren, da die Zahl der Geber begrenzt ist und der Statistik generell geringe strategische Priorität eingeräumt wird.

Insgesamt arbeiteten 156 Länder und Hoheitsgebiete 2022 an der Umsetzung eines nationalen Statistikplans – 2021 waren es noch 150 – davon 100 mit Vollfinanzierung. Infolge der anhaltenden Folgen der Pandemie und begrenzter Kapazitäten für strategische Planung setzen jedoch viele nationale

Statistikämter veraltete Strategiepläne um, die dem entstehenden Datenbedarf nicht unbedingt gerecht werden.

Stand der Umsetzung von Statistikplänen – 2022 (Anzahl der Länder und Hoheitsgebiete)



⁴ Seit 2018 veröffentlicht die OECD Daten zu den Leitindikatoren ODA-Gesamtumfang und ODA als Anteil des BNE auf der Grundlage des Subventionsäquivalents. Die Zielvorgabe 17.2.1 der Nachhaltigkeitsziele wird anhand der Netto-ODA berechnet; folglich können die hier vorgestellten Zahlen leicht davon abweichen.

III. Durchbruch zu einer besseren Zukunft für alle

Die bei den Nachhaltigkeitszielen auf halber Strecke bis zum Zieljahr 2030 rückschrittliche Tendenz ist ernüchternd und ein klares Signal an die Welt, stärker darauf hinarbeiten, Armut und Hunger zu beseitigen, Geschlechtergleichstellung zu fördern und die globale Dreifachkrise des Klimawandels, des Verlusts an Naturraum und Biodiversität und der Umweltverschmutzung zu überwinden. Eine Missachtung dieses Signals wird politische Instabilität und Vertreibungen erhöhen, das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen weiter untergraben, die Wirtschaft aushebeln und zu irreversiblen existenziellen Veränderungen in unserer natürlichen Umwelt führen. Vor allem wird sie äußerstes Leid über heutige und künftige Generationen bringen, besonders für die ärmsten und verwundbarsten Menschen und Länder der Welt.

Wir können diese Entwicklung jedoch umkehren. Trotz des zutiefst besorgniserregenden Gesamtbilds zeigen die Daten auch, was möglich ist, denn sie deuten auf Fortschritte in einer Reihe zentraler Bereiche wie dem Zugang zu Energie und zum Internet hin. Auch für die enorme Chance, die der für die Erreichung der Ziele nötige Wandel darstellt, gibt es umfangreiche Belege, und seit 2015 können wir ein Bekenntnis der Regierungen, der Unternehmen, des Privatsektors und der Öffentlichkeit zu den Zielen beobachten.

Die Ziele sind weiter ein inspirierender und vereinender Kompass, und selbst angesichts widrigster Umstände sind transformative Fortschritte möglich. Auch verfügen wir heute über Wissen, Technologie und Ressourcen in nie dagewesenem Umfang sowie über vielfältige normative Rahmen. Für den Durchbruch zu einer besseren Zukunft für alle müssen wir diesen Vorteil nutzen, um Abermillionen Menschen aus der Armut zu befreien, die Geschlechtergleichstellung zu fördern, unsere Welt bis 2030 auf einen emissionsarmen Kurs zu führen und die Menschenrechte für alle zu sichern.

Der Weltbericht über nachhaltige Entwicklung 2023 bietet einen Überblick über die Erkenntnisse, die bestätigen, dass wir den Wandel in Richtung nachhaltiger und gerechter Ergebnisse lenken können. In den nachfolgenden Abschnitten werden diese Feststellungen ergänzt und den Mitgliedstaaten Analysen und Empfehlungen dafür vorgelegt, wie sie den zur Verwirklichung der Ziele bis 2030 erforderlichen raschen und tiefgreifenden Wandel vollziehen können. Durch hochwirksame Initiativen wird sich das System der Vereinten Nationen im Vorfeld des Gipfeltreffens über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und im Anschluss daran bemühen, Unterstützung für eine Reihe dieser Übergänge zu mobilisieren.

Die Staats- und Regierungsoberhäupter der Welt sollten auf diesem Gipfeltreffen zusammenkommen, um einen gemeinsamen Rettungsplan für die Menschen und die Erde vorzulegen, der sich an den drei folgenden wichtigen Durchbrüchen orientiert:



Die Lenkungsstrukturen und Institutionen für einen nachhaltigen und inklusiven Wandel rüsten



Prioritär auf eine Politik und Investitionen mit Multiplikatoreffekten für alle Ziele setzen



Deutlich mehr Mittel für die Nachhaltigkeitsziele und ein förderliches globales Umfeld für die Entwicklungsländer sichern

A. Die Lenkungsstrukturen und Institutionen für einen nachhaltigen und inklusiven Wandel rüsten

Der Vollzug des Wandels in dem für die Nachhaltigkeitsziele nötigen Tempo und Umfang stellt an öffentliche Einrichtungen und Politikverantwortliche beispiellose Anforderungen. Gefragt sind mutige Entscheidungen, die Übertragung von Ressourcen zwischen Sektoren, ein neues regulatorisches Umfeld, der angemessene Einsatz neuer Technologien, die Förderung ganzheitlicher Langzeitperspektiven, die Mobilisierung verschiedenster Akteure und die Fähigkeit, umwälzende Veränderungen vorzunehmen und dabei Vertrauen und sozialen Zusammenhalt zu stärken.¹ Jede dieser Dimensionen birgt Herausforderungen für die politische Führung und die staatlichen Lenkungsstrukturen. Für derartige Anforderungen sind die heutigen Lenkungsstrukturen nicht ausgelegt und müssen daher aktiv für den Wandel gerüstet werden.

Seit 2015 haben sich die Regierungen unterschiedlich mit den Nachhaltigkeitszielen befasst. Aus freiwilligen nationalen Überprüfungen und Forschungsarbeiten geht jedoch hervor, dass die Verankerung der Ziele auf staatlicher Ebene bislang nicht die nötigen „normativen und institutionellen Konsequenzen, etwa in Form von gesetzgeberischen Maßnahmen oder einer veränderten Mittelzuweisung“², hatte. Die Ziele müssen mehr als nur ein Instrument zur Information über Veränderungen sein. Sie müssen zu einem prägenden Leitmotiv für die Politik, die Haushalte, die Institutionen und die langfristige Entwicklungsplanung auf nationaler Ebene, aber auch zum zentralen Anliegen von Staats- und Regierungsoberhäuptern, der Parlamente und des Privatsektors werden.

Den Wandel anzuspornen, zu steuern und voranzubringen ist ein komplexes Unterfangen, das oft zu unbeabsichtigten Wirkungen oder Kompromissen

führen kann. Öffentliche Einrichtungen und staatliche Bedienstete müssen über Kapazitäten und Strategien für die laufende Überprüfung und Anpassung der Politikumsetzung verfügen, um Nutzen zu maximieren und Synergien zu verwerten und zugleich Kompromisse zu verstehen oder Rückkopplungsschleifen zu erkennen, auch indem sie auf internationale Menschenrechts- und Arbeitsnormen zurückgreifen. Zudem müssen sie ressortübergreifend arbeiten und zu einem gesamtstaatlichen Ansatz für die Ziele, auch durch entsprechende Haushaltsmaßnahmen, beitragen können. Ebenso wichtig ist die Fähigkeit der Institutionen, digitale Technologien inklusiv und gerecht zu steuern und zu nutzen und gemeinsam mit dem Privatsektor und anderen Akteuren das öffentliche Interesse zu fördern.

Eine lokale Verankerung in den Grundsätzen der Mehrebenenverwaltung und interessengruppenübergreifender Zusammenarbeit gilt als Schlüsselansatz für das gemeinsame Streben nach mehr Inklusion und Nachhaltigkeit. Dabei kommt den Lokal- und Regionalverwaltungen insofern eine zentrale Rolle zu, als 65 Prozent der Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung mit ihrer Arbeit und ihrem Mandat verknüpft sind. Als den lokalen Gemeinschaften am nächsten stehende Regierungsebene sind sie unerlässlich dafür, eine Antwort auf die Aushöhlung des Gesellschaftsvertrags zu finden und unsere Gesellschaften angesichts sich überschneidender globaler Krisen zu schützen. Enorme Impulse erhält die lokale Verankerung seit 2018 von der globalen Bewegung für freiwillige lokale Überprüfungen. Die schon über 200 Überprüfungen dieser Art haben lokales Handeln gegenüber nationalen und internationalen

¹ Siehe www.idlo.int/system/files/event-documents/2021_sdg16_conference_report_05072021.pdf.

² Siehe www.nature.com/articles/s41893-022-00909-5.



Der Zugang zu aktuellen und aufgeschlüsselten Daten von hoher Qualität ist unerlässlich. Dadurch können die Effizienz und Wirksamkeit von Inlands- und Entwicklungsausgaben um ein Vielfaches gesteigert und eine „Daten-dividende“ für die Umsetzung der Ziele erzielt werden. Vielen Ländern mangelt es jedoch an den notwendigen Ressourcen und Kapazitäten, um den Datenbedarf zu decken, und wie in Abschnitt II hervorgehoben wurde, gibt es nach wie vor erhebliche Defizite hinsichtlich des geografischen Erfassungsbereichs, der Aktualität und der Aufschlüsselung der Indikatoren für die Ziele. Die Inlandsausgaben für Daten und Statistik sind gering, und bei etwa 40 Prozent der nationalen Statistikämter war die Finanzierung während der Pandemie rückläufig. Die Geberunterstützung in diesem Bereich ist wenig transparent, und nach Schätzungen einer Studie sanken die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit getätigten Ausgaben für Daten zwischen 2018 und 2020 um über 20 Prozent. Eine stärkere Nutzung neuer Datenquellen und innovativer Ansätze – darunter Geoinformationen, Fernerkundung, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen, Crowdsourcing, qualitative Methoden, bürgergenerierte Daten und Daten des Privatsektors – eröffnet neue Chancen, ist allerdings mit gewissen Risiken und Herausforderungen verbunden. Eine starke Datenaufsicht, -kompetenz und -schutzpolitik sind entscheidend wichtig, derzeit jedoch nur in etwa der Hälfte der am wenigsten entwickelten Länder gesetzlich verankert.³ Weitaus mehr kann getan werden, um die Datenökosysteme zu stärken, und auch die von den Vereinten Nationen und anderen internationalen Partnern geleistete Unterstützung muss kohärenter und wirksamer werden.

Prozessen stärker ins Blickfeld gerückt und sein Profil geschärft. Auch haben diese Überprüfungen bei der lokalen Verankerung der Ziele unter allen Aspekten – von Dateninnovationen über Planung und Politikkohärenz bis hin zu Projektentwicklung und Finanzierung – Fortschritte bewirkt. Dennoch können die Lokal- und Regionalverwaltungen wegen ihrer global weiter begrenzten finanziellen, personellen und technischen Ressourcen nur eingeschränkt grundlegende Dienste erbringen und die Entwicklung auf lokaler Ebene fördern.

Der Privatsektor ist ein überaus wichtiger Motor von Produktivität, Beschäftigung und Wachstum. Führende Kräfte der Wirtschaft erkennen zunehmend an, dass Nachhaltigkeitsfaktoren für langfristige Erfolge dringend berücksichtigt werden müssen. Unternehmen gehen täglich Verpflichtungen zu Nachhaltigkeit und Klima ein. Für diese müssen sie rechenschaftspflichtig gemacht werden, und sie müssen ihnen nachkommen. Unternehmensführungsmodelle, Anreizstrukturen und die Geschäftspraxis müssen an den Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet sein. Politiken und Vorschriften müssen langfristige Entscheidungsprozesse erleichtern und die Einpreisung externer Kosten und das Auslaufen schädlicher Subventionen beinhalten. Auch müssen Nachhaltigkeitsiegel und -bewertungen transparenter und glaubwürdiger werden, um sicherzustellen, dass die grassierende Grün- und Schönfärberei bei den Zielen unterbunden wird.

Kultur ist ein globales öffentliches Gut und entscheidende Voraussetzung und Triebkraft für Fortschritte bei den Zielen. Kultur dient als Mittler von Wissen, Werten und Kommunikation, trägt zu ökologischer Nachhaltigkeit bei und bringt Wirtschaftstätigkeit und Arbeitsplätze hervor. Zudem sind die Achtung der kulturellen Vielfalt und der Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen sowie Dialog und Verständigung zwischen den Kulturen entscheidend wichtig für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Aufrechterhaltung des Friedens. Im Bemühen um Fortschritte bei den Zielen werden die Kultur und die Achtung der kulturellen Vielfalt allerdings nach wie vor unterbewertet und nicht ausreichend genutzt. Eine stärkere Berücksichtigung der unterstützenden Rolle der Kultur bei der Verwirklichung der Ziele – auch im Rahmen der einschlägigen Indikatoren – würde der Umsetzung der Ziele bis 2030 einen bedeutenden Schub verleihen.

Eine wirksame Zusammenarbeit mit der Weltöffentlichkeit und eine effektive Weiterverfolgung der Verpflichtungen und Umsetzungsbemühungen im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen sind unerlässlich für das Verständnis der Fortschritte, die Stärkung der öffentlichen Eigenverantwortung und die Festlegung wichtiger Zielsetzungen. Mit Stand vom Juli 2023 haben 188 Länder freiwillige nationale Überprüfungen als zentrales Instrument für die Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele auf globaler und nationaler Ebene durchgeführt. Insgesamt haben die Länder die Vorbereitung ihrer Überprüfungen durch eine systematischere Einbindung der Interessenträger und die Kombination mehrerer Analyseinstrumente verbessert. Zudem schlagen freiwillige nationale Überprüfungen auf die subnationale Ebene durch, was sich beispielsweise darin äußert, dass die Zahl dieser Überprüfungen zugenommen hat. Angesichts des enormen Rückstands bei den Zielen und des Erkenntnisgewinns seit 2015 ist es an der Zeit, die Weiterverfolgung der Ziele auf ein höheres Niveau zu heben. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit von der Berichterstattung über nationale Maßnahmen, die sich an ein internationales Publikum richtet, auf eine Stärkung der nationalen Rechenschaftslegung zugunsten von Fortschritt und Wandel verlagern. Dies erfordert eine systematische Einbeziehung der Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele in die nationalen Aufsichtssysteme, unabhängige Evaluierungen der nationalen Umsetzung, eine stärkere Einbindung der Wissenschaft in die Überwachung und Überprüfung sowie ein grundlegendes Überdenken des Prozesses der freiwilligen nationalen Überprüfung.

Vorrangige Maßnahmen



Alle Länder auffordern, auf dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung eine nationale Verpflichtung zur Transformation der Ziele einzugehen, unter anderem indem sie nationale Fortschrittskriterien für die Verringerung von Armut und Ungleichheit festlegen, die Erreichung der Ziele zentral in den nationalen Planungs- und Aufsichtsmechanismen verankern und die nationalen und subnationalen Haushalte an den Zielen ausrichten.



In die Kapazitäten und Infrastrukturen des öffentlichen Sektors für die Ermittlung von Kompromissen und die Förderung umfassender Veränderungen investieren, komplexe Entscheidungsprozesse ermöglichen, digitale Technologien nutzen und Umsetzungspartner stärken.



Die zentrale Rolle lokaler und subnationaler Regierungen bei der Umsetzung der Ziele anerkennen, u. a. durch nationale Förderrahmen, über die subnationale Regierungen ihre dezentralisierten Aufgaben wahrnehmen können, und durch die Stärkung ihrer Kapazitäten und Ressourcen zur Förderung der Ziele. Abmilderungs-, Anpassungs-, Vorsorge- und Erholungsmaßnahmen bei Krisen sollten auf Mehrebenenverwaltung sowie der Interessengruppen- und sektorübergreifenden Zusammenarbeit beruhen.



Die Entwicklung einer wirksamen Politik und eines geeigneten Regulierungsrahmens zur Ausrichtung privatwirtschaftlicher Steuerungsmodelle, Geschäftspraxis und Offenlegungspflichten an den Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung fördern.

³ Siehe <https://unctad.org/page/data-protection-and-privacy-legislation-worldwide>.

Vorrangige Maßnahmen (Fortsetzung)



Die Datendividende auszuschöpfen, v. a. für die verwundbarsten Gruppen, und zwar durch die Beschaffung von Daten für mindestens 90 Prozent der Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung für jedes Land bis 2027, durch die Erhöhung der Inlandsfinanzierung für Daten und Statistik bis 2030 um 50 Prozent gegenüber dem aktuellen Stand, die Nutzung neuer Datenquellen und innovativer Ansätze und die Annahme von Datenaufsichts- und Datenschutzregelungen. Auch sollten sich die Geber zur vollständigen Umsetzung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung verpflichten, den ODA-Anteil für Daten bis 2030 auf mindestens 0,7 Prozent zu erhöhen.



Die Überwachung, Weiterverfolgung und Überprüfung der Nachhaltigkeitsziele verbessern, und zwar durch unabhängige Umsetzungsevaluierungen, mehr Zusammenarbeit mit Parlamenten und der Zivilgesellschaft, die Ausrichtung der freiwilligen nationalen Überprüfungen an den nationalen Verpflichtungen zur Transformation der Ziele, die Einrichtung amtlicher Registrierungssysteme für freiwillige lokale Überprüfungen und die weitere Entwicklung von Zielindikatoren mit aufgeschlüsselten Daten.



Den Beitrag der Kultur zur Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung bei der Formulierung der nationalen, regionalen und internationalen Entwicklungspolitik und Instrumente der internationalen Zusammenarbeit gebührend berücksichtigen.

B. Prioritär auf Politikkonzepte und Investitionen setzen, die gerechte Übergänge fördern und zielübergreifend Fortschritte ermöglichen



fliehen vor Konflikten, und die Slumbevölkerung wächst. Diese Rückschläge treffen Frauen und Mädchen und verwundbare und marginalisierte Bevölkerungsgruppen, darunter Menschen mit Behinderungen, Migrant(inn)en, Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie indigene Völker, am härtesten.

Die Welt muss handeln, um Lücken zu schließen und das Wohl der am weitesten zurückgefallenen Menschen zu mehren und so zu globaler Stabilität und Widerstandsfähigkeit beizutragen. Maßnahmen in den folgenden Bereichen können ebenfalls Multiplikatoreffekte für die Nachhaltigkeitsziele haben.

Einen flexibel auf Schocks reagierenden, anpassungsfähigen und universellen Sozialschutz bereitstellen und stärker handeln, um Arbeitsplätze für einen gerechten Übergang zu schaffen

Sozialschutz und Arbeitsplatzsicherung und -erhaltung sind für die weiten Teile der Gesellschaft ohne Finanzpolster die einzige Absicherung und wichtig zur Minderung und Prävention von Armut, besonders im Krisenfall. In der Pandemie weiteten viele Regierungen Sozialschutz oder Sozialleistungen rasch aus, oft digital, vielfach jedoch in Form von Einmalzahlungen oder kurzfristigen Lösungen.⁴ Die meisten dieser zusätzlichen Sozialschutz- und arbeitsplatzerhaltenden Maßnahmen entfielen auf hochentwickelte Volkswirtschaften mit entsprechenden Mitteln. In den Entwicklungsländern müssen sich viele Regierungen nun darauf einstellen, diese Maßnahmen als Reaktion auf die zunehmend angespannte Haushaltslage zurückzufahren.

Zudem sind diejenigen, die den Sozialschutz am dringendsten benötigen, am häufig davon ausgeschlossen, etwa informell Beschäftigte, insbesondere Frauen.⁵ So erhalten weltweit nur 28 Prozent der Menschen mit erheblichen Behinderungen Invaliditätsrenten, in den Ländern mit niedrigem Einkommen ist es sogar nur 1 Prozent.⁶ Zudem dürfte der derzeitige weltweite Konjunkturrückgang mehr Arbeitskräfte in eine geringerwertige Niedriglohnbeschäftigung ohne Arbeitsplatzsicherheit und Sozialschutz abdrängen. Der Bedarf an universellem Sozialschutz und menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten wird mit der Beschleunigung des Übergangs zu grünen und digitalen Wirtschaftssystemen und während des demografischen Wandels weiter wachsen.

Trotz der verheerenden Auswirkungen der aktuellen Krisenhäufung auf Sozialschutz und Existenzmöglichkeiten haben diese Schocks auch Chancen für weitere Fortschritte aufgezeigt. Gerade jetzt bietet sich die Gelegenheit, einige der

Die Nachhaltigkeitsziele wurden 2015 als integrierter und unteilbarer Katalog von Zielen beschlossen und sie können nicht stückweise oder durch abgeschottetes Handeln erreicht werden. In den Ausgaben 2019 und 2023 des Weltberichts über nachhaltige Entwicklung wird fakten gestützt argumentiert, dass ein Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung nur möglich ist, wenn die Maßnahmen auf Systeme von Zielen und Zielvorgaben ausgerichtet sind. Politikmaßnahmen sind vonnöten, um wichtige Transformationsprozesse voranzutreiben und als Multiplikatoren zielübergreifende Fortschritte zu fördern. Welche Politikkonzepte und Interventionen genau zur Anwendung gelangen, richtet sich nach den nationalen Prioritäten und Kontexten. Eine Kombination von Maßnahmen und Akteuren, die das Ziel verfolgen, niemanden zurückzulassen, mit Maßnahmen und Akteuren, die einen Ausgleich zwischen menschlichem Wohlergehen und einem sorgsamem Umgang mit der Natur schaffen, kann jedoch zur Entwicklung eines ganzheitlichen Ansatzes beitragen.

1. Spaltungen überwinden, damit niemand zurückbleibt

Die jüngsten Krisen haben ungleiche Bewältigungsmechanismen offenbart und die Spaltungen in unterschiedlichen Dimensionen des Wohlergehens vertieft. Wie in Abschnitt II dargelegt, hat sich der lange weltweite Trend zu weniger Einkommensungleichheit jetzt umgekehrt, mehr Menschen denn je

⁴ Maya Hammad, Fabianna Bacil und Fábio Veras Soares, *Next Practices – Innovations in the COVID-19 social protection responses and beyond* (UNDP, 2021), verfügbar unter <https://socialprotection.org/discover/publications/next-practices-innovations-covid-19-social-protection-responses-and-beyond>.

⁵ Siehe www.wiego.org/resources/long-economic-covid-worlds-working-class-infographic.

⁶ United Nations, "Policy brief: a disability-inclusive response to COVID-19" (May 2020), verfügbar unter <https://unsdg.un.org/sites/default/files/2020-05/Policy-Brief-A-Disability-Inclusive-Response-to-COVID-19.pdf>.

Erfolge zu festigen und aus positiven Erfahrungen zu lernen und so potenzielle Wirkungen für sämtliche Ziele zu erreichen.⁷ Ein hinsichtlich des Erfassungsbereichs und der Verteilungsmittel dynamischer Sozialschutz kann die Krisenfestigkeit erhöhen. Auch aus Investorensicht gibt es überzeugende Argumente für die Ausweitung des Sozialschutzes und Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen: So könnten bis 2030 durch Investitionen in die Pflege- und Betreuungswirtschaft weltweit 280 Millionen und durch Investitionen in die grüne und die Kreislaufwirtschaft 100 Millionen Arbeitsplätze entstehen. Mit den erwirtschafteten Einnahmen ließe sich ein positiver Kreislauf in Gang setzen, der gerechte Übergänge beschleunigen und resilientere, inklusivere und gerechtere Gesellschaften für alle schaffen kann. Die mitunter hohen Einstiegskosten solcher Investitionen werden durch die langfristigen Ergebnisse mehr als wettgemacht. Trotz hoher Zinssätze, Inflation und fragiler Verschuldungssituationen können und müssen erschwingliche Langzeitfinanzierungen zugunsten von Sozialschutz und menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden werden. Das im September 2021 eingeführte Globale Förderinstrument für Arbeitsplätze und Sozialschutz mit dem Ziel eines gerechten Übergangs unterstützt die Gestaltung und Umsetzung inklusiver und integrierter Politiken und Investitionsstrategien für menschenwürdige, sozial abgesicherte Arbeitsplätze zugunsten gerechter Übergänge für alle. Zudem dient es der Einrichtung nationaler Finanzierungsrahmen und der Mobilisierung inländischer und internationaler öffentlicher wie privater Ressourcen mit dem Ziel, den Sozialschutz bis 2030 auf 4 Milliarden Menschen auszuweiten und 400 Millionen neue menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen.

Vorrangige Maßnahmen



Den Anteil der staatlichen Investitionen in den sozialen Basischutz am BIP erhöhen und Institutionen zugunsten eines integrierten Ansatzes für einen anpassungsfähigen, flexibel auf Schocks reagierenden universellen Sozialschutz und für neue menschenwürdige Beschäftigungschancen in der Pflege- und Betreuungs-, der digitalen und der grünen Wirtschaft verändern.



Durch politische Bemühungen im Rahmen des Globalen Förderinstruments für Arbeitsplätze und Sozialschutz Mittel aus internationalen und nationalen öffentlichen und privaten Quellen, auch von den internationalen Finanzinstitutionen, für dieses Ziel mobilisieren.



Die Beschäftigten durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei der Fortbildung und Umschulung unterstützen, damit sie ihren Arbeitsplatz behalten oder wechseln, sich auf den grünen und digitalen Wandel einstellen und Wege aus der Armut finden können.



Digitale Technologien umfassend nutzen, um die Grundlagen – darunter Register, digitale Kennungen und finanzielle Inklusion – für den Aufbau umfassenderer, dynamischerer und anpassungsfähigerer Sozialschutzsysteme zu erweitern.

In Frauen und Mädchen investieren

Beim derzeitigen Fortschrittstempo der Geschlechtergleichstellung wird die Hälfte der Weltbevölkerung und der globalen Erwerbsbevölkerung zurückgelassen. Die Herstellung der Geschlechterparität in der Erwerbsbeteiligung kam ab 2009 langsamer voran – und wurde 2020 rückläufig.⁸ Frauen verdienen etwa halb so viel wie Männer und leisten einen unverhältnismäßig hohen Anteil bezahlter wie unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit, der während der Pandemie noch stieg.⁹ Gewalt gegen Frauen nahm Berichten zufolge

während der Pandemie erheblich zu. Das Pro-Kopf-BIP, um nur ein Maß zu nennen, wäre bei einer Beseitigung der geschlechtsspezifischen Beschäftigungsunterschiede um fast 20 Prozent höher. Dies erfordert einen Abbau diskriminierender Gesetze, eine komplette Neuordnung bestehender gesellschaftlicher Strukturen und Normen sowie die Nutzung von Fördermaßnahmen und Quoten für gezielte Investitionen in Frauen.

Auch die Weltbevölkerung ist in einem drastischen Wandel begriffen. Nach einer aktuellen Studie der Vereinten Nationen käme ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in der Erwerbsbevölkerung der Wirtschaft in alternden Gesellschaften mit niedriger Geburtenrate stärker zugute als Zielsetzungen für Frauen, mehr Kinder zu bekommen. Dennoch beträgt die Zahl ungewollter Schwangerschaften weltweit schätzungsweise 121 Millionen pro Jahr bzw. durchschnittlich 331.000 pro Tag. Durch einen gesicherten Zugang zu einer hochwertigen sexual- und reproduktionsmedizinischen Versorgung für alle und eine familienfreundliche Politik lässt sich am besten sicherstellen, dass die Menschen ihre individuellen reproduktiven Ziele erreichen und ihren Beitrag zur Gesellschaft optimieren können.

Vorrangige Maßnahmen



Auf Fördermaßnahmen und Quoten zurückgreifen, um die Geschlechterparität auf allen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsebenen zu fördern, und die wirtschaftliche Inklusion von Frauen durch die Überwindung der digitalen Kluft, Investitionen in weibliches Unternehmertum und den Abbau unbezahlter Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit für Frauen und Mädchen vorantreiben.



Alle diskriminierenden Gesetze und Praktiken abschaffen, durch entsprechende Maßnahmen soziale Normen gestalten, die die Geschlechtergleichheit fördern, und den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten gewährleisten.



Bis 2025 Gesetze und Notfallpläne zur Verhütung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowohl online als auch offline beschließen.

Dafür sorgen, dass der digitale Wandel allen zugutekommt

Die anhaltende digitale Kluft in und zwischen den Ländern steht dem Einsatz digitaler Technologien zugunsten umfassender Fortschritte bei den Zielen und der Nutzung neuer Datenquellen im Wege. Diese Defizite sollten ganzheitlich, nicht nur gesamtstaatlich, sondern auch systemweit, mit Schwerpunkt auf Infrastruktur, digitalen Kompetenzen und inklusiven Umfeldern und mit Unterstützung der internationalen Entwicklungsorganisationen, angegangen werden.

Für den Umgang mit dem zweischneidigen Schwert des digitalen Wandels, die Bewältigung digitaler Risiken und Schäden und die Nutzung des Potenzials der Technologien muss in eine inklusive und zugängliche digitale Infrastruktur investiert werden, die eine zielführende Netzanbindung für alle gewährleistet. Die großen Lücken beim Zugang zu Technologien, Konnektivität und Infrastruktur und die mangelhafte Zugänglichkeit der Technologien selbst sind für Menschen mit Behinderungen und andere Gruppen mit erheblichen menschenrechtlichen und entwicklungsbezogenen Folgen verbunden. So hat nur ein Zehntel der Menschen weltweit Zugang zu unterstützten technologischen Produkten und Dienstleistungen.¹¹ Die Verbreitung von Robotik, künstlicher Intelligenz, Quantencomputern, dem Internet der Dinge

⁷ International Labour Organization, Food and Agriculture Organization of the United Nations and United Nations Children's Fund (UNICEF), *UN collaboration on social protection: Reaching consensus on how to accelerate social protection systems-building* (Geneva, 2022), verfügbar unter <https://socialprotection.org/discover/publications/un-collaboration-social-protection-reaching-consensus-how-accelerate-social>.

⁸ World Economic Forum, *Global Gender Gap Report 2022* (Geneva, 2022), verfügbar unter www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2022/.

⁹ OECD, "Caregiving in Crisis: Gender inequality in paid and unpaid work during COVID-19" (2021), verfügbar unter www.oecd.org/coronavirus/policy-responses/caregiving-in-crisis-gender-inequality-in-paid-and-unpaid-work-during-covid-19-3555d164/.

¹⁰ Siehe <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/37062>.

¹¹ Siehe www.who.int/health-topics/assistive-technology#tab=tab_2.

sowie Cloud- und Mobile-Computing kann das menschliche Wohlergehen und die Nachhaltigkeitsziele unterstützen. Die Steigerung von digitaler Kompetenz und Datenkompetenz im öffentlichen Sektor und darüber hinaus ist ein weiterer entscheidender Schritt, der gezielt Eigenständigkeit und lebenslanges Lernen fördern sollte. Aus wirksamen digitalen Partnerschaften mit dem Privatsektor und anderen Interessenträgern können Anwendungen für weitere Fortschritte bei den Zielen hervorgehen. Die Mitgliedstaaten arbeiten derzeit an einem globalen Digitalpakt, der den Einsatz digitaler Technologien für das Gemeinwohl erheblich voranbrächte.

Vorrangige Maßnahmen



In grundlegende inklusive und zugängliche digitale Infrastrukturen investieren, um eine zielführende Netzanbindung für alle zu gewährleisten, sowie digitale Kompetenz und Datenkompetenz im öffentlichen Sektor und darüber hinaus aufbauen.



Anreize für wirksame digitale Partnerschaften mit dem Privatsektor und anderen Interessenträgern schaffen, um Anwendungen für weitere Fortschritte bei den Zielen hervorzuheben.

Einen Lebensverlaufansatz für grundlegende Leistungen verfolgen und die globale Bildungskrise dringend in Angriff nehmen

Frühzeitige und konsequente Investitionen in den Zugang zu grundlegenden Sozialdiensten und soziale Inklusion können die Aussichten auf Arbeit und Wohlergehen im weiteren Lebensverlauf verbessern und sind entscheidend wichtig für einen starken Gesellschaftsvertrag. Interventionen in der frühen Kindheit und im Jugendalter können späteren Einschränkungen vorbeugen und die sozioökonomische Mobilität fördern, während Interventionen im Erwachsenen- oder höheren Alter den Menschen helfen können, frühere Entbehrungen hinter sich zu lassen. Die heutigen Systeme sind jedoch weiterhin fragmentiert. Begrenzte Aufmerksamkeit auf einem Lebensverlauf- und generationenübergreifenden Ansatz und der unzureichende Zugang zu Schulungsmöglichkeiten erschweren älteren Menschen den Verbleib am Arbeitsplatz und die Stellensuche.

Eine hochwertige inklusive Bildung ist grundlegend, wenn es darum geht, die jungen Menschen von heute für Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen zu wappnen, und trägt maßgeblich zu Gesundheit und Wohlergehen, Geschlechtergleichstellung und Klimaschutz bei.¹² Allerdings steckt die Bildung angesichts der pandemiebedingten Lernverluste derzeit in einer tiefen Krise. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen könnte der Anteil der Kinder, die in „Lernarmut“ leben – also im Alter von zehn Jahren nicht in der Lage sind, einfache Alltagstexte zu lesen und verstehen, – auf 70 Prozent steigen¹³, wobei Kinder mit Behinderungen und andere marginalisierte Gruppen unverhältnismäßig stark betroffen wären. Wie auf dem Gipfeltreffen zur Bildungstransformation 2022 hervorgehoben wurde, müssen die Regierungen und die internationale Gemeinschaft, um die derzeitige Krise zu überwinden und die Bildung an den drängendsten Problemen der Welt auszurichten, ihre Bildungskonzepte und -investitionen grundlegend ändern. Jüngsten Analysen zufolge werden jährlich fast 100 Milliarden USD benötigt, damit die Länder ihre nationalen Referenzwerte für Ziel 4 erreichen können. In einem demnächst erscheinenden Kurzdossier zur Bildungstransformation, das in die Vorbereitungen für den Zukunftsgipfel einfließen soll, wird diese Problematik weiter erörtert. Die Bildungskrise ist allerdings eine tickende Zeitbombe. Dringende und zielgerichtete Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, werden sich über Generationen hinweg auszahlen.

¹² Cordero EC, Centeno D, Todd AM (2020) The role of climate change education on individual lifetime carbon emissions. PLoS ONE 15(2): e0206266. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0206266>.

¹³ United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), UNICEF and World Bank, *The State of the Global Education Crisis: A Path to Recovery* (Washington, D.C., Paris and New York, 2021), verfügbar unter <https://documents1.worldbank.org/curated/en/416991638768297704/pdf/The-State-of-the-Global-Education-Crisis-A-Path-to-Recovery.pdf>.

¹⁴ Siehe www.unhcr.org/refugee-statistics/.

¹⁵ Siehe <https://dppa.un.org/en/new-agenda-for-peace>.

Vorrangige Maßnahmen



Den Zugang zu frühkindlicher Bildung, Ernährung und Gesundheitsversorgung ausweiten und die anstehende Tagung auf hoher Ebene über allgemeine Gesundheitsversorgung dafür nutzen, die nationalen Gesundheitssysteme zu stärken.



Die Sozialschutzsysteme so ausstatten, dass sie dem Bedarf gerecht werden, der sich im Lebensverlauf und in Zeiten geringer Erwerbsfähigkeit, etwa in der Kindheit, bei Behinderung, bei Mutterschaft und im Alter, naturgemäß ergibt.



Die nationalen Verpflichtungserklärungen zur Bildungstransformation umsetzen, u. a. durch konkrete Schritte für höhere, gerechtere und effizientere Bildungsinvestitionen, durch Abhilfemaßnahmen und Fortschrittsüberwachung auf allen Ebenen zur Verbesserung der Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen und der digitalen Kompetenz, durch eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Lehrpläne und Pädagogik sowie durch Technologien für besseren Zugang und besseres Lernen.

In den Frieden investieren

Wie die Daten in Abschnitt II dieses Berichts erkennen lassen, lebt ein Viertel der Menschheit in einem von Konflikten betroffenen Gebiet. Auch dort kann die Entwicklung nicht warten. Durch Investitionen in Frieden und nachhaltige Entwicklung entsteht ein positiver Kreislauf von Entwicklungsforschritten, die den Triebkräften von Konflikten entgegenwirken, und inklusivem Frieden, der eine Ausweitung der Entwicklungsprioritäten ermöglicht.

Mit der Förderung der Nachhaltigkeitsziele in konfliktbetroffenen Regionen und Regionen mit humanitärem Bedarf werden Kreisläufe der Abhängigkeit durchbrochen und die tieferen Ursachen von Verwundbarkeit bekämpft. Es ist unerlässlich, den von Instabilität, Konflikten oder Gewalt betroffenen Menschen, einschließlich der weltweit über 100 Millionen Vertriebenen, darunter über 32 Millionen Flüchtlinge, Zugang zu Diensten und Schutz zu verschaffen.¹⁴ Von Konflikten oder humanitären Katastrophen betroffene Länder benötigen von ihren Partnern und sonstigen Akteuren kohärente Unterstützung. Sie sind darauf angewiesen, dass die Akteure in den Bereichen Friedenskonsolidierung, Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe den Blick fürs Ganze behalten. Sie brauchen Partner, die nicht isoliert arbeiten. Die Vereinten Nationen müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Alle ihre Institutionen sollten kohärent und gleichzeitig daran arbeiten, Entwicklungsprioritäten voranzutreiben, den humanitären Bedarf zu decken und den Frieden zu konsolidieren.

Die derzeit im Rahmen der Vorbereitungen für den Zukunftsgipfel erstellte Neue Agenda für den Frieden soll strategische Risiken durch bessere internationale Prognosen und den Ausbau der Kapazitäten zur Erkennung neuer Risiken und zur Einstellung darauf sowie zur gezielten Konfliktverhütung verringern.¹⁵

Vorrangige Maßnahmen



Durch verstärkte Investitionen in Entwicklungsprioritäten in von Konflikten betroffenen Gebieten und Gebieten mit humanitärem Bedarf die tieferen Ursachen von Verwundbarkeit angehen.



Von Instabilität, Konflikten oder Gewalt betroffene Menschen und Gemeinschaften, insbesondere Flüchtlinge und Binnenvertriebene, proaktiv in nationale Gesundheitsversorgungs-, Bildungs- und Beschäftigungssysteme einbeziehen.

2. Synergien zwischen dem Wohlergehen von Mensch und Umwelt nutzen

Das menschliche Wohl ist untrennbar mit dem sorgsamem Umgang mit der Natur und dem Schutz der Umwelt – der Luft, des Wassers, des Bodens und der Ökosysteme als den Grundlagen des Lebens – verknüpft. Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Übereinkommens von Paris hängt davon ab, dass diese Ressourcen im Sinne von Nachhaltigkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit geschützt werden. Ohne Maßnahmen gegen die aktuellen Entwicklungen bei Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Umweltverschmutzung und Schädigung der Ökosysteme könnten die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen verschwinden und Hunger, Armut, Konflikte, Naturkatastrophen und gesundheitliche Notlagen zunehmen. Sofortmaßnahmen in den nachstehenden Bereichen könnten jedoch zielübergreifend Fortschritte bringen und dem Versprechen dienen, niemanden zurückzulassen.

Universellen Energiezugang und Energiewende beschleunigen

In den Entwicklungsländern hat sich der Stromzugang während der aktuellen Krise sogar verbessert, während der Zugang zu sauberen Kochmethoden weiter mangelhaft ist. Um alle zu erreichen, muss das Fortschrittstempo höher und der Zugang verlässlicher und erschwinglicher werden. Auch muss der Übergang zu erneuerbaren Energiesystemen, unterstützt durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, gewährleistet sein.

Um das 1,5-Grad-Ziel des Übereinkommens von Paris einzuhalten, sind sofortige, rasche, einschneidende und nachhaltige Reduktionen bei den Treibhausgasemissionen des Energiesektors geboten, da dieser für mehr als zwei Drittel der globalen Emissionen verantwortlich ist.¹⁶ Eine raschere Energiewende ist unsere größte Hoffnung dafür, Energiesicherheit, -bezahlbarkeit, -zugang und -unabhängigkeit zu sichern und dabei das 1,5-Grad-Ziel zu halten. Parallel muss es einen proaktiven Übergang zu erneuerbaren Energien geben, um soziale Verwerfungen zu minimieren und die vielen sozioökonomischen Vorteile, wie Wirtschaftswachstum, Armutsbeseitigung und Arbeitsplatzschaffung, während des Übergangs optimal zu nutzen. Durch den Einsatz von Solar- und Windkraft statt Kohle könnten jährlich 23 Mrd. USD eingespart werden.¹⁷ Die Energiewende würde bei einem Verlust von 6 bis 7 Mio. Arbeitsplätzen 24 bis 25 Mio. neue Arbeitsplätze entstehen lassen.¹⁸

Vorrangige Maßnahmen



Durch sofortiges Handeln weltweit rascher von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien übergehen, laut dem Vorschlag in meiner Agenda zur Beschleunigung von Klimamaßnahmen:

- Keine neuen Kohlekraftwerke und schrittweises Herunterfahren der Kohleverstromung bis 2030 in den OECD-Ländern und bis 2040 in allen anderen Ländern; die gesamte internationale öffentliche und private Finanzierung von Kohle beenden;
- Eine Netto-Null-Stromerzeugung bis 2035 für alle entwickelten Länder und bis 2040 für den Rest der Welt gewährleisten;
- Jede Genehmigung oder Finanzierung der Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der Internationalen Energie-Agentur einstellen; jede erweiterte Erschließung bestehender Öl- und Gasreserven stoppen;
- Die Ausarbeitung investitionsfertiger Pläne für die Energiewende im Einklang mit diesen Maßnahmen unterstützen.



Kritische Engpässe beim Einsatz erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern durch die Bereitstellung des Zugangs zu Batteriespeichertechnologien, die Förderung resilienter und diversifizierter Lieferketten für wichtige Rohstoffe und die Inangriffnahme der hohen Kapitalkosten für erneuerbare Energien in Entwicklungsländern beseitigen.



Die Finanzmittel und Investitionen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz verdreifachen, unter anderem durch Verlagerung der Subventionen für fossile Brennstoffe hin zu erneuerbaren Energien und Reformen der internationalen Finanzarchitektur.



Finanzmittel zur Unterstützung der Energiepakete mobilisieren; multilaterale Entwicklungsbanken, Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen und bilaterale Stellen auffordern, selbst zur Übernahme von mehr Risiken und zur Entwicklung oder Umwidmung von Finanzinstrumenten beizutragen, um die Kapitalkosten für erneuerbare Technologien zu senken – dies kann zur Ausweitung kooperativer Modelle für den Übergang zu erneuerbaren Energien wie den Partnerschaften für eine gerechte Energiewende beitragen.



Verstärkt international zusammenarbeiten, um Transparenz, Rechenschaftslegung und Glaubwürdigkeit im Zusammenhang mit den genannten Maßnahmen zu gewährleisten.

Sichere Nahrungsmittel-, Wasser- und Sanitärversorgungssysteme

Ansätze nach dem Motto „Weiter wie bisher“ schützen weder das Recht einer wachsenden Bevölkerung auf Nahrung und Wasser noch schützen sie die Umwelt für eine dauerhafte und sichere Bereitstellung dieser Ressourcen. Der Kampf gegen Hunger und Ernährungsunsicherheit gerät in Verzug, und gleichzeitig wird für das kommende Jahrzehnt ein Anstieg der direkten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft um 6 Prozent prognostiziert.¹⁹ Zudem sind der Zugang zu sauberem Wasser und die Wasserbewirtschaftung aufgrund zunehmender Klimakatastrophen und schwerer Wasserknappheit in mehreren Regionen gefährdet. Der mangelhafte Zugang zu Sanitärversorgung und Hygiene ist nach wie vor ein großes und akutes Problem mit verheerenden Folgen für Gesundheit, Menschenwürde und die Situation von Frauen und Mädchen. Die rasche Verstärkung verschärft diese Herausforderungen, bietet jedoch auch Chancen für eine resilientere, kosteneffizientere und inklusivere Gestaltung der Städte. Der Nexus Ernährung, Wasser, Sanitärversorgung und ökologische Nachhaltigkeit muss bei Entwicklungspfaden ganzheitlich und kohärent berücksichtigt werden, wofür angemessene personelle, technologische und finanzielle Ressourcen nötig sind.

Seit dem Gipfel zu Ernährungssystemen 2021 haben 117 Länder nationale Pfade zur Umgestaltung ihres Ernährungssystems entwickelt. Einige haben bereits mit der Umsetzung begonnen, während andere technische und finanzielle Unterstützung benötigen, um voranzukommen. Neue Initiativen unter Nutzung von Daten aus sozioökonomischen und biophysikalischen Modellen tragen der Komplexität von Systemen Rechnung. Aus der Wasserkonferenz der Vereinten Nationen im März 2023 gingen neue Verpflichtungen zur Überwindung der Wasser- und Sanitärkrise hervor, die potenziell Dividenden für sämtliche Nachhaltigkeitsziele abwerfen können. Jeder in die Wasser- und Sanitärversorgung investierte Dollar generiert einen Ertrag von 4,30 USD in Form von geringeren Gesundheitskosten für die einzelnen Menschen und die Gesellschaft.²⁰

¹⁶ Siehe www.iea.org/data-and-statistics/data-tools/greenhouse-gas-emissions-from-energy-data-explorer.

¹⁷ International Renewable Energy Agency, *Renewable Power Generation Costs in 2019* (Abu Dhabi, 2019), verfügbar unter www.irena.org/publications/2020/Jun/Renewable-Power-Costs-in-2019.

¹⁸ ILO, *World Employment and Social Outlook 2018: Greening with jobs* (Geneva, 2018), verfügbar unter www.ilo.org/global/publications/books/WCMS_628654/lang--en/index.htm.

¹⁹ Siehe www.oecd-ilibrary.org/docserver/f1b0b29cen.pdf?expires=1678719176&id=id&accname=guest&checksum=D46813AB4B74489CA8839EE6843A7CF3.

²⁰ Siehe <https://news.un.org/en/story/2014/11/484032#:~:text=For%20every%20dollar%20invested%20in,United%20Nations%20World%20Health%20Organization>.

Vorrangige Maßnahmen



Entscheidungsprozesse in den Bereichen Wasser, Energie, Nahrungsmittel und Umwelt miteinander verknüpfen, um eine gute Ernährung zu gewährleisten, die Nahrungsmittel- und Wasserversicherheit und die Sanitärversorgung zu verbessern, Klimamaßnahmen zu unterstützen und die biologische Vielfalt und die Wälder zu erhalten.



Bei den im Gefolge des Gipfels zu Ernährungssystemen 2021 entwickelten nationalen Pfaden und den Verpflichtungen aus der Wasserkonferenz der Vereinten Nationen 2023 unter Einbeziehung aller Sektoren und Interessenträger vorankommen.



Länderübergreifend Politikmaßnahmen zur besseren Deckung des Ernährungsbedarfs koordinieren und zugleich gegen den Klimawandel und eine ineffiziente Wasser- und Bodennutzung vorgehen.



Durch Investitionen in grüne Infrastrukturen veraltende Infrastrukturen für die Wasserbewirtschaftung modernisieren, um Wasserzugang zu gewährleisten und die Verschmutzung zu senken.

Die biologische Vielfalt und die natürlichen Ressourcen schützen

Die lebenserhaltenden Umweltressourcen sind bedroht und schwinden seit der Annahme der Agenda 2030 weiter. Mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts wird jedoch durch mäßig oder stark von der Natur abhängige Aktivitäten erwirtschaftet.²¹ Etwa 1,6 Milliarden Menschen sind zur Existenzsicherung auf Wälder angewiesen, die die größte terrestrische Artenvielfalt beherbergen, weshalb eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung für das menschliche Wohlergehen und die Armutsminderung entscheidend wichtig ist. Rund 680 Millionen Menschen leben in Megastädten an Küsten. Viele Küstenbewohner bestreiten ihren Lebensunterhalt durch Aquakultur, und nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung braucht Fisch als Eiweißlieferant. Ein besseres Gleichgewicht mit der Natur herzustellen ist auch eine gesundheitliche Priorität. Durch Bodendegradation und Habitatfragmentierung kommen Menschen in engeren Kontakt mit Wildtieren, was die Artenvielfalt verringert und das mit der Verbreitung von Zoonosen verbundene Risiko künftiger Pandemien erhöht.

Unerlässlich ist der Schutz der Natur auch für Klimamaßnahmen, da Wälder und Ozeane durch die Aufnahme von CO₂ zur Abschwächung des Klimawandels beitragen. Die Ozeane absorbieren ein Drittel der in die Atmosphäre abgegebenen CO₂-Emissionen, doch bewirkt die durch den Klimawandel bedingte höhere Aufnahme von Kohlendioxid ihrerseits eine Erwärmung und Versauerung der Meere, ein Abschmelzen des Eises, einen Anstieg des Meeresspiegels und Meereshitzewellen und gefährdet so die natürlichen Meeresökosysteme und die Menschen, deren Leben und Existenzgrundlagen von den Ozeanen abhängen.

Der Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal, der unlängst als wichtigstes Ergebnis der 15. Konferenz der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt angenommen wurde, stellt eine bahnbrechende Übereinkunft der Regierungen dar, die als Richtschnur für Maßnahmen und Finanzierungen zum Schutz der Natur, zur Wahrung der Rechte indigener Völker und zur nachhaltigen Bewirtschaftung anderer wichtiger Ressourcen bis 2030 dienen soll. Das Regionale Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik von 2018 kann die Umsetzung globaler Übereinkünfte über nachhaltige Entwicklung erleichtern helfen.

Vorrangige Maßnahmen



Die Verbindungen zwischen der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt und der öffentlichen Gesundheit in der Sektorpolitik stärken.



Regierungen und Interessenträger sensibilisieren, die Überwachung verstärken und die Folgen des Biodiversitätsverlusts für das menschliche Wohlergehen überwachen.



Die Ziele und Zielvorgaben des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal weiterverfolgen und die Lücke bei der Biodiversitätsfinanzierung in Höhe von 700 Milliarden USD schließen. Die Finanzierung aus allen Quellen um mindestens 500 Milliarden USD jährlich erhöhen und für die Biodiversität schädliche Anreize abschaffen und reformieren.

Neue Katastrophenrisiken verhindern und bestehende mindern

COVID-19, Konflikte und Klimakatastrophen haben gezeigt, wie überaus schockanfällig die Fortschritte bei den Zielen sein können. Durch die systematische Risikoerwägung bei der Planung für die Agenda 2030 lassen sich die Folgen von Schocks, insbesondere für verwundbare Bevölkerungsgruppen, und die Wahrscheinlichkeit von Krisen verringern. Ebenso muss anerkannt werden, dass Maßnahmen in einem System Risiken für ein anderes System hervorbringen oder verringern können, da Gefahren systemübergreifend wirken.

Die Länder können ihre Zielfortschritte gegen Schocks absichern, indem sie das Risikomanagement verbessern und einen gefahren- und sektorübergreifenden Ansatz für den Umgang mit Pandemien und Klimaänderungen verfolgen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Netzwerke beeinträchtigen können. Ebenso ist es erforderlich, die Katastrophenvorsorge mit Maßnahmen in den Bereichen Klima, nachhaltige Entwicklung und humanitäre Hilfe zu verknüpfen und dabei stärker auf Investition als auf Reaktion zu setzen. Im Kurzdossier der Vereinten Nationen über eine Notfallplattform zur Stärkung der internationalen Reaktion auf komplexe globale Schockereignisse, das in Vorbereitung des Zukunftsgipfels erstellt wurde, wird dargelegt, wie eine berechenbarere und strukturiertere Reaktion dazu beitragen kann, die Risiken für die anfälligsten Länder zu mindern.

Die Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophenrisiken erfordert Führungsverantwortung auf höchster Regierungsebene, das Engagement aller Sektoren und eine interessenübergreifende Beteiligung. Meine Initiative zur flächendeckenden Einführung gefahrenübergreifender Frühwarnsysteme kann im Katastrophenfall die Verluste an Menschenleben und Existenzgrundlagen minimieren. Auch die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Systeme zur Erfassung und Analyse gefährlicher Ereignisse sowie katastrophenbedingter Verluste und Schäden kann hilfreich sein. Mehr Investitionen in den Kapazitätsaufbau und eine tiefgreifende Umgestaltung der Investitionstätigkeit zugunsten rascherer Fortschritte bei den Zielen ermöglichen eine bessere strategische Vorausschau und die Umsetzung nationaler Strategien zur Finanzierung der Katastrophenvorsorge.

Vorrangige Maßnahmen



Risikoerwägungen systematisch in die Planung für die Agenda 2030 einbeziehen, und zwar durch die vollständige Umsetzung des Sendai-Rahmens für Katastrophenvorsorge 2015-2030.



Die flächendeckende Einführung gefahrenübergreifender Frühwarnsysteme bis 2027 gewährleisten.



Globale Daten für gesundheitliche Notlagen und andere Katastrophen miteinander verknüpfen.

²¹ Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, *Global assessment report of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services* (Bonn, Germany, 2019), available from www.ipbes.net/global-assessment.

C. Eine deutlich höhere Finanzierung für die Nachhaltigkeitsziele und ein günstiges globales Umfeld für die Entwicklungsländer sichern



Die steigende Inflation, eine untragbare Schuldenlast, die COVID-19-Pandemie und die Folgen des Krieges in der Ukraine für die Kosten und Finanzierung von Nahrungsmitteln und Energie haben den Haushaltsspielraum der Länder erheblich eingeschränkt und so ihre Fähigkeit, in Erholungsmaßnahmen zu investieren, beeinträchtigt. Obwohl die internationale Gemeinschaft die Entwicklungsländer verstärkt unterstützt, sind diese Bemühungen weiter unzureichend; eine Situation, die durch ein internationales Finanzsystem, das seinen Aufgaben nicht gerecht wird und nach wie vor von systemischen und historischen Ungleichheiten geprägt ist, noch verschärft wird.

Darüber hinaus haben die Entwicklungsländer Schwierigkeiten, gleichberechtigten Zugang zum Welthandelssystem und zu den Vorteilen neuer Technologien und den Früchten von Wissenschaft und Innovation zu erlangen. All dies begünstigt nach wie vor die Länder, die bereits früher von Protektionismus und der Erschließung globaler Ressourcen profitiert haben.

Für einen Kurswechsel und eine massive Beschleunigung bei den Nachhaltigkeitszielen ist es unerlässlich, dass die Länder über genügend Mittel verfügen, um sowohl in ihre unmittelbare Erholung als auch in langfristige Ergebnisse nachhaltiger Entwicklung, darunter Klimamaßnahmen, zu investieren. Dies erfordert einen zweigleisigen Ansatz mit dem Ziel, die Finanzierung für die Ziele deutlich zu erhöhen und zugleich die internationale Finanzarchitektur zu reformieren, um sie resilient, gerecht und für alle zugänglich zu machen. Unabdingbar ist auch, den Entwicklungsländern besseren Zugang zu Welthandel, Wissenschaft, Technologie und Innovation zu verschaffen.

Einem Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele bereitstellen und die internationale Finanzarchitektur reformieren

Um die Finanzierung für die Nachhaltigkeitsziele kurzfristig deutlich zu erhöhen, werden im Stimulus-Plan zusätzliche Mittel für die nachhaltige Entwicklung in Höhe von 500 Milliarden USD jährlich gefordert, die durch eine sich gegenseitig verstärkende konzessionäre und nicht-konzessionäre Finanzierung bereitgestellt werden sollen.

Der Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele sieht Sofortmaßnahmen in drei zentralen Bereichen vor: a) die Bekämpfung hoher Kreditkosten und steigender Überschuldungsrisiken, unter anderem durch die Umwandlung kurzfristiger, hochverzinslicher Kredite in langfristige (länger als 30 Jahre) Schulden zu niedrigeren Zinssätzen, b) eine massive Aufstockung erschwinglicher Langzeitfinanzierung für die Entwicklung, insbesondere über multilaterale Entwicklungsbanken und die Ausrichtung aller Finanzierungsströme an den Zielen und c) die Aufstockung der Notfallfinanzierung auf alle Länder mit entsprechendem Bedarf. Zudem soll der Stimulus sicherstellen, dass

die Mittel in die für die Erreichung der Ziele und für gerechte Übergänge benötigten Bereiche fließen. Die Länder sollten alle Formen der Finanzierung an den Zielen ausrichten, indem sie Instrumente wie die auf die Ziele abgestimmten integrierten nationalen Finanzierungsrahmen nutzen.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch dabei, Steuerhinterziehung und -umgehung und illegale Finanzströme zu verhindern, die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen zu fördern und die nationalen Haushaltskapazitäten zur besseren Mobilisierung inländischer Ressourcen zu stärken.²² Gegen illegale Finanzierung können alle Länder auf weltweit vereinbarte Konzepte und erprobte Methoden zurückgreifen. Entscheidend ist auch, Haushalte glaubwürdiger und den Haushaltsvollzug effizienter zu machen.

Zwar sind die Nachhaltigkeitsziele mit der derzeitigen Finanzarchitektur erreichbar, doch muss diese für eine angemessene Langzeitfinanzierung reformiert werden, um die großen strukturellen Hindernisse zu überwinden, die eher wohlhabende Länder und Personen begünstigen. Dies erfordert eine Umsetzung der Aktionsagenda von Addis Abeba und anderer internationaler Rahmen sowie ambitionierte Maßnahmen mit dem Ziel, a) beim Zugang zu konzessionärer Finanzierung über das BIP hinausgehende Messgrößen zu berücksichtigen, b) neue Finanzierungsmodelle für globale öffentliche Güter zu schaffen, c) die Geschäftsmodelle der multilateralen Entwicklungsbanken so zu ändern, dass ihre Mandate und operativen Modelle an den Zielen ausgerichtet sind, d) das globale Finanzsicherheitsnetz zu stärken, e) das Schuldenrating zu verbessern und f) einen wirksamen Mechanismus zur Umwandlung von Staatsschulden einzurichten. Darüber hinaus ist eine Reform der internationalen Finanzarchitektur und der globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik im Sinne von mehr Inklusivität und Repräsentativität erforderlich. Diese und andere Bereiche werden in den anstehenden Kurzdossiers zur Reform der internationalen Finanzarchitektur und zur Entwicklung von über das BIP hinausgehenden Messgrößen vertieft, die Teil einer Reihe wichtiger Beiträge für die Mitgliedstaaten im Rahmen der Vorbereitungen für den Zukunftsgipfel 2024 sein werden. Die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2025 wird einen klaren Weg für Fortschritte zu sämtlichen Themen der Aktionsagenda von Addis Abeba weisen.

Es gilt, internationale und inländische Privatinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern auszuweiten. Das Globale Investorenbündnis für nachhaltige Entwicklung hat als Orientierungshilfe für den Privatsektor eine Definition für Investitionen in die nachhaltige Entwicklung vorgelegt. Demnach sollen diese Investitionen auf eine Weise erfolgen, die zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt, wobei die Nachhaltigkeitsziele als Messgrundlage dienen. Für derartige Investitionen in der nötigen Größenordnung bedarf es starker Institutionen und eines günstigen regulatorischen und operativen Umfelds. Transparente Mechanismen für Risikominimierung und Garantien zu den wichtigsten Risikomerkmale sind auszuweiten, um mehr private Investitionen für die Ziele anzuziehen, ohne dass die Staatsverschuldung weiter steigt.

Vorrangige Maßnahmen



Alle Länder und Finanzinstitutionen nachdrücklich auffordern, den Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele umzusetzen und die Finanzierung für die Ziele massiv, nämlich auf mindestens 500 Milliarden USD jährlich, aufzustocken.



Die internationale Finanzarchitektur reformieren und greifbare Fortschritte bei der Reform der multilateralen Entwicklungsbanken fördern, und zwar durch eine Erhöhung ihrer Kapitalausstattung, Unterstützung bei der Umverteilung von Sonderziehungsrechten über multilaterale Entwicklungsbanken, eine bessere Nutzung ihrer Kapitalbasis, die Aufstockung von Zuschüssen und konzessionärer Finanzierung und die Steigerung ihrer

²² Siehe https://factipanel.org/docpdfs/FACTI_Report_ExecSum.pdf.

Risikobereitschaft. Zur Mobilisierung privater Finanzmittel sind außerdem Mechanismen zur Risikominimierung und Garantien wichtig, ebenso wie die Reform ihrer Geschäftspraxis durch die ausdrückliche Verknüpfung ihrer Mandate mit den Zielen, darunter mit Klimamaßnahmen.



Die Entwicklung fairer und wirksamer, international abgestimmter Steuersysteme zur Unterstützung der Finanzierungsmaßnahmen auf nationaler Ebene, auch durch an den Zielen ausgerichtete integrierte nationale Finanzierungsrahmen, fördern.



Beschließen, 2025 die Vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung aufbauend auf dem Zukunftsgipfel 2024 und dem vorgeschlagenen Zweijährlichen Gipfeltreffen und unter Beteiligung der Mitglieder der Gruppe der 20, der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrats und der Leiterinnen und Leiter der internationalen Finanzinstitutionen abzuhalten.

digitale Handelsinfrastrukturen für den elektronischen Handel nutzen. Klein-, Klein- und Mittelunternehmen sowie Unternehmen in Frauenhand sollten in die Konzepte einbezogen und die Fortschritte anhand geschlechtsdifferenzierter Handels- und Unternehmensstatistiken gemessen werden. Die Entwicklungsländer benötigen zudem politischen Handlungsspielraum für die Umsetzung einer kohärenten Industrie-, Innovations-, Handels- und Investitionspolitik, um den Handel durchgängig in die nationalen und sektorspezifischen Strategien zur Unterstützung der Ziele zu integrieren. Eine Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene ist auch unerlässlich dafür, Schwachstellen in der Infrastruktur der Liefer-, Transport- und Vertriebskette und der Handelsfinanzierung für Klein-, Klein- und Mittelunternehmen zu beseitigen und so durch Klimawandel, Konflikte und künftige Pandemien bedingte Störungen zu verringern.

Vorrangige Maßnahmen



Ein universelles, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem stärken und dazu auffordern, Handelsregelungen und die ergänzende nationale Politik an den Zielen auszurichten.



Die Entwicklungsländer unter anderem durch die Ausweitung der Handelshilfe dabei unterstützen, Produktionskapazitäten aufzubauen, Zugang zu regionalen und globalen Produktions- und Lieferketten zu erlangen und den Handel mit Waren und Dienstleistungen zu fördern, die zur Energiewende und zur Dekarbonisierung der Lieferketten beitragen.



Durch wettbewerbs- und verbraucherpolitische Maßnahmen offene, faire und bestreitbare Märkte gewährleisten und auf multilateraler Ebene zusammenarbeiten, um Schwachstellen in der Infrastruktur der Liefer-, Transport- und Vertriebsketten zu beseitigen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimawandel, Konflikten und künftigen Pandemien zu erhöhen.

Die Kapazitäten und den Austausch in Wissenschaft, Technologie und Innovation revolutionieren

Die Fähigkeit der Menschheit, Wissenschaft, Technologie und Innovation zur transformativen Bewältigung von Krisen zu nutzen und in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen, trat während der Pandemie deutlich zutage. Das Potenzial von Wissenschaft, Technologie und Innovation für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele ist weitgehend unerschlossen, und institutionelle und andere Hindernisse, die Fortschritten in Wissenschaft, Technologie und Innovation entgegenstehen, müssen erkannt und abgebaut werden.

Durch mehr Mittel für eine die Ziele betreffende Forschungs- und Innovationstätigkeit zu grundlegenden sozialen Fragen, Sozialpolitik und Innovationen an der Basis, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen, könnten die Daten, Erkenntnisse und Analyseinstrumente bereitgestellt werden, die eine bessere Handlungsgrundlage für die Ziele bieten. Der Zugang zu Wissen, Technologie und Möglichkeiten, zur Entwicklung von Wissenschaft, Technologie und Innovation beizutragen, muss verbessert werden, auch durch einen gestärkten Technologietransfer. Kreative Lösungen für die Beseitigung von Bezahlschranken und die Weitergabe von Wissen müssen ausgeweitet werden, und öffentlich-private Partnerschaften sollten Investitionen in die digitale Infrastruktur ankurbeln, doch müssen die Regierungen dafür sorgen, dass Regulierungsrahmen vorhanden sind. Die Nutzung der Wissenschaft zur Lösung komplexer, miteinander verknüpfter Herausforderungen erfordert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit. Wie im Weltbericht über nachhaltige Entwicklung 2023 hervorgehoben wird, kann eine leistungsfähige Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft Vertrauen in Wissenschaft und Fakten schaffen. Vertrauen in die wissenschaftlichen Grundlagen der COVID-19-Impfstoffe und des Klimawandels etwa muss aktiv durch offene und inklusive Beratungen geschaffen werden, damit die Menschen technologische Lösungen nutzen oder ihr Verhalten ändern.

Den Handel in den Dienst der Nachhaltigkeitsziele stellen

Der Handel ist in entwickelten wie in Entwicklungsländern ein überaus wichtiger Motor für Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzschaffung und Armutsminderung. Um diese Vorteile jedoch nutzen zu können, müssen die Entwicklungsländer verschiedene Hindernisse und Herausforderungen überwinden, die ihre Integration in regionale und globale Wertschöpfungsketten und Investitionsnetze verhindern.

Ein großes Handelshemmnis sind hohe Transportkosten, aufgrund deren Güter auf den Weltmärkten möglicherweise nicht konkurrenzfähig sind. Die Entwicklungsländer sind zudem von Preisschwankungen bei Grundstoffen betroffen, was zu unbeständigen und unvorhersehbaren Exporterlösen führen kann. Unberechenbare Lieferketten behindern die rechtzeitige Bereitstellung von Zwischen- und Endprodukten; ein Problem, das während der COVID-19-Pandemie klar zutage trat. Ein weiteres Hindernis für Handelsströme sind umständliche Zollverfahren und protektionistische Maßnahmen. Zudem hat die Verlagerung hin zu wissensintensiven Dienstleistungen, die etwa in freiberuflicher Form, von staatlichen Stellen oder in den Bereichen Informationstechnologie und Telekommunikation erbracht werden, deutlich gemacht, wie wichtig digitale Infrastruktur und digitale Kompetenz sind. Aufgrund der Datenströme, die zwischen 2010 und 2019 jährlich um fast 50 Prozent zugenommen haben, ist eine digitale Infrastruktur unverzichtbar.

Trotz dieser Herausforderungen gehen von mehreren jüngeren Entwicklungen neue Impulse für die Nutzung des Handels im Sinne der Nachhaltigkeitsziele aus. Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden Notmaßnahmen getroffen, um Handels- und Finanzhemmnisse abzubauen und so rascher Impfstoffe, Heilmittel und Diagnostika bereitzustellen. Dank der Initiative für den sicheren Transport von Getreide und Nahrungsmitteln aus ukrainischen Häfen können die Länder den durch den Krieg in der Ukraine verursachten Handelsschocks standhalten. Die Plattform African Trade Exchange (ATEX) trägt dazu bei, den Mangel an Nahrungsmitteln, Treibstoff und Düngemitteln in den Entwicklungsländern zu beheben. Nach mehr als zwanzigjährigen Verhandlungen haben sich die WTO-Mitglieder auf das neuartige und wegweisende multilaterale Übereinkommen über Fischereisubventionen verständigt. Für das Inkrafttreten des Globalen Systems der Handelspräferenzen zwischen Entwicklungsländern fehlt nur noch eine Ratifikation – ein Schritt, der eine Zollpräferenzbehandlung und somit gemeinsame Wohlfahrtsgewinne in Höhe von 14 Milliarden USD ermöglichen würde.

Um die Rolle des Handels bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele optimal zu nutzen, muss das multilaterale Handelssystem gestärkt und an den Zielen ausgerichtet werden. Dieses System sollte universell, regelgestützt, offen, nichtdiskriminierend und gerecht sein. Zugleich müssen die Entwicklungsländer dabei unterstützt werden, Produktionskapazitäten und Infrastrukturen aufzubauen, um Zugang zu regionalen und globalen Produktions- und Lieferketten zu erhalten, auch indem sie Umweltauflagen einhalten und

Vorrangige Maßnahmen



Die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik stärken, um die Nutzung von Wissenschaft, Technologie und Innovation zur Erreichung der Ziele zu ermöglichen, indem alle zur Stärkung der Verbindungen zwischen Wissenschaft und Politik notwendigen Schritte unternommen werden.



Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse schaffen, indem sichergestellt wird, dass Informationen unter Wahrung der Integrität verbreitet werden, unter anderem durch die Einführung von Regulierungsmechanismen und Verhaltenskodizes, die Integrität in der Öffentlichkeitsarbeit fördern, wie dies im Bericht Unsere gemeinsame Agenda empfohlen wird.



Effizientere und wirksamere Mechanismen für den Technologietransfer einrichten und bestehende Mechanismen wie den Mechanismus zur Technologieförderung stärken und zugleich neue Möglichkeiten für eine offene Wissenschaft und quelloffene Daten erkunden.



Die Mittel für eine die Ziele betreffende Forschungs- und Innovationstätigkeit zu grundlegenden sozialen Fragen erhöhen und in allen Regionen Kapazitäten für Beiträge zu dieser Forschung und für die Nutzung ihrer Ergebnisse aufbauen.

Den Beitrag des Multilateralismus und des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen zur rascheren Erreichung der Nachhaltigkeitsziele maximieren

In den bisherigen Abschnitten dieses Berichts wurde aufgezeigt, inwieweit der Multilateralismus nationale Maßnahmen zur Erreichung der Ziele unterstützen kann. Der Bericht Unsere gemeinsame Agenda enthält dazu verschiedenste Empfehlungen, von denen viele bereits umgesetzt werden.

Mit den Vorbereitungen für den Zukunftsgipfel 2024 bietet sich eine überaus wichtige Gelegenheit, die Fähigkeit des Multilateralismus zu nutzen, die raschere Erreichung der Ziele zu fördern und Zielfortschritte aufrechtzuerhalten, indem wir uns auf neue Herausforderungen einstellen und sie angehen sowie Lücken und Schwachstellen in der internationalen Architektur, die unsere Bemühungen um die Verwirklichung der Agenda 2030 untergraben, beheben. Weitere Maßnahmen in einer Reihe von Bereichen, die wir im Kontext des Zukunftsgipfels ergreifen können – darunter ein globaler Digitalpakt, Fortschritte bei der Reform der internationalen Finanzierungsarchitektur, eine Fortschrittmessung mit über das BIP hinausgehenden Messgrößen, die Verankerung des Schutzes der Rechte künftiger Generationen und der aktiven Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen in Lenkungssystemen und die Bildungstransformation, um Lernende aller Altersgruppen

besser für die Zukunft zu wappnen – werden die raschere Erreichung der Ziele weiter unterstützen.

Das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen bekräftigt für die Menschen in aller Welt am nachdrücklichsten das Bekenntnis der Vereinten Nationen zu den Nachhaltigkeitszielen. 2018 billigte die Generalversammlung in ihrer Resolution 72/279 eine ambitionierte Reform des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen, die sicherstellen sollte, dass die Mitgliedstaaten über die erforderliche transformative Unterstützung verfügen, um ihre nationalen Ambitionen in Bezug auf die Ziele voranzubringen. Zur halben Laufzeit der Ziele ist das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen zweifelsohne besser dafür aufgestellt, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu ihrer Erreichung zu unterstützen. Die neue Generation von Landesteams der Vereinten Nationen und das neubelebte System der Residierenden Koordinatoren richten sich stärker an den nationalen Prioritäten aus und befassen sich mit Programmen und Politikunterstützung auf höherer Ebene. Die Residierenden Koordinatorinnen und Koordinatoren unterstützen die Regierungen in beispielloser Zusammenarbeit bei der Erschließung von Umsetzungsmitteln, insbesondere Finanzmitteln. Einige grundsätzliche Herausforderungen bestehen fort, insbesondere die unzureichende Umsetzung des Finanzierungspakts, vor allem in Bezug auf die Basis- und Korbfinanzierung, ein unter- und nicht nachhaltig finanziertes System der Residierenden Koordinatoren, anhaltende Herausforderungen bei der Mobilisierung von Unterstützung in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und die unzureichende Integration der regionalen und der nationalen Ebene. Wenn das System der Vereinten Nationen sein Engagement für die Ziele in der zweiten Halbzeit verstärken will, muss es in diesen Bereichen gezielt und entschlossen handeln.

Vorrangige Maßnahmen



Die Verpflichtung eingehen, auf dem Zukunftsgipfel 2024 ein ambitioniertes Ergebnis zu beschließen, das dem multilateralen System weiter neue Impulse verleiht, Lücken in der internationalen Ordnungspolitik schließt und die Umsetzung der Ziele vorantreibt.



Dem Entwicklungssystem der Vereinten Nationen umfassende Unterstützung zusagen, damit es die Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen zugunsten einer Transformation der Ziele für mehr Inklusivität und Nachhaltigkeit unterstützen kann, u. a. durch die Erfüllung des Finanzierungspakts, die Kapitalausstattung des Gemeinsamen Fonds für die Ziele für nachhaltige Entwicklung mit mindestens 1 Milliarde USD bis September 2024, die Einführung eines wirksamen Modells zur vollständigen und nachhaltigen Finanzierung des Systems der Residierenden Koordinatoren im Jahr 2024 und in der Zwischenzeit das Ergreifen dringender Maßnahmen zur Schließung von Lücken in der Finanzierung des Systems.

IV. Ausblick in die Zukunft: Auf dem Weg zu einem Rettungsplan für die Menschen und die Erde

Die Welt ist in letzter Zeit durch eine Serie miteinander zusammenhängender Krisen erschüttert worden. Mit ihrem geballten Ansturm haben sie grundlegende Mängel unseres nach dem Motto „Weitermachen wie bisher“ konzipierten Ansatzes für die Nachhaltigkeit offengelegt, darunter die Verletzbarkeit und Fragilität der Fortschritte, zunehmende Ungleichheiten, die lebenslangen Nachwirkungen widriger Ereignisse, die steigende Gefahr unumkehrbarer Veränderungen, das Risiko, Zusammenhänge zu übersehen, und die geografisch unausgewogene Verteilung globaler Güter zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Halbherzige Antworten reichen nicht aus angesichts der Millionen von Menschen, die in Armut und Hunger leben, der Frauen und Mädchen mit ungleichen Chancen, der von der Klimakatastrophe betroffenen Gemeinschaften

oder der Familien auf der Flucht vor Konflikten. Wir brauchen einen umfassenden Rettungsplan für die Menschen und die Erde.

Es gibt keine Ausrede mehr, nicht ambitioniert zu handeln. Noch nie zuvor verfügten wir über eine derartige Fülle an Wissen, Technologien und Ressourcen, um die Armut erfolgreich zu beenden und unseren Planeten zu retten. Noch nie zuvor mussten wir eine solche Verantwortung schultern, um den Umschwung zu beherztem Handeln zu vollziehen.

Auf dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung müssen wir dieser Fülle und Verantwortung globale, nationale und lokale Zusagen folgen lassen, um ausreichende Finanzmittel bereitzustellen, die Führungsstärke zu beweisen und die Zuversicht zurückzuerlangen, die uns in die Lage versetzen, die Ziele bis 2030 zu erreichen.

1 KEINE ARMUT

ARMUT IN ALLEN IHREN FORMEN UND ÜBERALL BEENDEN

NACH AKTUELLEN TRENDS WERDEN



BIS 2030

575 MILLIONEN
MENSCHEN WEITERHIN IN EXTREMER ARMUT LEBEN

NUR **EIN DRITTEL**
DER LÄNDER IHRE NATIONALE ARMUTSQUOTE HALBIERT HABEN

AUFGRUND DER UNTERHALTSKOSTENKRISE KÜNDIGTEN



105 LÄNDER

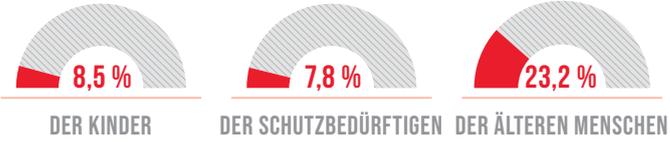
KNAPP 350 SOZIALSCHUTZMASSNAHMEN IN DEN LETZTEN

12 MONATEN AN

(FEB. 2022 – FEB. 2023)

VIELE DER
SCHUTZBEDÜRFTIGEN DER WELT
HABEN WEITERHIN KEINEN SOZIALSCHUTZ

IN NIEDRIGEINKOMMENS-LÄNDERN ERHIELTEN NUR



MONETÄRE SOZIALSCHUTZLEISTUNGEN

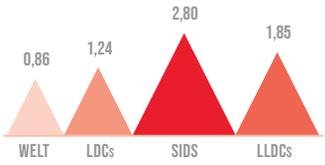
(2020)

LDCs, SIDS UND LLDCs

SIND **ANFÄLLIGER FÜR**
KATASTROPHEN

JAHRESDURCHSCHNITT DER ZAHL DER TODESFÄLLE ODER VERMISSTEN PERSONEN JE 100,000 MENSCHEN

(2012-2021)



LLDCs: BINNENENTWICKLUNGSLÄNDER, SIDS: KLEINE INSELENTWICKLUNGSLÄNDER, LDCs: AM WENIGSTEN ENTWICKELTE LÄNDER

WELTWEIT ERREICHTEN LÄNDER SEIT 2015 **HÖHERE STAATSAUSGABEN**
FÜR **GRUNDLEGENDE DIENSTE** (BILDUNG, GESUNDHEIT UND SOZIALSCHUTZ)





DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

DAS ZIEL „KEIN HUNGER“ IST GEFÄHRDET



MEHR ALS **600 MIO.** MENSCHEN WELTWEIT DÜRFTEN **2030 HUNGERN**

WENIG BIS KEINE FORTSCHRITTE WURDEN SEIT 2000 WELTWEIT BEI DER VERRINGERUNG VON ANÄMIE ERZIELT

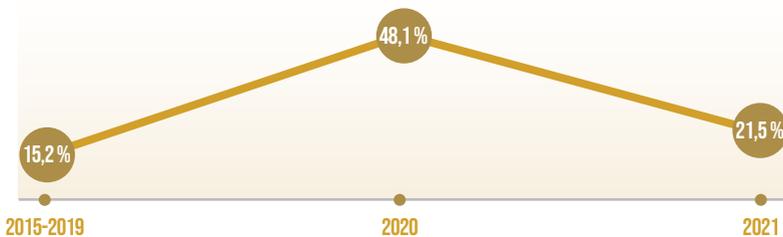


PRÄVALENZ VON ANÄMIE BEI FRAUEN IM ALTER VON 15-49 JAHREN STAGNIERT BEI ETWA **30 %**

TROTZ IHRES RÜCKGANGS 2021

BEREITEN **HOHE NAHRUNGSMITTELPREISE** VIELEN LÄNDERN WEITERHIN PROBLEME

ANTEIL DER LÄNDER MIT MÄSSIG BIS UNGEWÖHNLICH HOHEN NAHRUNGSMITTELPREISEN:



1 VON 3 MENSCHEN



WELTWEIT LEIDET UNTER MÄSSIGER BIS SCHWERER ERNÄHRUNGSUNSICHERHEIT

FEHLERNÄHRUNG BESTEHT WELTWEIT FORT UND GEFÄHRDET DAS WOHLERGEHEN VON KINDERN UND IHRE KÜNFTIGE ENTWICKLUNG

KINDER UNTER 5 JAHREN

MIT: [2022]



WACHSTUMS-HEMMUNG
148 MIO.



AUSZEHRUNG
45 MIO.



ÜBERGEWICHT
37 MIO.



EIN GESUNDES LEBEN FÜR MENSCHEN JEDEN ALTERS GEWÄHRLEISTEN UND IHR WOHLERGEHEN FÖRDERN

BEI DER VERBESSERUNG DER GLOBALEN GESUNDHEIT WURDEN BEDEUTENDE FORTSCHRITTE ERZIELT



146 VON 200
LÄNDERN ODER GEBIETEN **SIND AUF KURS,**
DIE VORGABE ZUR STERBLICHKEITSRATE BEI
UNTER-5-JÄHRIGEN ZU ERREICHEN, ODER
ERREICHTEN SIE BEREITS



WIRKSAME HIV-BEHANDLUNGEN **SENKTEN**
DIE AIDSBEDINGTEN TODESFÄLLE WELTWEIT
SEIT 2010 UM 52 %



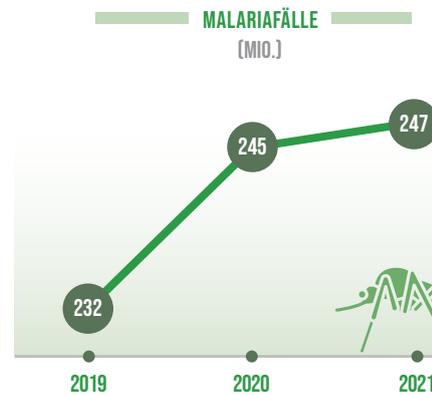
MINDESTENS EINE VERNACHLÄSSIGTE
TROPENKRANKHEIT WURDE IN
47 LÄNDERN
AUSGEROTTET



25 MIO. KINDER
VERPASSTEN 2021
WICHTIGE ROUTINE-
IMPFUNGEN

6 MIO. MEHR
ALS 2019

MALARIAFÄLLE NAHMEN WELTWEIT STARK ZU



DURCH EIGENLEISTUNGEN

FÜR GESUNDHEITSAUSGABEN GERIETEN



MIO. MENSCHEN
(4,9 % DER BEVÖLKERUNG)

ERSTMALS ODER TIEFER IN EXTREME ARMUT

EINE FRAU STIRBT ALLE ZWEI MINUTEN

AN VERMEIDBAREN URSACHEN
VERBUNDEN MIT SCHWANGER-
SCHAFT UND GEBURT

[2020]





INKLUSIVE, GLEICHBERECHTIGTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN UND MÖGLICHKEITEN LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ALLE FÖRDERN

TROTZ LANGSAMER FORTSCHRITTE

IST DIE WELT WEIT VON DER ERREICHUNG HOCHWERTIGER BILDUNG ENTFERNT

OHNE WEITERE MASSNAHMEN WERDEN/WIRD BIS 2030



84 MIO.

KINDER UND JUGENDLICHE
KEINE SCHULE BESUCHEN



300 MIO.

LERNENDE KEINE
GRUNDKENNTNISSE IN
RECHNEN, LESEN UND
SCHREIBEN HABEN



NUR 1 VON 6

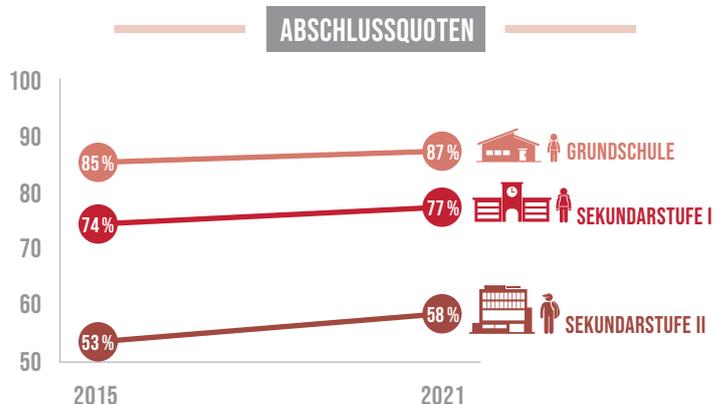
LÄNDERN DIE VORGABE
DES UNIVERSELLEN
ABSCHLUSSES DER
SEKUNDARSCHULE
ERREICHEN



DIE PANDEMIE

FÜHRTE
ZU LERN-
AUSFÄLLEN
IN 4 VON 5 DER
104 UNTER-
SUCHTEN
LÄNDER

DIE GRUND- UND SEKUNDARSCHULABSCHLUSSQUOTEN STEIGEN, DOCH DAS TEMPO IST LANGSAM UND UNGLEICHMÄSSIG



IN LÄNDERN MIT NIEDRIGEM
UND NIEDRIGEREM MITTLEREM
EINKOMMEN FEHLEN KNAPP

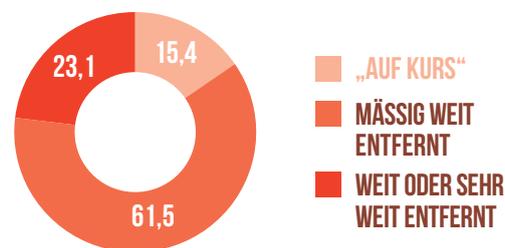
100 MRD. USD
FINANZMITTEL
JÄHRLICH
ZUR ERREICHUNG IHRER
BILDUNGSZIELE



GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG ERREICHEN UND ALLE FRAUEN UND MÄDCHEN ZUR SELBSTBESTIMMUNG BEFÄHIGEN

DIE WELT IST NICHT AUF KURS, DIE GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG BIS 2030 ZU ERREICHEN

STAND BEI DEN ZIEL 5-INDIKATOREN:



BEIM AKTUELLEN FORTSCHRITTSTEMPO WERDEN WIR IN



300 JAHREN KINDERHEIRAT BEENDEN



286 JAHREN RECHTS-SCHUTZDEFIZITE BESEITIGEN UND DISKRIMINIERENDE GESETZE ABSCHAFFEN



140 JAHREN DIE GESCHLECHTERPARITÄT IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN ERREICHEN

GESETZLICH FESTGELEGTE GESCHLECHTERQUOTEN TRAGEN **WIRKSAM** ZUR ERREICHUNG DER GLEICHBERECHTIGUNG IN DER POLITIK BEI

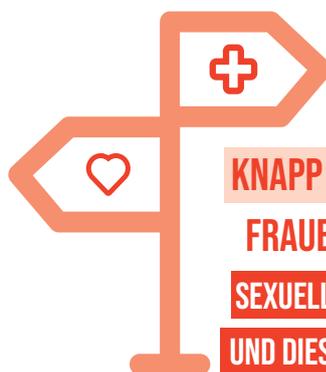
FRAUENANTEIL IM PARLAMENT

(2022)



30,9 %
IN LÄNDERN
MIT QUOTEN

21,2 %
IN LÄNDERN
OHNE QUOTEN



KNAPP DIE HÄLFTE VERHEIRATETER FRAUEN KÖNNEN NICHT ÜBER IHRE SEXUELLE UND REPRODUKTIVE GESUNDHEIT UND DIESBEZÜGLICHEN RECHTE ENTSCHEIDEN

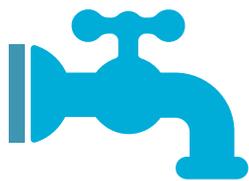
1 VON 5 JUNGEN FRAUEN

WIRD VOR IHREM 18. GEBURTSTAG **VERHEIRATET**





VERFÜGBARKEIT UND NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG VON WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN



EINE SICHERE TRINKWASSER-,
SANITÄR- UND HYGIENEVERSORGUNG
IST FÜR MILLIARDEN
WEITER UNERREICHBAR

2022 HATTEN



2,2 MRD. MENSCHEN

KEIN SICHER
VERWALTETES
TRINKWASSER



3,5 MRD. MENSCHEN

KEINE SICHER
VERWALTETE
SANITÄR-
VERSORGUNG



2,2 MRD. MENSCHEN

KEINE EINFACHEN
HANDWASCH-
GELEGENHEITEN

UM DIE ZIELVORGABEN FÜR 2030 ZU ERREICHEN,

MUSS DAS FORTSCHRITTSTEMPO BESCHLEUNIGT WERDEN

6X

TRINKWASSER

5X

SANITÄRVERSORGUNG

3X

HYGIENE

2,4 MRD. MENSCHEN

LEBEN IN

LÄNDERN MIT
WASSERSTRESS

[2020]

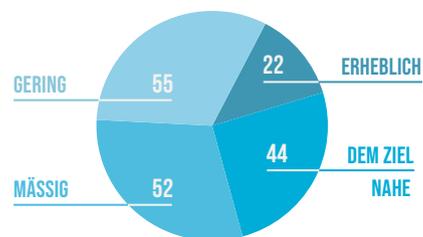
81% DER ARTEN,

DIE VON BINNENFEUCHT-
GEBIETEN ABHÄNGIG SIND,
SCHWINDEN SEIT 1970



DIE INTEGRIERTE
WASSERRESSOURCEN-
BEWIRTSCHAFTUNG MUSS
SCHNELLER UMGESETZT WERDEN

ZAHL DER LÄNDER JE FORTSCHRITTSNIVEAU





ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE SICHERN

KEIN LICHT:

675 MIO. MENSCHEN
LEBEN WEITERHIN IM DUNKELN

4 VON 5 VON IHNEN LEBEN
IN AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA



NACH DEN AKTUELLEN TRENDS WIRD

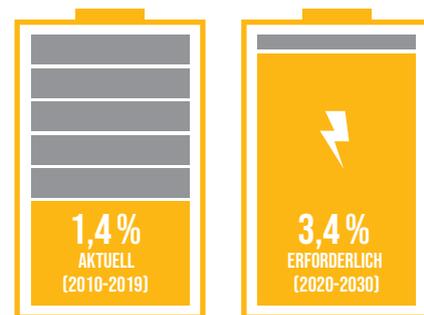


1 VON 4

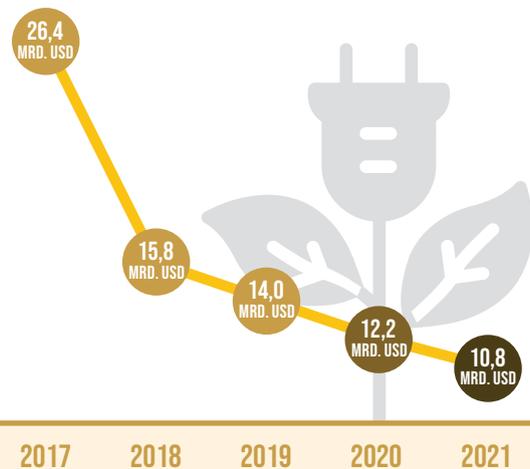
PERSONEN BIS 2030 WEITER UNSICHERE
UND INEFFIZIENTE KOCHSYSTEME NUTZEN

DIE ENERGIEEFFIZIENZGEWINNE MÜSSEN
MEHR ALS DOPPELT SO SCHNELL STEIGEN

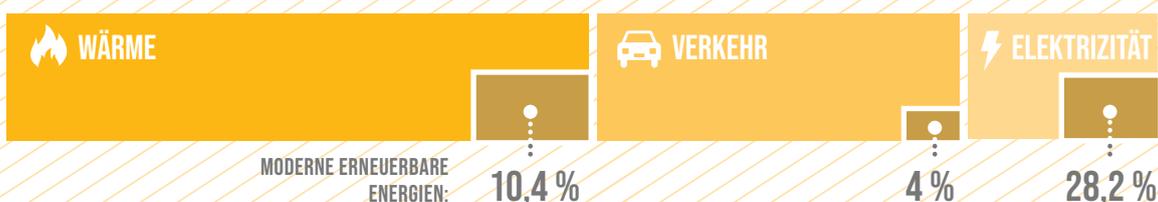
JÄHRLICHE VERBESSERUNGSRATE DER ENERGIEINTENSITÄT



DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHE
FINANZIERUNG FÜR SAUBERE ENERGIE IN
ENTWICKLUNGSLÄNDERN NIMMT WEITERHIN AB



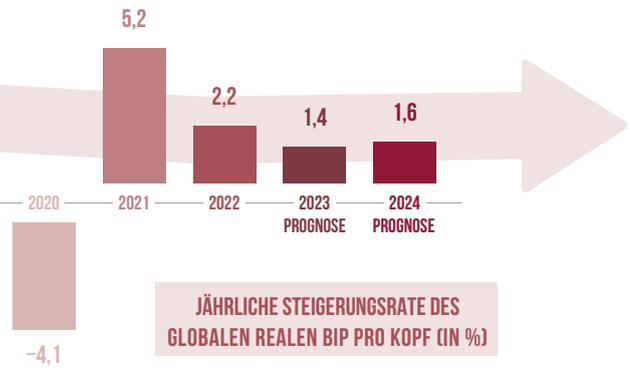
MODERNE ERNEUERBARE ENERGIEN ERZEUGEN FAST 30% DER ELEKTRIZITÄT;
IHR ANTEIL IM WÄRME- UND VERKEHRSSSEKTOR IST WEITERHIN GERING (2020)





DAUERHAFTES, INKLUSIVES UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM, PRODUKTIVE VOLLBESCHÄFTIGUNG UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR ALLE FÖRDERN

DIE ERHOLUNG DER WELTWIRTSCHAFT HÄLT AN, DOCH DAS **TEMPO IST LANGSAM**



2 MRD.

BESCHÄFTIGTE HABEN PREKÄRE INFORMELLE ARBEITSPLÄTZE OHNE

SOZIALSCHUTZ

(2022)

DIE WELTWEITE ARBEITSLOSIGKEIT DÜRFTE AUF DEN STAND VON VOR DER PANDEMIE SINKEN, AUSSER IN NIEDRIGEINKOMMENSLÄNDERN

	ARBEITSLOSENQUOTE (IN %)			
	2019	2020	2022	2023 PROGNOSEN
NIEDRIGEINKOMMENSLÄNDER	5,2	5,9	5,7	5,7
WELT	5,5	6,6	5,4	5,3

1 VON 4 JUNGEN MENSCHEN

IST NICHT IN BESCHÄFTIGUNG, SCHUL- ODER BERUFSAUSBILDUNG;



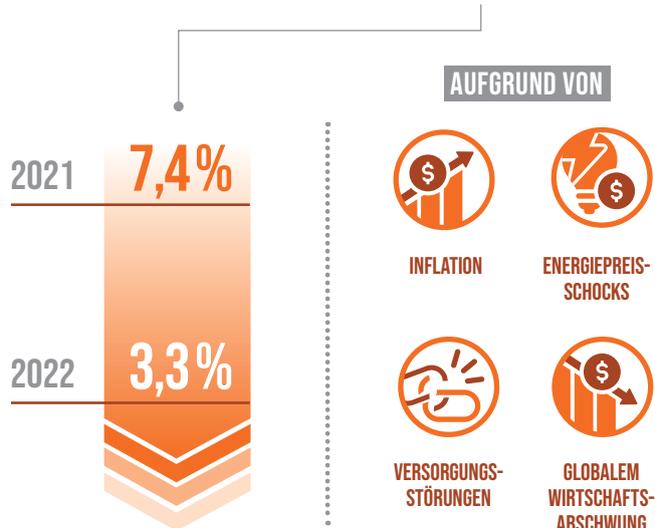
BEI JUNGEN FRAUEN IST DIE WAHRSCHEINLICHKEIT **DOPELT SO HOCH** WIE BEI JUNGEN MÄNNERN

(2022)



WÄHREND DER PANDEMIE ERÖFFNETEN **4 VON 10 ERWACHSENEN** IN LÄNDERN MIT NIEDRIGEM UND NIEDRIGEREM MITTLEREM EINKOMMEN **IHR ERSTES BANKKONTO**

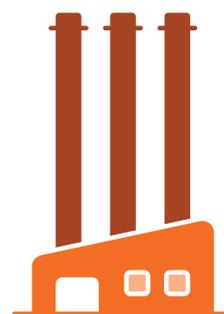
DIE GLOBALE VERARBEITUNGSINDUSTRIE WUCHS LANGSAMER



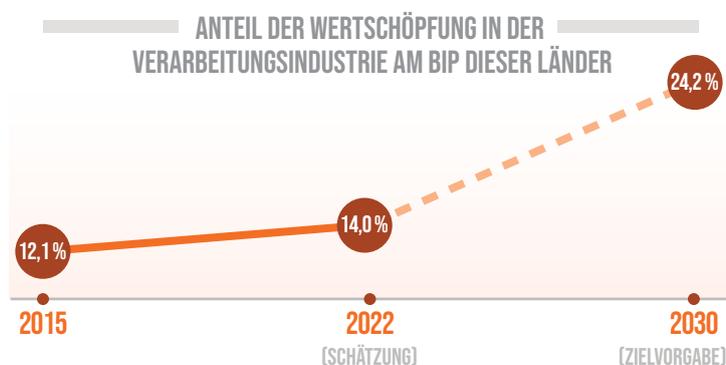
ENERGIEBEZOGENE

CO₂-EMISSIONEN

STIEGEN MIT 36,8 MRD. TONNEN 2022 AUF EIN REKORDHOCH



LDCs DÜRFTEN IHRE VORGABE FÜR 2030 VERFEHLEN UND DEN ANTEIL DER VERARBEITUNGSINDUSTRIE AM BIP NICHT VERDOPPELN

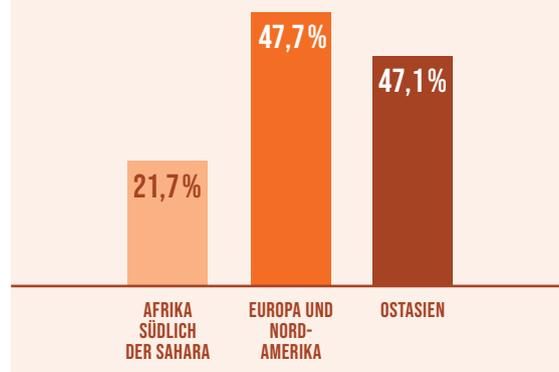


DER MITTELHOHE UND HOCHTECHNOLOGIESEKTOR VERZEICHNETEN

2022 EIN STARKES WACHSTUM,

JEDOCH MIT REGIONALEN ABWEICHUNGEN

..... ANTEIL AN DER GESAMTEN VERARBEITUNGSINDUSTRIE.....



AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA



OZEANIEN*
(*OHNE AUSTRALIEN UND NEUSEELAND)

95% DER WELT

HAT ZUGANG ZU MOBILEN BREITBANDNETZEN (3G ODER HÖHER) (2022)

DOCH DIE ABDECKUNG BETRÄGT NUR 82% IN AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA UND 68% IN OZEANIEN*





UNGLEICHHEIT IN UND ZWISCHEN LÄNDERN VERRINGERN



COVID-19 VERURSACHT DIE STÄRKSTE ZUNAHME DER UNGLEICHHEIT ZWISCHEN DEN LÄNDERN IN **30 JAHREN**

VERÄNDERUNG DER UNGLEICHHEIT ZWISCHEN DEN LÄNDERN (2019-2020)

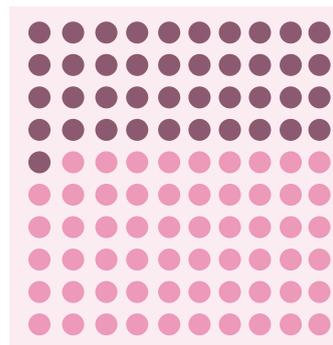


2022 STIEG DIE ZAHL DER FLÜCHTLINGE AUF EIN REKORDHOCH:

34,6 MIO.

UNTER ANDEREM

● KINDER: 41 %



WELTWEIT MELDEN

FRAUEN DOPPELT SO HÄUFIG WIE MÄNNER **DISKRIMINIERUNG** AUFGRUND IHRES GESCHLECHTS



DER TRAGISCHE VERLUST VON FAST **7.000 MENSCHEN**, DIE 2022 AUF MIGRATIONSROUTEN UMKAMEN,

VERDEUTLICHT, DASS **SOFORTMASSNAHMEN** FÜR SICHERE MIGRATION DRINGEND NÖTIG SIND



STÄDTE UND SIEDLUNGEN INKLUSIV, SICHER, WIDERSTANDSFÄHIG UND NACHHALTIG GESTALTEN

SLUMS
NEHMEN
ZU

1,1 MRD. MENSCHEN
LEBEN HEUTE IN
URBANEN SLUMS (2020)

2 MRD. WEITERE DÜRFTEN IN DEN
NÄCHSTEN 30 JAHREN DAZUKOMMEN



WELTWEIT HAT

NUR DIE HÄLFTE
DER STADTBEVÖLKERUNG
BEQUEMEN ZUGANG ZU

ÖFFENTLICHEN
VERKEHRSMITTELN

(2022)



LUFTVERSCHMUTZUNG IST KEIN
REIN STÄDTISCHES PROBLEM MEHR

KLEINSTÄDTE HABEN EINE
SCHLECHTERE LUFTQUALITÄT



ALS GROSSSTÄDTE IN OST- UND
SÜDOSTASIEN (2019)



IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN



HAT 1 MRD. MENSCHEN KEINEN ZUGANG
ZU ALLWETTERSTRASSEN (2022)

WELTWEIT RESERVIEREN

3 VON 4 STÄDTEN



WENIGER ALS 20 % IHRER
FLÄCHE FÜR ÖFFENTLICHE
RÄUME UND STRASSEN

WEIT UNTER DER ZIEL-
VORGABE VON 45-50 %
(2022)

NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONS- MUSTER SICHERSTELLEN

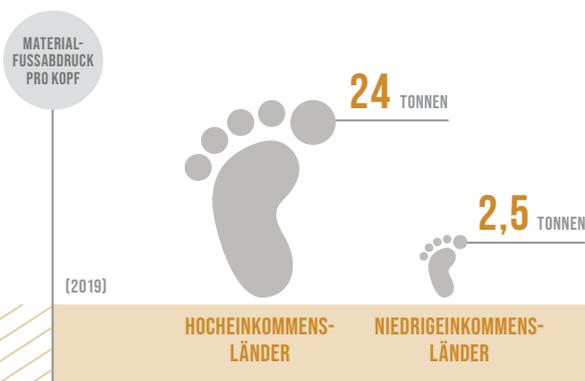
HOCH-EINKOMMENS-LÄNDER

BELASTEN **DIE UMWELT STÄRKER** ALS

NIEDRIG-EINKOMMENS-LÄNDER

IN HOCH-EINKOMMENS-LÄNDERN IST DER MATERIAL-FUSSABDRUCK PRO KOPF

10-MAL GRÖßER ALS IN NIEDRIG-EINKOMMENS-LÄNDERN



TROTZ FORDERUNGEN NACH IHREM

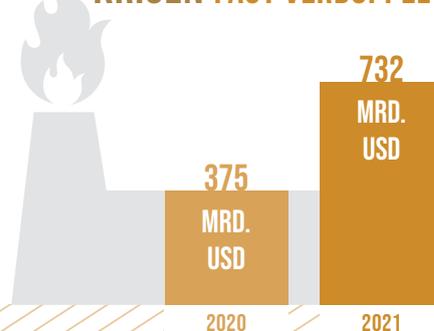
SCHRITTWEISEN ABBAU

WURDEN DIE SUBVENTIONEN

FÜR FOSSILE BRENNSTOFFE

AUFGRUND GLOBALER

KRISEN FAST VERDOPPELT



IM SCHNITT
VERSCHWENDET
EINE PERSON

120

KILOGRAMM

NAHRUNGSMITTEL **PRO JAHR**

**NACHHALTIGKEITS-
BERICHTERSTATTUNG**

IN UNTERNEHMEN HAT SICH
SEIT 2016 **VERDREIFACHT**

WEG ZUR NACH-

HALTIGKEIT

62 LÄNDER UND DIE EU
ERGRIFFEN

485 MASSNAHMEN

FÜR MEHR NACH-
HALTIGKEIT IN KONSUM
UND PRODUKTION

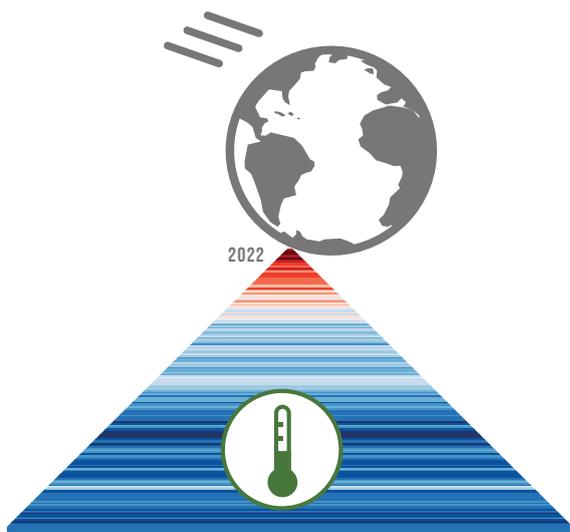
(2019-2022)



UMGEHEND MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND SEINER AUSWIRKUNGEN ERGREIFEN

AM KIPPPUNKT DER ERDE

..... WIR STEHEN AM RANDE EINER KLIMAKATASTROPHE



WO WIR STEHEN



DIE ERDTEMPERATUR WIRD BIS 2035 UM ÜBER 1,5 °C UND BIS 2100 UM 2,5 °C STEIGEN

WAS WIR TUN MÜSSEN

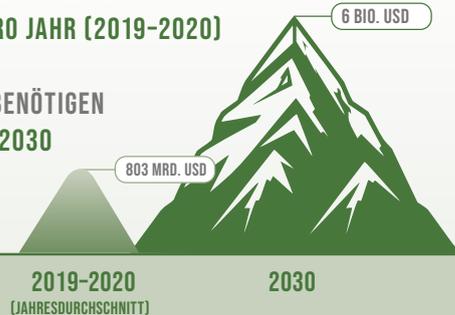


EINSCHNEIDENDE, RASCHE UND DAUERHAFTE REDUKTION DER TREIBHAUSGASEMISSIONEN UM 43 % BIS 2030 UND AUF NETTO-NULL BIS 2050

AUS MILLIARDEN BILLIONEN MACHEN:

DIE GLOBALE KLIMAFINANZIERUNG BETRUG IM SCHNITT 803 MRD. USD PRO JAHR (2019-2020)

DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER BENÖTIGEN JEDOCH FAST 6 BIO. USD BIS 2030



DER MEERESSPIEGEL STIEG IN DEN LETZTEN 10 JAHREN **DOPPELT** SO SCHNELL AN



IN BESONDERS ANFÄLLIGEN REGIONEN LIEGEN KATASTROPHENBEDINGTE **STERBERATEN 15-MAL HÖHER** ALS IN REGIONEN MIT SEHR GERINGER ANFÄLLIGKEIT (2010-2020)





OZEANE, MEERE UND MEERESRESSOURCEN IM SINNE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG ERHALTEN UND NACHHALTIG NUTZEN

DEN OZEAN ERHALTEN, DIE ERDE SCHÜTZEN:
 WIR MÜSSEN DRINGEND HANDELN, UM DAS
GRÖSSTE ÖKOSYSTEM DER ERDE ZU SCHÜTZEN



OZEANNOTSTAND



KÜSTEN-EUTROPHIERUNG:

VERURSACHT ALGENBLÜTEN UND TOTE ZONEN



VERSÄUERUNG DER OZEANE:

30 % HÖHER ALS IN VORINDUSTRIELLER ZEIT



OZEAN-ERWÄRMUNG:

ANSTIEG DES MEERES-SPIEGELS UND SCHÄDIGUNG DER MEERESÖKOSYSTEME



PLASTIK-VERSCHMUTZUNG:

17 MIO. TONNEN 2021, 2-3-MAL SO VIEL BIS 2040



ÜBER-FISCHUNG:

MEHR ALS EIN DRITTEL DER GLOBALEN FISCHBESTÄNDE SIND ÜBERFISCHT

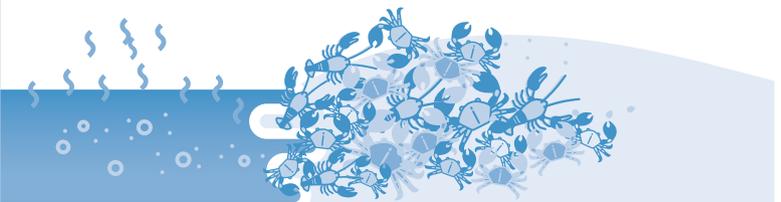
BÜRGERFORSCHUNGSPROJEKTE ZUR STRANDSÄUBERUNG

GEBEN AUFSCHLUSS ÜBER DAS AUSMASS DER PLASTIKVERSCHMUTZUNG IM MEER



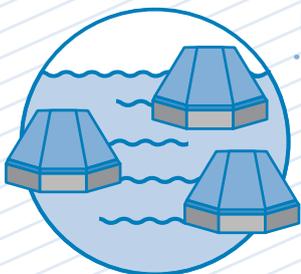
ERSTICKENDE MEERE:

KÜSTENEUTROPHIERUNG VERTREIBT KRUSTENTIERE AUS DEM WASSER



MESSSTATIONEN FÜR OZEANVERSÄUERUNG

HABEN SICH WELTWEIT VERDREIFACHT



2021: 178 STATIONEN
 2022: 308 STATIONEN
 2023: 539 STATIONEN

1 VON 5 GEFANGENEN FISCHEN

STAMMT AUS ILLEGALEM, NICHT GEMELDETEM UND UNREGULIERTEM FISCHFANG





LANDÖKOSYSTEME SCHÜTZEN, WIEDERHERSTELLEN UND IHRE NACHHALTIGE NUTZUNG FÖRDERN, WÄLDER NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN, WÜSTENBILDUNG BEKÄMPFEN, BODENDEGRADATION BEENDEN UND UMKEHREN UND DEM VERLUST DER BIOLOGISCHEN VIelfALT EIN ENDE SETZEN

WIR MÜSSEN UNSERE BEZIEHUNG ZUR NATUR GRUNDLEGENDE ÄNDERN

DIE ESKALATION VON



WALD-
VERLUSTEN



LAND-
VERÖDUNG



ARTEN-
SCHWUND

STELLT EINE **ERNSTHAFTE BEDROHUNG** FÜR MENSCH UND UMWELT DAR

100 MIO. HEKTAR

GESUNDE UND
PRODUKTIVE FLÄCHEN WURDEN
JÄHRLICH GESCHÄDIGT

(2015-2019)

DAS ENTSPRICHT
DER **DOPPELTEN**
FLÄCHE GRÖNLANDS



DIE WELT ERLEBT
DERZEIT DAS
GRÖSSTE
ARTENSTERBEN
SEIT DEM ZEITALTER
DER DINOSAURIER



DIE ZAHL DER FÜR DIE
BIODIVERSITÄT BESONDERS
WICHTIGEN SCHUTZGEBIETE

STAGNIERT

SEIT 2015

DER **Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal**

SETZT NEUE IMPULSE FÜR **Den Schutz der Landökosysteme** MIT



4 STATUSZIELEN BIS 2050



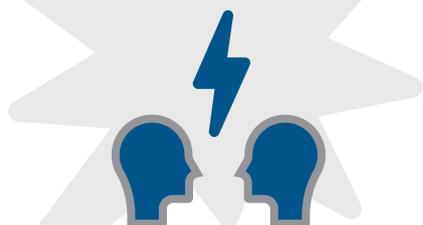
23 HANDLUNGSZIELEN BIS 2030



FRIEDLICHE UND INKLUSIVE GESELLSCHAFTEN FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN, ALLEN MENSCHEN ZUGANG ZUR JUSTIZ ERMÖGLICHEN UND LEISTUNGSFÄHIGE, RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE UND INKLUSIVE INSTITUTIONEN AUF ALLEN EBENEN AUFBAUEN

STARKER ANSTIEG

ZIVILER TODESOPFER BEI KONFLIKTEN



MIT MEHR ALS **50 % ANSTIEG** (2022)
AUFGRUND DES **KRIEGES IN DER UKRAINE**

2021 WURDEN

DIE MEISTEN VOR-
SÄTZLICHEN TÖTUNGEN
DER LETZTEN 20 JAHRE VERZEICHNET

458.000 TODESOPFER



9 VON 10 WAREN MÄNNER



ÜBER

108,4 MIO. MENSCHEN

WURDEN **BIS ENDE 2022**
WELTWEIT VERTRIEBEN

2,5-MAL SO VIELE WIE VOR 10 JAHREN

KNAPP

200.000



OPFER VON MENSCHENHANDEL

WURDEN ZWISCHEN 2017 **UND** 2020
WELTWEIT ENTDECKT

VIELE WEITERE DÜRFTEN
UNENTDECKT BLEIBEN

DIE JUGEND IST IN DER POLITIK UNTERREPRÄSENTIERT,
WAS IHRE TEILHABE AN ENTSCHEIDUNGSPROZESSEN EINSCHRÄNKT



30
GLOBALES
MEDIANALTER



51
DURCHSCHNITTSALTER DER
PARLAMENTSABGEORDNETEN



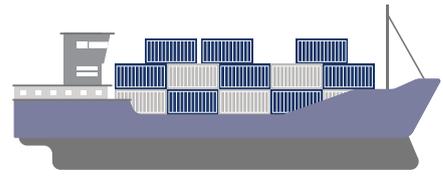
UMSETZUNGSMITTEL STÄRKEN UND DIE GLOBALE PARTNERSCHAFT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG MIT NEUEM LEBEN ERFÜLLEN

VIELEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN DROHT EINE SCHULDENKRISE –



37 DER 69
ÄRMSTEN LÄNDER DER WELT STARK
ÜBERSCHULDUNGSGEFÄHRDET ODER BEREITS ÜBERSCHULDET

DER ANTEIL DER EXPORTE DER AM
WENIGSTEN ENTWICKELTEN
LÄNDER AM GLOBALEN
WARENHANDEL



STAGNIERT
BEI ETWA **1%**

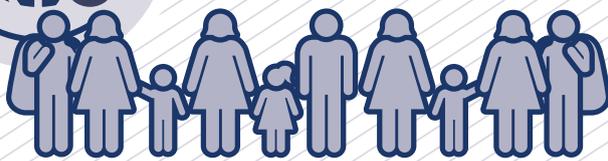
SEIT 2011



DIE NETTO-ODA BETRUG 2022 **206 MRD. USD**; 15,3 % MEHR ALS 2021

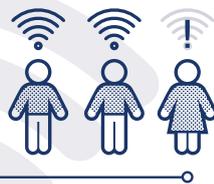
VORWIEGEND AUFGRUND VON AUSGABEN
FÜR FLÜCHTLINGE IN GEBERLÄNDERN
UND HILFE FÜR DIE UKRAINE

DIE NETTO-ODA LIEGT MIT 0,37 % DES
BRUTTO-NATIONALEINKOMMENS IMMER
NOCH UNTER DER VORGABE VON 0,7 %



2 VON 3 MENSCHEN
NUTZTEN ²⁰²²
DAS INTERNET

259 MIO. MEHR MÄNNER ALS FRAUEN



ODA-MITTEL FÜR DATEN



SANKEN
UM MEHR ALS
20%
(2018-2020)

Hinweise für Leserinnen und Leser

Rahmen globaler Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Juni 2023) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren¹ für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Der Rahmen globaler Indikatoren dient zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene und wurde von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für

Datenquellen

Die Werte für die meisten Indikatoren in dem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. In der Regel handelt es sich dabei um gewichtete Mittel, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist; ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von nationalen Statistiksystemen erstellt und von internationalen Stellen mit speziellen Mandaten errechnet werden. Die nationalen Daten werden oft zum Zweck der Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sollen die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorgenommen werden. Die Kriterien und Mechanismen für die Validierung durch die nationalen Statistikämter sind im Bericht der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung² ausgeführt und wurden von der Statistischen Kommission auf ihrer fünfzigsten Tagung gebilligt³.

Regionale Gruppen

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die in den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)⁴ der VN-Statistikabteilung definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden aus Darstellungsgründen zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem *Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung* und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analyse Zwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.⁵

Text und Schaubilder enthalten nach Möglichkeit Daten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer; Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>. Der Begriff „Land“ bezeichnet in diesem Bericht je nach Fall

die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Generalversammlung angenommen (siehe Resolution 71/313, Anlage). Mit der Auswahl der in dem Bericht verwendeten Indikatoren soll keine Priorisierung der Ziele erfolgen, da alle Ziele und Vorgaben gleich wichtig sind.

Zwar erleichtern die hier vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region bzw. zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und geografischen Gebieten innerhalb eines Landes erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den in vielen Teilen der Welt bestehenden Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung.

Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen führt eine Datenbank mit den verfügbaren globalen, regionalen und Länderdaten und den Metadaten für die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele, die unter <https://unstats.un.org/sdgs> zu finden ist. Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden sind die hierin enthaltenen Datenreihen möglicherweise nicht mit früheren Datenreihen vergleichbar.

auch Hoheitsgebiete und Gebiete. Mit den in diesem Bericht verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.



- Afrika südlich der Sahara
- Nordafrika und Westasien
- Ost- und Südostasien
- Zentral- und Südasien
- Ozeanien*
- Europa und Nordamerika
- Lateinamerika und Karibik
- Australien und Neuseeland

- Anmerkungen:
- Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
 - Die in dieser Karte und anderen Karten abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen im gesamten Bericht implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/>.

² Siehe „Report of the Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators“ (E/CN.3/2019/2), Anhang I.

³ Siehe „Report of the Statistical Commission on its fiftieth session“ (E/2019/24-E/CN.3/2019/34).

⁴ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49>.

⁵ In einem Diskussionspapier mit dem Titel „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Fotos:

Deckblatt © UNICEF/Mark Naftalin
Seite 4 © WHO/Yoshi Shimizu
Seite 7 © UNDP Kenia/Allan Gichigi
Seite 12 © Weltbank/Dominic Chavez
Seite 14 © WFP/Derrick Botchway
Seite 16 © UNICEF/Radoslaw Czajkowskito
Seite 20 © UNICEF/Ali Haj Suleiman
Seite 22 © UN-Frauen/Johis Alarcón
Seite 24 © UNICEF/Mulugaeta Ayene
Seite 26 © UNDP Libanon/Rana Sweidan
Seite 28 © IAO/Ahmad Al-Basha/Gabreez
Seite 30 © UNDP Bhutan/Dechen Wangmo
Seite 32 © UNICEF
Seite 34 © Weltbank/Yayo López
Seite 36 © UNEP/Ollivier Girard
Seite 38 © UNICEF/Asad Zaidi
Seite 40 © UNDP Timor-Leste/Yuichi Ishida
Seite 42 © UNEP/Braunosarus Studios
Seite 44 © UNDP Somalia/Fadhaye
Seite 46 © UN Photo/Rick Bajornas
Seite 49 © UNDP Peru/Mónica Suárez Galindo
Seite 50 © UN Photo/Martine Perret
Seite 55 © UNDP Bolivien

Karten: Die Karten auf den Seiten 14, 24, 25 und 42 stammen von der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen.

Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen bereitgestellt.

Gestaltung (Bericht und Infografiken zur visuellen Übersicht auf den Seiten 58-74):

Mackenzie Crone und Dewi Glanville

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Lektorat, Satz und Korrekturlesen:

Gruppe Manuskriptbearbeitung und Korrekturlesen/Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement

Redaktion: Jennifer Ross

Copyright © 2023 United Nations

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:

United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

E-Mail: publications@un.org; Website: www.un.org/publications

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA)

Dieser Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt, wonach der Generalsekretär gehalten ist, jährliche Fortschrittsberichte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Die internationalen und regionalen Organisationen und die Büros, Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikämtern mehrerer Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht

Allianz der kleinen Inselstaaten

Asiatische Entwicklungsbank

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

Büro der Gesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Jugend

Büro der Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer

Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Kinder

Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos

Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Büro der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen/Hauptabteilung Friedensmissionen

Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung/Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung

Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme

Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Internationale Energie-Agentur

Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Internationale Organisation für erneuerbare Energien

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Internationales Handelszentrum (ITC)

Internationale Union für die Erhaltung der Natur

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)

Interparlamentarische Union (IPU)

Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Nachhaltige Energie für alle

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt

Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS 21)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

UN-Energie

UN-Ozeane

UN-Wasser

Weltbankgruppe

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Weltorganisation für Tourismus (UNWTO)

Welthandelsorganisation (WTO)

Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)

Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der Statistikabteilung der VN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten über die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.



„Wenn wir jetzt nicht handeln, wird die Agenda 2030 zur Grabinschrift einer Welt werden, die es einmal hätte geben können.“

— *ANTÓNIO GUTERRES*
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN